

**Dezember 1939**

16.-31.



# Deutschland im Kampf

Herausgegeben von

**Ministerialdirigent A. J. Berndt**

Reichspropagandaministerium

**Oberleutnant von Wedel**

Oberkommando der Wehrmacht

Zweite Dezember-Lieferung

(Nr. 8 der Gesamtlieferung)

---

Verlagsanstalt Otto Stollberg, Berlin W9

## Zeittafel

16. 12. 39 Graf Ciano über die italienische Außenpolitik (S. 55).
17. 12. 39 Panzerschiff „Admiral Graf Spee“ auf Befehl des Führers versenkt (S. 33).
18. 12. 39 36 britische Kampfflugzeuge durch deutsche Jäger und Zerstörerflugzeuge in der Deutschen Bucht abgeschossen (S. 33).
19. 12. 39 Deutsche Aufklärer versenken 23 englische Vorpostenschiffe (S. 33).
20. 12. 39 Einführung des Infanterie-Sturmabzeichens und des Panzerkampfwagenabzeichens (S. 35).  
über eine Million Tonnen Handelschiffsverluste seit Kriegsbeginn (S. 24).  
Verordnung über die Fortführung des Reichsarbeitsdienstes für die männliche Jugend während des Krieges (S. 84).
21. 12. 39 Glückwunschtelegramm des Führers zum 60. Geburtstag Stalins (S. 49).  
Deutsch-italienisches Rückfiedelungsabkommen aus Oberetich (S. 41).  
Deutsch-rumänische Wirtschaftsvereinbarungen (S. 91).
22. 12. 39 Dr. Goebbels spricht auf einer Weihnachtsfeier für die Rückgeführten des Saargebietes und die heimgekehrten Volksdeutschen (S. 46).
23. 12. 39 Der Führer beim Regiment „Großdeutschland“ und der Leibstandarte (S. 35).
24. 12. 39 Weihnachtsansprache des Stellvertreters des Führers (S. 42).  
Generaloberst v. Brauchitsch spricht zur Wehrmacht (S. 15).  
Der Führer in der Luftverteidigungszone West und im Vorfeld des Westwalls (S. 35).
25. 12. 39 Der Führer besucht das Infanterieregiment List (S. 35).
26. 12. 39 Wiederaufnahme des unmittelbaren deutsch-sowjetrussischen Eisenbahngüterverkehrs (S. 92).
29. 12. 39 Deutsches U-Boot torpediert englisches Schlachtschiff der „Queen Elizabeth“-Klasse (S. 34).
30. 12. 39 Veröffentlichung des deutschen Dokumentenwerkes über die polnischen Greueltaten an den Volksdeutschen (S. 38).

# Der Kampf

Zu Lande beschränkte sich auch in der zweiten Dezemberhälfte die Kampf­­tätigkeit an der Westfront auf Spähtrupp­­kämpfe und Artilleriestörungsfeuer.

Wiederum konnte eine Reihe Gefangener eingebracht werden.

Die Luftwaffe klärte während der Berichtszeit, soweit es die Bitterungsverhältnisse zuließen, gegen Frankreich und Großbritannien auf.

Am 14. 12. fand vor der Mündung des La Plata ein Seegefecht statt. Gegenüber dem einen deutschen Panzerschiff „Admiral Graf Spee“ standen drei britische Kreuzer. Der Kreuzer „Exeter“ mit 8390 Tonnen, sechs 20,3-Zentimeter-Geschützen und acht 10,2-Zentimeter-Geschützen, der sich nach schweren Treffern aus dem Gefecht zurückziehen mußte, war der stärkste der Gegner. Die beiden anderen britischen Kreuzer „Ajax“ und „Achilles“ mit 6800 bzw. 7030 Tonnen und je acht 15,2-Zentimeter-Geschützen sowie je vier 10,2-Zentimeter-Geschützen sind ebenfalls nennenswerte Gegner. Ihre Baujahre („Exeter“ 1929, „Ajax“ 1934, „Achilles“ 1932) lassen erkennen, daß es sich nicht um überalterte oder schon der zweiten Linie angehörende Schiffe handelt.

Es war bekannt, daß England seine Schwere Kreuzer im Handelschutz einsetzen würde, denn schon die bisherige Flottenverteilung sah diese Schiffe überwiegend auf auswärtigen Stationen, in Amerika und Westindien, im Mittelmeer, in Südafrika, Indien und China. Das entspricht den wichtigsten Handelsstraßen, die gegen Kreuzerkrieg zu bewachen sind: 1. Indischer Ozean — Rotes Meer — Mittelmeer; 2. Kaproute; 3. La-Plata-Route; 4. Westindien — Panamakanal; 5. Nordamerika und Kanada. Auf allen diesen Stationen stehen Kreuzergeschwader, die sich allerdings teilen müssen, um allen Anforderungen gerecht zu werden. So bekam es der Geleitschutz des von Argentinien ausgehenden Konvois, die Kreuzer „Exeter“, „Ajax“ und „Achilles“ vom 8. Kreuzergeschwader mit „Admiral Graf Spee“ zu tun.

Das deutsche Panzerschiff stand damit einer namhaften zahlenmäßigen Überlegenheit gegenüber, die sechs 20,3-Zentimeter- und sechzehn 15,2-Zentimeter-Geschütze in der Breitseite gegen sechs 28-Zentimeter- und acht 15-Zentimeter-Geschütze ins Gefecht führen konnte. Es muß als hervorragende Leistung angesehen werden, daß der Kampf zu unseren Gunsten gegen die Übermacht entschieden wurde und namentlich der Schwere Kreuzer außer Gefecht gesetzt wurde. Einer ganzen Meute hatte es bedurft, um das einsame Panzerschiff zu stellen. Nicht nur die hervorragenden Geschlechtseigenschaften dieses Schiffes haben England, das sich noch immer „Beherrscherin der Meere“ nennen läßt, zu diesem Aufgebot gezwungen, vor allem der Geist und die Taten seiner Besatzung. Was sich aus dem ungewöhnlich großen Aktionsradius, einer verhältnismäßig großen Geschwindigkeit und starken Bewaffnung dieses unter der einschnürenden Fessel des Verlailler Vertrages konstruierten Schiffes hat herausholen lassen, das ist der heldenhaften Besatzung in vorbildlicher Leistung gelungen.

Über drei Monate ganz auf sich gestellt, fern von der Verbindung mit der Heimat, ja sogar ohne die Möglichkeit, einen Hafen anzulaufen oder sich mit Frischproviand zu versehen, hat das Schiff als Schrecken des Südatlantik den ganzen dortigen Schiffsverkehr zum Feinde hin empfindlich geschädigt. Voll Schrecken meldeten die Kapstädter Zeitungen Mitte November den Verlust des britischen Tankdampfers „Africahell“ an der Küste von Portugiesisch-Ostafrika; und daß dieses wertvolle

Schiff nicht der einzige Verlust der Engländer dort unten geblieben ist, dafür zeugen die von dem „Graf Spee“ gefangengenommenen Kapitäne der übrigen in jenen Breiten verlorenen Schiffe. „Ohne den Verlust auch nur eines Menschenlebens“, so konnte sich Kapitän Langsdorff bei dem Bombardement dieser Gefangenen, die gleichzeitig Zeugen seiner Worte sind, rühmen, „sind sämtliche vom ‚Admiral Graf Spee‘ aufgeführten Schiffe vernichtet worden.“

Die Beschädigungen des „Admiral Graf Spee“, die den Kommandanten zum Anlaufen des neutralen Hafens Montevideo veranlaßt hatten, waren schwer, so daß zur Herstellung der Seefähigkeit eine längere Frist notwendig war. Diese aber lehnte die uruguayische Regierung auf Verreiben Englands ab.

Der Führer befahl deshalb, das Schiff außerhalb der Hoheitsgewässer zu versenken.

Die Nachricht, daß das Panzerschiff „Admiral Graf Spee“ auf Befehl fern von der Heimat durch die eigene Besatzung versenkt worden ist, wird jeden, der Sinn für Ritterlichkeit und Heldentum hat, zwar mit Trauer, aber auch mit Stolz erfüllen. Trauer, daß die Laufbahn dieses erfolgreichen Schiffes zum Abschluß gekommen ist, Stolz, weil es den Briten nicht gelungen ist, „Admiral Graf Spee“ in ehrlichem Kampf zu vernichten, und weil das Schiff nicht in britische Hände gefallen ist. Wenn die Regierung von Uruguay die zur Wiederherstellung der Seefähigkeit des „Admiral Graf Spee“ benötigte Zeit nicht hat genehmigen können, so kann ohne weiteres angenommen werden, daß das auf Druck von England hin geschehen ist.

Bei dem Seegefecht im Südatlantik sind 36 tapfere Besatzungsmitglieder des Panzerschiffes „Admiral Graf Spee“ den Heldentod gestorben. Die Zahl der Schwerverletzten beträgt 6, die der Leichtverletzten 53. Die Überlebenden der Besatzung sind am 18. Dezember in Buenos Aires eingetroffen. 39 Verwundete und Kranke blieben noch in Montevideo. Sie wurden dem dortigen Militärhospital übergeben.

Die argentinische Regierung hat ein Dekret über die Internierung der Besatzung des deutschen Panzerschiffes „Admiral Graf Spee“ bekanntgegeben. Gegen dieses Dekret hat die Reichsregierung förmlichen Protest eingelegt unter Berufung darauf, daß Schiffbrüchige, die ein neutrales Land erreichen, nicht interniert werden.

Der Kommandant des Panzerschiffes „Admiral Graf Spee“, Kapitän zur See Hans Langsdorff, wollte den Untergang seines Schiffes nicht überleben. Getreu althergebrachter Überlieferung und im Sinne der Erziehung des Offizierkorps, dem er fast drei Jahrzehnte angehört hatte, faßte er diesen Entschluß. Nachdem er seine ihm anvertraute Besatzung in Sicherheit gebracht hat, sah er seine ihm gestellte Aufgabe als gelöst an und folgte seinem Schiff.

Die deutsche Luftwaffe griff am 17. 12., wie es auch der Wehrmachtbericht meldete, im Rahmen ihrer Aufklärungsflüge britische Vorposten- und Sicherungsschiffe mehrfach erfolgreich an, zur selben Stunde, als die Feindpropaganda behauptete, daß die deutschen Flugzeuge aus dem Nordseeraum verschwunden seien. Die deutsche Aufklärung wurde in breiter Fächerform durch die ganze Nordsee bis nach den Schetland-Inseln und Portsmouth durchgeführt. Bei dieser Gelegenheit fanden sich einzelne Aufklärungsflugzeuge nach vorbildlicher Erledigung ihrer Aufgaben an verschiedenen Punkten zum Angriff gegen feindliche Schiffe zusammen.

Mehrere Vorpostenschiffe, Küstenwachboote und Tankdampfer sowie sonstige Fahrzeuge, die im Kriegsdienst stehen, wurden teils in Hockangriffen mit Bomben leichten Kalibers belegt, teils in Tiefangriffen mit Maschinengewehren beschossen. Durch Volltreffer wurden zwei Vorpostenboote und zwei andere Kriegsfahrzeuge zum Sinken gebracht, drei weitere Kriegsfahrzeuge, darunter das Vorpostenboot „Pearl“ und der Küstendampfer „Serenity“, zeigten schwere Schlagseite, Brand und Rauchentwicklung. Die Schiffsbesatzungen verließen nach kurzer Gegenwehr ihre Fahrzeuge und brachten sich auf Rettungsbooten in Sicherheit. Bald darauf sind diese Vorpostenboote gesunken.

So sind allein in den letzten drei Tagen 23 englische Vorpostenschiffe versenkt worden, deren Namen der englische Rundfunk bereits bekanntgegeben hat. Die gleichzeitige Gefährdung der Schiffe aus der Luft bereitet nach Aussage der Geretteten, die als Seeleute auch mit der Gefahr von Minentreffern rechnen müssen,

eine ganz besondere seelische Belastung, die sicherlich nicht dazu beiträgt, die Kampfesfreude der Besatzungen zu heben.

Das Auftauchen der deutschen Flugzeuge genügte, um unter den britischen Schiffen größte Unruhe auszulösen. Zahlreiche Besatzungen von Schiffen, die gar nicht angegriffen wurden, flüchteten trotzdem in die Rettungsboote. Eine Anzahl deutscher Aufklärungsflugzeuge griff u. a. einen Geleitzug an, der von englischen Kriegsfahrzeugen begleitet war. Die erste Bombe fiel zwischen die Schiffe, und schon spritzte der Geleitzug in alle Himmelsrichtungen auseinander. Mehrere Explosionen konnten beobachtet werden. Die angreifenden Aufklärungsflugzeuge wurden von britischen Kriegsschiffen und von der Küstenflak unter Feuer genommen, das die deutschen Zieger jedoch nicht erreichte.

Am Nachmittag des 18. Dezember versuchten die Engländer einen großangelegten Einflug mit 52 modernsten Kampfflugzeugen über Helgoland. Der feindliche Verband versuchte verschiedene Stellen der Nordseeküste anzugreifen, wurde aber bereits im Anflug nördlich Helgoland von deutschen Jägern gestellt und zersprengt.

Es gab verschiedene erbitterte Luftkämpfe über der inneren Deutschen Bucht. Hierbei wurden 36 Engländer abgeschossen. In dieser Zahl sind nicht die Verluste enthalten, die die übriggebliebenen englischen Flugzeuge aller Voraussicht nach auf dem Rückflug weiter erlitten haben.

Bruchstücke abgeschossener englischer Flugzeuge sind an den deutschen Inseln angebracht. Die Besatzung zweier englischer Flugzeuge wurde gefangengenommen. Einigen wenigen Engländern gelang es, nach Wilhelmshaven durchzubrechen. Sie gerieten in konzentriertes Abwehrfeuer der Flakartillerie, so daß sie nicht zum Bombenabwurf kamen.

Von den deutschen sind zwei Flugzeuge, deren Besatzung mit Fallschirmen absprang, abgestürzt.

In dem Bestreben, durch einen ganz großangelegten Einbruch ins deutsche Küstengebiet den deprimierenden Eindruck zu verwischen, den das völlige und erschreckend opferreiche Nihilingen aller bisherigen Luftangriffe auf die deutsche Küste in England gemacht hat, hat die britische Luftwaffe die größte aller ihrer bisherigen Niederlagen hinnehmen müssen. Ohne daß auch nur ein einziges Flugzeug des starken hier eingesetzten Geschwaders die Möglichkeit fand, zum eigentlichen Angriff anzusetzen, wurden etwa 75 v. S. der angreifenden Kräfte Opfer der deutschen Jäger.

Der Kommandeur des siegreichen Jagdgeschwaders, Oberstleutnant Schumacher, hat sich selbst über diesen Luftkampf im Großdeutschen Rundfunk und einige Tage später der Presse gegenüber geäußert. Er sei, so erklärte er, in diesem Kampfgebiet kein Neuling; denn er habe bereits den Angriff vom 4. September bei Wilhelmshaven miterlebt und er sei auch am 29. September dabei gewesen, als die Engländer Helgoland zu bombardieren versuchten. Er habe auf diese Weise das Verhalten und die Angriffsmethoden des Gegners kennengelernt.

Als ihm durch das Vertrauen des Führers und des Generalfeldmarschalls ein Kampfgeschwader an der Nordsee unterstellt worden sei, habe er dann die Gelegenheit gefunden, diese Erfahrungen sinnvoll und planmäßig anzuwenden. Das sei zum ersten Male am 14. Dezember möglich gewesen, als ein englischer Kampfverband an der Nordseeküste war — aber dieser habe schon damals kein Glück gehabt, denn etwa die Hälfte der feindlichen Maschinen sei abgeschossen worden. „Wir unterschätzen unseren Gegner nicht und wissen, daß er etwas kann, mutig und schneidig ist“, so fuhr Oberstleutnant Schumacher dann fort. „Das hat gerade dieser Angriff vom 14. Dezember bewiesen, der bei einem Wetter erfolgt ist, bei dem man normalerweise nicht fliegt. Ich habe damals auch einen Leutnant verloren.“ Aber gerade aus den Ereignissen, die ja gleichfalls noch keine Woche zurückliegen, habe er, der Kommandeur, wiederum einiges lernen können.

Er sei also mit noch besseren, ja den besten Erfahrungen in den Kampf gegangen. „Was den Engländer veranlaßt hat, am Montag in so großer Zahl anzukommen, läßt sich nicht beurteilen. Ich habe zuweilen vierzig bis fünfzig Bickers-Wellington-Maschinen auf einmal gesehen. Im übrigen hatte der Gegner auch nicht den von ihm üblicherweise bevorzugten Anflugweg gewählt.“ Oberstleutnant Schumacher berichtete dann, wie der Anflug, der sich bei außerordentlich günstigem Wetter voll-

zog, bei blauem Himmel und nur geringem Bodendunst, frühzeitig gemeldet wurde und er seine Befehle erteilen konnte. Er sei hundertprozentig vorbereitet gewesen, und es war ihm, so betonte er, klar, daß er den Gegner auf das heftigste werde treffen können, wenn ihm nicht gerade das Pech einen Strich durch die Rechnung machen würde.

Und so sei es dann auch gekommen. Er habe Jäger und Zerstörer, Messerschmitt-Maschinen der Klasse 109 und 110 in den Kampf geschickt, und diese hätten sich dann in einer Weise gehalten und geschlagen, wie es ihm vorher selbst kaum möglich erschienen sei. Im übrigen habe sich erst während des Kampfes feststellen lassen, in welcher Zahl die feindlichen Maschinen eingesetzt waren. Als die ersten Staffeln die Berührung mit dem Gegner hatten, sei ihm, so sagte der Kommandeur weiter, nichts weiter zu tun übrig geblieben, als sich selber in seine Maschine zu setzen, denn der „Flim“ wäre ja nun in jedem Falle so abgelaufen, wie er ablaufen mußte. Er selber sei Jagdflieger und er habe sich beim Start vor allem über die gute Sicht gefreut, die immerhin fünfzig bis sechzig Kilometer betragen habe. Oberstleutnant Schumacher zeichnete nun die Erlebnisse seines Fluges nach, dieser Jagd durch die Sprengwolken der Flak, durch die weißen Benzindämpfe, die aus getroffenen Tanks ausströmten, und durch die Rauchwolken, die von abstürzenden Maschinen emporstiegen.

In einer Höhe von 3000 Metern habe er dann die ersten versprengten Engländer erpäht und angegriffen. Der erste Angriff blieb erfolglos, beim zweitenmal „drückte“ der Engländer „Höhe weg“, und erst beim dritten — „ich nahm Gas weg“ — kam der deutsche Kommandeur ruhig an sein Ziel. „Und schon war es um den Engländer geschehen.“ Nun habe ihn das MG-Feuer eines Kameraden des toten Engländers bedroht, und nach kurzer Zeit spürte er den heftigen Benzingeruch, der immer das sicherste Zeichen dafür sei, daß der Tank getroffen ist. Langsam und vorsichtig sei er darauf, nachdem er das Kabinenfenster aufgerissen habe, nach Hause geflogen und vor dem Platz notgelandet.

Und dann seien nach und nach die anderen Maschinen heimgekehrt, und alle hätten „gewadelt“ als Zeichen dafür, daß sie im Luftkampf erfolgreich waren. Bis zum letzten Licht der Dämmerung, das über der Nordsee flimmerte, hätten die Männer seiner Staffel den Feind verfolgt. Mit noch spürbarer Bewegung erzählte der Kommandeur dann von der Feststellung der Resultate dieser Schlacht. Er versuchte zunächst, die Ursachen dieses außerordentlichen Erfolges der deutschen Luftwaffe klarzumachen. Die englischen Maschinen seien an sich, so betonte er, ausgezeichnet. Sie hätten vor allem im Pech eine ausgezeichnete Gefechtsposition. Das wisse man natürlich auch sehr gut. Die Vickers-Wellington-Maschine hatte am Leitwerk einen Gedächtnis, der nach jeder Seite, soweit es nach hinten ist, unbehindertes Schußfeld hatte; also ein MG-Stand, wie man ihn selten in einem Kampfflugzeug finde. Wir haben natürlich Interesse daran, uns möglichst wenig in die MG-Garbe dieses Schützen zu begeben.

„Die Messerschmitt 109 ist aber besser“, so fuhr er dann fort, „sie ist vor allen Dingen schneller als die Vickers, und dadurch können wir naturgemäß in jeder Lage die Angriffsposition bestimmen. Das konnten wir am 14. Dezember nicht in diesem Umfang, da die Wolkenshöhe damals nur 150 Meter betrug. Am Montag aber wurde uns nun diese Eigenschaft der Maschinen zum klaren Vorteil. Darüber hinaus ist die Bewaffnung unserer Flugzeuge so, daß dagegen kein Kraut wächst.“

Sehr ausführlich beschäftigte sich Oberstleutnant Schumacher dann mit der Methode, nach der die Abschüsse feindlicher Maschinen bei der deutschen Luftwaffe gemeldet werden. Erstens, so sagte er, sei man ja fast nie allein, da man in der Regel innerhalb eines Verbandes fliege. Und zweitens sei es Befehl, daß nur dann Abschüsse gemeldet werden dürften, wenn dafür ein Zeuge vorhanden sei. Unter diesen 34 Abschüssen vom 18. Dezember sei kein einziger, der nicht von zwei bis drei Zeugen beobachtet worden wäre. Mit starker Betonung fuhr er dann fort: „Ich kann Ihnen sagen, daß es nicht 34, sondern 39 feindliche englische Maschinen waren, die mir angefangen worden sind. Ich habe aber fünf gar nicht erst gemeldet, weil dafür der Zeuge fehlte.“



Wenn der Engländer 12 Abschüsse für sich in Anspruch genommen habe, so sei das eine plumpe Lüge. Es seien nur zwei Besatzungen, d. h. zwei Messerschmitt 109-Einsitzer, verloren worden.

Ferner machte Oberstleutnant Schumacher noch einige interessante Ausführungen über die Standfestigkeit der deutschen Maschinen. An vielen Flugzeugen, die von diesem Kampf heimgekehrt waren, habe man 35 Treffer, an manchen 30, an manchen 15 und an seiner eigenen Maschine 12 Treffer festgestellt. Was das heiße, könne man nur begreifen, wenn man sich vergegenwärtige, daß der Kampf sich rund 150 Kilometer von der Küste entfernt abgespielt habe. Trotz dieser Beschädigungen seien die Apparate durchweg nach Hause gekommen, eine Latzacke, die sich jederzeit belegen lasse.

Im Handelskrieg gegen England wurden wiederum große Erfolge erzielt.

Das Mitte Dezember von seiner dritten Fernfahrt zurückgekehrte U-Boot des Kapitanleutnants Herbert Schulze hat während seiner ersten drei Unternehmungen 80 380 Bruttoregistertonnen feindlichen Handelsschiffraums versenkt.

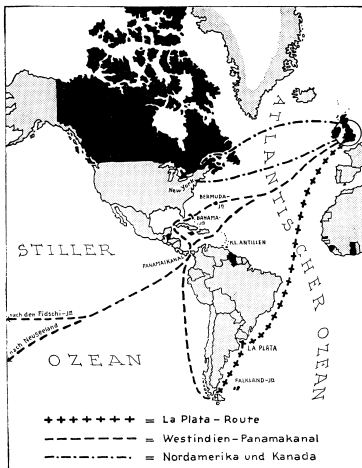
Es handelt sich bei dem Kapitanleutnant Herbert Schulze um denjenigen Unterseeboots-Kommandanten, den der erste Lord der britischen Admiralität bereits in seinem Gewahrsam wählte.

Das U-Boot des Kapitanleutnants Brien ist am 20. Dezember in die Heimat zurückgekehrt. Kapitanleutnant Brien hat die bereits mitgeteilte Torpedierung eines britischen Kreuzers der „London“-Klasse durch die Meldung seiner genauen Beobachtungen bestätigt. Auf seiner Fahrt ist es ihm und seiner tüchtigen Besatzung außerdem gelungen, 26 159 Tonnen feindlichen Handelsschiffraum zu versenken.

Mit dem 20. Dezember haben die feindlichen und neutralen Handelsschiffsverluste seit Kriegsbeginn die Millionen-Tonnen-Grenze überschritten. Da die feindliche Propaganda Schiffsverluste weitgehend verschweigt und zugleich die Richtigkeit der deutschen Veröffentlichungen bestreiten möchte, wurde eine Statistik mit namentlichen Listen derjenigen feindlichen und neutralen Schiffsverluste veröffentlicht, die bis zum 20. Dezember als bestätigt gemeldet worden sind. Gleichzeitig wurden die deutschen Handelsschiffsverluste bekanntgegeben, die nur einen Bruchteil der feindlichen ausmachen. Von den achtzehn versenkten deutschen Schiffen konnte der Gegner nur eins versenken, die übrigen sind durch Selbstverjüngung dem Zugriff des verfolgenden Feindes entzogen worden. Dieses Verfahren steht in der Geschichte des Handelskrieges erstmalig da. Das mutige Vorgehen der deutschen Handelsschiffskapitäne ist besonders anerkennen angesichts wiederholter englischer Drohungen, deutsche Kapitäne, die ihr Schiff versenken, erschießen zu wollen.

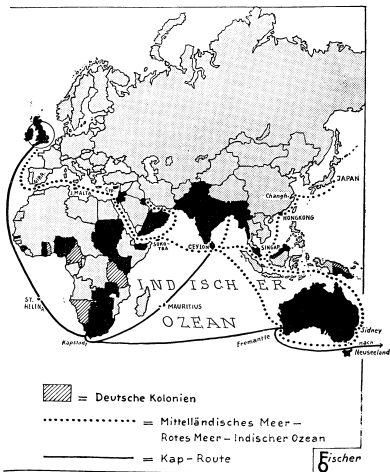
In einem Gespräch mit einem Schriftleiter äußerte sich der Befehlshaber der U-Boote, Konteradmiral Doenitz, über die letzten großen Erfolge der deutschen Unterwasserstreitkräfte. „Schon im Weltkrieg hat England“, so führte er aus, „erlebt, wie es durch die deutsche Unterseeoffensive, obwohl diese nur zögernd eingesetzt war, zeitweise an den Rand des Abgrundes gebracht wurde, weil seine wichtigsten Seeverbindungen nach dem Besten immer enger abgeschnürt wurden. Die Verletzlichkeit seiner bis dahin seebeherrschenden Lage wurde deutlich.“

Aus dieser Erkenntnis heraus versuchte Großbritannien in den Nachkriegsjahren Propaganda gegen das Unterseeboot zu machen. Es erhob immer erneut die Forderung nach Abschaffung dieser Seekriegswaffe mit der Begründung, daß sie „überholt“ sei. England hat mit seinen propagandistischen Bemühungen nur wenig Erfolg gehabt. Nicht einmal Frankreich ging auf die mit scheinheiligen Menschheitsphrasen verbrämten Anregungen ein. Deutschland war durch das Versailler Diktat der Bau von Unterseebooten gänzlich untersagt. Nach dem deutsch-englischen Flottenabkommen vom Jahre 1935 aber hatte es das Recht, im Rahmen des für die Gesamt-Flotten-tonnage bestehenden Stärkeverhältnisses von 35 : 100 die gleiche U-Boot-Tonnage zu besitzen wie England. Die deutsche Regierung erklärte sich jedoch bereit, zunächst über 45 v. H. der englischen U-Boot-Tonnage nicht hinauszugehen, behielt sich aber ausdrücklich das Recht vor, bei etwa notwendig werdender Lage den Anspruch auf den hundertprozentigen Ausbau geltend zu machen. Tatsächlich hat Deutschland seit Ende des Jahres 1938 sein Recht auf den vollen Ausbau der U-Boots-Waffe in Anspruch genommen.



#### Die wichtigsten Handels- und

Die wichtigsten Handelsstraßen Englands, die gegen Kreuzerrieg sichtig sind, umfassen im wesentlichen folgende fünf Routen: 1. Kap-Route; 2. die La Plata-Route; 3. Westindien—Panamakanal;



### Verbindungsstraßen Englands

zu bewachen und bei der Flottenverteilung entsprechend zu berücksichtigen:  
 1. Mitteländisches Meer – Rotes Meer – Indischer Ozean; 2. die  
 3. die Handelsstraße Nordamerika – Kanada.

Was nun von dem angeblich ‚geringen Wirkungswert‘ der deutschen U-Waffe zu halten ist“, so fährt der Admiral fort, „das haben die Erfolge der ersten drei Monate des deutsch-englischen Seekrieges bewiesen. Auch wenn einzelne Taten, wie die Angriffe der Kapitanleutnante Schubart und Prien, aus der Erfolgsferie herausragen, so schmälern sie nicht etwa die Erfolge anderer Boote, sondern unterstreichen sie und beweisen, zu welchen Höchstleistungen die deutsche U-Waffe willens und fähig ist, um ihre Überlegenheit, die anzuerkennen sich auch das neutrale Ausland bemühtigt fühlt, vor aller Welt zu dokumentieren.“

Der Befehlshaber erläutert an dem Beispiel der Versenkung des Flugzeugträgers „Courageous“, eines Schiffes also, das nicht nur mit den modernsten Schutzvorrichtungen gegen Torpedeangriffe ausgerüstet, sondern außerdem von Zerstörern und anderen Begleitschiffen ängstlich behütet war, daß das militärische Prestige Englands durch die Versenkung eine ungeheure Schlappe erlitt. Die dann später folgenden weiteren aufsehenerregenden Versenkungen durch den Kapitanleutnant Prien haben bewiesen, daß Englands sogenannte seeherrschende Stellung durchaus angreifbar und zu erschüttern ist. Das vielfältige Echo aus dem neutralen Ausland ist von dieser Erkenntnis sehr stark beeinflusst.

Der Handelskrieg der deutschen Unterseeboote ist die große Unruhe und Unsicherheit des britischen Imperiums geworden. Schon allein ihr Vorhandensein, die Ungewißheit ihres plötzlichen Vorstoßes zwingen zu Einschränkungen des Schiffsverkehrs. Die Abwehrmethode des Geleitzuges schließt erhebliche Nachteile in sich, nicht nur, daß sie sehr, sehr teuer ist und einen im Verhältnis zum Erfolg ungeheuer großen Aufwand benötigt, sie ist zudem außerordentlich langsam; denn die im Verband fahrenden Schiffe müssen sich ja jeweilig nach den langsamsten Teilnehmern richten. Überhaupt ist der Abwehrkampf gegen Unterseeboote äußerst kostspielig, weil er schwere Aufgebote von Waffen mobilisieren muß. Im Weltkriege beispielsweise waren zur Bekämpfung von etwa 178 deutschen Unterseebooten im ganzen rund 3000 feindliche See Streitkräfte eingesetzt. Man sieht, die Unterwasserangriffe treffen den Gegner militärisch wie wirtschaftlich, schädigen sein Ansehen, sie beeinflussen den Schiffsverkehr der Neutralen. Das Unterseeboot ist demnach eine sehr vielseitige Waffe, ganz abgesehen davon, daß es ja auch als Minenleger und Fern-aufklärer Verwendung findet.

„Abschließend möchte ich noch hinzufügen“, so beendet Konteradmiral Doenitz seine Ausführungen, „daß die Angriffserfolge der deutschen Unterseeboote um so höher zu werten sind, als es für die Kommandanten der Boote bei der Passivität der englischen Flotte, die es vorzieht, in geschützten Häfen und Buchten zu bleiben, außerordentlich schwer ist, den Gegner zu stellen. Allerdings: durch diese Passivität des Gegners lassen sich und werden sich unsere Unterseeboote das Geßel des Handels nicht nehmen lassen. Im Gegenteil, sie werden immer aktiver werden und den Ring um England immer enger schließen.“

Einen weiteren schönen Erfolg erzielte am 29. Dezember ein deutsches U-Boot westlich Schottland, indem es ein britisches Schlachtschiff der „Queen-Elizabeth“-Klasse torpedierte.

Alles in allem kann die Wehrmacht mit dem Erfolge des Jahres 1939 gegen England zufrieden sein.

---

## Mit dem Führer zu Weihnachten unterwegs

An der Westfront, 26. Dezember. In dieser Kriegswihnacht des Jahres 1939 sind die Herzen des ganzen deutschen Volkes bei unseren Soldaten. Alle Gedanken und Wünsche gehen zu ihnen, die für des Reiches Schutz und Größe auf Wacht im Westen stehen. Konnte der Führer, der zeit seines Lebens Soldat und Kämpfer war, dieses Fest schöner begehen, als inmitten seiner Kameraden an der Front? Mit ihnen verbrachte er diese Tage. Er war bei den Weihnachtsfeiern der Regimenter, in den tannengrün geschmückten Quartieren, in den Stuben einsamer Fliegerhorste, in den Bunkern und Panzertürmen der Hauptkampflinie und in den Stellungen

der vorderen Front. Indem er das Weihnachtsfest hier erlebte, erlebte er es da, wo heute das Herz des ganzen deutschen Volkes schlägt.

Niemand wußte von dieser Weihnachtsfahrt des Führers an die Front, weder die Truppen, noch die höheren Offiziere. Denn diesmal kam der Führer nicht, um als Oberster Befehlshaber die Stellungen am Feinde zu besichtigen, sondern er kam als der Erste Soldat des Reiches, um mit seinen Soldaten, ein Kamerad unter Kameraden, Weihnachten zu feiern. So erschien er in den Kampfstellungen unangemeldet und unerwartet.

Für die wenigen, die den Führer in diese Kriegswedhnacht begleiten durften, war es ein ergreifendes Erlebnis, die tiefe Freude zu sehen, die der Besuch des Führers bei den Männern der Front hervorrief. Immer wieder malen sich zunächst grenzenlose Überraschung und Erstaunen auf den Gesichtern der Soldaten, die zu ihrer stillen weihnachtlichen Feier versammelt sind. Einige Augenblicke lang können sie es nicht fassen, daß der Mann, der aus dem winterlichen Nebel des kalten, raufreißüberfrorenen Geländes zu ihnen hereintritt, wirklich und wahrhaftig der Führer ist. Aber dann, wenn diese erste Überraschung vorüber ist, leuchten die Augen auf, die Gesichter verklären sich, eine alles überstrahlende Freude erfüllt jene Männer, die hier vor dem Feinde liegen, die schon in Völen siegreich kämpften. Der Führer bei den Fronttruppen, der Führer bei ihnen selbst, in ihrem Bunker, in ihrer Feldstellung — die Freude ist so groß, daß die Männer ganz stille werden, so, als könnte ein einziges lautes Wort diesen Augenblick zerstören.

Behutsam nehmen sie die kleinen kerzen- und silberfadengeschmückten Tannenbäume entgegen und die sonstigen Geschenke, die er für die einzelnen Männer in den Stellungen, die er besuchte, mitgebracht hat. Ganz vorsichtig halten sie diese Pakete, in denen Backwerk und Schokolade, Pfeffertuchen und Getränke sind, so wie man eine Kostbarkeit hält. Denn diese schlichten Weihnachtsgaben sind auch wirklich für diese Männer das Schönste, was ihnen an diesem heiligen Fest der Deutschen beschert werden konnte. Tief und vielfältig sind die Eindrücke dieser drei Weihnachtstage, die der Führer inmitten seiner Soldaten an der Front verbrachte. Aber alle sind sie beherrscht von dem einen großen Gefühl der Freude, die der Erste Soldat des Reiches durch sein Kommen zu ihnen auch dem letzten deutschen Soldaten gemacht hat.

### In einem einsamen Fliegerhorst

Es ist um die Mittagsstunde — die Sonne kämpft noch mit dem kalten, dichten Bodennebel, der die Sicht fast völlig nimmt —, als wir einen Fliegerhorst, der einsam auf einer Hochebene liegt, erreichen. Offiziere und Mannschaften sind gerade beim Essen. Der große Saal, in dem sie sitzen, ist reich mit Tannengrün geschmückt. Die Erwartung des Heiligen Abends ist schon spürbar über all den Männern.

Da geht plötzlich die Tür auf, und der Führer tritt herein, und ehe die Soldaten noch begreifen, was in diesem Augenblick vor sich geht, sitzt der Führer schon mitten unter ihnen, zu seiner Linken der Staffelfapitän, zu seiner Rechten ein Unteroffizier. Ihm gegenüber sitzen zwei Befreite, Söhne der deutschen Ostmark, alte Rationalsozialisten, die im Kampf um Großdeutschland noch vor zwei Jahren monatelang in den Anhaltelagern und Gefängnissen des Schulschnigg-Systems gefangen waren. Jetzt stehen sie hier zur Verteidigung des Großdeutschen Reiches. Und der Führer ist bei ihnen.

Zum ersten Male sitzen sie ihm gegenüber und sprechen mit ihm. Wir haben die ganze Zeit über nur die Gesichter dieser Männer angesehen, und haben selten einen Ausdruck so reiner und großer Freude gesehen wie bei diesen beiden Soldaten. Dann spricht der Führer zu den Männern.

### Beim Infanterieregiment „Großdeutschland“

Kurze Zeit darauf ist der Führer beim Infanterieregiment „Großdeutschland“. Schon sinkt die frühe Winterdunkelheit über das Land. In dem Augenblick aber, in dem wir in einem kleinen Gasthof die Tür öffnen, umfängt uns heller Lichterschein. An langen Tischen sitzen Offiziere und Mannschaften des Regiments. Vor jedem stehen bunte Teller, eine Flasche Wein und flackernde Kerzen, die ein warmes, gelbes Licht verbreiten. An der Schmalseite des Saales, dessen Wände

völlig von Tannengrün bedeckt sind, aus dem leuchtend das Rot der Kriegsflagge hervorbricht, stehen zwei große Weihnachtsbäume im Scheine vieler Kerzen. Ein Weihnachtslied klingt gerade durch den Raum und bricht ab, als der Führer plötzlich eintritt.

Lauflose Stille liegt nun über dem weiten Saal, als der Führer zwischen seinen Soldaten Platz nimmt. Ein paar Männer verschwinden so unauffällig wie möglich, um nach wenigen Minuten mit ihren Photoapparaten wiederzukehren. Sie wollen diesen schönen und fechtlichen Augenblick im Wilde festhalten für die Geschichte des Regiments, für ihre Kameraden, die diese Stunde des Beisammenseins mit dem Führer nicht miterleben können, für ihre Frauen und Kinder und für sich selbst.

Eine besondere Freude wird an diesem Abend acht Befreiten des Regiments zuteil, die der Kommandeur an den Tisch des Führers ruft, um ihnen mitzuteilen, daß der Weihnachtsmann für sie eine Überraschung hat: die Beförderung zum Unteroffizier wegen ihrer Tapferkeit und Lüchigkeit.

Dann klingen wieder Weihnachtslieder durch den Saal. Ein kleines Orchester, von Regimentskameraden zusammengestellt, musiziert im Scheine der Kerzen. Und während die alten schönen Melodien ertönen, gehen die Gedanken der Männer zu den Lieben in die Heimat, zu Vater und Mutter, Frau und Kind, Schwester oder Braut. Dann aber faßt ein markiges Soldatenlied wieder die Stimmung fester zusammen. Und wie ein feierliches Versprechen klingen die Schlufverse, die diese Soldatenweihnacht des Regiments „Großdeutschland“ beenden:

Es leuchtet schon das Morgenrot,  
Hell glänzen die Gewehre,  
Wir schützen Deutschlands Ehre,  
Im Leben und im Tod.

Wieder spricht zum Abschied der Führer einige Worte, weist auf die Bedeutung hin, die gerade für dieses Regiment in seinem Namen liegt, den es trägt: Regiment „Großdeutschland“. Als der Führer den Saal verläßt, da klingt ihm als Bekräftigung immerwährender Einsatzbereitschaft spontan das „Engellandlied“ auf.

### Zulfest bei der „Leibstandarte Adolf Hitler“

Und später in einem anderen Frontabschnitt sind wir bei der Weihnachtsfeier der „Leibstandarte Adolf Hitler“.

Hier bei den Männern des Regiments, das seinen Namen trägt, ist die Freude besonders groß, als der Führer so unerwartet erscheint. Sie springen von ihren Sigen auf. Die Arme fliegen empor. Wie Donner hallen ihre Heilrufe, mit denen sie ihren Führer jubelnd begrüßen. Auch hier strahlen die Tannendäume und sind mit ihren leuchtenden Kerzen ein Symbol des Lichtes und des Krieges einer gerechten Sache über Nacht und Tod.

Es wird ein richtiges deutsches Zulfest, das die „Leibstandarte Adolf Hitler“ ihrem Führer bereitet. Das Musikkorps spielt die alten schönen Märsche, Kampfgedichte, aus dem Erleben dieses Krieges geboren, wechseln mit Liedern, die dieser Feldzug hervorgebracht hat. Aus allen spricht das trohige Bekenntnis zum Kampf und die frohe Gewißheit des Sieges. Sie alle verkünden die uralte germanische Weisheit, daß nur der Wille die Welt formt, und daß der Glaube das Unterpfand des Sieges ist.

In einer kurzen Rede ruft der Führer noch einmal den Sinn des Kampfes wach, den wir heute unerbittlich durchzufechten haben. Mit kurzen soldatischen Worten dankt der Kommandeur. Als der Führer aufbricht, schallt es im Sprechchor aus tausenden Kehlen: „Mein Führer! — Wir danken Ihnen für Ihren Besuch und Ihre Geschenke und wünschen Ihnen ein siegreiches Jahr 1940!“

### Bei Flakbatterien in der Luftverteidigungszone

Am Heiligen Abend begibt sich der Führer nach vorn in die Luftverteidigungszone und zu den Männern in der Hauptkampflinie, die hier in den Batteriestellungen und Panzerwerken, in den Bunkern und Gräben Wache halten. Dichter

Nebel liegt leider über den Stellungen. Nur wenige Meter weit ist die Sicht. Aber so ist die Überraschung bei der Truppe, als der Führer erscheint, erst recht vollkommen.

Der erste Besuch am Vormittag gilt einer leichten Flaßbatterie. Sie ist durch einen niedrigen balkenverkleideten Söhlgang zu erreichen, aus dem gerade der Batterieführer herauskommt. In dem Augenblick, als er sich aufrichtet und heraustrreten will, steht der Führer vor ihm. Der Batterieführer ist vollkommen verduht. Er ist ein alter Frontkämpfer und hat sicher in seinem Soldatenleben den unermarteststen Situationen gegenübergestanden. Aber diese Überraschung ist selbst für ihn so vollständig, daß er Sekunden braucht, bis er begriffen hat. Dann aber geht ein helles Aufleuchten über sein Gesicht. Und mit einer Stimme, die vor Glück ganz tief ist, erstattet er Meldung. Dann geht der Führer mit ihm zu den Geschützen, um jeden Mann ein Geschenk zu bringen und der ganzen Kameradschaft einen der geschmückten Weihnachtsbäume, die wir auch heute wieder in großer Zahl mitgenommen haben.

Und weiter geht es viele Kilometer zu einer schweren Flaßbatterie. Auch hier wiederholt sich das Bild beglückender Überraschung. In einer kleinen Holzhütte der Batterie ist der Führer zusammen mit der Geschützbedienung aus der Feldküche einen Schlag Linsensuppe. Ein Mittagbrot unter dem Weihnachtsbaum in solcher Gesellschaft — das hatten sich die Männer nicht träumen lassen!

### In der ersten Stellung des Hauptkampffeldes

Am späten Nachmittag dieses 24. Dezember verläßt der Führer die Luftverteidigungszone und begibt sich in die erste Stellung des Hauptkampffeldes. Es ist erstaunlich, wie wohllich nun alle diese Betonbunker geworden sind, seitdem sie von unseren Soldaten besetzt sind. Bücherhorde umziehen vielfach die Wände. Bilder sind aufgehängt. Farbdrucke und Photographien, die die Männer aus Zeitschriften ausgeschnitten haben. Sogar Teppiche hängen zum Teil an den Wänden und geben ein Gefühl vertrauter Häuslichkeit. Die Öfen bullern und machen die Werke warm. Große Teetessel summen auf ihnen. Bald wird der Weihnachtspunsch fertig sein.

Fast jeder Bunker hat seinen Rundfunkempfänger, aus dem die Sendungen der Heimat klingen. Überall leuchten auch schon die Kerzen. Die Geschenke aus den Liebesgabenpaketen sind aufgebaut und all die guten Sachen, die von der Mutter oder der Frau zu Hause gekommen sind. Die Männer sind guter Dinge. Sie sitzen gemächlich da. Für ein paar Stunden hat — soweit sie nicht Wache haben — der Dienst sie entlassen. Nun rauchen sie die gute Weihnachtszigarre und bereiten sich auf eine stille Stunde der Kameradschaft vor. Dann wird plötzlich die Tür aufgestoßen, und mit einem Male steht der Führer mitten unter den 5, 6, 7 Mann, die hier beisammensitzen und die es nun hochreißt und die wie aus einem Munde rufen: „Heil, mein Führer!“ Und dann empfangen sie jeder ihr Weihnachtspaket und — wo er fehlt — noch einen kleinen Tannenbaum, den Baum des Führers. Sie wissen gar nicht, wie ihnen geschieht. Ihr freudiges Verstummen löst sich erst wieder, als der Führer mit ihnen spricht, sie nach ihren Erlebnissen fragt, nach den Kämpfen in Polen, nach ihrem Wohlbefinden, ihren besonderen Wünschen und all den kleinen Dingen, die doch für einen Soldaten so wichtig sind. Wenn der Führer auch nur wenige Minuten bei jeder einzelnen Bunkerbesatzung sein kann, so sind doch diese Minuten für die Männer das Schönste und Wunderbarste, was ihnen in dieser Kriegswihnacht gegeben werden konnte.

### Die Glocken von Spichern

Dann begibt sich der Führer nach vorn in das Vorfeld. Die Dunkelheit sinkt herab. Der heilige Abend ist angebrochen. Und nun erlebt der Führer diesen Abend ganz in der weihnachtlichen Stille und Stimmung der Front. Auf dem Weg zu den Spicherer Höhen, die noch vor wenigen Wochen der Feind besetzt hielt und dessen verlassene Gräben und Stellungen wir jetzt passieren, überschreitet er die französische Grenze — zum ersten Male wieder seit 1918. Wir stehen vor einem ehemals französischen Betonunterstand. Der Hauptmann, der in diesem Abschnitt kom-

mandiert, meldet sich und berichtet seinem Obersten Befehlshaber. Der Führer teilt ihm seine Beförderung zum Major wegen Tapferkeit vor dem Feinde mit.

Der Major führt uns durch den Wald weiter nach vorn zu einem Gefechtsstand. Im Eingang taucht ein junger blonder Leutnant auf. Wer beschreibt seine und seiner Leute Freude, daß der Führer am Heiligen Abend selbst zu ihnen in ihre Stellung gekommen ist, um sie zu beschenken.

Als der Führer um 5 Uhr abends diesen Abschnitt wieder verläßt, da läuten die Glocken des Dorfes Spichern den Heiligen Abend ein. Eine deutsche Patrouille hatte es sich nicht nehmen lassen, in das Dorf, das zwischen den Linien liegt, vorzudringen und die Weihnachtsglocken erklingen zu lassen.

Es ist jetzt völlig Nacht geworden. In der Hauptkampfstellung von Saarbrücken geht nun der Führer von Bunker zu Bunker. Weihnachtspaket um Weihnachtspaket tragen seine Begleiter heran. In einem der Bunker, in dem wir überraschend auftauchten, ist gerade der Nikolaus dabei, sich mit Bart und Perücke zur Bescherung zurechtzumachen, und so kommt der Führer gerade rechtzeitig, um ihm auch seinen Sack mit den Weihnachtsgeschenken aufzupacken. So geht die Wanderung des Führers weiter von Stellung zu Stellung, von Werk zu Werk, von Soldat zu Soldat, von Kameradschaft zu Kameradschaft. Durch die tiefe, nebelgefüllte Stille dringt eine leise Melodie: „Stille Nacht, heilige Nacht.“

Spät erst kehrt der Führer an diesem Abend mit seiner Begleitung in das Quartier zurück.

### Ansprache an das Regiment List

Auch der erste Weihnachtstag sieht den Führer wieder bei der Truppe. Die Besatzung eines Feldflugplatzes ist zum Mittagessen versammelt. Es wird nur noch ein „hoher General“ erwartet, dann soll es anfangen. Da! Jetzt muß es soweit sein: ein paar Wagen fahren drauhen vor, einige Männer steigen aus, die Tür öffnet sich, und herein tritt — der Führer! Er nimmt mitten unter ihnen Platz, und das Eintopfen beginnt. Nach dem Essen rücken alle um den Führer zusammen und lauschen atemlos seinen Worten, die ganz allein nur für sie bestimmt sind; und gerade dieses Bewußtsein macht sie besonders glücklich.

Eine halbe Stunde später sind wir schon wieder unterwegs. Weiter geht die Fahrt zum Infanterieregiment List, das die Tradition des alten Kriegeregiments des Führers fortführt.

Mit unendlich viel Liebe und Sorgfalt hat das Regiment seine Weihnachtsfeier vorbereitet. Von den brennenden Tannenbäumen und den reich gedeckten Kaffeetischen strahlt eine anheimelnde Weihnachtsstimmung aus. Kopf an Kopf sitzen die Soldaten, und mancher von ihnen denkt wohl daran, daß ebenso wie sie hier um den Weihnachtsbaum geschart sind, vor genau 25 Jahren ein unbekannter Soldat des deutschen Heeres im gleichen Regiment im Kameradenfreise das Weihnachtsfest feierte: Adolf Hiller, der heute — wie sie bereits vermuten — zu ihnen kommen wird als ihr Führer und Oberster Befehlshaber.

Und nun ist der Führer bei ihnen. Er geht mit dem Kommandeur durch ihre Reihen und läßt sich in ihrer Mitte nieder. Seine Blicke gehen über die Männer hin, die schon in Polen vor dem Feinde ihre Pflicht getan haben, und die nun auf neuen Einsatzbefehl warten. Viele von ihnen tragen als Zeichen der Tapferkeit das Eiserne Kreuz.

Plötzlich stockt die Unterhaltung, die Regimentsmusik bricht ab, der Führer spricht zu den jungen Kameraden seines alten Regiments. Er erinnert an die Zeit, da er selbst in diesem Regiment als Soldat an der Front stand. Er gedenkt des Weihnachtsfestes vor nunmehr 25 Jahren, das er damals im Regiment verbrachte, und der Siegeszuversicht, die ihn heute erfüllt. Mit stolzer Freude lauschen die Männer seinen Worten, und mit einem donnernden Sieg-Heil auf den Führer geloben die jungen Soldaten treueste Pflichterfüllung und letzte Einsatzbereitschaft.

So beging der Führer im Kriegsjahr 1939 inmitten seiner Soldaten das Weihnachtsfest.



## v. Brauchitsch am Heiligen Abend an der Westfront

(P. K.) In einer echten Winternacht mit Rauheis und Mirrendem Frost beging das deutsche Heer am Westwall das Fest der Weihnacht. In Tausenden und aber Tausenden von Bunkern und Unterständen saßen die Kameraden um ihren Tannenbaum versammelt, umgeben von den Geschenken der Heimat und bereinigt in freuem Bedenken an Führer und Reich. Selbst in den Löchern der vordersten Spähposten und an den Geschützständen fehlte nicht ein Zeichen weihnachtlichen Glanzes. Gemeinsam mit den Soldaten der Westfront verlebte auch der Oberbefehlshaber des Heeres, Generaloberst v. Brauchitsch, diesen historischen Weihnachtsabend in kameradschaftlichem Kreise. Nach einer zweitägigen Besichtigungsfahrt an verschiedenen Abschnitten der Westfront traf der Oberbefehlshaber am Heiligen Abend bei einer am Westwall stehenden MG-Kompanie ein und nahm an der Weihnachtsfeier dieser Kompanie teil. Er hielt dabei eine Ansprache, die sich an das ganze deutsche Heer wandte, und die durch alle deutschen Rundfunksender übertragen wurde.

Wie eine große Familie sitzen die jungen Soldaten der vierten Kompanie erwartungsvoll um ihren großen Weihnachtsbaum gekart. Noch vor drei Tagen haben sie draußen im Dreck des Vorfeldes in ihren Wostenlöchern gelegen, und nun sind sie plötzlich auserseren, den Oberbefehlshaber des Heeres auf ihrer Weihnachtsfeier zu Gast zu sehen. Mit schneidiger Ehrenbezeugung begrüßt die Kompanie den Generaloberst, als er Punkt sechs Uhr in Begleitung des Regimentskommandeurs den weihnachtsgeschmückten Raum betritt. Der junge Kompanieführer, Oberleutnant Eitner, meldet: Die Kompanie zur Weihnachtsfeier angetreten. „Heil Schützen!“ und „Heil Herr Generaloberst!“ hallen Gruß und Gegengruß zwischen einer braven Kompanie Soldaten und ihrem Obersten Befehlshaber.

Das alte Weihnachtslied „Stille Nacht, heilige Nacht“, das in Millionen Häusern, Bunkern und Unterständen mit besonderer Innigkeit gesungen wird, leitet auch diese Feier ein. Nicht nur die Kompanie, sondern die ganze deutsche Armee erfülle es mit großem Stolz und unermesslicher Freude, daß der Oberbefehlshaber des Heeres heute mitten unter seinen jungen Soldaten weilt, um mit ihnen die erste Weihnacht im Felde zu feiern. „Es gibt keinen schöneren Beweis der Verbundenheit, die von der höchsten Führung bis zum letzten Soldaten die ganze deutsche Armee in unlöslicher Kameradschaft zusammenhält.“

Der Oberleutnant erinnert dann an die Tage, da die Kompanie erwartungsvoll ihren Bunker besetzte und täglich darauf wartete, dem Führer beweisen zu können, daß sie für ihn und die Heimat selbst den Teufel aus der Welt schlagen würde. Später in den Vorfeldkämpfen hat die Kompanie dann einen unversehrlichen Chef und einen tapferen Feldweibel verloren, die jetzt im Herzen der Kameraden an dieser Kriegswihnachtsfeier teilnehmen sollen. Mit dem festen Versprechen weiterer treuer Pflichterfüllung dankt der Oberleutnant dem Generaloberst für die hohe Ehre, die er der Kompanie heute erwiesen hat.

Dann spricht Generaloberst v. Brauchitsch:

„Kameraden! Wie vor fünfundsanzig Jahren Kriegswihnachten vor dem Feinde! Bunker und Hindernisse, Leuchtflugeln und Kampfeindrücke, und nicht zuletzt die Gräber vieler treuer Kameraden sprechen an diesem Heiligen Abend zu uns. Ihr werdet verstehen, daß ich als euer Oberbefehlshaber an diesem Abend zu euch gekommen bin, um an der Front hier bei der 4. Kompanie Weihnachten zu feiern. Jeder muß wissen: Wir gehören zusammen auf Leben und Tod. Wie im Weltkriege empfinden wir in diesen Tagen unsere Kameradschaft als ein starkes und großes Erlebnis. Das gilt in engerem Sinne für uns Soldaten, in gleicher Weise aber für unser ganzes deutsches Volk. Die meisten von euch haben den polnischen Feldzug mitgemacht oder hier an der Westfront ihre meist harte soldatische Pflicht erfüllt. Das gemeinsame Erlebnis hat uns alle zu einer unerschütterlichen, stahlharten und entschlossenen Kampfgemeinschaft zusammengeschweißt, erfüllt vom Willen zum Siege und von der festen Zuversicht der eigenen Kraft und Überlegenheit.“

Drüben, jenseits des Niemandslandes, scheint man vom Sinne des Weihnachtsfestes wenig zu wissen. Dort hat man gerade in diesem Monat als Kriegsziel die Zerschlagung Deutschlands, die Vernichtung unseres Volkes und die Vernichtung unserer Kultur verkündet. Gerade wir Soldaten müssen und wollen uns voll darüber klar sein, was das bedeutet. In dieser Lage gibt es für uns Deutsche nur eins: den uns ausgezwungenen Kampf mit voller Entschlossenheit zum siegreichen Ende zu führen. Einst wird kommen der Tag, an dem das von unserem Führer geschaffene Großdeutsche Reich und der Lebensraum eines 86-Millionen-Volkes gesichert ist. Darum sind wir auch fest überzeugt, daß das Recht auf unserer Seite ist."

Dann gedenkt der Generaloberst der Heimat und grüßt den F ü h r e r und Obersten Befehlshaber, der gleichfalls diesen Abend an der Front inmitten seiner Soldaten verlebt. „Erst wenn wir den Sieg errungen haben“, so schließt der Generaloberst seine Ansprache, „werden wir auch wieder von Frieden sprechen können. In diesem Sinne, meine Kameraden, wollen wir gemeinsam das deutsche Kriegswihnachten 1939 erleben.“

„O du fröhliche, gnadenbringende Weihnachtszeit“ tönt es in starken Männerhören aus der Kompanie zurück. Einige Soldaten der Kompanie haben die Freude, die Geschenke, die der Oberbefehlshaber mitgebracht hat, aus seinen eigenen Händen in Empfang zu nehmen und ein Gespräch mit ihm zu führen. Beim gemeinsamen Weihnachtsschmaus und heiteren Klängen des Musikkorps bleiben die Kameraden dann beisammen zu einer Weihnachtsfeier, die ihnen sicherlich für ihr Leben unvergeßlich bleiben wird.

Auf seiner zweitägigen Besichtigungsfahrt hatte Generaloberst v. Brauchitsch bereits zahlreichen Truppenteilen und einzelnen Soldaten im Abschnitt zwischen Rhein und Mosel persönlich seine Weihnachtswünsche ausgesprochen. Keinen Bunker verließ er ohne einen Weihnachtswunsch an die Besatzung.

Wohrnuale sind während der Fahrt Gruppen von besonders bewährten Soldaten aufgestellt, denen der Generaloberst als schönstes Weihnachtsgeschenk das Eiserne Kreuz überreichen kann. Im Augenblick, als er einigen hervorragend bewährten Westfrontkämpfern des E.K. I verleiht, wird ihm selbst eine überraschende Weihnachtstfreude zuteil. Eine soeben eintreffende Meldung besagt, daß ein deutscher Feldnebel mit seinem Spähtrupp heute weit hinter den französischen Linien zwei französische Offiziere gefangen und sicher eingebracht hat. Der Krieg findet auch an diesem Tage keine Unterbrechung, auch am Heiligen Abend beschießt die französische Artillerie deutsche Stellungen und geräumte Ortschaften, und die Spähtrupps schlagen sich im Niemandsland mit dem Feinde herum. Von Frieden werden wir erst sprechen können, wenn der Sieg errungen ist.

## Die Front im Westen

(P. K.) Über die politisch-strategische Bedeutung unserer ständigen Front im Westen sind im Augenblick, was den Kriegsverlauf im großen betrifft, selbstverständlich noch keine endgültigen Wertungen möglich. Es wäre müßig, schon heute Vermutungen darüber anzustellen, ob der Krieg in irgendeiner Weise an der Westfront oder an einer anderen Stelle entschieden wird. Als feste und unabänderliche Tatsache kann aber bereits verzeichnet werden, daß die Art der Verteidigung im Westen den feindlichen Angreiferstaaten die Unangreifbarkeit der deutschen Westgrenze aufs eindrucksvollste vor Augen gestellt hat. Zwei große verbündete Militärmächte haben es nicht wagen können, einen Angriff militärisch auch nur in die Wege zu leiten.

Seit dreieinhalb Monaten besteht nun im Westen der Zustand einer ständigen, aufs höchste gesteigerten Bereitschaft der Kriegsgegner, ohne daß es bisher zu Kampfhandlungen gekommen wäre, die die Kriegslage im großen hätten beeinflussen können. Weder die örtliche Artillerie- und Spähtruppentätigkeit, noch die ernsthaften Kämpfe um das Vorfeld zwischen den beiderseitigen Befestigungslinien sind als kriegsentscheidende Unternehmungen gedacht gewesen. Es gibt jedoch nur wenige deutsche Volksgenossen, die sich in diesen Zeiten täglicher Wehrmachtberichte den Blick trüben lassen für die ungeheure Größe der sich anbahnenden Entwicklungen.

Das deutsche Volk erkennt die gewaltige Aufgabe der Westfront, auch wenn im Augenblick unsere prachtvolle Marine weit mehr handgreifliche und begeisternde Erfolge davonträgt als das Heer. Und doch ist es nötig, ihm immer wieder ein klares Bild davon zu geben, welche Fülle von entsagungsvoller Arbeit und einsatzbereiter soldatischer Leistung sich hinter den schlichten Sägen des täglichen Wehrmachtberichtes verbirgt.

Nur hundertprozentige militärische Laien könnten sich den Krieg im Westen etwa so vorstellen, daß die Soldaten unausgesetzt in den gut eingerichteten Befestigungswerken des Westwalls verweilen und sich die Zeit mit SkatSpielen und Verpflegungsempfang vertreiben und im übrigen dem ausichtslosen feindlichen Angriff ohne Erregung entgegensehen. Gewiß ist über AdF-Veranstaltungen, Heeresbüchereien und sonstige dankenswerte Bereicherungen des soldatischen Daseins in der Öffentlichkeit mehr bekannt geworden als über den eigentlichen militärischen Dienst, der ja in Kriegszeiten mehr als je eine innere Angelegenheit der Wehrmacht bleiben muß. Noch niemals konnte aber der deutschen Wehrmacht der Vorwurf gemacht werden, daß sie einen Soldaten ohne Beschäftigung nutzlos herumsetzen ließ. Wenn also heute große Truppenmassen an der Westfront stehen, ohne daß eine Entscheidungsschlacht geschlagen wird, so darf jeder überzeugt sein, daß diese Soldaten an dieser Stelle und in dieser Zahl nötig sind, um den deutschen Sieg im großen sicherzustellen. Der Bierbankpolitiker, der alle Geheimnisse der obersten Kriegsführung zu kennen meinte und mit guten Ratsschlägen nicht krauserte, ist heute eine Witzblattfigur. Das deutsche Volk ist durch die nationalsozialistische Erziehung und durch eine unerhörte Serie politischer und militärischer Erfolge daran gewöhnt worden, schweigend zu vertrauen und die Stunde des Führers zu erwarten.

Wir fürchten nicht, militärische Geheimnisse auszuplaudern, wenn wir in dieser Zeit steigender Erschwernungen der Kriegsführung durch die Bitterungsverhältnisse einmal ein deutliches Wort über den Krieg im Westen aussprechen. Dieser Krieg bedeutet für unsere Soldaten gerade wegen der scheinbaren und doch so unübersichtlichen Stabilität der Verhältnisse eine anstrengende Leistungsprobe erster Ordnung. Er erfordert restlose Hingabe und große Leistungen von Führung und Truppe. — Wer den deutschen Soldaten kennt — und dazu gehören vor allem unsere Feinde —, der weiß, daß das rücksichtslose Zutapen in der Angriffschlacht stets der Angelpunkt gewesen ist, um den alles Denken und Fühlen unseres Soldaten kreiste. Auch heute wären Hunderttausende von jungen und alten Kriegern glücklich, wenn sie den Befehl bekämen: „Drauf und durch!“ Wo und wann dieser Befehl ergehen wird, ist jedoch nicht Gegenstand ihrer Erwägungen. Sie sind Soldaten und gehorchen — auch unter Verzicht auf Entfaltung jenes höchsten soldatischen Ethos, das im siegreichen Sturmangriff den eigentlichen Sinn des Manneslebens erkennt. Man soll es zu würdigen wissen, daß trotz dieser monatelangen Jügelung gespannter soldatischer Energien die seelische Schwungkraft des Westwallheeres voll gewahrt wurde. In einer Art, die die Geschichte noch zu werten hat, ist die Idee der Ständigen Front im Westen vom deutschen Heere aufgenommen und verwirklicht worden, und zwar ohne Bruch in der überlieferten, auf den Entscheidungsfieg abgestellten Geisteshaltung des deutschen Soldaten.

Wer etwa glaubt, daß die Ständige Front in Deutschland eine Armee von Höhlensoldaten erzogen habe, wird noch Gelegenheit haben, sich vom Gegenteil zu überzeugen. Schon bei der Anlage des Westwalls ist nirgends an die Idee der Chinesischen Mauer mit ihrer völlig starren Abwehr gedacht worden. Die Puffer sind in erster Linie ein sicherer Schutz der deutschen Waffen, also eine unerhörte Verstärkung unserer Feuerwirkung, die damit die Eigenschaft der unabänderlichen Dauerhaftigkeit erhalten hat. Für den Soldaten sind sie weder eine bequeme Lebensversicherung noch ein gewohnter Aufenthaltsort, sondern ein entscheidendes Kampfmittel, das zu gegebener Zeit anzuwenden ist. Immer noch spielt sich der Krieg im Gelände ab, wo der Infanterist die Lage entscheidet, wenn er mit seinem Körper und mit seiner Waffe vom Boden Besitz ergreift. Es ist bezeichnend, daß der Feind bisher an keiner Stelle auch nur in Sichtnähe der deutschen Befestigungslinien herangefommen ist und daß alle Kampfhandlungen sich weit im Vorfeld des Westwalls abspielen. Diese viel zu wenig beachtete Tatsache gibt dem Krieg im Westen

sein charakteristisches Gepräge und erklärt die großen Schwierigkeiten, die die Truppe bei der Erfüllung ihrer Aufgabe zu überwinden hat.

Die vordersten deutschen Spähposten stehen heute im allgemeinen unmittelbar an der französischen Grenze, also — abgesehen von der Rheinfront — viele Kilometer vor dem eigentlichen Westwall. In feldmäßig gesicherten Stellungen führen die Vorfeldtruppen ein Leben, das von den Annehmlichkeiten des Daseins so ziemlich alles vermessen läßt. Ständige Fühlung mit dem Feind und Klarheit über seine Absichten ist oberstes Gesetz. Die Arbeit der Spähtruppe, die Tag für Tag und Nacht für Nacht ins Niemandsland vorstößt, ist jedesmal eine vollgültige soldatische Leistung, auch wenn nicht immer der gewünschte Erfolg erzielt wird. Jede Bewegung im eigenen Vorfeld und im feindlichen Gelände vollzieht sich heute in einem unglaublichen Matsch. Der Soldat im Vorfeld hat tagaus, tagein fieberhaft zu tun, um durch Stellungsausbau seine Waffenwirkung und seine Ruhestatt zu erhalten. Dankbar sieht er an seiner Seite die erdbraunen Kameraden der Baubataillone in den Uniformen des Reichsarbeitsdienstes. Was diese alten und jungen Männer unter den schwierigsten Verhältnissen häufig im feindlichen Feuer, im Vorfeld und im gesamten übrigen Kriegsgebiet täglich leisten, wird ein besonderes Ruhmesblatt der deutschen Wehrmacht füllen, der sie ja als vollgültige Soldaten angehören.

Nach einer gewissen Zeit werden die Vorfeldbataillone abgelöst, denn Ruhe und Generalüberholung sind für Mann und Pferd und Waffe allmählich dringend vonnöten. Sie finden ihre Vollendung in einer völligen Auffrischung der Ausbildung, bis der Befehl zum neuen Einrücken ins Vorfeld eintrifft.

Natürlich hat der Soldat auch einmal Zeit zu einem dauerhaften Skat und zu einem fröhlichen Lied. Es geht Gott sei Dank nicht griesgrämig zu an unserer Westfront, sondern es herrscht ein urgesunder Humor und ein jugendlicher Geist, der von alten und jungen Soldaten gleichmäßig gepflegt wird. Andererseits trat der Ernst des Krieges in Gestalt der Toten und Vermundeten immer wieder sichtbar in Erscheinung. Das äußere Bild des deutschen Soldaten an der Westfront ist durchaus gezeichnet von der Wirklichkeit dieses Krieges: mit all seinen Opfern, Anstrengungen und Entbehrungen, aber auch von seiner hochgemuten Stimmung und seiner wunderbaren Kameradschaft.

Solange Deutschland mit den Westmächten im Kriege steht, wird die Westfront dieses Bild immer klarer ausprägen. Es zeigt den Soldaten aller deutschen Stämme im Vollbesitz seiner kämpferischen Werte — täglich bereit zum letzten Einsatz wie zu peinlichster Pflichterfüllung im Alltag des Dienstes. Das Wort „Westfront“, das im Weltkriege bereits höchsten Adel erlangte, wird auch in der Geschichte dieses Krieges nur mit Ehren genannt werden können.

## Verkehrseinsparübung an der Mosel

(P.K.) „Große Verkehrseinsparübung im Mittelmosel- und Eifelraum.“ Es ist schwer, sich ohne weiteres ein Bild zu machen von den ungeheuren Anforderungen an Truppe und Material, die sich hinter dieser kurzen Bezeichnung verbergen. Es hört sich so einfach an: Starke Einheiten aller Waffengattungen des Heeres haben sich auf wenigen bestimmten Straßen in verhältnismäßig kurzer Zeit zu einem festgesetzten Ort in Marsch zu setzen und pünktlich und reibungslos dort einzutreffen. Und doch gehört dazu eine bis ins kleinste funktionierende Organisation vom Kommandierenden General bis zum letzten Verkehrsposten, eine tadellose Zusammenarbeit der verschiedensten Einheiten, vor allem aber eine vorbildliche körperliche Leistung aller beteiligten Mannschaften.

Kilometerweit muß sich unser Wagen am frühen Dezembertage am den auf der Moselstraße zur Abfahrt bereitstehenden motorisierten Kolonnen im wahren Sinne des Wortes vorbeischnellen und sich durch sie hindurchwinden, ein kleines Kunststück unseres Fahrers. Geistesstich leuchten die roten Schlusslampen der Kraftwagen in die Dunkelheit. Kommandorufe und das Anlassen der Motoren zeigen den kurz bevorstehenden Beginn der eigentlichen Übung an. Wir kommen langsam

aber ohne Anhalten weiter. Ein Dorf taucht auf. Der kleine Moselort ist heute früh wie alle, die im Gebiet der Übung liegen, aus dem Schlaf geweckt. Der schwache Schein der abgedunkelten Scheinwerfer gibt uns ein eigenartiges — fast möchte man sagen — romantisches Bild der Lastwagen, der Männer im Stahlhelm, der Kräder, des ganzen militärischen Schauspiel, das sich hier angesichts der moseländischen Fachwerkhäuser und der winkligen Straßen und Gassen abspielt.

Kurze Zurufe verständigen uns: „Linke Moselstraße durch Hochwasser überschwemmt, scheidet zur Verwendung aus.“ Die gesamten auf dieser Straße angelegten Kolonnen müssen über die einzige schmale alte Moselbrücke geschleust werden und die rechtsseitige Straße mitbenutzen. Eine ungeheure schwierige und heisse Aufgabe, die schnelles Handeln und sofortige Umstellung der gesamten Übung in diesem Abschnitt erfordert, um so schwieriger, als nur enge Straßen und wenige Wechsellage vorhanden sind. Auf der Moselbrücke scheint denn auch unsere Fahrt ihr vorzeitiges Ende gefunden zu haben. Fest verkeilt steht Wagen an Wagen, kaum daß sich ein Meldesahner mühsam seinen Weg vom anderen Ufer bahnt. Wir steigen aus und suchen nach dem Grund der Straßenverstopfung. Eine Bahnunterführung unmittelbar hinter der Brücke macht den schweren Wagen bei der Durchfahrt Schwierigkeiten. Einer scheint rettungslos festzuziehen. „Schöne Bescherung“, hören wir eine Stimme, „linke Uferstraße überschwemmt, rechte verkeilt!“ Und trotz allem, nach einigem Hin und Her gelingt es uns, über die Brücke zu kommen, aber eine Weiterfahrt auf dieser Strecke ist für uns unmöglich. Wie wir später erfuhren, konnte die Unterführung dennoch in Kürze frei gemacht werden. Wir aber fahren über Weinbergstraßen steil nach oben ins Gebirge, um nach langem Umweg im Moselstädtchen B. wenigstens noch einen Teil des weiteren Verlaufs der Übung sehen zu können.

Auch hier oben Wagenkolonne an Wagenkolonne, Paß, schwere und leichte Artillerie, motorisierte Infanterie — wir befinden uns auf einem andern Anmarschweg. Wir können uns nun ein ungefähres Bild der wirklich gewaltigen Ausmaße dieses Unternehmens machen. Auf drei etwa 30 bis 35 Kilometer langen Marschrouten bewegen sich die Kolonnen, erste und zweite entlang der Mosel und die dritte durch das Hunsrückgebirge. Im Moselstädtchen B. treffen sich alle Marschlinien, um dann getrennt weiter zum gleichen Bestimmungsort zu führen. Dieser Schnittpunkt aber stellt wohl die schwierigste Stelle der Übung dar.

Ohne Aufenthalt gelangen wir nach B., wo beim ersten Anblick ein unübersehbares Gewirr von Fahrzeugen aller Art zu herrschen scheint. In Wirklichkeit aber geht alles reibungslos und „wie am Schnürchen“. Am Schnittpunkt der beiden großen Aufmarschstraßen beobachtet der kommandierende General unmittelbar neben den Verkehrsposten die Abwicklung der hier fast unmöglich scheinenden Aufgabe. Aber es klappt, es klappt sogar vorzüglich. Die Ungetüme der Prop-ABs, der schweren motorisierten Artillerie füllen die engen Straßen des Städtchens fast von Häuserfront zu Häuserfront. Und wenn eben Leitung, Organisation und Zusammenarbeit als vorbildlich bezeichnet wurde, so soll hier auch ein Wort über die geradezu phantastisch anzusehende Fahrkunst der Fahrer dieser Kolonne gesagt sein. Im offenen Wagen nach einer nachtlangen Fahrt im kalten, seuchenden Dezemberwind des Hunsrück lenken sie ihre Fahrzeuge mit einer jongleurhaften Fertigkeit. Niemand merkt ihnen und ihren Kameraden die Strapazen der Nacht an. Frisch und lachend nicken sie den Mädeln und Frauen zu, die ihnen vom Marktplatz und den Fenstern der mittelalterlichen Häuser des alten Städtchens zurufen und winken.

Wir gehen zu der Ortskommandantur, um unsere Meldung abzugeben. Als wir uns schon zur Heimfahrt bereit machen, bemerken wir Infanterie, die sich zum Anmarsch fertig macht. Neben dem gigantischen Aufmarsch der motorisierten Einheiten kommen auch noch Fußtruppen zum Einsatz, auf denselben Straßen.

Auf der Rückfahrt finden wir kaum einen ausgefallenen Wagen, und von einem wirklichen Unfall ist nicht die Rede. Was aber am meisten befriedigt, ist der einwandfreie Zustand der Straßen. Ich kenne die Straßenverhältnisse der Westmark aus der Zeit vor der Nachtübernahme und die gewaltige Wandlung, die seit 1933 hier im Westen eingetreten ist. Gewiß hatte man kaum jemals mit der Möglichkeit einer kriegsmäßigen Belastung gerechnet. Trotzdem aber haben die Straßen der Westmark auch diese Belastungsprobe glänzend bestanden.

# Der See- und Handelskrieg im Dezember 1939

Von  
Konteradmiral z. B. Gadow  
Militärische Feindverluste

Die Torpedierung eines britischen Schweren Kreuzers der „London“-Klasse (9050 Tonnen, acht 20,3-Zentimeter-Geschütze usw., 32,2 Knoten) östlich der Shetland-Inseln durch das U-Boot des Kapitänleutnants Brien Ende November wurde nach Rückkehr dieses Bootes durch den Kommandanten erneut bestätigt, ebenso die Torpedierung des Zerstörers „Ferret“ (1690 Tonnen, 36 Knoten) durch ein deutsches U-Boot seitens der Admiralität gemeldet. Das Boot soll noch auf Strand gesetzt worden sein. Von englischen Minensuchbooten gingen nach bestätigten Meldungen „Ray of Hope“ und „William Gallet“ auf Minen verloren, in Wirklichkeit ohne Zweifel eine ganze Reihe weiterer, da es anscheinend nicht gelungen ist, der neuen Minengefahr (s. u.) Herr zu werden. Am 16. 12. fand im Anschluß an eine breite Aufklärung der deutschen Luftwaffe über die ganze Nordsee von Portsmouth bis zu den Shetland-Inseln hinauf ein Angriff auf britische Vorpostenschiffe, Küstenwachboote und Landdampfer sowie sonstige Fahrzeuge statt. Hierbei wurden vier dieser Fahrzeuge zum Sinken gebracht, mehrere andere schwer beschädigt. Im weiteren Verlauf wurden 23 Vorpostenschiffe versenkt. Diese Angriffe schlugen eine empfindliche Lücke in die Vorpostenstellungen des Feindes und wurden von diesem nach fester Gewohnheit als Verletzung des Seerechts und Angriffe auf „harmlose Fischerboote“ hingestellt. Es ist bekannt, daß sehr viele Fischerfahrzeuge, Schleppschiffdampfer und Logger sich im Dienste der Admiralität befinden, sei es als Minensucher, Vorpostenboote oder U-Bootfallen. Von Völkerrechtsverletzung kann keine Rede sein.

Am 13. 12. fand vor dem La Plata das Gefecht des Panzerschiffs „Admiral Graf Spee“ mit dem schweren Kreuzer „Exeter“ (8390 Tonnen, 32,2 Knoten, sechs 20,3-Zentimeter-Geschütze) und den Kreuzern „Ajax“ und „Achilles“ (7000 Tonnen, je acht 15,2-Zentimeter-Geschütze) statt, in dessen Verlauf die „Exeter“ außer Gefecht gesetzt und einer der beiden anderen schwer beschädigt wurde. „Admiral Graf Spee“ wurde gleichfalls beschädigt und lief Montevideo zu Instandsetzungen an. Vom Kreuzer „Exeter“ wird berichtet, daß fünf von seinen schweren Geschützen zerstört wurden, das sechste nur noch „mit Handbetrieb“ funktionierte und auch das Schiff mit Hand gesteuert werden mußte. Er ging mit sicherer Begleitung zur ersten Reparatur nach Port Stanley. Da die Regierung von Uruguay eine längere Frist als 72 Stunden zur Instandsetzung des „Admiral Graf Spee“ verweigerte, das Schiff aber mit den erlittenen Schäden nicht imstande war, den Durchbruch durch die schnell vor dem La Plata zusammengezogenen weit überlegenen Streitkräfte (nach englischen Berichten 2 britische und 1 französisches Schlachtschiff, 1 Flugzeugträger, mehrere Kreuzer, Zerstörer und Unterseeboote) und den Heimweg zu erzwingen, wurde es auf Befehl des Führers außerhalb der Hoheitsgewässer versenkt. Der Kommandant, Kapitän z. S. Langsdorff, beschloß, den Untergang seines Schiffes nicht zu überleben, nachdem er seine Besatzung nach Buenos Aires in Sicherheit gebracht hatte. Ein Nachruf des Oberbefehlshabers der Kriegsmarine sprach ihm die volle Anerkennung für seine Leistungen aus und würdigte seine Handlungsweise.

Die dreimonatige Tätigkeit des Panzerschiffs im Atlantik hatte neben einer Versetzungsziffer von 50 000 Tonnen, darunter sehr wertvolle Dampfer, die Wirkung gehabt, daß nicht nur zahlreiche Kriegsschiffe auf die Jagd nach ihm angehetzt, sondern auch mit großer Eile Beletzüge gebildet werden mußten mit der bekannten Folge einer Verzögerung der britischen Versorgung. Es lag in der Natur seines Auftrages, Gefechte möglichst zu vermeiden, jedoch im gegebenen Falle anzunehmen, wie es hier mit Tapferkeit gegen eine zahlenmäßige Übermacht geschah. Verluste

sind im Kriege unvermeidlich und mit Ruhe zu ertragen. Wenn der Gegner daraus einen großen „Seesieg“ zu machen versuchte, so wirkt dies nur ein Licht auf sein empfindlich gewordenes Prestigebedürfnis. Die Verweigerung des verlängerten Aufenthaltes muß als unfreundlicher Akt angesehen werden. Die Versenkung war einer Internierung des Schiffes vorzuziehen, da nach anderen Vorgängen im Weltkriege, z. B. Versenkung des Kreuzers „Dresden“ in chilenischen Gewässern, des Hilfskreuzers „Kaiser Wilhelm der Große“ in spanischen, mit einem völkerrechtswidrigen Zugriff des Gegners zu rechnen war. Es ist in Erinnerung, daß der russpanische Zerstörer „José Luiz Diaz“ monatelang in Gibraltar und La Rochelle Gefechtschäden reparieren durfte. Auch gegen die Internierung der Besatzung in Buenos Aires spricht der Vorgang, daß Holland im Weltkriege die Überlebenden der am 22. 9. 1914 von Weddigen's „U 9“ abgeschossenen drei Panzerkreuzer als Schiffbrüchiger behandelte und frei ließ. Entsprechend scharfer Protest wurde bei den Regierungen von Uruguay und Argentinien eingelegt, jedoch abgelehnt.

Unter den weiteren militärischen Ereignissen standen die Versuche der englischen Luftwaffe voran, trotz allen Widerstands über die deutsche Bucht zu den Kriegshäfen und Flußmündungen vorzudringen. Neben einer Reihe kleinerer Versuche dieser Art, die sämtlich abgewehrt wurden und ohne Wirkung verliefen, stand ein größerer Luftkampf am 14. 12. zwischen deutschen Jagern und englischen Langstreckebombern, Gegend: zwischen Wangeroog und Spiekeroog. Von 12 Bombern wurden 6 abgeschossen. Es folgte am 18. 12. ein noch stärkeres Aufgebot von 52 modernsten Kampfflugzeugen, von denen die deutschen Messerschmitts Me 109 und Me 110 und die eingreifende Flak in einer richtigen Luftschlacht 36 herunterholten. Weitere Verluste frankgeschossener britischer Angreifer bei der Rückkehr über See sind wahrscheinlich.

Mitte Dezember fanden Operationen unserer Seestreitkräfte in der nördlichen Nordsee statt. Auf dem Rückmarsch wurde ein leichter Kreuzer durch eine Unterwasserdetonation leicht beschädigt. Im Großen Belt ist ein deutsches Bewachungsfahrzeug nach einer Detonation gesunken.

Von erfreulicher Energie zeugte die am 12. 12. glücklich beendete Heimreise des Lloydampfers „Bremen“, der mit großem seemannischen Geschick bis dahin sich der Suche hatte entziehen können und nun mit Entschlossenheit den Durchbruch zur Heimat vollendete. Ein englisches Unterseeboot wurde durch Flugzeuge verhindert, das Schiff anzuhalten oder zu torpedieren.

Überblickt man den militärischen Stand der Dinge bis hierher im Nordseeraum, so zeigt sich: Die englische Seeherrschaft ist dort erschüttert. Das kommt darin zum Ausdruck, daß die deutsche Luftaufklärung die Häfen, Stützpunkte und Ankerplätze der britischen Flotte überblickt und damit ihren Aufenthalt und ihre Verteilung. Darüber hinaus sind die nördlichen Stützpunkte, vom Firth of Forth bis zu den Shetlands, von deutschen Bombern und U-Booten wiederholt angegriffen worden und damit in ihrem Wert herabgesetzt. Dieser Wert bestand in ihrer günstigen Blockadelage zum Ausgang der Nordsee zwischen Norwegen und England, die noch im Weltkriege eine wirksame Bewachung gestattete. Heute verlagert diese Bewachung, wie aus der Heimkehr zahlreicher deutscher Handelsschiffe und den ungestörten Operationen unserer Seestreitkräfte hervorgeht, die im November bis zum Seeraum zwischen Island und den Färöern vordringen konnten, um dort die Bewachung zu verjagen (Hilfskreuzer „Kawalpindi“ versenkt, Ende November). Eine weitere Folge dieser neuen Lage ist die verschärfte deutsche Kontrolle der aus den nördlichen Ländern nach England gerichteten Zufuhren und damit eine Verschärfung der britischen Versorgungslage, die in Holz, Butter und Speck bereits ernsthaft fühlbar wurde.

Neben diesen strategischen Vorteilen stehen unmittelbare Waffenerfolge: In den drei ersten Kriegsmontaten wurden über 30 Einheiten der britischen Marine versenkt, beschädigt oder außer Gefecht gesetzt, darunter von Schlachtschiffen bis herab zu Zerstörern und Minensuchern. Im Dezember gesellten sich dazu die eingangs genannten Fahrzeuge und am 29. 12. die Torpedierung eines Schlachtschiffes der „Barham“-Klasse an der schottischen Westküste, wozin sich die britische Flotte verzogen hat, durch ein U-Boot. Das betreffende Schiff ist 31 000 Tonnen groß, führt sechs 38-Zentimeter- und zwölf 15-Zentimeter-Geschütze usw. bei 25 Knoten Ge-



### Zu den See- und Luftoperationen im Nordseeraum

Die Erschütterung der englischen Seeherrschaft im Nordseeraum kommt darin zum Ausdruck, daß die deutsche Luftaufklärung die Häfen, Stützpunkte und Ankerplätze der britischen Flotte überblickt und damit ihren Aufenthalt und ihre Verteilung. Darüber hinaus sind die nördlichen Stützpunkte, vom Firth of Forth bis zu den Shetlands, von deutschen Bombern und U-Booten wiederholt angegriffen worden und damit in ihrem Wert herabgesetzt. In den drei ersten Kriegsmonaten wurden über 30 Einheiten der britischen Marine versenkt, beschädigt oder außer Gefecht gesetzt.



Schwindigkeit und zählt zu den bewährtesten Typen. Torpedierung ist, wenn nicht die Versenkung beobachtet oder bestätigt wurde, einer mehrmonatigen Reparaturfrist gleichzusetzen. Das ist der dritte Ausfall unter den 15 Schiffen der Schlachtflotte.

### Neue Waffen

Zu den einschneidenden Kennzeichen dieses Krieges einer Kontinentalmacht gegen England gehört die Durchbildung der Waffen, welche imstande sind, die Seeflotte unwirksam zu machen, von der aus Europa seit 300 Jahren beunruhigt und vergeblich wird. Als die Mine und das U-Boot erfunden wurden, wies die englische Admiralität diese Teufelsbinger mit Entsetzen von sich, in Vorahnung der von ihnen ausgehenden Bedrohung des Oberwasserschiffes. Seit die Bomber mit voller Last die britische Eindringtiefe zu den verwundbaren Stellen des Inselreichs erreichen können, verstärkte sich die Besorgnis, daß der „Wallgraben“ seine Bedeutung verloren habe. Seit dem Weltkriege haben alle drei Waffen stärkste Fortschritte gemacht, abzulesen an der Reichweite und Schlagkraft der Bomber und Aufklärer, Zerstörer und Jäger, an den Erfolgen der U-Boote, die diesmal von vornherein mit hochausgebildeter Abwehr zu tun hatten, und an der Wirkung der Minen. Englischen Darstellungen zufolge handelt es sich hier um ein neues System, das mit den bisherigen Mitteln schwer zu bekämpfen ist. Der übliche Protest wurde erhoben gegen solche „völkerrechtswidrige Verwendung von Minen auf Schifffahrtswegen“, jedoch konnte leicht erwidert werden, daß es sich offenbar um militärische Zufahrtstraßen handelt, zu deren Benützung die Handelsschifffahrt nur gezwungen wird. Die letzten Bothen waren vor allem der Abwehr gegen diese „neue furchtbare Best“ (Chamberlain) gewidmet, sei es durch Ballonsperrnetze gegen die Flugzeuge, die angeblich solche Minen in den Flußmündungen fallen lassen, sei es durch Aufgebot der Erfinder und Physiker, ein wirksames Gegenmittel zu nennen und zu konstruieren.

Die Wirkung der Minenverwendung prägte sich besonders scharf an der englischen Ostküste aus. Von London bis Aberdeen waren die Flußmündungen zeitweise amtlich gesperrt, zeitweise durch Kollisionen und Bracks derartig gefährdet, daß weitere Verluste eintreten und das Anlaufen unterlassen werden mußte. Die Umschlagleistung der Osthäfen (ohne London) wird mit 25 v. S. der Gesamtleistung angenommen, die von London mit etwa 34 v. S. Die Umlegung solcher Arbeit auf Häfen der Westküste bedeutet deren Verstopfung und Überlastung, kann auch nur teilweise möglich sein.

Die holländische Schifffahrt gab bereits die Linienfahrt auf, die immer wieder wertvolle Dampfer in den minengefährdeten Engpaß der Downs zwingt, die nordischen Reeder mußten Versicherungsprämien und Steuern um das Vielfache erhöhen, zu Lasten der Preise in England. Ende Dezember kündigte England die Ausdehnung seiner eigenen Minenfelder an, vermutlich, um entlang der ganzen englischen Ostküste einen Sicherungsgürtel zu schaffen, innerhalb dessen der Verkehr vor sich gehen soll. Für die Befähigung der Seefahrt bleibt England in seinem eigenen Küstenvorfeld allein verantwortlich, und für die Neutralen muß der Tag kommen, wo das Risiko der Fahrt auf England den Einsatz nicht mehr lohnt.

Neben den unmittelbaren militärischen Schlägen ist das strategische Ziel dieser Kriegführung in der Abschürfung Englands von seinen überseeischen Versorgungsquellen zu sehen. Man weiß: Volle Eigenversorgung hat England nur in Kartoffeln, die aber nicht Hauptnahrungsmittel sind, und in Kohlen, für die aber das Grubenholz zu 93 v. S. aus Rußland und Skandinavien bezogen wurde und jetzt ausbleibt. Textilien: 80 bis 90 v. S. auswärtiger Rohstoffbedarf, Öl 95 v. S., Brotgetreide 95 v. S. Für diese Zufuhr standen 16 Mill. Bruttotonnen Überseeetonnage, normalerweise rund 11 Mill. zur Verfügung (nach Dr. Stuebel vom Institut für Konjunkturforschung), abzüglich der Tonnage für besondere Kriegszwecke, die wieder einen Millionenbetrag erreicht. Der Restbestand muß infolge der Handelskriegsgefahr in Beleitzüge zusammengefaßt werden, was z. B. im Atlantik einem Verlust von 25 v. S. gleichkommt. Man erkennt daher, von welcher Bedeutung die Fortsetzung oder Unterbrechung der neutralen Zubringerfahrt geworden ist und wie der amtlich festgestellte Verlust von 1 029 635 Bruttotonnen und 278 Handelsschiffen bis zum 20. Dezember auf die Versorgung und Ausichten wirken muß.

In dem verlorenen Schiffsraum, der erschütterten Seeherrschaft und den militärischen Verlusten Englands liegt die Bilanz dieser vier Monate beschlossen. Der See- und Handelskrieg wirkt sich aus.

## Die Handelsschiffsverluste seit Kriegsbeginn

In der Zeit von Kriegsbeginn bis zum 20. Dezember 1939 sind auf See die folgenden Handelsschiffsverluste eingetreten:

1. Nach bestätigten Meldungen sind mit Sicherheit in Verlust geraten:

a) 143 britische Schiffe mit . . . . .	526 169 BrRZ
b) 12 französische Schiffe mit . . . . .	64 759 BrRZ
c) 78 neutrale Schiffe mit . . . . .	258 209 BrRZ

Zusammen: 224 Schiffe mit 849 137 BrRZ

2. Darüber hinaus sind mit großer Wahrscheinlichkeit als verloren anzunehmen:

a) 14 britische Schiffe mit . . . . .	46 425 BrRZ
b) 4 französische Schiffe mit . . . . .	17 233 BrRZ
c) 20 neutrale Schiffe mit . . . . .	37 240 BrRZ
d) 17 unbekannte Schiffe mit . . . . .	79 600 BrRZ

Zusammen: 55 Schiffe mit 180 498 BrRZ

Damit betragen die feindlichen und neutralen Gesamtverluste auf See bis zum 20. Dezember 279 Handelsschiffe mit einer Tonnage von 1 029 635 BrRZ.

Ogleich in dieser Gesamtsumme die unter 2 genannten Schiffe enthalten sind, bei denen nach den vorliegenden Meldungen nur mit hoher Wahrscheinlichkeit auf Totalverlust geschlossen werden kann, muß auf Grund der von amtlicher englischer Seite zugegebenen Schweigetaktik damit gerechnet werden, daß die Gesamtverluste weit höher sind, als angegeben.

3. Demgegenüber sind in der Berichtszeit von Kriegsbeginn bis zum 20. Dezember insgesamt 18 deutsche Schiffe mit 128 689 BrRZ versenkt. Von diesen Schiffen ist nur eines vom Gegner versenkt worden. Den übrigen ist es gelungen, sich rechtzeitig selbst zu versenken, ehe sie dem Gegner in die Hände fielen.

Im folgenden wird die namentliche Liste der seit Kriegsbeginn bis zum 20. Dezember auf See eingetretenen und bestätigten Schiffsverluste bekanntgegeben. Sie umfaßt 1. britische Handelsschiffe, 2. französische Handelsschiffe, 3. neutrale Handelsschiffe und 4. deutsche Handelsschiffe. Zu den feindlichen und neutralen Handelsschiffsverlusten nach den Listen 1., 2. und 3. treten noch diejenigen Verluste hinzu, die in der Kategorie 2. der amtlichen deutschen Statistik enthalten sind.

### 1. Britische Verluste

Dampfer Bosnia (2407 BrRZ), Royal Sceptre (4853), Buffaston (5809), Manaar (7242), Olivegrove (4060), Landdampfer Kennebec (5548), Fischdampfer Staunton (283), Dampfer Winleigh (5055), Tankmotor Schiff Appalachee (8826), Dampfer Regent Tiger (10176), Good Wood (2796), Blairlogie (4425), Tankmotor Schiff Inverliffey (9456), Dampfer Magdapur (8641), Firby (4869), Motorschiff Bancouer City (4955), Schlepper Reptunia (798), Dampfer Fanadhead (5200).

Tankmotorische Brit. Influence (8431 BrRZ), Cheyenne (8825), Rio Claro (4086), Gartabon (1777), Abiemore (4060), Rafiristan (5193), Affenside (2634).

Fischdampfer Lord Minto (295 BrRZ), Arlita (326), Rudyard Kipling (333), Rittinake (365).

Dampfer Safelside (4646 BrRZ), Arkleside (1567), Motorschiff Caldwell (287), Dampfer Kensington Court (4863), Truro (974), Clement (5051), Stonegate (5044), Glen Farg (876), Newton Beech (4651), Aiplea (4222), Sneaton (3678), Heronpool (5202).

Motorschiff Lochabon (9205 BrRZ), Schlepper Jamba (104), Dampfer Yorkshire (10 184), City of Mandalay (7028), Motorschiff Trevanion (5299), Dampfer Seaventure (2327), White Mantle (1692), Clan Chisholm (7256), Lafna (4413), Meninridge (2474), Ledbury (3528), Malabar (7976).

Fischdampfer Long II (250 BrRT), St. Aidan (564), Dampfer Cairmona (4666), Bronte (5317), Mermon (3402), 1 Bewacher Typ Agate (824), Dampfer North Haven (4653), Carmarthen Coast (961), Matra (8003), Woodtown (794), Fischdampfer Gresswell (275), Passagierdampfer Sirdhana (7745), Motorschiff Bonzano (1346), Hilfschiff Northern Rover (655), Fischdampfer Dabera (291), Dampfer Bramden (1594), Motorschiff Savarden Castle (210), Dampfer Blackhill (2492), Kohlendampfer Torch Bearer (1267), Fischdampfer Wigmore (345), Dampfer Arlington Court (4915), Dampfer Benfilba (4258), Lanfmotorschiff Tornus (8054), Fischdampfer Sea Sweeper (329), Fischdampfer Thomas Hawkins (276), Fischdampfer Delphine (250), Lanfer Africa Shell (706), Fischdampfer Mastiff (520), Lanfdampfer Typ Abbeydale (8300), Dampfer Dryburgh (1289), Dampfer Lowland (974), Fischdampfer Sulby II (287), Dampfer Darino (1351), Deepol (5167), New Mathilde (1559), Mangalore (8886), Motorschiff Biludski (14 294).

Dampfer (Hilfskreuzer) Kawalpindi (16 697), Dampfer Hookwood (1537), Uskmonth (2483), Stangate (1289), Fischdampfer Aragonite (315), Dampfer Royton Grange (5144), Fischdampfer W. Humphrey (276), Lanfmotorschiff James J. Raquire (10 525), Dampfer Bussum (ex Vorkum) (3670), Rubislav (1041), Zonian (3130), Sheaf Crest (2730).

Dampfer Dalruan (4558), Stanbrock (1338), Doric Star (10 086), Samsterley (2160), Lanfdampfer San Calisto (8010), Horsted (1670), Dampfer Thomas Walton (4460), Trawler Washington (209), Dampfer Chancellor (4607), Eskdene (3829), Nerel (1088), Nabajota (8795), Manchester Regiment (5989), Brandon (6668), Middlesbro (989), Bowling (793), Willompool (4815), Suntsman (8196).

Motorschiff King Egbert (4535), Trawler Marwid Head (496), Dampfer Tairou (7983), Streonshalh (3895), Deptford (4034), Trawler William Gallet (202), Lanfmotorschiff San Alberto (7397), Trawler James Ludford (560), Lanfmotorschiff Inverlane (9141), Dampfer Amble (1162), Motorschiff Serenity (487), Lanfmotorschiff Atheltemplar (8939), Dampfer Stanwood (4158), City of Kobe (4373).

Insgesamt 134 britische Schiffe mit 526 169 BrRT.

## 2. Französische Schiffe

Kohlendampfer Thygné (2660 BrRT), Lanfmotorschiff Emile Niguet (14 115), Dampfer Louisiane (6903), Vermont (5186), Tamara (3747), Bretagne (10 108), Alaska (5400), Baoulé (5874), Floride (7030), Fischdampfer Les Barges (290), Dampfer Rhuns (2921), Fischdampfer Dinard (525).

Insgesamt 12 französische Schiffe mit 64 579 BrRT.

## 3. Neutrale Ausfälle

Norweg. Motorschiff Ronda (5136 BrRT), belgisches Motorschiff Alex v. Opstal (5965), Bark Olivebank (Finnl., 2795), Dampfer Kosti (Griechenl., 3933), Mark (Holl., 1514), Gertrud Bratt (Schwed., 1510), Martti Ragnar (Finnl., 2262), Walmo (Finnl., 1361), Silesia (Schwed., 1839), Nyland (Schwed., 3526), Solaa (Norm., 1368), Viermastschoner Baltic (Finnl., 451), Dampfer Sun (Schwed., 1222), Diamantis (Griechenland, 4990), Suzon (Belgien, 2239), Vinnendijf (Holl., 6873), Bistula (Schwed., 1018), Aris (Griechenl., 4810), Motorschiff Greëholm (Norm., 621), Dampfer Gustav-Adolf (Schwed., 926).

Dampfer Albania (Schwed., 1241), Lafftaas (Norm., 1830), Jern (Norm., 875), Lorenz W. Hansen (Norm., 1918), Yendia (Dän., 1150), Sadjipateras (Griech., 5962), Barangmalm (Norm., 3551), Juno (Finnl., 1241), Thraipoulos (Griech., 3693), Motorschiff Canada (Dän., 11 108), Dampfer Sig (Dän., 1342), M. Embirikos (Griech., 5295), Küstenmotorschiff Tegri (Holl., 279), Lanfschiff Arne Rjæde (Norm., 11 019), Dampfer Georgios (Griech., 2216), Metallist (Russ., 968), Safe (Holl., 375), Goeh Transporter (Norm., 4914), Fischfutter Nordstrand (Dän., 82), Bass-Dampfer Simon Bolivar (Holl., 8309), Dampfer Kaunas (Lit., 1566), Carica Milica (Jugosl., 6371), Grazia (Ital., 5857), S. D. Transporter (Norm., 4914), Nordstrand Vorjesson (Schwed., 1585), Terufuni Maru (Jap., 11 930), Elena R. (Griech., 4576), Lanfmotorschiff Sliedrecht (Holl., 5133), Lanfdampfer Gustav E. Reuter (Schwed., 6336), Dampfer Spaarndam (Holl., 8875), Pianona (Ital., 6660), Geraldus (Holl., 2494),

Lanfschiff Realf (Norw., 8083), Dampfer Arcturus (Norw., 1277), Mercator (Finnland, 4260), Rudolf (Schwed., 2119), Ove Loft (Dän., 2135), Baralos (Griechenld., 3435), Primula (Norw., 1024), Passagierdampfer Lajandoen (Sollid., 8159), Louis Scheid (Belg., 5945), Gimle (Norw., 1270), Scotia (Dän., 2400), Binga (Schwed., 1974), Skabinda (Belg., 5182), Garoufalia (Griechenld., 4708).

Passagierdampfer Cimbria (Dän., 2653), Loro (Schwed., 1467), Dampfer Magnus (Dän., 1339), Germaine (Griech., 5217), Kofa (Belg., 1146), Jöina (Norw., 1674), Ragni (Norw., 1264), S. C. Flood (Norw., 1907), Strindheim (Norw., 321), Blitrefjell (Norw., 1568), Ursus (Schwed., 1499), Zytte (Dän., 1877) und Bogo (Dän., 1214).

Insgesamt 78 neutrale Schiffe mit 258 209 BrRT.

#### 4. Deutsche Verluste

Olinda (4576), Kapitän Herm. Schneeflot, Carl Frizen (6594), Kpt. Ernst Hermann, Joh. Wolkenuhr (5294), Kpt. Erich Christianen, Jnn (2867), Kpt. G. Tegloff, Minden (4165), Kpt. F. Olthaus, Bonzenheim (4574), Kpt. Eilert v. Ksmegen, Halle (5889), Kpt. Kurt Mettsch, Emmy Friederich (4327), Kpt. S. Dreyer, Poseidon (5864), Kpt. Waldemar Riellen, Mecklenburg (7892), Kpt. Josef Tsigowski, Barana (6038), Kpt. E. Speckmann, Bertha Fisser (4110), Kpt. Richard Boelker, Adolph Boermann (8577), Kpt. Otto Burflind, Tenerife (4996), Kpt. W. Zessen, Matuffi (9521), Kpt. B. Stahmer, Usufama (7834), Kpt. Hugo Wilmsen, Adolf Leonhardt (299), Kpt. Georg Bauber, und Columbus (32581), Kpt. W. Dähne.

Zusammen: 128 689 Tonnen.

## Die abenteuerliche Fahrt des Dampfers „Erlangen“

Wie ein deutscher Dampfer den Engländern ein Schnippschen schlug und auf abenteuerliche Weise schließlich in einen neutralen südamerikanischen Hafen gelangte, zeigt der folgende Bericht des Kapitäns des Dampfers „Erlangen“ des Norddeutschen Lloyd.

Der Dampfer „Erlangen“ hatte Ende August in dem Hafen von Dunedin (Neuseeland) seine Ladung gelöscht und wollte einen australischen Hafen zur Ergänzung seines Kohlenvorrats anlaufen. Untertwegs erhielt er Nachricht von der drohenden Kriegsgefahr. Daraufhin beschloß Kapitän Grams, sofort die Hauptdampferlinie zu meiden. Es gelang ihm, einen großen Hafen zu schlagen und ohne Lichter schließlich eine unbewohnte Insel zu finden.

Da er nur noch einen geringen Kohlenvorrat an Bord hatte, war es völlig unmöglich, damit einen neutralen Hafen zu erreichen. An Hand des Segelhandbuchs wurde ein günstiger Ankerplatz in einer Bucht ausgemacht. Nachdem durch dauerndes Loten die Wassertiefe festgestellt war, lief das Schiff eines Nachmittags ein. Die Bucht lag so, daß sie von See her nicht einzusehen war. Damit war das Schiff zunächst einmal gesichert. Aber wie nun weiter? Zunächst wurde nach dem Segelhandbuch eine Seefarte angefertigt. Die Besatzung fand außerdem ein Proviantdepot für Schiffbrüchige.

Am nächsten Tage entschloß sich Kapitän Grams, zur Kohleersparnis für den Vorbbedarf, für Heizung, Kühlmaschine und Küche die nötige Holzmenge zu schlagen, zu zerkleinern und an Bord zu bringen. Der erste Ingenieur stellte bei dieser Gelegenheit fest, daß das Holz einen guten Heizwert hatte und etwa den dritten Teil einer Tonne Kohle wert war. Und so wurde der Entschluß gefaßt, die fehlende Kohle durch Holz zu ersetzen, die Kessel mit Holz zu heizen und so vielleicht einen neutralen Hafen zu erreichen. Um recht viel Holz zu sparen, wurde die Kühlmaschine stillgelegt und der Vorbbedarf möglichst verringert. Trotz der kühlen Witterung durch Nebel und kalte Winde — das Thermometer zeigt meist nur 6 Grad — wurde die Heizung nur abends für zwei Stunden ange stellt. In den nächsten Tagen war die ganze Besatzung damit beschäftigt, Bäume zu fällen, zu zersägen und das Holz zu zerkleinern. Befehlsmäßig wurde eine Winde hergestellt, um das schwere Holz an Bord zu bringen. Der ganze Transport von Land an Bord mußte mit den vier Rettungsbooten ausgeführt werden.

Der Kapitän mußte bald erkennen, daß auf diese Weise die nötige Holzmenge nur in monatelanger Arbeit an Bord zu schaffen wäre. Das Schiff mußte deshalb näher an Land gebracht werden. Das brachte wiederum die Gefahr mit sich, daß das Schiff auflaufen oder auf Strand geworfen werden konnte, wenn einmal schwere See war, und es ohne fremde Hilfe dann nicht wieder los käme. Trotz dieser Gefahr entschloß sich Kapitän Grams, diesen Weg zu gehen und das Schiff näher an Land zu bringen. Die für das Aufsetzen des Schiffes geplante Stelle wurde gelotet, es wurden Grundproben genommen und Steine nicht festgesteckt, sondern nur muschel-sandiger Boden. So war es möglich, daß Schiff bei Hochwasser in langsamer Fahrt und mit leeren Tanks auf diesen Muschelboden aufzusetzen, wo es dann durch alle Anker genügend gesichert wurde.

Aus Reservebeschubleken für Binden wurden von den Ingenieuren die nötigen Schrotzfägen hergestellt, weil nicht genügend Sägen zum Fällen der Bäume an Bord waren. Das Schiff lag etwa 120 Meter vom Lande entfernt. Um die Beförderung des Holzes mit den Booten zu beschleunigen, wurde zwischen dem Land und dem Schiff eine lange Treibelleine ausgebracht. Das Holz wurde zum Teil auch zu Flößen zusammengebunden und an das Schiff geschoßt. Während die Ingenieure und das ganze technische Personal das Fällen und Sägen des Holzes übernahmen, waren die Offiziere und Matrosen mit dem Transport und dem Verstauen des Holzes beschäftigt. Jeder Mann mußte zugreifen. Auf diese Weise gelang es, unter Abzug der Holzmenge für den eigenen Verbrauch innerhalb eines Monats über 400 Tonnen Holz an Bord zu schaffen. Der Weg nach Südamerika betrug etwa 5000 Seemeilen.

„Wir saßen abendlang auf der Brücke und rechneten, ob wir es nun wohl schaffen würden, mit einigermaßen Sicherheit bis Südamerika zu kommen“, so schildert der Kapitän. Natürlich mußten Strömungen und gute Winde mit ausgenutzt werden. Der erste Offizier Vöhdorf fertigte aus den Lufen-Perfennigen und imprägnierten Kleidungsstücken Segel an. Die Ladebäume wurden zu Rahen umgebaut, so daß aus dem Dampfer „Erlangen“ schließlich ein stolzes Segelschiff geworden war.

„Anfang Oktober konnten wir es nun unter Ausnutzung aller Winde wagen, die Fahrt nach Südamerika anzutreten. Wir rechneten etwa mit 20 Tagen Reisezeit“, heißt es weiter in dem Bericht. „Zunächst mußten wir erst einmal unsere Rettungsboote wieder reparieren, die durch den Holztransport und durch die dauern-den Fahrten durch die Brandung doch erheblich gelitten hatten. Als ich am 7. Oktober abends bekanntgab, daß am nächsten Morgen die Reise losgehen werde, da bemächtigte sich uns aller ein außerordentlich freudiges Gefühl. Gott sei Dank, nun können wir von dieser Insel fort. Und vielleicht doch irgendwie nach Hause oder wenigstens in ein Land, wo wir Landsleute treffen. Am 8. Oktober, um 7 Uhr morgens, wurden dann die Anker gelichtet und das Schiff vorsichtig mit Maschinenkraft von der Küste losgebracht. Langsam und unter ständigem Voten kamen wir von der Küste fort und erreichten schließlich die See. Wir hatten unserem Schiff eine Tarnbemalung gegeben, alle Pläne und Papiere vernichtet und schließlich alles fertiggemacht, um nötigenfalls das Schiff zu vernichten, wenn sich uns englische Kriegsschiffe nähern sollten.“

Es herrschten ungünstige Winde, Windstärke 6 und schwere See, als das Schiff schließlich auf Fahrt war. Zunächst galt es für die tapfere Besatzung, die Segel aus-zuprobieren, um einigermaßen Sicherheit zu haben, das Schiff auch unter Segel fahren lassen zu können. Und trotz der ungünstigen Witterungsbedingungen gelang es: 9 Tage lang segelte das Schiff nach Osten. Die einzige Verbindung der Besatzung mit der Heimat war in all den Wochen der deutsche Rundfunk. Die Sen-dungen des Deutschen Kurzwellensenders unterrichteten den Kapitän und die Besatzung täglich über die politische Lage und halfen ihm, seine Entschlüsse zu fassen. Bei Flaute wurde mit Maschinenkraft gefahren, weil Trinkwasser und Proviant ja nur für eine beschränkte Zeit ausreichen konnten. Während der ganzen Fahrt war das gesamte Personal an Wochen- und Sonntagen 14 Stunden täglich eingesetzt, um die an Bord gebrachten Stämme zu zerfägen und zu spalten. Am 11. November um 7 Uhr morgens konnte die chilenische Küste erkannt werden. Was mag wohl in diesem Augenblick in den Herzen der tapferen Besatzung vorgegangen sein? Am 12. November nachmittags lief das Schiff in einen chilenischen Hafen ein.

Als das Schiff im Hafen lag, hatte es folgende Leistung vollbracht: Es war 1507 Seemeilen gefegelt und 3319 Seemeilen mit immer wechselndem Kurs gedampft. Es hatte nicht nur den größten Teil der Kohle und des geschlagenen Holzes verbraucht, sondern auch den gesamten Bodenbelag in den meisten Räumen und einen großen Teil der Lufendeckel und Bilgendeckel. Um die Ernährung sicherzustellen, gab es schon vom 30. August ab nur noch Eintopfgerichte, Probiant und Trinkwasser wurden rationiert. Kartoffeln, Frischgemüse und Mehl gab es nicht mehr. Als Ersatz wurde Reis zweimal durch die Kaffeemühle gemahlen und daraus ein Broteratz hergestellt. Die einzige Delikatesse während der ganzen Fahrt waren ein paar hundert Flaschen Bier, die sich noch an Bord befanden.

Ganz Deutschland kann stolz sein nicht nur auf seine Kriegsmarine, sondern auch auf die Besatzungen seiner Handelsflotte. Denn diese Besatzungen haben gezeigt, was echter deutscher Seemannsgeist vermag. Mit solchen Offizieren und Mannschaften kann Deutschland es mit dem angeblichen Beherrscher der Meere, England, aufnehmen.

## Wie „Rawalpindi“ versenkt wurde

(P.K.) Deutsche Seestreitkräfte im Nordatlantik! Das hat sich der Brite nicht träumen lassen! Nicht einmal drei Monate nach Beginn des von ihm freventlich vom Zaun gebrochenen Krieges zwingen deutsche Kriegsschiffe ihm das Gesetz des Handelns auf ...

Es ist spät nachmittags. Wir stehen südöstlich vor Island. Die Sonne beginnt eben hinter den Wolken am Horizont niederzugehen. Der Himmel steht in einem hellen Rot. Das Meer hat die dem hohen Norden eigene helle, etwas rötliche Färbung angenommen. Soll auch dieser Tag enden, ohne daß es uns den erwarteten Erfolg bringt?

Da! ... Signal: „Großer Dampfer in Sicht!“ Der Admiral gibt Befehl: „Dampfer stoppen!“ Wöglich dreht der Brite vor uns ab und entschwindet langsam unseren Blicken. Wir verfolgen mit äußerster Kraft den Gegner, der augenscheinlich zu entkommen versucht! Hofft er, mit seinen schnellen Maschinen in der Dämmerung sich der Vernichtung entziehen zu können?

Der Kommandant unseres Schiffes steigert ebenfalls die Geschwindigkeit. Wir jagen hinter ihm her. Bald kommt der Gegner auch für uns in Sicht. Murrmm! Im Augenblick ist unser Schiff bereit. Der Kommandant begibt sich in den Kommandostand. Ich stehe neben ihm und werde Zeuge eines Geschehens, das mich in seiner dramatischen Wucht und grandiosen Schönheit nicht mehr verlassen wird. Scharf zeichnen sich die Konturen des feindlichen Schiffes, der als Hilfskreuzer erkannt wurde, gegen den hellen Horizont ab. Ein mächtiger Feuerstoß löst sich von unserem Kriegsschiff, eine dicke Rauchwolke folgt: Es setzt einen Warnschuß vor den Bug des Fremden. Der Dampfer flieht weiter. Er muß also ein schlechtes Gewissen haben. Die erste scharfe Salve folgt. Was ist das? Auch drüben blüht heller Feuerschein auf: Der Dampfer bleibt die Antwort nicht schuldig. Will er uns etwa aufhalten, bis Hilfe gekommen ist?

Wöglich ein gewaltiger Krach auf unserem Schiff. Der Kommandostand zittert. Haben wir selbst einen Treffer erhalten? Nein — unser Schiff hat nur seine Artillerie sprechen lassen. Dann folgt Salve auf Salve. Nach wenigen Minuten schon sind beim Gegner Treffer auszumachen. Aber er wehrt sich noch immer seiner Haut. Mittschiffs pfeift es über die Köpfe der Bedienungsmannschaften unserer Flakartillerie hinweg. Mehrere hundert Meter hinter uns schlagen die 15-cm-Granaten des Gegners ins Wasser. Hohe Fontänen stehen gen Himmel. Jetzt noch ein paar Salven von uns. Eine Detonation auf dem feindlichen Schiff. Es brennt achtern und mittschiffs ... und es stellt das Feuer ein.

Auch wir lassen die Geschütze verstummen. Dicker Pulverdampf zieht in Schwaden um unser Schiff. Wir treten auf die Kommandobrücke und beobachten mit unseren Gläsern: Mit einem Hilfskreuzer hatten wir es zu tun! Alle Wetter, ist der schwer bestückt! Mindestens acht Geschütze der mittleren Artillerie, dazu noch Flak!

Eine gewaltige schwarze Rauchwolke steht über dem brennenden Schiff. Wöglich juckt es aus ihm grell hervor. Ein Krachen und Prasseln dröhnt bis zu uns her-

über. Die Munition hat Feuer gefangen! Explosion folgt auf Explosion! Im Augenblick ist der Himmel wie mit silbernen Sternen überjät: Die Leuchtspurmunition der Flak ist in die Luft geflogen! Ein zäher Bursche! Eine Stunde lang währen die Detonationen, das ganze Schiff ist eine Flammenglut, aber noch immer schwimmt es.

Im Verlauf des Gefechts ist es Nacht geworden. Auf See leuchtet Lichtschein auf. Worselampen blinken: S... O... S... Schiffbrüchige Gegner! Nein, jetzt sind es keine Gegner mehr, jetzt in ihrer Not stehen sie uns näher als wir uns selbst. Jede Minute ist für uns kostbar. Der Admiral befiehlt, die Schiffbrüchigen aufzunehmen. „Beide Maschinen stopp!“ Die Bootsmannsgruppe eilt auf die Schanze. Da, in zirka 300 Meter ein Boot! Mit der Kraft der Verzweiflung rudern seine Insassen gegen die schwere See an, die sie immer wieder zurückwirft. Endlich kommen sie längsseit. Sie sind vollkommen erschöpft und müssen förmlich aus dem Wasser gezogen werden. Es ist ein graufjes Bild, dieser letzte Kampf auf Leben und Tod in der finsternen Sturmnacht. Wie verzweifelt hängen die Briten an den hilfsreich zugeworfenen Reinen und herabgelassenen Seefallreeps, immer in Gefahr, von den wild auf und nieder gewucherten Booten zerfchmettert zu werden. Endlich sind sie alle geborgen.

Insgesamt konnten von der 350 Mann starken Besatzung unseres Gegners 26 übernommen werden. Feuersbrunst und wild entfesselte Naturgewalten ließen weitere Bergungstaten nicht zu.

Später besuchen wir die Gefangenen. Sie sind „very glad“, gerettet zu sein. Einer aber sagt: „Warum nehmt ihr uns erst mit, wenn ihr uns doch erschießen wollt?“ Es ist ein großer blonder Junge aus Schottland. Jetzt erst wird ihm klar, mit welcher verwerflichen Mitteln deutsche Art und deutscher Geist von seiten der Briten verdächtigt werden. Wir beruhigen den Schotten. Dankbar nimmt er die von uns angebotenen Zigaretten an, wollene Decken, trockene Kleider, einen anständigen Schlag warmes Essen. Ein erster Schlaf senkt sich auf die Augen der gleichsam vom Tode Auferstandenen. Inzwischen haben wir erfahren, mit wem wir es zu tun gehabt haben: es handelt sich um den 16 700 Tonnen großen, zum Hilfskreuzer umgebauten und schwer bewaffneten Ostasiendampfer „Rawalpindi“ aus Glasgow. Sein Untergang bedeutet einen schweren Verlust für die britische Marine. Wir fahren weiter, noch lange verfolgt von dem leuchtenden Fanal des immer noch brennenden Hilfskreuzers.

## Bei einer Minensuchflottille

(P.K.) ... Ich fasse also zusammen: Nach den Meldungen der Werft sind die Boote bis auf geringfügige Arbeiten in Ordnung. Die Betriebsstoffvorräte sind ergänzt, und auch der Proviant wird noch im Laufe des Nachmittags aufgefüllt. Morgen früh können wir also auslaufen. Um 7 Uhr sind sämtliche Boote seefahr! ... Ich danke, meine Herren!“ Mit diesen Worten entläßt der Chef einer Minensuchflottille die Kommandanten und Offiziere seiner Minensuchboote, nachdem eine Besprechung der bevorstehenden Unternehmung vorausgegangen ist. Während noch einzelne Offiziere in Gruppen beieinander stehen, verabschiedet sich die Mehrzahl, um sich sogleich an Bord ihrer Fahrzeuge zu begeben und dort die letzten Anweisungen für die morgige Fahrt zu erteilen ...

An der Pier schaukeln leise die Boote nebeneinander im ablaufenden Elbstrom. Langsam sinkt bereits die Dämmerung über den Hafen. Die Lichter werden abgeblendet. Hier und da packen noch einzelne Werftkolonnen ihre Werkzeuge zusammen und rüsten zur Heimkehr. An der Pier und auf den Booten wird es allmählich ruhiger. Nur ein paar Lastkraftwagen schieben sich langsam an die Boote heran, und bald wandert ihre Ladung — Gemüse, Konservendosen, Kartoffeln und Obst — durch flinke Hände in die Proviantkästen oder Vorratsbehälter auf und unter Deck. Ein Teil der Unteroffiziere und Mannschaften ist dienstfrei und beurlaubt. Lediglich die Wachen versehen ihren Dienst.

Um 7 Uhr seefahr!“ Mit diesem Gedanken klettert die seemannische „Nummer Eins“ über die Niedergänge und Decks des am weitesten außen liegenden Minen-

Juchbootes und kratzt sich dabei den Kopf. Jede Ecke, jeder Platz wird von ihm gemustert, damit noch alles bis zum Auslaufen ...

„Verdammt!“ flucht er, „da fehlen ja noch immer die Ruder für das Weiboot!“ Nun wandern seine Augen mit doppelter Aufmerksamkeit umher: Hier muß ein Floß festest gesurrt, dort eine Leine vorschriftsmäßig aufgerollt werden. Das Minen-Juchgerät ist vollständig, aber die Trossen, die Trossen! Zahlreiche Kleinigkeiten sind noch in Ordnung zu bringen, bis das Boot wirklich „seeflar“ gemeldet werden kann: Leinen, Blöcke, Hasen, Ständer ...!

„Um 7 Uhr seeflar!“ so pruft es im Kopf des leitenden Maschinisten, der in seiner Kajüte vor den Meldeformularen und Büchern sitzt und brüet und rechnet. Die Ölborräte für die Kessel und die Dieselmotoren sind ergänzt worden, einzelne undichte Stellen am Kessel sind beseitigt, die Pumpen von der Wert überholt. Aber die Generatoranlage für die Stromversorgung des Bootes ist noch nicht überprüft. Ob die Maschinenanlage wohl die Fahrt bei dem zu erwartenden Seegang schaffen wird? ... Er ruft nach dem Wachmaschinisten und gibt ihm die notwendigen Weisungen für die letzten Vorbereitungen zur Ausfahrt, hebt noch einmal wichtige Arbeiten für die nächsten Stunden hervor. Dann erhebt er sich mit einem befreienden Seufzer, um schnell noch einmal „zu Mutti“ nach Hause, an Land zu gehen ...

„Um 7 Uhr seeflar!“ Durch die Deck der Unteroffiziere und Mannschaften schwirren die Befehle. Während der Bootsmannschaft der Wache bereits damit beginnt, seine Männer für die ersten vorbereitenden Arbeiten einzuteilen, während der Wachmaschinist zusammen mit den Unteroffizieren und Mannschaften die letzten Reparaturen im Kessel- und Maschinenraum überprüft, machen Hannes und die Kameraden sich schnell noch einmal „landfein“. „Ist ja erst 6 Uhr vorbei“, meint er, als die anderen ihn antreiben, „bis Mitternacht fann ich noch mein Mädäl sehen ...“ Und mit einem Lachen quittiert das ganze Deck.

Auf dem Minen-Juchboot ist es fast still geworden. Näher und näher rückt der Uhrzeiger auf Mitternacht vor. Bis vier Uhr morgens kann jeder noch ein paar Stunden in seiner Koje liegen. Dann ziehen die Seewachen auf, und der neue Seetörn kann beginnen.

„Um 7 Uhr seeflar!“ Mit der Ruhe unserer seemännischen „Nummer Eins“ ist es allerdings nicht weit her. Bald ist der flinke Bootsmann wieder an Deck und läßt die seemännischen Wachen zusammenschließen. Während die letzten Urlauber der Freiwache im nächtlichen Dunkel an Bord zurückkehren, sind ihre Kameraden bereits am Werk, die Pinasse des Kommandanten überzunehmen und an Deck zu setzen. Überall taucht der Bootsmann auf, mahnt zur Verschleunigung, flucht ein über das andere Mal, wenn hier die Leine nicht schnell genug gesiert wird oder dort einer seiner Leute nicht fest genug zupackt. Aber er bleibt friedlich und gutgelaunt, als er feststellen kann, daß er noch weit vor der befohlenen Stunde das Boot zu seinem Teil „seeflar“ haben wird. Um 4 Uhr morgens ziehen die Seewachen auf. Dann darf nur die Ablösung noch für einige Stunden „auf der Matrage horchen“.

„Um 7 Uhr seeflar!“ — Noch liegt über den Minen-Juchbooten tiefe Nacht, aber mit dem Aufziehen der Seewachen hat an Bord schon ein reges Leben begonnen. Wenige Minuten nach 4 Uhr spricht im Heizraum bereits das Heißöl aus den Düsen unter die Kessel. Im Ku flammt das Feuer auf, und vorsichtig regeln die Zeiger die Ölzufuhr, bis das Feuer die ganze Feuerbüchse füllt. Ein neuer Handgriff, und die Lüfter draußen auf, fegen Frischluft in die Feuerung. Das Flammengewoge unter den Kesseln gleicht jetzt nur noch einer ebenmäßig weißleuchtenden Glut. Gespannt wandern die Augen über die Wasserstandsanzeiger, Wärmemesser und Kesselmanometer. Als gegen 4.20 Uhr der Manometeranzeiger langsam aber stetig zu klettern beginnt und den aufkommenden Dampf anzeigt, können die Männer im Heizraum aufatmen.

Im Maschinenraum warten der Maschinist und die Männer seiner Wache bereits auf das Steigen des Kesseldrucks. Langsam werden die Dampf-Absperrschieber und Ventile für den Dampfaustritt geöffnet, um die Hauptmaschinen allmählich vorzuwärmen. Je höher der Dampfdruck steigt, desto mehr Pumpen werden in Betrieb genommen, und als endlich der Zeiger des Manometers den vollen Druck anzeigt,



kann auch die Antriebsturbine für die Stromerzeugung in Gang gesetzt werden. Gleichmäßig singt diese Lichtmaschine bald ihr Lied, die mit ihren 10000 Umdrehungen in der Minute und ihrer Leistung von 80 Kilowatt geradezu ein Wunderwerk deutscher Technik darstellt: Ein Elektrizitätswerk für sich, ausreichend, um eine ganze Ortschaft von 500 bis 600 Haushaltungen mit Strom zu versorgen!

„Um 7 Uhr seeklar!“ Auch auf der Kommandobrücke ist es lebendig geworden. Neben dem Steuermann der Wache prüft der Rudergänger alle Signal- und Befehlsanlagen durch. Über den Maschinentelegraphen wird die Verständigung zwischen Brücke und Maschinenraum kontrolliert, an der Rudermaschine die Sicherheit der Steuerung geprüft.

An den Geschützen werden die Verschlüsse und Munitionsgeräte nachgesehen. . . . Noch einmal holt der Bootsmann seine Wache zusammen: „Klar zum Rein-schiff!“ heißt es; denn auch Sauberkeit ist eine Voraussetzung zum „Seeklar!“ Durch mehrere Schlauchleitungen jagen die Pumpen gewaltige Wassermengen über Deck, Schrubber und Besen kommen zu ihrem Recht, und in wenigen Minuten sind die Decks wieder blank gefegt.

Dann ein Pfiff: „Alle Mann antreten zur Musterung!“ Im Vorschiff sammelt sich die Besatzung, schnell ist die Verlesung der Namen durch den Bootsmann beendet, der nun mit ruhigem Gewissen das Boot für seinen Bereich als „see-klar“ melden kann.

Eine Viertelstunde vor der befohlenen Zeit empfängt der „I. WO“, der Erste Wach-offizier, die Seeklar-Meldung des Divisionsfeldwebels. Die zahllosen Fäden eines weit verzweigten technischen und organisatorischen Apparats laufen zusammen. Aus einer Vielheit von Männern mit Einzelaufgaben beginnt die geschlossene Einheit einer Mannschaft sich zu formen, die erstmalig jetzt in der siebenten Morgenstunde durch den Mund des I. WO die Meldung an den Kommandanten erstatten kann: „Das Boot ist seeklar, wie befohlen!“

Und diese Einheit der Mannschaft bleibt es auch allein, die draußen in der Nordsee ihre Aufgabe unter der Führung ihres Kommandanten erfüllt — für Deutschland erfüllt!

## Ritterlichkeit und „Gallantry“

(P. K.) Das vornehmste Gesetz des Krieges ist die Ritterlichkeit. Wenn der Gegner waffen- und wehrlos ist, wird er geschont, und wenn er in diesem Zustand um sein Leben ringt, wird ihm, soweit das möglich ist, geholfen. Wir nennen dieses selbstverständliche Verhalten, das einer gesunden Kampfmoral entspringt, Ritterlichkeit. In deutsch-englischen Wörterbüchern findet man für diese Bezeichnung die Übersetzung „Gallantry“.

Die Männer eines deutschen Kriegsschiffes hatten bei einer solchen Rettungsaktion ein bescheidendes Erlebnis. Einer der geretteten schottischen Matrosen stellte die schicksalsergebene Frage an die Deutschen: „Warum nehmt ihr uns erst mit, wenn ihr uns doch erschießen wollt?“

Diese Äußerung eines Menschen, der noch wenige Sekunden vorher mit dem Tode rang, verdient etwas näher betrachtet zu werden. Liegt in ihr nicht ein tiefer und furchtbarer Sinn? Enthüllt sie nicht eine Geisteshaltung, die bestimmte Schlüsse zuläßt auf die Gehebe britischer Kriegsführung? Unwillkürlich drängt sich einem die Frage auf, was wäre im umgekehrten Fall geschehen, wenn ein Engländer schiffbrüchige Deutsche vor sich gehabt hätte?

Wir kennen die englische Kriegsführung und die Methoden von 1914 bis 1918 und stoßen dabei immer wieder auf Parallelen. Im Zusammenhang mit der Beantwortung der gestellten Frage seien daher einige Fälle wiedergegeben, die sich im Weltkrieg ereigneten. Sie sind durch einwandfreie Zeugenaussagen protokollarisch festgelegt und somit dokumentarisch.

Am 24. Juli 1915 hielt das deutsche Unterseeboot U 36 einen Dampfer an, der sich beim Näherkommen als die U-Bootsfalle „Prince Charles“ erwies. Durch schlagartig einsetzende Artillerie- und Gewehrfeuer des britischen Dampfers wurde das deutsche U-Boot getroffen. Es tauchte, mußte aber sofort wieder hochkommen, da

ein Volltreffer in den Turm gegangen war. Die Besatzung konnte bis auf zwei Mann das Boot verlassen, die mit untergingen. Ein Boot von „Prince Charles“ rettete nach längerem Zögern nur den Wachoffizier des U-Bootes, während weitere Bergungsversuche nicht unternommen wurden. Die Leute im britischen Boot schlugen vielmehr auf die Wehrlosen, um ihr Leben kämpfenden Deutschen mit Riemen ein! Nach der Bergung des Wachoffiziers wurde das Rettungsboot wieder eingesetzt, während vom Deck des „Prince Charles“ aus mit Gewehren auf die im Wasser schwimmenden U-Bootsleute geschossen wurde. Ein dänischer Dampfer, der zur Übernahme der Überlebenden herbeieilte, wurde von den Engländern durch einen Warnungsschuß zum Stoppen gebracht und so an der Ausführung seiner menschenfreundlichen Absicht verhindert. Von der 33 Mann starken Besatzung des U-Bootes kamen durch das verbrechereiche Verhalten der Engländer 18 Mann ums Leben. Der Kommandant des britischen, als U-Bootsfalle getarnten Dampfers war R. Cpt. W. B. Mark-Wardlaw.

Am 19. August 1915 wurde U 27 bei der Versenkung des britischen Dampfers „Nicosian“ von der englischen U-Bootsfalle S. M. S. „Byandra“ überrascht und unter Mißbrauch der amerikanischen Flagge durch Artillerie- und Gewehrfeuer vernichtet. Die Überlebenden, unter ihnen der Kommandant, schwammen nach dem Untergang ihres Bootes auf die „Nicosian“ zu. Einige konnten sich dort an Bord retten, andere hielten sich im Wasser an herunterhängenden Leinen fest. Auf sie wurde auf Befehl des Kommandanten der „Byandra“, Lt. Com. A. A. Smith, geschossen. Vier andere Leute des U-Bootes, die schon auf der „Nicosian“ waren, wurden im Maschinenraum von der Besatzung ermordet. Der Kommandant des deutschen U-Bootes, der wieder ins Wasser gesprungen war, wurde durch von der Besatzung der „Byandra“ abgefeuerte Schüsse getötet. Der Kommandant der „Byandra“ hatte ausdrücklich befohlen, „keine Befangenen zu machen“!

So geht die furchtbare Liste der Ermordung deutscher Schiffbrüchiger weiter. Von U 41 wurden die Überlebenden, während sie im Wasser schwammen, von den Briten kaltblütig erschossen. Sieben Überlebende des UC 26 wurden durch absichtliches Nichttreten ihrem Schicksal überlassen und ertranken. Die wehrlosen Besatzungsmitglieder des auf den Godwin-Sänden gestrandeten U 48 wurden durch Artillerie- und MG-Feuer ermordet. 32 Mann des durch Wasserbomben vernichteten U 110 wurden ermordet. Sie trieben als Schiffbrüchige auf See. Die Besatzung britischer Zerstörer schoß auf sie. Wer durch das Feuer nicht getötet wurde, wurde in höchster Fahrt überannt. Die Männer kamen in den Schrauben der Schiffe um. Darunter auch der deutsche Kommandant.

Eine ganze Reihe solcher „Seldentaten“ ließe sich noch aufführen bis zum letzten Nord an schiffbrüchigen Deutschen in der Bucht von Scapa Flow, wo der britische Flottillenchef Capt. D. McLean auf die wehrlos im Wasser schwimmenden Männer schießen ließ. Was sich hier, am 21. Juni 1919, also nach Beendigung des Weltkrieges, an Bestialitäten ereignete, sind Untaten, die der britischen Flagge wahrlich keine Ehre machen. Die deutschen Offiziere und Mannschaften suchten vergeblich nach einem Verständnis für ihr Verhalten und nach der berühmten britischen „Fairness“. Der Kommandant des „Markgraf“, Korvettenkapitän Schumann, wurde ohne jeden Grund an Bord seines Schiffes erschossen. Dem Leutnant z. S. Lampe von der VI. Flottille setzte ein englischer Offizier die Pistole an die Stirn und drückte ab; nur durch das Abgleiten des Laufs traf die Kugel nicht, aber Haut und Haar waren versengt. Von den beteiligten Deutschen wurden acht getötet und vier erheblich verletzt.

Geben diese Tatsachen nicht zu denken, und erhält die oben angeführte Frage des schottischen Matrosen „Warum nehmt ihr uns erst mit, wenn ihr uns doch erschießen wollt?“ nicht eine furchtbare Bedeutung?

# Die Wehrmachtberichte

Das Oberkommando der Wehrmacht gab bekannt:

Keine besonderen Ereignisse.

16. 12. 39

17. 12. 39

An der Westfront keine nennenswerten Kampfhandlungen.

Die Luftwaffe führte Aufklärungsflüge über den Nordseegebieten durch.

Veruche britischer Bomberflugzeuge, in der Nacht vom 16. zum 17. 12. die Inseln Norderney und Sylt anzugreifen, scheiterten. Eine Anzahl Bomben fielen in die See.

18. 12. 39

Zwischen Mosel und Pfälzer Wald war das Artilleriefeuer von beiden Seiten etwas lebhafter. Die Luftwaffe führte ihre Aufklärung über Ostfrankreich und der Nordsee durch. Hierbei stießen die deutschen Flugzeuge im Norden bis zu den Shetlands, im Süden bis Portsmouth vor. Sie vertrieben an mehreren Stellen englische Vorpostenschiffe und Küstenwachboote von ihren Standorten. Ein Vorpostenschiff wurde durch Bombenabwurf versenkt. Am Abend versuchten englische Flugzeuge, die deutsche Küste anzugreifen.

Das Danzerschiff „Admiral Graf Spee“ hat die zur Wiederherstellung seiner Seefähigkeit nötige Frist von der Uruguayschen Regierung nicht bekommen. Der Führer und Oberste Befehlshaber der Wehrmacht hat deshalb dem Kommandanten den Befehl gegeben, das Danzerschiff außerhalb der Hoheitsgewässer selbst zu sprengen und zu vernichten. Dies ist am 17. 12., 20 Uhr, geschehen.

19. 12. 39

An der Westfront geringe örtliche Spähtrupp- und Artillerietätigkeit.

Die Luftwaffe klärte gegen Seeziele ostwärts Schottland auf. Hierbei griffen deutsche Fernaufklärer vier englische Vorpostenboote an. Sie wurden versenkt.

In den frühen Nachmittagsstunden versuchten 52 englische Kampfflugzeuge Wilhelms-haven anzugreifen. Der deutsche Flugmeldebetrieb erkannte frühzeitig die Angreifer. Bereits nördlich Helgoland wurden sie von Jagd- und Zerstörer-Flugzeugen gestellt. 34 britische Flugzeuge wurden hierbei nach hartem Kampf abgeschossen. Wie verloren zwei Flugzeuge.

Einzelne feindliche Flugzeuge, denen es gelang, sich den angreifenden deutschen Jägern zu entziehen, gerieten in das konzentrierte Abwehrfeuer der Flak-Artillerie auf den Inseln und an der Küste. Sie mußten umkehren, ohne zum Bombenabwurf zu kommen.

20. 12. 39

An mehreren Stellen der Westfront gelang es eigenen Spähtrupps, in die feindlichen Stellungen einzubringen und dabei eine Anzahl Gefangener zu machen. Die deutsche Luftwaffe führte unter schwierigsten Wetterverhältnissen Erkundungen und Angriffe gegen Seeziele der Nordsee durch. Nach den bisherigen Feststellungen wurden dabei vier Schiffe britischer leichter Seestreitkräfte durch Bombentreffer zerstört. Ein deutsches Aufklärungsflugzeug griff ein großes britisches Flugboot an und brachte es zum Absturz.

In den letzten drei Tagen hat die deutsche Luftwaffe 23 Schiffe der britischen Vorpostenstreitkräfte vernichtet, unter anderem „Pearl“, „Serenity“, „New Choice“, „Eileen Weay“, „Eclino Sedgely“ und „Trinity“.

Die Verluste der Briten in der Luftschlacht vom 18. Dezember haben sich um zwei weitere Flugzeuge erhöht, so daß als feindliche Gesamtverluste dieses Tages nunmehr 36 Kampfflugzeuge vom Typ Dickers-Wellington festzustellen sind.

21. 12. 39

Im Westen etwas lebhaftere örtliche Artillerietätigkeit.

Ein französischer Nahaufklärer wurde kurz nach Überfliegen der Grenze durch deutsche Jagdflieger in Gegend Diekmarsen abgeschossen.

22. 12. 39

An der Westfront keine besonderen Kampfhandlungen.

Die Luftwaffe führte Aufklärungsflüge über Nordfrankreich und Südengland durch. Bei der Grenzüberwachung im Westen fand ein Luftkampf zwischen deutschen Messerschmitt-Jagdflugzeugen und französischen Jagdflugzeugen statt. Ein feindliches Flugzeug wurde nach hartnäckiger Gegenwehr zur Notlandung gezwungen. Die eigenen Flugzeuge kehrten ohne Verluste zurück.

23. 12. 39

An der Westfront verlief der Tag ruhig.

Bei einem Grenzüberwachungsflug wurden nordwestlich Metz zwei französische Jagdflugzeuge von deutschen Jägern abgeschossen.

Die Erkundungsflüge gegen Frankreich, England und über der Nordsee wurden auch heute fortgesetzt.

24. 12. 39

An der Westfront ruhiger Tag. Die Deutsche Luftwaffeklärte auch gestern wieder tief nach Nordfrankreich hinein auf.

25. 12. 39

An der Westfront verlief der Tag ruhig.

Während die Tätigkeit der Deutschen Luftwaffe am 24. 12. ruhte, überflogen britische Flugzeuge in den Nachmittagsstunden die Deutsche Bucht.

26. 12. 39

Auch am 25. Dezember versuchten britische Flugzeuge wie am Vortage Vorpostenboote in der Deutschen Bucht anzugreifen. Im Abwehrfeuer der Maschinengewehre blieben die Angriffe erfolglos. Kampfhandlungen der Deutschen Wehrmacht fanden am gestrigen Weihnachtsfeiertage nicht statt.

27. 12. 39.

Bis auf geringes feindliches Artilleriefeuer herrschte auch am zweiten Weihnachtsfeiertag an der front Ruhe.

28. 12. 39

An der Westfront keine besonderen Ereignisse.

Britische Flugzeuge versuchten gestern nachmittag, gegen die deutsche Nordseeküste vorzustoßen, wurden aber durch rechtzeitige Abwehr daran gehindert. Von zwei Flugzeugen, die bis zur deutschen Küste gelangten, wurde eines durch einen Jagdflieger abgeschossen, das andere durch Flakfeuer vertrieben.

29. 12. 39

Bis auf geringe Störungsfeuer der feindlichen Artillerie verlief der Tag an der ganzen front ruhig.

30. 12. 39

Wie bereits durch Sondermeldung bekanntgegeben wurde, hat ein deutsches U-Boot westlich Schottlands ein englisches Schlachtschiff der „Queen Elizabeth“-Klasse torpediert.

An der Westfront herrschte Ruhe.

Die Luftwaffe setzte trotz der schlechten Wetterlage ihre Aufklärungstätigkeit über Großbritannien und Frankreich fort.

31. 12. 39

An der Westfront verlief der Tag ruhig.

Die Kriegsmarine setzte auch in den letzten Wochen die Aufklärungs- und Überwachungstätigkeit sowie eine laufende Kontrolle der Handelswege in Ost- und Nordsee planmäßig fort. Der Anlauf von Seestreitkräften im Handelskrieg war weiterhin erfolgreich.

Ein Vorpostenboot ist in der Nacht vom 29. zum 30. Dezember östlich von Trelleborg bei schwerem Sturm gestrandet. Von der 37 Mann starken Besatzung wurden 35 Mann gerettet.

# Dokumente

---

## Der Führer feiert Weihnachten bei seinen Soldaten

Am 26. Dezember meldete das „Deutsche Nachrichtenbüro“:

Der Führer und Oberste Befehlshaber der Wehrmacht feierte das Weihnachtsfest an der Westfront unter feinen Soldaten.

Bereits am 23. 12. besuchte der Führer das Regiment „Großdeutschland“ und seine Leibtruppe sowie Aufklärungsstaffeln auf einem Feldflugplatz. Am 24. 12. besuchte der Führer einige flak-Batterien in der Luftverteidigungszone und viele Bunkerbefestigungen. Nach einer Besichtigung der Stellung auf den Spidexer Höhen verbrachte der Führer den Abend in verschiedenen Panzerwerken vor Saarbrücken.

Der Führer und Oberste Befehlshaber der Wehrmacht setzte am 25. Dezember die Weihnachtsbesuche an der Westfront fort. Er besuchte eine Jagdgruppe auf ihren Feldflugplätzen und das wiedererstandene Infanterieregiment 118, dem der Führer im Weltkrieg angehört, in seinen Ruhequartieren.

## Einführung eines Infanterie-Sturmabzeichens

Der Oberbefehlshaber des Heeres, Generaloberst v. Brauchitsch, verfügte am 20. Dezember (Heeresverordnungsb. Nr. 82, S. 389) die Einführung eines „Infanterie-Sturmabzeichens“.

Das Infanterie-Sturmabzeichen wird nur an Angehörige von Schützenkompanien nicht motorisierter Infanteriedivisionen und der Gebirgsjägerkompanien verliehen. Das Abzeichen können alle Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften erhalten, die hervorragende Tapferkeit beim Sturmangriff bewiesen. Voraussetzung für die Verleihung, die durch den Regimentskommandeur erfolgt, ist die Teilnahme an drei Sturmangriffen in vorderster Linie und an drei verschiedenen Kampftagen. Der Einbruch in den Feind muß mit der Waffe in der Hand stattgefunden haben. Auch gewaltsame Erkundung sowie Gegenstöße und Gegenangriffe, die zum Nahkampf geführt haben, werden als Sturmangriff gewertet. Das Infanterie-Sturmabzeichen wird in und außer Dienst auf der linken Brustseite getragen und zeigt ein Gewehr mit aufgesperrtem Seitengewehr, das von einem ovalen Eichenlaubkranz umgeben ist, auf dessen oberem Teil das Hohheitsabzeichen der Wehrmacht angebracht ist. In dem neuen Ehrenzeichen für die Waffe, die nach alter Tradition die Hauptlast zu tragen hat, findet die hohe Bewertung des persönlichen Kampftums in der nationalsozialistischen Wehrmacht würdigen Ausdruck.

## Einführung eines Panzerkampfwagenabzeichens

Der Oberbefehlshaber des Heeres ordnete gleichzeitig mit der Einführung des neuen Infanterie-Sturmabzeichens die Einführung eines „Panzerkampfwagenabzeichens“ an.

Das Abzeichen kann an Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften der Panzerseinheiten verliehen werden, die sich als Panzerkampfwagen- bzw. Panzerbefehlswagenkommandant, Panzerführer, Panzerführer und Panzerfunker bei mindestens dreimaligem Gefechtsaufsatz an drei verschiedenen Tagen bewähren. Die Panzerkampfwagenbefähigung muß dabei selbst aktiv beteiligt sein. Das Abzeichen wird in und außer Dienst auf der linken Brustseite getragen. Es zeigt einen ovalen Eichenlaubkranz, in dem sich ein Panzerwagen befindet. Auf dem oberen Teil des Eichenlaubkranzes ist das Hohheitsabzeichen der Wehrmacht angebracht. Die Verleihung des neuen Abzeichens erfolgt durch die Kommandeure der Panzerdivisionen. Die Bedingungen der Verleihung müssen auch von den Inhabern des Weltkriegs-Panzerwagenabzeichens erfüllt werden, um das neue Abzeichen erhalten zu können. Der Panzerwaffe ist damit eine Ehreung zuteil geworden, die ihr gleichermaßen Anerkennung und Ansporn sein wird.

## Dokumentarische Enthüllungen britischer Gewaltpolitik

Die deutsche Informationsstelle kündigte am 27. Dezember die Herausgabe einer Schriftenreihe, die den gemeinsamen Oberbittel „England ohne Maske!“ trägt, mit folgenden zusammenfassenden Enthüllungen über die britische Gewaltpolitik an:

Der englische Dreiminnister Neville Chamberlain beschwört mit samt seinen Eidshelfern wieder und wieder die Weltöffentlichkeit, sich dem Versuch Deutschlands entgegenzustellen, „die Welt durch Gewalt zu beherrschen“.

Jedermann weiß, wie lächerlich dieser Vorwurf Deutschland gegenüber ist, das kein anderes Ziel hat, als die Zukunft seines Volkes im eigenen Raum und mit seiner Hände Arbeit zu sichern. Die Chamberlain'sche Formulierung ist aber um deswillen so interessant, weil sie von dem Leiter eines Landes ausgeht, dessen Politik mehr als die irgendeines anderen Landes der Weltgeschichte, selbst die frühorientalistischen Despoten mitgerechnet, auf Gewalt und auf nichts als Gewalt beruht. Das ist nicht nur richtig für die überseeischen Besitzungen Großbritanniens, sondern sogar für das Heimatland selbst.

Wie wollen davon absehen, den Weg der englischen Geschichte schon im Mittelalter zu verfolgen, obwohl schon in jener Epoche die englischen Methoden der Eroberung und Unterdrückung der Nachbarvölker durch ihre Brutalität und Erbarmungslosigkeit von denen der anderen europäischen Völker sich abheben.

In diese Epoche fallen insbesondere die brutalen Ausrötmungsmethoden gegen die Kelten in Wales und Cornwall sowie der jahrhundertlange Kampf zur Unterjochung des schottischen Volkes, der erst im 18. Jahrhundert endgültig zum Erfolg führt und der durch die seit 1745 erfolgende systematische Vertreibung der schottischen Bauern von ihrem Lande, um Platz für die Schafzucht und für die Jagdgebiete der reichen Engländer zu gewinnen, ein vorher blühendes Bauernland in eine menschenleere Einöde verwandelte.

Es soll heute vielmehr nur von den englischen Eroberungen die Rede sein, die über die englische Heimatinsel hinausgriffen.

Aber steht in erster Linie die brutale und grausame Eroberung der irischen Nachbarinsel, die unaufhörlichen Versuche der tapferen Iren, ihre Freiheit wiederzugewinnen, wurden mit einer unerhörten Brutalität niedergeworfen. Erst 1922 ist es den Iren geglückt, ihre Selbstständigkeit zu erlangen, aber auch heute noch enthalten die Engländer den nördlichen Teil der „Grünen Insel“ den Iren vor, um auf diese Weise ständig mit einem Fuß auf irischem Boden stehen zu können.

Die im Norden Schottlands gelegenen Orkney- und Shetland-Inseln sind von den Engländern als angeblichen Rechtsnachfolger der Schotten in Besitz genommen worden, obwohl sie nach den damaligen historischen Vorgängen von Rechts wegen noch heute den Norwegern gehören.

Die Bergfestung Gibraltar haben die Engländer den Spaniern widerrechtlich während des spanischen Erbfolgekrieges mit Gewalt weggenommen und seither nicht wieder zurückgegeben, obwohl es sich um rein spanisches Land mit rein spanischen Bewohnern handelt.

Die Insel Malta haben die Engländer während der napoleonischen Kriege gewaltsam weggenommen, sie haben sich zwar im Frieden von Amiens 1802 zur Rückgabe der Insel verpflichtet, haben aber die Rückgabe widerrechtlich verweigert und behalten nur durch die Macht ihrer Schiffsgeflühte diese italienische Insel in ihrer Hand.

Aber auch außerhalb Europas ist die Geschichte der britischen Eroberung nicht weniger erschütternd. In Asien haben die Engländer seit der Mitte des 18. Jahrhunderts das reiche Indien mit Gewalt erobert und den Widerstand der einheimischen Bevölkerung mit allen Mitteln der Gewalt und Grausamkeit gebrochen.

Namen wie Caste und Kastings sind in der ganzen Welt Symbole geworden für die skrupellose Willkür, Habgier und Rücksichtslosigkeit der britischen Gewalt Herrschaft, die gegen den Willen des gesamten indischen Volkes bis zum heutigen Tage durch Gewalt, durch militärische, politische und wirtschaftliche Gewalt, aufrecht erhalten wird, obwohl Indien dem kulturarmen England auf allen Gebieten menschlicher Kultur turmhoch überlegen ist.

Im 19. Jahrhundert machte sich England an die blutige Eroberung der Gebiete von Burma im Osten von Indien.

Das chinesische Gebiet von Hongkong eroberte England in jenem barbarischen Opiumkrieg, in dem es die Chinesen zwang, gegen den Willen ihrer Regierung englisches Opium abzunehmen und zu verbrauchen.

In diesem Hongkong dulden die Engländer heute noch alle schmutzigen Laster, die im fortwährendlichen China selbst verboten sind, es wird dort insbesondere unter den Augen der britischen Behörden ein schamloser Handel mit minderjährigen Kindern beiderlei Geschlechts betrieben. Auch die übrigen internationalen Niederlassungen in den verschiedenen chinesischen Handelsstädten, in denen die Engländer, vor allem gemeinsam mit den Franzosen, an ihren unbegründeten Vorrechten gegenüber den einheimischen Chinesen auch heute noch festhalten, während Deutschland an solchen antiquierten Privilegien keinen Teil hat, sind China nur auf dem Wege blutiger Gewalt abzugewinnen worden.

Durch einen Vertrag mit der Türkei vom Jahre 1878 erprecht England, daß ihm die Verwaltung der Insel Cypern übertragen wurde, wofür es an den Sultan eine jährliche Tributsumme zahlte, die es aus

der Bevölkerung Cyperns herauspreßte, 1914 wurde die Insel gewaltsam und widerrechtlich annektiert, die einheimische griechische Bevölkerung seither in jeder Weise unterdrückt und unterdrückt.

Seit dem 19. Jahrhundert hat England auch immer weitere Teile des Gebietes von Arabien mit Gewalt an sich gerissen und versucht, seine durch keine Kulturleistung gerechtfertigte Willkürherrschaft über die freien arabischen Wüstenstämme durch Bombenabwürfe über friedlichen Araberbörsen aufrecht zu erhalten.

Im Jahre 1915 verpflichtete sich England, Palästina zusammen mit den übrigen arabischen Gebieten unabhängig zu machen.

Durch die sogenannte Balfour-Deklaration von 1917 wurde dieses selbe Palästina den Juden versprochen! Seither versucht England, mit allen Mitteln der List und Gewalt, die einheimische Bevölkerung aus Palästina zu verdrängen und dieses Land seinen jüdischen Schlinglingen unter britischer Herrschaft zu schenken.

Das sogenannte Mosul-Gebiet, das sehr reiche Ölorkommen enthält, wurde von den Engländern entgegen den bestehenden Vereinbarungen 1918 besetzt.

1923 lehnte Lord Curzon eine Entscheidung über die Zugehörigkeit des zur Türkei strebenden kurdischen Gebietes durch Volksabstimmung ab und erzwang den Verzicht der Türkei, um diese reiche Kohleflözquelle der Londoner City dem britischen Vassallenlande Irak zuzuführen.

Nicht anders steht es mit der Entstehung der britischen Herrschaft in Afrika. Ägypten, das seit der Schaffung des Suez-Kanals durch die Franzosen für die Engländer von überragender strategischer Bedeutung geworden war, wurde im Jahre 1882 mit blutiger Gewalt erobert, alle Befreiungsversuche der ägyptischen Bevölkerung wurden seitdem mit Gewalt unterdrückt.

Der Sudan wurde am Ausgang des vergangenen Jahrhunderts für England in Besitz genommen. Man hat allerdings zur Eroberung nicht englische Soldner eingesetzt, sondern hat den blutigen Krieg durch ägyptische Truppen und auf Kosten des ägyptischen Staates geführt mit dem Ergebnis, daß England 1899 sich den maßgeblichen Einfluß auf die Verwaltung „by right of conquest“ sicherte.

Das Kapland wurde den dort siedelnden holländischen Bauern in der Stunde der höchsten Not für das europäische Holland durch die Engländer gewaltsam weggenommen.

Die ins Innere zurückweichenden holländischen Bauern wurden aber auch in dem von ihnen aufgesuchten afrikanischen Neuland von den Engländern nicht in Ruhe gelassen, da man auf ihren Feldern Diamanten fand. In dem dreijährigen blutigen Buren-Kriege, in dem die Engländer Völkerverdammung und Humanität mit Füßen traten, gelang es dem riesigen britischen Reich, das kleine, nur wenige Hunderttausende zählende Burenvolk unter seine Gewalt zu zwingen, nachdem man seinen Willen, den man im Kampf von Mann zu Mann nicht hatte brechen können, durch die barbarische Einspernung und Mißhandlung von Frauen und Kindern in Konzentrationslagern gebrochen hatte.

Es ist kein militärisches Ruhmesblatt für das britische Kaiserreich mit seinen Hunderten von Millionen von Einwohnern, daß es das tapferere kleine Burenvolk mit seinen wenigen Hunderttausenden im ehelichen Kampf nicht auf die Knie zwingen konnte, sondern durch die Mißhandlung von Frauen und Kindern den Widerstand der Männer brach.

Weiter hat sich das britische Reich durch Verletzung der internationalen Kongo-Akte, durch Raub und Gewalt, durch Wortbruch gegenüber freiwillig gegebenen Versprechungen und durch heuchlerische Schaffung des sogenannten Mandats-Systems den Löwenanteil an den deutschen afrikanischen Kolonien in Südwest-, in Ost-Afrika, in Kamerun und in Togo gesichert.

Schließlich ist, abgesehen von den kleinen Besitzungen der Franzosen und Holländer, England das einzige Land, das entgegen den Prinzipien der Monroe-Doktrin ein Kolonialreich in Amerika aufrecht erhält, das es ebenfalls wieder auf dem Wege des Betruges und der blutigen Gewalt erworben hat.

Seit dem 17. Jahrhundert eroberten die Engländer mit den übelsten Piratenmethoden die von den Spaniern entdeckten und kultivierten Westindischen Inseln, die seither von der Londoner City nur um ihrer Naturschätze willen rücksichtslos ausgebeutet werden. Das mittelamerikanische Gebiet von Belize (Beltis-Bonduas) enthält England widerrechtlich Guatemala vor, das bis zum heutigen Tage ohne Erfolg gegen diesen britischen Gewaltakt protestiert.

Kanada, von den Franzosen erschlossen, besiedelt und kultiviert, wurde von den Engländern in einem leichten Kolonialkrieg den Franzosen mit Gewalt abgenommen, als diese letzteren durch den Siebenjährigen Krieg mit Friedrich dem Großen in Europa gebunden waren.

Seitdem haben die Engländer eine systematische Ausrottungspolitik gegen die indianischen Ureinwohner des Landes durchgeführt, dem französischen Volksteil gegenüber ist ihnen allerdings die Angliederung oder Vernichtung nicht geglückt, im Gegenteil, dieser vermehrt sich, ganz anders als der englische Volksteil, mit ungeheurer Fruchtbarkeit.

Auch die Falkland-Inseln im südlichen Teil des Atlantischen Ozeans haben die Engländer gewaltsam weggenommen und enthalten die widerrechtlich ihren rechtmäßigen argentinischen Besitzern vor.

Was schließlich die Herrschaft über Australien anlangt, so wurde dies Land von den Engländern mit einer Gewalt befandener Art erobert.

Man hat die Eingeborenen nicht nur, wie in anderen britischen Kolonien, systematisch ausgerottet, ja, auf die richtige jünstige Jagdgenossen zu Pferde abgehalten, sondern man hat Australien lange Zeit als Verbrecherkolonie benutzt und den Abfahnen der englischen Industriehäute den hilflosen Ureinwohnern auf den Nacken gesetzt, bis diese fast völlig ausgerottet waren. Seither wird dieser nur von 6 1/2 Millionen Engländern bewohnte Erdteil, der leicht 250 Millionen Menschen Nahrung

geben könnte, von der englischen Herren-Clique für jede Einwanderung gesperrt, um ein leeres englisches Land zu bleiben.

Angelehnt an solchen Rekorde an Gewalttaten, wie ihn das britische Reich für seine Herrschaftsgebiete aufweist, sind die Chamberlain'schen Worte, die Welt müsse von der Beherrschung durch die deutsche Gewalt ersetzt werden, nichts anderes als vollendeter Zynismus, ja geradezu ein Hohe. Gleichwohl hat England wieder und wieder versucht, die Welt über sein wahres Gesicht zu täuschen. Es ist infolgedessen notwendig, England die heutige Maske vom Gesicht zu reißen und endgültig vor aller Welt seinen wahren Charakter der Gewalttat, der Lüge, des Betruges und der Unterdrückung zu entlarven.

Diese Aufgabe dient die in diesen Tagen erfolgende Herausgabe einer Schriftenreihe der Deutschen Informationsstelle, die den gemeinsamen Obertitel trägt: „England ohne Maske!“

Diese Schriftenreihe schildert in dokumentarisch belegten Einzeldarstellungen die englische Gewaltherrschaft in Ostafrika, in Indien, in Ägypten, in Island, in Südafrika, in Madagaskar, in Ceylon, in Burma, in Trinidad, in Australien. Sie zeigt weiter den Engländer als Hauptschuldigen des Opium- und des Sklavenhandels, sie zeigt, wie überall die englische Herrschaft soziale Verelendung, Hunger, Not, Arbeitslosigkeit, Hunger und Verweisung zur Folge hat. Sie unternimmt es, dem viel bewunderten Typ des englischen Gentleman die tausendfache Larve vom Gesicht zu reißen und das wahre Gesicht einer beherrschenden, ausbeuterischen, egoistischen, aller wirklichen menschlichen Kultur baren Oberflächlichkeit darzubieten.

Diese Schändlichkeit hat ein für allemal das Recht verächtlich, noch weitestgehend einen großen Teil der Erde zu beherrschen und zur Aufrechterhaltung dieser Gewaltherrschaft immer wieder die Völker Europas und der Welt in Kriege zu ziehen, Kriege, deren Blutopfer für England andere bringen müssen, deren Früchte aber England allein einnimmt.

## Englands Blutschuld an den polnischen Greueln

Im Auftrage des Auswärtigen Amtes erschien Ende Dezember unter dem Titel „Die polnischen Greueln an den Volksdeutschen in Polen“ ein mit Originalphotographien versehenes Dokumentenwerk, das die politischen und psychologischen Ursachen der polnischen Greuelakte sowie ihre Durchführung als behördlich organisierter Massenmord beweist.

Das Diktat von Versailles hat Millionen von Deutschen entgegen dem Selbstbestimmungsrecht der Völker und, ohne sie überhaupt zu befragen, gewaltsam aus dem Verband des Mutterlandes abgetrennt und dem neugeschaffenen polnischen Staate zwangsweise eingegliedert.

Man hat damit diese Deutschen nicht nur aus ihrer Heimat und aus ihrem Volke gerissen, nicht nur jahrhundertalte Wirtschaftsverflechtungen zerrissen, sie nicht nur aus einem hochkultivierten Lande in ein halbbarbarisches Gebiet versetzt, sondern man hat sie darüber hinaus in diesem neuen Staatsverband zu Bürgern zweiter Klasse erklärt, man hat sie ihres Eigentums beraubt, sie von Haus und Hof getrieben und sie rechtlos gemacht.

Dank der planmäßigen Hetzarbeit des polnischen Chauvinismus und infolge des Mangels an polizeilichem Schutz seitens der polnischen Behörden schwebten die Volksdeutschen in Polen während der ganzen Existenz dieses künstlichen Staates in ständiger Lebensgefahr.

Alle Bemühungen des Deutschen Reiches, dem ungewaltigen Volksteil durch diplomatische Verhandlungen auch nur ein Mindestmaß an Rechtsgarantien zu verschaffen, waren erfolglos. Im Gegenteil, die Lage der Volksdeutschen in Polen verschlechterte sich immer mehr, bis sie sich schließlich in den Monaten und Wochen vor Kriegsausbruch ins unerträglichste steigerte. Es handelte sich nicht mehr nur um Einzelmaßnahmen, sondern um Massenaktionen, die auf nichts anderes ausgingen als auf die systematische Vernichtung des deutschen Volksteiles.

Eine wahre Mordepidemie erhob sich gegen die wehr- und waffenlosen Deutschen, ohne daß sich in der westlichen Welt auch nur eine Stimme gegen diese Schandtaten erhoben hätte. Diese Morde sind von Soldaten der polnischen Wehrmacht und von Angehörigen der polnischen Zivilbevölkerung auf Grund einer planmäßig vorbereiteten und behördlich organisierten Vernichtungsaktion gegen das Deutschtum in Polen verübt worden.

Die Morde zielte nicht gegen volksdeutsche Männer, Frauen und Kinder ohne Unterschied der sozialen Stellung, des Alters und der Konfession. Die polnische Greuelaktion erstreckte sich außer auf Morde und Verstümmelungen auch auf Gewaltakte, wie Mißhandlungen, Notsucht, Raub und Brandstiftung.

Zahllose Deutsche wurden ins Innere Polens verschleppt, ohne je an ihrem Bestimmungsort anzukommen. Was sich auf diesen zahlreichen Verschleppungszügen an beispiellosen Rohheitsakten und bestialisches Qualereien abgespielt hat, gehört in seiner abgrundlosen Verworfenheit und seinem unvorstellbaren Sadismus zu den schauerlichsten Ausfaltungen der Geschichte.

Die Gleichzeitigkeit und Gleichartigkeit der Mord- und Verschleppungsfälle sowie der Charakter der Verletzungen und Verstümmelungen zeigen, daß es sich nicht um Ergebnisse eines Ausbruchs von Massenwahn und Massenbrutalität handelt, sondern daß sie von den polnischen Machthabern in kalter Überlegung geplant und mit systematischer Brutalität durchgeführt wurden.



Aber das ungeheuerliche Ausmaß des Mordwütens polnischen Untermenschentums gegen die Deutschen Volkzugehörigen sind nur zum Teil aus der leidenschaftlichen Deutschfeindlichkeit des stets zu Extremen neigenden Nationalcharakters und des politischen Größenwahns der Polen zu erklären.

Die durch die britische Wehrstandsgarantie bezugte Interessennahme Englands an der kriegsreligiösen Politik Polens löste erst jene epidemische Steigerung des polnischen Volkshasses aus, da damit sich für Polen die Vorstellung erband, als ob es sich in seinem herausfordernden und schändlichen Verhalten nunmehr heimlich Rücksichten mehr aufzulegen brauchte.

Der Freibrief Englands hat somit Polen nicht nur politisch den Rücken gestärkt, sondern es auch zu diesen furchtbaren Greuelthaten ermutigt, ja direkt aufgereizt. Der Wille der englischen Kriegstreiber, das deutsche Volk zu vernichten, hat sich in den polnischen Greueln vor aller Welt in seiner ganzen Erbarmungslosigkeit ausgewirkt und enthüllt.

Erst in den letzten Wochen sind diese Greuelthaten in ihrem ganzen ungeheuerlichen Umfange aufgedeckt worden. Noch steht die genaue Zahl der an volksdeutschen Männern, Frauen und Kindern in der ersten Septemberhälfte 1939 in Polen begangenen Morde nicht endgültig fest, denn immer neue Opfer werden aufgefunden, weitere Massengräber entdeckt und Spuren festgestellt, die bisher vermißte Volksdeutsche als ermordet oder verkrüppelt ausweisen.

Allein bis zum 15. November 1939 sind 5437 polnische Morde einwandfrei festgestellt worden.

Die politischen und psychologischen Ursachen der polnischen Greuelakte sowie ihre Durchführung als behördlich organisierter Massenmord sind auf Grund beweiskräftigen und amtlich nachgeprüften Urkundenmaterials in einem umfangreichen und mit Originalphotographien versehenen Dokumentenwerk dargestellt, das in diesen Tagen im Auftrage des Auswärtigen Amtes unter dem Titel: „Die polnischen Greuelthaten an den Volksdeutschen in Polen“ erschienen ist.

Das Gesamtbild dieser durch sachliche Augen- und Ohrenzeugen wie durch richterliche, kriminalpolizeiliche und gerichtsarztliche Untersuchungen bis in ihre Einzelheiten hinein sachverständig aufgenommenen Greuelakte stellt ein schauerliches Anklagematerial dar, das eindeutig die Blutschuld jener englischen herrschenden Clique enthüllt, deren Gewaltherrschaft sich überall in der Welt auf Lüge, Unterdrückung, Grausamkeit und Mord stützt.

# Die Innenpolitik

Kein Ereignis konnte einen tieferen Einblick in die Verfassung des deutschen Volkes geben, als das Kriegswihnachtsfest 1939. Das deutsche Volk spürte erneut die Vorsehung einer Führung, die ihre Maßnahmen nicht von der von Fall zu Fall eintretenden Notlage diktiertem ließ, sondern anders als in Großbritannien von Grund auf eine straff geleitete Versorgungsregelung aufgebaut hatte, die elastisch genug war, Erleichterungen zu gewähren, sobald sie geboten schienen. Die Bewirtschaftung des täglichen Bedarfs schon vor Ausbruch des Krieges war im feindlichen Ausland und in weiten Teilen der sogenannten neutralen Länder als Zeichen einer wesentlichen Schwäche des Reiches gedeutet worden. Diese angebliche Schwäche erwies sich in den Wochen vor dem Weihnachtsfest als eine Stärke, die es ermöglichte, den deutschen Volksgenossen kaum erwartete Erleichterungen in der Versorgung mit dem täglichen Bedarf zu gewähren und das meiste von den Gegnern in ausreichendem Maße zu verschaffen, die nun einmal zu einem deutschen Weihnachtsfest gehören. Von dem Weihnachtsbaum und seinen Lichtern bis zu Sonigkuchen, Schokolade und Süßigkeiten war auch dem ärmsten Volksgenossen nicht weniger als dem begüterten sein Teil bereitgestellt. Auch die von feindlicher Seite ausgesprengten Gerüchte über eine angeblich geplante Bekneidung der Weihnachtstage im Interesse vermehrter Arbeitsleistung erwiesen sich als ein Trug.

Es handelte sich dabei nicht darum, das deutsche Volk über den Ernst seiner Lage hinwegzutäuschen. Seine Gedanken waren bei den Soldaten an der Front, die trotz des Fehlens größerer Kampfhandlungen in einem Leben härtester Strapazen durch ihr bloßes Dasein die Ruhe der Heimat gewährleisteten. Es konnte im nationalsozialistischen Deutschland nicht anders sein, als daß auch Adolf Hitler als der erste Soldat seines Volkes die Weihnachtsfeiertage unter seinen Soldaten an der Westfront beging. (Siehe S. 10.) Der Oberbefehlshaber des Heeres, Generaloberst v. Brauchitsch, der den Heiligen Abend bei der Weihnachtsfeier einer Kompanie im Westen verbrachte und dabei eine vom Großdeutschen Rundfunk verbreitete Ansprache hielt (siehe S. 15), würdigte die Kameradschaft — in engerem Sinne unter den Soldaten, in gleicher Weise aber im ganzen Deutschen Volk — als das stärkste Erlebnis dieser Tage und umriß den Sinn des deutschen Kriegswihnachten 1939 mit den Worten: „Erst wenn wir den Sieg errungen haben, werden wir auch wieder vom Frieden sprechen können.“

Reichsminister Dr. Goebbels nahm kurz vor dem Weihnachtsfest Gelegenheit, in einer Ansprache die Lage des Deutschen Volkes und den Sinn seines Freiheitskampfes zu umreißen. Den Anlaß bildete am 22. Dezember eine Weihnachtsfeier für die Rückgeführten aus dem Saargebiet und die in das Reich heimgeführten Deutschen aus den baltischen Ländern und Ostpolen in den Räumen des Ministeriums für Volksaufklärung und Propaganda; die Feier wurde über den Rundfunk zu den zahllosen Parallelfesten im Reich übertragen, in denen sich ebenfalls aus der Fremde zurückgeführte Volksgenossen mit ihren Kindern versammelt hatten.

Dr. Goebbels nannte die in das Reich zurückgeführten Volksgenossen einleitend die Träger der großartigsten und modernsten Volkswanderung der neueren Geschichte, die ein wahrhaft historisches Ziel verfolge. Er erwähnte darauf die Sorgen und Schwierigkeiten, von denen alle Deutschen betroffen würden, und stellte fest, daß keiner sich der Last, die ein Krieg nun einmal mit sich zu bringen pflege, entziehen könne, und daß auch niemand mehr das wolle. Das Deutsche Volk sei erst recht in diesen wenigen Kriegsmonaten eine Gemeinschaft der Brüderlichkeit und

der Zusammengehörigkeit geworden. Dr. Goebbels wies darauf hin, daß die kommenden Ereignisse von uns den Einsatz der ganzen Nation erfordern würden. Den Unbeliebbareren, die nicht einsehen wollten, daß Krieg Krieg ist, wo und mit welchen Mitteln er auch immer geführt werde, sagte der Minister, es wäre für unser ganzes Volk verhängnisvoll, wenn wir uns darüber irgendeiner Täuschung hingeben wollten. Dr. Goebbels wandte sich auch gegen die hier und da in der Heimat verbreitete Meinung, daß das Leben an der Front heute jenseits jeder Gefahr sei und im wesentlichen ausgefüllt werde mit militärischen Übungen und Warten. „Deutschland führt heute“, so sagte Dr. Goebbels, „einen totalen Krieg, der Front und Heimat wenn nicht mit denselben Opfern, so doch mit denselben nationalen Verpflichtungen umfaßt. Es geht in diesem Krieg um unsere nackte Existenz.“ Dr. Goebbels bewies diese Feststellung mit den aus England und Frankreich zu uns herüberdringenden Zeugnissen, die kein Sehl aus dem Ziel unserer Feinde machten, Deutschland niederzuschlagen, es als Nation zu zerstückeln und aufzuteilen und damit in politische und wirtschaftliche Ohnmacht zurückzuwerfen. In diesem Kriege werde die geschichtliche Entscheidung über unser zukünftiges nationales Schicksal gefällt. „Wir mühten entweder als Großmacht abhandeln und als Volk zugrunde gehen, oder wir gewinnen diesen Krieg.“ Dr. Goebbels bezeichnete es dabei als ziemlich unerheblich für unsere nationale Zukunft, wer im einzelnen auf der Gegenseite diesen Krieg gemollt habe, und ob das englische oder französische Volk ihn gern führten oder nicht; ausschlaggebend sei, daß sie ihn führten. Es sei für das Deutsche Volk ein Volkskrieg in des Wortes wahrster Bedeutung, der bei uns nichts mit einer kapitalistischen Führungsschicht zu tun habe. Das Deutsche Volk verteidige nicht nur seine Ehre, seine geistige Welt, seine sozialen Vorstellungen und Errungenschaften oder eine soziale Gemeinschaft; es verteidige sein Leben. Dr. Goebbels brachte dann den Krieg in Verbindung mit dem nationalsozialistischen Kampf im Innern vor der Nachtergreifung. Die Mächte und Kräfte, die uns heute gegenüberstehen, hätten den Nationalsozialismus seit jeher in seinem Kampf gegenüberstanden. Es seien die Kräfte des Rückschritts, der plutokratischen Ausplünderung des arbeitenden Volkes, der Anhäufung riesiger Vermögen, gepreßt aus dem Elend der unterdrückten Nationen. Diese Kräfte seien vor sieben Jahren von der nationalsozialistischen Bewegung zusammengeschlagen worden, als sie uns in unserem innerpolitischen Kampf von der Macht zurückstoßen wollten. Und wie sie damals ihre letzte Hoffnung darauf gesetzt hätten, die nationalsozialistische Bewegung vom Führer zu trennen oder sie zu zerpalten, so setzten sie heute ihre letzte Hoffnung darauf, daselbe mit dem nationalsozialistischen Deutschen Volk zu tun. Es werde ihnen diesmal so wenig gelingen, wie es ihnen damals gelungen sei. Ihr Lügengestammel pralle wirkungslos an der Geschlossenheit der deutschen Nation ab. In dieser inneren Verfassung begehe das Deutsche Volk das Weihnachtsfest 1939. „Wir feiern es in einer ersten Entschlossenheit. Der Sieg wird unser sein. Das hoffen wir nicht nur, das wissen wir auch.“ Wie der Oberbefehlshaber des Meeres in seiner Weihnachtsansprache wandte sich auch Dr. Goebbels gegen alle angesichts des Vernichtungswillens unserer Gegner unangebrachten Friedensillusionen. „Vom Frieden aber“, so sagte er, „der noch immer der Inhalt des Weihnachtsfestes war, wollen wir erst nach dem Siege reden.“

Die Rede des Reichsministers Dr. Goebbels an die zurückgekehrten Volksdeutschen lenkte die Aufmerksamkeit erneut auf die gemaltigen Umsiedlungsaktionen des Reiches. Während die letzten Transporte von Baltendeutschen aus Lettland in Gotenhafen eintrafen, setzte die Rückkehr der Volksdeutschen aus dem ehemaligen Ostpolen ein. Bis zum 28. Dezember waren in den Lagern bei Lodsch, die für eine vorübergehende Aufnahme dieser Deutschen bestimmt waren, rund 12000 Volksgenossen eingetroffen. Schließlich wurde am 21. Dezember zwischen der Reichsregierung und der italienischen Regierung ein Abkommen über die Umsiedlung der Deutschsprachigen in Oberösterreich (Südtirol) unterzeichnet.

In herkömmlicher Weise hielt der Stellvertreter des Führers der NSDAP, Rudolf Heß, am Heiligen Abend die vom Großdeutschen Rundfunk verbreitete Weihnachtsansprache (siehe S. 42), die sich wie alljährlich vornehmlich an die Auslandsdeutschen wandte. Rudolf Heß, der an Bord eines Zerstörers der Deutschen Kriegsmarine sprach, erinnerte an die Auslandsdeutschen, die hinter den Draht-

jähnen englischer und französischer Konzentrationslager ihre Weihnacht verbringen mußten oder die irgendwo in der Welt mühsam sich den Weg in die Heimat erkämpften. Er gedachte des Martyriums der einstigen Auslandsdeutschen in Polen, die zusammen mit den zurückgekehrten Balten- und Polhyniendeutschen einen neuen hoffnungsvollen Weg ihres Daseins gingen — Großdeutschland entgegen. Rudolf Heß setzte sich im weiteren Verlauf seiner Ansprache mit dem Vernichtungswillen unserer jüdisch-kapitalistischen Feinde auseinander, deren Kriegsziel die Beseitigung aller sozialen Errungenschaften in Deutschland sei, und stellte fest, daß stärker als ihr Vernichtungswille Deutschlands Wille zum Sieg sei, stärker als ihr Unterjochungstrieb Deutschlands Drang zu Freiheit, stärker als ihre Kraft Deutschlands Kraft. Er wies hin auf die von unseren Feinden ungeahnte Stärke der Front und der Heimat und bezeichnete unsere Sicherheit als unantastbar. Gott habe uns den Führer gesandt, auf daß namenloses Unrecht, das einst uns angetan wurde, gesühnt werde, daß unsere Freiheit gesichert werde und daß endlich wirklicher Friede über die gequälte Welt komme, ein Friede, der anhalte durch die Zeiten, gesichert durch die Kraft der großen deutschen Nation.

Mit einem am Weihnachtsabend veröffentlichten Brief, in dem Rudolf Heß den Notruf einer werdenden Mutter beantwortete, die ihren Verlobten vor der geplanten Heimat im Polenfeldzug verloren hatte, bewies der Stellvertreter des Führers, daß der Nationalsozialismus über alle Schranken des Herkommens hinweg den Härten des Krieges für den einzelnen Rechnung trägt und die Erhaltung wertvollen deutschen Blutes gewährleistet.

Mit der zweiten Dezemberhälfte ging ein dramatisch bewegtes und für die deutsche Geschichte entscheidendes Jahr zu Ende, dessen Verlauf Reichsminister Dr. Goebbels in seiner herkömmlichen Rundfunkansprache zum Jahreswechsel am Abend des 31. Dezember nachzeichnete. Dr. Goebbels nannte es das bisher größte und stolze Jahr des nationalsozialistischen Regimes, ein Deutsches Jahr in der Geschichte Europas. Das im Schoße der Zukunft ruhende neue Jahr werde ein hartes Jahr werden, in dem es die Ohren steif zu halten gelte. „Der Sieg wird uns nicht geschenkt werden. Wir müssen ihn uns verdienen, und zwar nicht nur an der Front, sondern auch in der Heimat. Jeder hat daran mitzuarbeiten und dafür mitzukämpfen.“

Stg.

## Weihnachtsansprache des Stellvertreters des Führers

24. 12. 39

„Meine lieben deutschen Volksgenossen im Ausland und in der Heimat!

So oft ich bisher zu allen Deutschen in der Heimat und im Ausland sprach, war Friede: Weihnachtsfriede. Die Heimat sandte wie heute ihre Grüße durch mich nach Übersee ebenso wie zu den Deutschen im benachbarten Europa. Und das Auslandsdeutschtum grüßte die Heimat im Geiste zurück. Im Mittelpunkt unserer Gedanken standen Freude, Eintracht und Gemeinschaft, Wohl tun und Hilfsbereitschaft!

Auch heute ist Weihnachten. Auch heute wieder spreche ich zu euch, meine Volksgenossen! Aber wie anders sieht die Welt heute aus! Wie völlig verändert sind die Verhältnisse drinnen und draußen! Das Gescheh des Krieges hat uns in seinen eisernen Mann gezogen. Der Ort allein, an dem ich hier vorm Mikrophon stehe, kennzeichnet den völligen Wandel der Dinge: Sonst sprach ich um diese Stunde aus einem stillen Senderaum des Berliner oder des Münchener Rundfunkhauses oder aus meinem eigenen Heim. Diesmal spreche ich von einem Kriegsschiff zu euch! Es ist einer jener Zerstörer, dem es die Heimat mit verdankt, daß auch von der See her sie geschützt ist und sie in Sicherheit Weihnacht feiern kann. Es ist ein Teil jener Flotte, die von jeher ein besonderes Bindeglied des Auslandsdeutschtums zur Heimat darstellt — der Flotte, deren Einheiten draußen immer als ein Stück Heimat begrüßt werden.

Dieser Zerstörer ist ein kleiner Abschnitt der Front gegen England. Männer sind um mich, die erfolgreich gegen das Land gefahren sind, das diesen Krieg heraufbeschwor. Auch hier auf diesem Kriegsschiff wird — wie überall, wo Deutsche wohnen — Weihnacht

gefeiert. Auch hier fehlt die grüne Tanne nicht, so wenig wie sie in den Bunkern und in all den Quartieren unserer Truppen fehlt. Und in diesen Bunkern und Quartieren liegen neben Angehörigen aller deutschen Gauen Ostmärker und Sudetenländer, die noch vor gar nicht langer Zeit schwere Strafen erhielten für das Abhören von Weihnachtstreden aus dem Reich, und die heute — als wenn es gar nicht anders sein könnte — die Uniform des Soldaten dieses Reiches tragen und die ihre Bewährungsprobe mit so viel Erfolg schon bestanden haben.

Ich sehe meine Kameraden draußen um den kleinen Weihnachtsbaum geschart: Lieder singend, auf der Harmonika spielend — so ganz deutsche Lieder mit leiser Begehrtheit darin. Ihre Gedanken wandern immer wieder heim. Dankbarkeit und Liebe geht zu denen, die Freude bereiteten und Liebe gaben. Und die in der Heimat denken hinaus zu denen draußen. Ich weiß: Es müßten nicht alles Angehörige der Soldatennation sein, wenn bei aller Sehnsucht zueinander sie nicht Stolz befeelte — die einen draußen zu sein und die anderen, daß die Jhnen draußen sind. Eintracht und Hilfsbereitschaft sind gepaart mit höchster Einsatzbereitschaft und grimmiger Entschlossenheit. Hart und ernst ist das Gesicht des Krieges. Wenige Schritte von hier stehen draußen auf ihren Posten die Männer, deren Wachsamkeit dieses Schiff anvertraut ist. Und wie hier, so stehen Männer auf der Wacht auf allen deutschen Schiffen. So wie hier wachen deutsche Soldaten im Vorgelände und im eisigen Festungsgürtel des Westwalls — so wie hier wachen deutsche Soldaten überall an ihren Platzgeschützen tief im Reich wie an seiner Küste. Sie sind bereit zu Kampf und Sieg — so wie sie gegen Polen gekämpft und gesiegt haben.

Mit unseren Gedanken an den Sieg in Polen verbinden wir in stolzer Trauer das Gedenken an alle, die ihr Leben gaben in diesem Kriege — verbinden wir das teilnehmende Gedenken an alle, die ihr Liebste verloren. Unser Dank bedarf keiner Worte — er währt so lange wie Deutsche leben.

In dieser Stunde wollen wir denen draußen die Kraft unseres gemeinsamen Erinnerns geben, die als Auslandsdeutsche hinter den Drahtgäusen englischer und französischer Konzentrationslager ihre Weihnacht verbringen müssen oder die irgendwo in der Welt mühsam sich den Weg in die Heimat erkämpfen. Und wir wenden uns jenen ehemaligen Auslandsdeutschen zu, die die schwersten Lasten dieses Kampfes um Deutschland getragen haben; jenen wieder reichsweigen gewordenen Deutschen aus dem gewesenen Versailles-Polen, die ein furchtbares Martyrium erlitten haben und unter denen wenige sind, die nicht zu trauern haben um Tod und Leiden ihnen nahe Verwandter.

Auch der Deutschen wollen wir gedenken, die aus den baltischen Ländern, aus Böhmen und aus den anderen deutschen Siedlungsgebieten heimkehrten ins Reich. Viele von ihnen verbringen diesen Abend auf dem Wege zwischen dem alten Heim und der neuen Heimat! — Mit ihnen ist das Bewußtsein, einen neuen hoffnungsvollen Weg ihres Daseins zu gehen: Großdeutschland entgegen!

Wir alle weisen in Gedanken bei jenen Männern, Frauen und Kindern der deutschen Westmark, die für eine Weile Haus und Hof, Heim und Werkstatt ausgegeben haben um der Sicherheit der Heimat willen.

Zu unseren Kämpfern aller Fronten geht unser Gedenken. Zu ihnen, die für Deutschlands Freiheit die Waffen tragen. Und bei ihnen sein mit unserer Liebe und mit unserem Dank heißt im Gedenken beim Führer sein, der Deutschlands erster Soldat ist.

Ihn umgibt unsere ganze Liebe. Und je mehr ihn unsere Liebe umgibt, um so größer ist der Haß der anderen gegen uns; denn sie wissen, daß unsere Liebe zum Führer die Stärke unseres Volkes ist. Sie wissen, daß wir den Führer so lieben, weil er unserem Volke die Kraft gab, die uns die Freiheit brachte.

Aus dem Haß gegen das arbeitsame, aufstrebende, erstarkende Deutschland ist dieser Krieg entstanden! Um das Deutschland der Arbeit, der sozialen Gerechtigkeit, des Aufbaues zu zerschlagen, haben die jüdisch-kapitalistischen Drahtzieher in England und Frankreich ihre Völker gegen uns mobilisiert. Darum stehen sich Millionenheere einander gegenüber. Darum wurde Polen gegen uns gehebt — dieses Polen, dessen Armeen wir dann vernichteten und dessen Staat wir aus der Landkarte löschten.

Heute wissen wir, worum der Kampf geht. Unter den Schlägen, die sie erlitten, haben unsere schlimmsten Feinde im Ausdruck ihres ganzen Hasses ihr Kriegsziel bekann: die

Aufteilung weiter deutscher Lande unter seinen Gegnern, die Zerstückelung des Restes in schwache kleine Staaten, die Vernichtung der Deutschen bis ins dritte und vierte Glied!

Und wir wissen, was die Kriegsbeherztesten wollen und nicht sagen: Die Beseitigung aller sozialen Ertrugenschaften in Deutschland, die sie als Anklage gegen sich empfinden; diese Ertrugenschaften, von denen sie fürchten, daß ihre eigenen Schaffenden sie ihnen fordernd vorhalten könnten! — Wir wissen, daß sie die Herabwürdigung der Deutschen zu Arbeitstieren für sich selber, die Verflabung des ganzen Volkes auf alle Zeiten herbeiführen möchten.

Aber sie können gewiß sein: Stärker als ihr Vernichtungswille ist Deutschlands Wille zum Sieg! Stärker als ihr Unterjochungstrieb ist Deutschlands Drang zur Freiheit! Stärker als ihre Kraft ist Deutschlands Kraft!

Sie haben nie geahnt, welche Kraft das neue Deutschland zu entfalten vermag — sie wissen es heute noch nicht, wessen das neue Deutschland fähig ist! Unser ganzes Volk ist ein einziger Wall gegen den Westen! Vor unseren Tüchern ist das Schußfeld frei! Die Mäuler von Zehntausenden von Geschützen sind bereit, jedem Nahenden zuzurufen: dies ist unser!

Hinter dieser Mauer steht ein bis zum Letzten gerüstetes Deutschland! Hunderttausende — Millionen stehen bereit, jener Mauer die ganze lebendige Kraft einer Nation zu verleihen — einer Nation, die gewillt ist, alles an ihr Recht, alles an ihre Freiheit, an ihre Ehre und damit ihr Leben zu setzen. Diese Nation ist bereit, ihre Gegenwart für ihre Zukunft zu geben!

Unser Westwall ist nicht zu Ende, wo an der holländischen Grenze die Höckerwälle zu Ende gehen. Er geht weit über die friesischen Inseln und über die Nordsee, weit über Helgoland hinaus. Jedes Kriegsfahrzeug ist ein Träger der lebendigen elastischen Kraft des Westwalls der Nordsee. Jede Flaßbatterie, jedes Luftgeschwader ist ein Teil des Westwalls der Luft, der vorgetragen werden kann bis tief in Feindesland, der vorgetragen wird bis über die Küsten Englands hinweg. So weit unsere U-Boote, unsere Verstärker, unsere Minenleger, unsere Kreuzer ihre Torpedos tragen, ihre Minen bringen, so weit die schweren Geschütze unserer großen Schiffe reichen, so weit reicht auch die Macht des nationalsozialistischen Deutschlands. Sie reicht so weit, wie unsere Jäger, unsere Aufklärer, unsere Langstreckenbomber den Kampf tragen! Sie reicht so weit deutsches Soldatentum reicht.

Das Symbol dieses deutschen Soldatentums ist der deutsche Infanterist. Wie viele der Männer im feldgrauen Rock liegen schon zum zweitenmal draußen! Ich weiß, ihre Gedanken gehen heute zurück zu den Weihnachtsabenden des Weltkrieges. Die Gedanken gehen zurück zu Weihnachtsabenden, wie wir sie damals verbrachten in lehmigen, nassen Erblöchern. In Löchern, die eine tropfende Zeltbahn abdeckte. Ein paar Mann hockten darinnen um die Lichter, die den Weihnachtsbaum andeuten sollten. Kalt, naß und verloren war die Heilige Nacht. Und die Gedanken gehen zurück zu einer Feldweihnacht im späteren Verlauf des Krieges. Wir waren in einem Erbstollen, den man damals etwas optimistischerweise Unterstand nannte. Er hatte auf alle Fälle den Vorzug, daß man sich nicht nur kriechend in ihm fortbewegen konnte, wie in den ersten „Unterständen“, und daß man auf ein paar zusammengengelagerten Brettern oder auf den Treppentufen sitzen konnte. Möglichst nahe drückte man sich an ein Oschen, das neben viel Rauch immerhin etwas Wärme spendete. So war man denn geschart um einen kleinen Weihnachtsbaum — so klein, daß er in einem Feldpostpäckchen den Weg zur vorderen Linie gefunden hätte. Aber aus seinen Ästchen strahlte die Heimat und entgegen. Die einen oder anderen hatten das Glück, daß der Ablösungsturnus ihnen eine Weihnacht in der Reservestellung oder gar im Ruhequartier bescherte. Weist war aber auch diese Freude nicht ganz ungetrübt: Zumindest lauschte das Unterbewußtsein fortgesetzt nach der Front hin, um aus der Stärke des Großen, das von dort zurückdrang, abzuschätzen, ob die friedliche Ruhe wohl die ganze Weihnacht hindurch einem vergönnt wäre oder ob nicht doch ein teuflischer Plan oder auch nur eine Laune des Wegners allem Feiern und allem Erholen von den Strapagen der letzten Grabenstellung ein plötzlich Ende bereiten würden. Jemandwie rechnet man immer auf den „Marm“ und mit dem Antreten zur Front, die sich von Minute zu Minute in eine Zone von Feuerorkanen verwandeln konnte. Es war einem dann gar nicht mehr weihnachtlich zumute, wenn man dem ununterbrochen aufflammenden, durch flackernde Leuchtkugeln erhellenen Horizont ent-

gegenmarschierte in dem Bewußtsein, daß vorne die Kameraden in den schlammigen Gräben, in den jämmerlichen Unterständen, wenn nicht gar auf freiem Felde in den Granattrichtern dem Feuer preisgegeben sind, dem Feuer, in das man selbst hineinmarschierte. Wir fanden uns damit ab, daß nun wieder Tage, wenn nicht Wochen für uns folgen würden, in denen wir durchnäht, frierend, fast ungeschützt den feindlichen Granaten und den feindlichen Angriffen ausgesetzt sein würden.

Wie anders sieht heute unsere neue Front aus! Man muß den vergangenen Krieg vorne miterlebt haben und zugleich die Bunker von heute kennen, um die Wandlung ganz ermessen zu können. Mit welcher größerer Ruhe können heute die Besatzungen der Bunker das Weihnachtsfest feiern, zum Teil sogar mit der Heimat direkt verbunden durch das Radio.

Wenn wir zurückdenken an die Feldweihnacht von einst, wenn wir alten Frontsoldaten vor unserem Auge die Bilder von damals wieder auftauchen lassen, wenn wir zurückdenken an die dauernd doch irgendwie gefährdete Front von damals, an die Front der schlammigen Gräben, uns dann die Betonklöße von heute, diese Tausende und aber Tausende unbewingbarer Festungswerte vorstellen, die Ruhe und Zuversicht ausstrahlen — dann scheint uns dieser Vergleich wie ein Symbol zu sein für die Wandlung der Lage des Deutschlands von ehedem zur Lage des Deutschlands von heute. Mit der gleichen Ruhe und Zuversicht steht ganz Deutschland hinter den Besatzungen der Bunker, hinter seinen Armeen, erfüllt von dem Bewußtsein: Unsere Sicherheit ist unantastbar. Unsere Sicherheit ist unantastbar, weil sie getragen ist vom Geiste des jungen Nationalsozialismus, der herborgegangen ist aus den Schützengräben des Weltkrieges. In diesem Kriege erfährt das junge Deutschland der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft seine Bewährung. Es hat sich schon bewährt.

Es hat sich bewährt in dem Feldzug der 18 Tage, der einzig dasteht in der Geschichte; es hat sich bewährt in den Kampfhandlungen seiner Marine, in den Flügen und Siegen seiner Luftflotte; es hat sich bewährt in der Haltung der Heimat, in ihren Leistungen, in ihrer Opferbereitschaft, in ihrem Zusammenstehen, in ihrer Entschlossenheit! Krieg, Gefahr und tödliche Feindschaft von außen sind stählerne Wände, die uns nur noch fester zusammenschließen. Zusammenschließen zur Kampfsgemeinschaft aller Deutschen, die unüberwindlich ist, weil sie aus dem einigenden Willen aller geboren ist und im Willen eines einzelnen Mannes ihren Ausdruck findet.

Das deutsche Volk fühlt, Gott hat den einen Mann uns gesandt, Gott hat ihn uns gesandt, auf daß namenloses Unrecht, das einst uns angetan wurde, gesühnt werde, daß unsere Freiheit gesichert werde, daß endlich wirklicher Friede über die gequälte Welt komme. Friede, der anhält durch die Zeiten, geschützt durch die Kraft der großen deutschen Nation.

Und das ist unser Gebet:

Herrgott, du hast unserem Volke deinen Segen gegeben! Herrgott, wir wollen auch im kommenden Jahre deinen Segen ertingen! Im Kampf wollen wir deinen Segen gewinnen! Im Kampf für das Land, das du uns gegeben — für den Mann, den du uns geschenkt.

## Rudolf Heß an eine unverheiratete Mutter

Rudolf Heß nahm einen an ihn gerichteten Brief einer jungen Frau, deren Verlobter, von dem sie ein Kind erwartete, in Polen gefallen war, zum Anlaß, in einer grundsätzlichen Antwort zum Problem der unverheirateten Mutter Stellung zu nehmen.

Rudolf Heß erklärte:

„Sehr geehrte Frau S...“

Ihren Brief habe ich mit besonderer Anteilnahme gelesen. Sie schreiben mir darin, daß Ihr Verlobter, von dem Sie ein Kind erwarten, gefallen ist, ohne daß Sie ihm noch ins Feld Nachricht vom Werden des jungen Lebens hätten geben können; und Sie schreiben weiter, daß Sie Sorgen haben um Ihre Zukunft und um die Zukunft Ihres Kindes.

Daß Sie sich so vertrauensvoll an mich wenden, hat mich gefreut. Ich verspreche Ihnen, daß ich alles tun werde, damit Sie und das Kind, das Ihnen der Mann hinterläßt, der für Sie das Liebste auf der Welt gewesen ist, und der für uns alle fiel, nicht in Not geraten. Ich erkläre mich bereit, die Patenschaft zu übernehmen in dem Wissen: Mit dem Kinde, daß Sie erwarten, geben Sie und gibt Ihr Verlobter über sein eigenes Leben hinaus das Höchste, das Sie für die Forterhaltung unseres Volkes geben können: ein junges Leben. Sie und Ihr Kind werden versorgungsgemäß in der gleichen Weise behandelt werden, als sei die Ehe schon geschlossen gewesen.

Ihr persönliches Los ist der Anlaß, daß grundsätzlich für alle jungen Mütter in Ihrer Lage eine entsprechende Regelung getroffen wird. Die nationalsozialistische Bewegung sieht in der Familie stets die Keimzelle des Volkes. Sie wird von diesem Grundjah ebensovornig abgehen wie von irgendeinem anderen. Die NSDAP hat für die Familie, ihre Erhaltung und ihre Pflege und besonders für die Freude am Kind in der Familie viele entscheidende Dinge getan und wird es auch weiterhin tun. Das gehört zu ihrem unabänderlichen Programm!

In dem Bewußtsein, daß die nationalsozialistische Weltanschauung der Familie die Rolle im Staat gegeben hat, die ihr gebührt, können in besonderen Notzeiten des Volkes besondere von den Grundregeln abweichende Maßnahmen getroffen werden. Gerade im Krieg, der den Tod vieler bester Männer fordert, ist jedes neue Leben von besonderer Bedeutung für die Nation.

Wenn daher rassistisch einwandfreie junge Männer, die ins Feld rücken, Kinder hinterlassen, die ihr Blut weitertragen in kommende Geschlechter, Kinder von gleichfalls erbgelunden Mädchen des entsprechenden Alters, mit denen eine Heirat aus irgendeinem Grunde nicht sofort möglich ist, wird für die Erhaltung dieses wertvollen nationalen Gutes gesorgt werden. Bedenken, die in normalen Zeiten ihre Berechtigung haben, müssen hier zurückstehen.

Diesen Kindern wird bei der Eintragung in das Standesamtsregister — sofern nicht inzwischen schon die Ehe geschlossen wurde — an Stelle des Namens des Vaters oder zum Namen des Vaters die Bezeichnung 'Kriegsvater' gesetzt werden. Die Mutter wird unter Beibehaltung ihres Mädchennamens mit 'Frau' bezeichnet und angeredet werden. Mutter und Kind werden die Frage nach dem Vater freien Willens damit beantworten können, daß er ein 'Kriegsvater' war.

Auf Wunsch der Mutter wird die NSDAP den Kindern von 'Kriegsvätern' Vorwürde r vermitteln, die es für ihre nationalsozialistische Ehrenpflicht halten, diesen ihre Fürsorge angezeihen zu lassen. Ich glaube jedoch, daß in vielen Fällen die Grobherren des 'Kriegskindes' dies als ihre schöne Aufgabe ansehen werden. Wo materielle Schwierigkeiten bestehen, wird der Staat seine Weisliche leisten.

Wie schnell unter dem Einfluß der neuen Zeit und eines tiefgreifenden Erlebens die Einstellung zu althergebrachten Überlieferungen sich wandeln und einer großzügigeren Auffassung Platz machen kann, beweist die Tatsache, daß viele Eltern Gefallener den Wunsch geäußert haben, ein Kind, das nicht in einer Ehe geboren wurde, an Stelle des für die Nation gegebenen Sohnes aufziehen zu können.

Ich bin überzeugt, daß meine Einstellung in kurzer Zeit im ganzen deutschen Volk geteilt werden wird und daß dann auch das ganze deutsche Volk künftig zu all jenen Müttern steht, die über die Grenzen vielleicht sonst notwendiger bürgerlicher Sitten und Gewohnheiten hinaus beitragen, die Mutopfer des Krieges auszugleichen — so wie die Landbevölkerung seit jeher schon eine freiere Einstellung zu dem Problem des unehelichen Kindes gezeigt hat.

Sie dürfen mir glauben, daß es auch mir selbst nicht leicht geworden ist, mich von Überlieferungen freizumachen, die ein Leben lang selbstverständlich für mich waren. Aber als Nationalsozialist weiß ich: das höchste Gesetz im Krieg wie im Frieden lautet: Erhaltung des Volkes. Diesem obersten Gesetz haben sich alle anderen Gesetze, Gebräuche und Anschauungen unterzuordnen und anzupassen. In Kriegszeiten erfährt die Einstellung zum Töten aus dem Selbsterhaltungstrieb der Nation heraus eine Wandlung von Grund auf.

Eine gleiche Wandlung von Grund auf muß künftig in Kriegszeiten und in den Zeiten nach dem Kriege die Einstellung der Allgemeinheit zu unverheirateten



Müttern und zu Kindern erfahren, die nicht in einer Ehe geboren werden — wiederum aus dem Selbsterhaltungstrieb der Nation heraus. Was hülfte es, wenn ein Volk siegte, durch die Opfer für den Sieg aber den Volkstod stürbe! Ich meine, jede Frau, die in der Geborgenheit einer glücklichen Ehe Freude und Sorge über ihre Kinder mit dem geliebten Manne teilen kann, wird besonderes Versehen und Mitempfinden einer Mutter entgegenbringen, die mit ihrem Kinde allein den Lebenskampf führen muß.

Unser Volk und die ganze Menschheit könnten viele bedeutende Persönlichkeiten nicht ihr eigen nennen, wenn es nur in der Ehe geborene Kinder gegeben hätte und gäbe.

Was hätte es für unser Volk bedeutet, wenn der Vater **Paris** des Großen, da er unehelich war, nicht zur Welt gekommen wäre und demzufolge auch sein Sohn nicht eine der größten Führergestalten unserer Geschichte!

Wieviel ärmer wäre die Welt, würde **Leonardo da Vinci** statt 'unehelich' geboren überhaupt nicht geboren sein! Wieviel ärmer wäre die Welt, hätte er seine unsterblichen Werke nicht geschaffen, vor denen seit Jahrhunderten die Menschheit bewundernd steht und vor denen auch künftige Generationen bewundernd stehen werden.

Um wieviel Freude wäre die Welt ärmer, wäre der Klassiker des deutschen Humors, **Wilhelm Busch**, nicht geboren worden, weil sein Vater ein uneheliches Kind war und demgemäß nach überlieferter Anschauung lieber nicht hätte zur Welt kommen sollen!

Was wäre gar die preußische Armee ohne einen unehelichen **Hord!** Was wäre Preußens Schicksal ohne diesen Mann! Wäre es ein Ausgleich, wenn dafür eine These der gesellschaftlichen Moral gestiftet hätte?!

Es besteht kein Zweifel darüber, daß es gut gewesen ist für die Welt und für Deutschland, daß alle diese Männer geboren wurden.

Die Frage, ob sie außerhalb oder vor der Ehe geboren wurden, ist vor der Geschichte belanglos geworden. Ja, es hat sichtbar auf diesen Männern der Segen des Herrgotts geruht. Und es ist meine feste Überzeugung, daß er auch den Kindern seinen Segen nicht entzieht, die in den Notzeiten eines Krieges ihrem Volke geschenkt werden nach anderen als den uns sonst gewohnten Gesetzen.

Jedenfalls darf heute eine Frau, die es in den unsicheren Verhältnissen eines Krieges bewußt auf sich nimmt, unverheiratete Mutter zu werden und vielleicht zu bleiben — eine Frau, die sich ein Kind wünscht und sich so ihm bekennt, keine mindere Achtung erfahren.

Das entsprechende Alter, gesunde Erbanlage und die Verbindung mit einem gleichfalls rassistisch hochwertigen Mann, den sie so liebt und als so wertvoll kennt, daß sie von dem Wunsch, wenn es sein kann, mit ihm verheiratet zu sein und in ihm den Vater ihrer Kinder zu sehen, ganz erfüllt ist, sind die selbstverständliche Voraussetzung für ihre ungeschmälerte Ehre.

Eine solche Frau geht einen schweren Weg. Sie weiß, daß sie und ihr Kind aller Voraussicht nach die Geborgenheit der Familie, den Schutz des Mannes und Vaters entbehren müssen. Aber sie weiß auch: Besser sie zieht ein Kind unter noch so schwierigen Verhältnissen auf als gar nicht.

Es ist heute selbstverständlich, daß eine Frau und Mutter, die verwitwet oder geschieden ist, erneut eine Ehe eingehen kann. Ebenso selbstverständlich wird sein, daß eine Frau, die ein 'Kriegskind' ihr eigen nennt, eine Ehe einzugehen vermag, mit einem Mann, der nicht der Vater dieses Kindes ist, und der gerade in der Mütterlichkeit der Frau die Grundlage einer ehelichen Lebensgemeinschaft sieht.

Die Familie ist die Grundzelle des Staates: Aber dessen ungeachtet darf ein Volk besonders während eines Krieges nicht darauf verzichten, sein rassistisch gesundes Erbgut im höchstmöglichen Ausmaß weiterzutragen und zu erhalten.

Höher als alle vom Menschen erdachten Prinzipien, höher als alle Sitten, die zwar der Ausdruck einer anerkannten Gewohnheit, nicht aber der Ausdruck der Sittlichkeit an sich sind, und höher gar als Vorurteile steht das Wohl der Gesamtheit, steht das Leben des Volkes.

Der höchste Dienst, den die Frau der Gesamtheit leisten kann, ist, beizutragen für die Forterhaltung der Nation in rassistisch gesunden Kindern.

Seien Sie glücklich, daß es Ihnen vergönnt ist, diesen höchsten Dienst für Deutschland zu leisten. Seien Sie dankbar, daß der Mann, den Sie lieben, in Ihrem Kinde fortlebt! Heil Hitler! **Rudolf Heß.**"

# Die Außenpolitik

Die deutsche Außenpolitik ist auch in der zweiten Dezemberhälfte energisch und erfolgreich tätig gewesen. Wieder hat sie auf dem Gebiete des geistigen Krieges kraftvolle Schläge geführt. Die deutsche Informationsstelle hat am 27. Dezember auf die englische Propagandathese, England stelle sich dem Versuche Deutschlands entgegen, „die Welt durch Gewalt zu beherrschen“, mit der Mitteilung geantwortet, sie veröffentliche eine Schriftenreihe mit dem gemeinsamen Obertitel „England ohne Maske“ (siehe S. 36). Diese Schriftenreihe schildert in dokumentarisch belegten Einzeldarstellungen die englische Gewaltherrschaft in Palästina, Indien, Ägypten, Irland, Südafrika usw. So wird Material bereitgestellt, mit dem die Lügenhaftigkeit der englischen Kriegspropaganda jederzeit und immer wieder nachgewiesen werden kann. Da heute England nicht mehr wie im Weltkrieg den Nachrichtenapparat der Erde beherrscht, da Deutschland ebensowenig wie politisch und militärisch auch nicht nachrichtentechnisch eingekreist ist, ihm vielmehr durch den Rundfunk und über die neutralen Länder, die heute zum Unterschied von 1914/18 den größten Teil der Welt darstellen, die Nachrichtenwege in alle Länder, selbst in die feindlichen, offenstehen, vermag die deutsche Aufklärung jeder englischen Zweckthese die deutsche Gegenthese, jeder Lüge das Dementi entgegenzusetzen. Diesmal sind auf dem Propagandagebiete die Waffen zum mindesten gut und gleich.

Am 30. Dezember hat das Auswärtige Amt unter dem Titel „Die polnischen Greuelkaten an den Volksdeutschen in Polen“ ein Dokumentenwerk (siehe S. 38) veröffentlicht, das einen weiteren harten Schlag gegen unsere Kriegsgegner besonders gegen England, auf dem Gebiete des geistigen Krieges bedeutet. Der dokumentarische Nachweis, daß bis zum 15. November 1939 5437 polnische Morde an Volksdeutschen im ehemaligen Polen nachgewiesen wurden, die auf das Konto des Versailler Vertrages und derer, die ihn durch eine skrupellose Garantiepolitik gegenüber Polen aufrechterhalten wollten, d. h. also in erster Linie auf das Konto der Engländer kommen, bedeutet eine furchtbare Anklage gegen England, das angeblich für „Wiedereinführung des Anstandes in den internationalen Beziehungen“ kämpft, damit aber auch eine höchst wirksame Widerlegung der englischen Moralphraseologie. Hätte England, anstatt Polen unbefristete Garantien zu geben und es gegen jede noch so billige Verständigung mit Deutschland aufzureizen, das Gegenteil getan, und hätte sich Polen daraufhin zur Annahme der so außerordentlich gemäßigten und entgegenkommenden Vorschläge des Führers zu einer deutsch-polnischen Verständigung auf lange Sicht entschlossen, so wären jene 5437 Deutschen in Polen nicht ermordet worden!

Auch der Aufruf des Führers an die Partei zum Jahreswechsel stellt eine bedeutame Aktion im Kampf mit geistigen Waffen dar. Noch einmal stellt er klar den Sinn unseres Kampfes heraus, als einer Selbsthilfe gegen die Unterdrückung von Versailles, als eines Kampfes um unser Recht, noch einmal unterstreicht er die Kriegsverantwortlichkeit Englands, dessen Kriegsziel die Vernichtung Deutschlands ist, und dessen Versuch, wie am Ende des Weltkrieges das deutsche Volk von seiner Führung zu trennen, als „dümmster Schwindel“ von jedem Deutschen erkannt ist. Am Schluß des Aufrufes zeichnet der Führer das deutsche Kriegsziel des Aufbaus eines neuen Europas durch die jungen Kräfte und Völker Europas. Er gibt damit auch eine Antwort auf die unehrliche Kriegszielfraseologie der Engländer von einer angeblich besseren Welt, für die England kämpfe. Die Rebelhaftigkeit und bewußte Undeutlichkeit, die Verschleierung der rein machtpolitischen Kriegsziele Englands durch eine humanitäre, sich moralisch gebärdende Phrasologie ist bezeichnend für

die Schwäche der Position Englands hinsichtlich der Frage nach dem gerechten Krieg und dem gerechten Kriegsziel.

Neben dem geistigen Krieg ist auch der Krieg der Waffen erfolgreich weitergegangen. Nach einer amtlichen Verlautbarung vom 28. Dezember hat der Seekrieg bereits zur Vernichtung von über einer Million Tonnen feindlichen und neutralen auf England fahrenden Schiffsraums geführt. Wieder ist ein englisches Schlachtschiff von einem deutschen Torpedo getroffen worden, und die bisher größte Luftschlacht dieses Krieges hat über der Deutschen Bucht zu einer vernichtenden Niederlage der zum Angriff in den deutschen Raum vorgestoßenen englischen Kampfflugzeuge geführt.

Das Ergebnis der diplomatischen und militärischen Kriegführung hat der Führer selbst in seinem Aufruf an die Partei zum Jahreswechsel knapp und klar formuliert. Die Vernichtung Polens, während ein Angriff auf den deutschen Westwall nicht einmal versucht wurde, und der Nichtangriffs- und Konfultativpakt mit Sowjetrußland, durch den der Versuch der französisch-englischen Politik, Deutschland und Rußland gegeneinander zum Krieg zu heben, im Keim erstickt und die Einkreisung Deutschlands verhindert wurde, sind die am meisten ins Auge springenden Erfolge unserer Kriegführung. Das neue Verhältnis zu Rußland wurde besonders durch den Telegrammwechsel zwischen dem Führer sowie dem Reichsaußenminister und Stalin anlässlich dessen sechzigsten Geburtstages am 21. Dezember unterstrichen. Dieses Verhältnis wurde von einer führenden sowjetrussischen Zeitung durch einen Artikel über Stalins Stellung zum Versailler Vertrag illustriert, der interessante Äußerungen Stalins über Versailles zusammenstellte, aus denen sich ergibt, daß Stalin das Versailler Diktat offenbar stets im richtigen Lichte gesehen hat.

Der Neujahrsaufruf des Führers an die Partei erwähnt auch Mussolini und dessen Tätigkeit für die Erhaltung des Friedens „im Sinne und Geiste unserer Freundschaft“. Diese hat durch ein am 21. Dezember mitgeteiltes Abkommen über die Umfiedlung der Volksdeutschen aus dem Gebiete südlich des Brenners eine erneute Bestätigung erfahren. Von italienischer Seite wurde sie durch die große Rede Cianos vor der italienischen Kammer am 16. Dezember in ihrer weltpolitischen Bedeutung und im großen Rahmen des politischen Geschehens der letzten Jahre klar herausgestellt.

Die Engländer setzen ihre ganzen Hoffnungen auf den Wirtschaftskrieg gegen uns. Auch auf diesem Gebiete des Krieges läßt sich aber die deutsche Politik die Initiative nicht aus der Hand nehmen. Am 22. Dezember konnten der Abschluß eines deutsch-niederländischen Verrechnungsabkommens, eines deutsch-dänischen Warenabkommens, die erfolgreiche Beendigung der deutsch-schwedischen Wirtschaftsverhandlungen und die Unterzeichnung eines umfangreichen deutsch-rumänischen Handelsabkommens gemeldet werden (siehe S. 91). Während der Sinn der englischen Wirtschaftsblockade die Störung des Handelsaustausches und damit eine weitgehende Schädigung aller mit Deutschland Handel treibenden Staaten, d. h. praktisch der ganzen Welt, ist, hat die deutsche Wirtschaftspolitik die Zielsetzung, mit möglichst vielen nicht am Kriege beteiligten Ländern den Güteraustausch auf der bisherigen Höhe zu erhalten oder ihn womöglich noch zu steigern. Soweit Deutschland im Rahmen der Gegenmaßnahmen gegen die englische Wirtschaftsblockade, besonders durch den Seekrieg den Wirtschaftsverkehr mit England unterbindet, handelt es sich um die Antwort auf englische Völkerrechtsverletzungen. In den an Deutschland grenzenden neutralen Ländern ist offenbar die Einsicht in diese Tatsachen im Wachen begriffen. Realistischer Sinn kann ja auch auf die Dauer an der Tatsache, daß Deutschland mit stärkstem Einsatz den Güteraustausch im europäischen Raum aufrechterhält und steigert, während die englische Blockade ihn erdroffeln möchte, nicht vorbeigehen.

Wie im Weltkrieg, so möchte England auch jetzt wieder neben politisch-militärischer Einkreisung und Wirtschaftsblockade eine moralische Einkreisung Deutschlands durchführen. Der Kampf der Dokumente in der Kriegsschuldfrage, die humanitäre Kriegszielphrasologie, die Wegnahme oder mindestens Durchsuchung der Postfäcke auf neutralen Schiffen in flagranter Verletzung der Weltpostkonvention, Greuelheute und vieles andere dienen demselben Zweck, den Gegner geistig und moralisch durch

Diffamierung niederzuringen bzw. durch Abschneidung aller Verbindungen zu isolieren. Die deutsche Kulturpolitik im Auslande bleibt ihrerseits darauf die Antwort nicht schuldig. Am 9. Dezember wurde in Belgrad durch Prinzregent Paul von Jugoslawien eine große deutsche Buchausstellung eröffnet, die sich als ein bedeutender kulturpolitischer Erfolg erwies. Am 26. Dezember veranstaltete die Gesellschaft für bulgarisch-deutsche Kulturannäherung in Sofia in Anwesenheit des ganzen bulgarischen Ministerkabinetts eine eindrucksvolle Schau deutscher Filme. Mehrere bedeutende Gelehrte haben in Sofia stark beachtete Vorträge gehalten. In Budapest nahm das Abgeordnetenhaus in erster Lesung das deutsch-ungarische Filmabkommen an, das hauptsächlich den Austausch von Kulturfilmen bezweckt.

Die deutsche Kulturwerbung im Ausland ist grundsätzlich auf Gegenseitigkeit aufgebaut. Wie der Wirtschaftsaustausch, so ist auch der Kulturaustausch nur gesund, wenn er gegenseitig erfolgt. Kein Volk hat so wie das deutsche seit Jahrhunderten für die kulturellen Leistungen anderer Völker einen offenen Sinn gehabt, sie sich zu eigen gemacht und sich von ihnen auch anregen lassen. Die Zahl der Übersetzungen fremder Literaturwerke und ihre geistige Aneignung ist nirgends so zahlreich und bedeutsam wie im deutschen Sprachgebiet und kaum irgendwo so arm wie im englischen.

Vielleicht das größte Attikum, das Deutschland in der Auslandskulturpolitik einzugehen hat, ist die deutsche Musik. Am 17. Dezember wurde in Barcelona ein Gastspiel eines deutschen Opernensembles begonnen, das als Mozartsfestspiele und erstes musikalisches Ereignis in Spanien nach dem Bürgerkriege den größten Erfolg hatte. Die am 29. Dezember veröffentlichte Preisverteilung für die Internationale Filmschau 1939 in Venedig brachte mit der Prämierung deutscher Filme, besonders „Robert Koch“, auch auf diesem Gebiet einen bedeutenden kulturpolitischen Erfolg des deutschen Kunstschaffens, der durch die schweizerische Uraufführung des Films am 3. Dezember in Bern ebenfalls unterstrichen wurde.

Unser Hauptfeind England ist auch im Neujahrsaufruf des Führers an die Partei erneut als solcher und als verantwortlicher Kriegsheker herausgestellt worden. „Deutschland und darüber hinaus Europa müssen von der Vergewaltigung und dauernden Bedrohung befreit werden, die vom früheren und heutigen England ihren Ausgang nehmen“, so wird das Kriegsziel Deutschlands formuliert. Das ist eine klare Zielsetzung, deren Richtigkeit durch die Kriegs- und Friedensziel-Diskussion in England immer wieder erwiesen wird. In der letzten Sitzung des französischen-englischen Kriegsrates soll die Kriegszielfrage eingehend besprochen worden sein in dem Sinne, daß man Deutschland und „Stillerismus“ immer enger identifiziere, was bedeute, daß kein Friedensschluß möglich sei ohne völlige militärische Vernichtung Deutschlands. Die Propagandalüge, man kämpfe nicht gegen das deutsche Volk, so wie man ja im Weltkrieg auch angeblich nur gegen den Kaiser und das Preukentum kämpfte, wird also offiziell fallen gelassen, nachdem man gesehen hat, wie hoffnungslos der Versuch ist, das deutsche Volk von der Führung zu trennen. Dafür wird die scheinheilige humanitäre Kriegszielphrasologie um so eifriger fortgesetzt. In der Weihnachtsansprache, die der englische König am 25. Dezember an das britische Empire hielt, wurden natürlich die „Friedensliebe der freien Völker“ und ihr „Kampf gegen die Unterdrückung“ gepriesen. Seine Majestät erklärte, „er glaube aus tiefstem Herzen, daß die Sache, die die Völker des Empire zusammenschweiße und England auch mit seinen Alliierten verbinde, die Sache der christlichen Zivilisation sei“, und schloß seine Rundfunkansprache sogar mit einem Bibelwort! Mit ähnlichen gotteslästerlichen Phrasen auf den Lippen haben die Engländer seit Jahrhunderten Piraterie, Vergewaltigung, Raub und Eroberung betrieben mit dem Erfolg, daß ihnen ein Drittel der Erdoberfläche gehört! Diesmal kämpft England für die „christliche Zivilisation“ unter anderen Arm in Arm mit der freidenkerischen französischen Republik.

Auf Englands Hauptkampffeld, dem des Wirtschaftskrieges, nehmen auch weiterhin die Dinge nicht den gewünschten Verlauf. Zahlreich sind in England selbst die Stimmen der Besorgnis und der Kritik. Ein englischer Finanzgewaltiger, Lord Wardington, hat am 21. Dezember über Großbritanniens Wirtschaftslage in Kriegeszeiten recht realistische Betrachtungen angestellt unter dem Motto „Großbritannien muß exportieren oder sterben“. Der „Manchester Guardian“ beschäftigte sich am

29. Dezember mit der dornigen Frage, wie England die Vereinigten Staaten für die von dort zu beziehenden Kriegslieferungen bezahlen werde, ohne eine wirkliche Lösung dieser Frage vorschlagen zu können. Von anderer Seite wurden Betrachtungen über die Hilfsquellen Englands und seines Empires angestellt und auf viele vorhandenen Lücken hingewiesen. Gegenstand vieler Angriffe war sodann das Versagen der Agrar- und Ernährungspolitik der englischen Regierung. Der Regierung wurde Unentfesslichkeit und Schwäche vorgeworfen, auch auf dem Gebiete der Außenhandelsförderung. Vom Beginn des Jahres 1940 an soll eine ganze Anzahl wichtiger Nahrungsmittel in England rationiert werden, und der Durchschnitts-Engländer wird also den von seiner Regierung vom Zaun gebrochenen „Kampf für die christliche Zivilisation“ in verstärktem Maße am eigenen Leibe zu spüren bekommen. Es ist nicht daran zu zweifeln, daß die deutsche Kriegsführung im Jahre 1940 ihm dabei weiter erfolgreich behilflich sein wird.

Die „Vereinigung“ ökonomischer Sachverständiger, die „Fitzroy Committee“, mit der Forderung an Chamberlain gewandt, es solle ein Minister für die Kontrolle des gesamten Handels mit großen Vollmachten und Sitz im Kriegskabinet ernannt werden. Die „Financial News“ vom 27. Dezember kritisierten ebenfalls die mangelhafte Exportpolitik und betonten die Notwendigkeit für das englische Volk, große Opfer zu bringen. Das neue deutsch-rumänische Handelsabkommen wurde von „Financial News“ scharf angesehen und natürlicherweise unfreundlich kritisiert.

Die aufwärtssteigende Preis- und Lohnbewegung geht weiter. Wieder liegt eine ganze Anzahl Meldungen über die Heraussetzung von Preisen und die Steigerung der Löhne vor. Nach einer Statistik des britischen Arbeitsministeriums hatten bis Ende November bereits 3,7 Millionen Arbeiter erhebliche Lohnerhöhungen erhalten. Einzelne Industrien haben nach einer Mitteilung der „Times“ vom 22. Dezember bereits gleitende Lohnskalen eingeführt, und die Zeitung meinte, das Fehlen einer Lohnpolitik unter Kriegsverhältnissen sei eine ernste Schwäche im wirtschaftlichen Verteidigungsplan. Eine grundsätzliche Kritik an den sozialen Verhältnissen in England faßte der satirische Bernhard Shaw am 5. Dezember in der „Yorkshire Post“ in die Worte: „Der Boden Englands besteht vorwiegend aus den sterblichen Überresten englischer Männer und Frauen, die überarbeitet und unterernährt gewesen sind von der Zeit an, wo sie als kleine Kinder zuerst in der Lage waren, zu arbeiten, bis zu ihrem Tode im Arbeitshaus. Die schwere Schuld des Landes gegenüber diesen Leuten kann niemals wieder zurückgezahlt werden.“ Auch dies ist ein Beitrag zum Kampf der englischen Herrenklasse „für die christliche Zivilisation“.

Die Sorgen Englands hinsichtlich seines Außenhandels wurden auch durch Erklärungen des Außenhandelsministers Sudson beleuchtet, die dieser einem Vertreter der „Sunday Times“ am 30. Dezember abgab. Sudson betonte, der Erfolg Englands in diesem Kriege sei in großem Maße von seinem Export abhängig. Einerseits müsse es sein Hauptaugenmerk darauf richten, Deutschland zu verhindern, aus gewissen Ländern Waren einzuführen, was es nur tun könne, indem es diese Waren selber kaufe. Andererseits dürfe es seine früheren Abnehmer nicht vernachlässigen und müsse der Konkurrenz anderer Länder auf dem Weltmarkt begegnen. Die Interessen der Ausfuhr müßten denen des eigenen Verbrauchs im britischen Inland vorgehen, und der englische Verbraucher müsse sich mit dem zufrieden geben, was schließlich übrigbleibe. Gegenüber der verbreiteten Behauptung, daß in diesem Kriege die Zeit auf Englands Seite sei, unterstrich Sudson, daß sie hinsichtlich der britischen Ausfuhr nicht richtig sei. Wenn nämlich England jetzt seine Auslandsmärkte verliere, werde es sie schwerlich später wiedergewinnen können.

Aus Sudsons Erklärungen wird erneut deutlich, wie wenig die von der englischen Propaganda besonders in den ersten Wochen des Krieges verbreitete These richtig ist, die Hilfsmittel Englands seien unererschöpflich, und England brauche nur in aller Ruhe den Krieg in die Länge zu ziehen, um ihn ganz sicher zu gewinnen. Den Ernst des Problems unterstrich auch der Präsident der britischen Fabrikantenvereinigung und konservative Unterhausabgeordnete Sir Patrick Hannon in einer Neujahrsbotschaft an diese Vereinigung, indem er auf die gefährliche Lage hinwies, daß Preise und Löhne durch Erhöhungen sich gegenseitig übersteigerten. Er betonte, die Finanzierung des Krieges sei das größte Problem, das die englischen Staatsleute gegenwärtig zu lösen hätten.

Die Frage der inneren und äußeren Kriegsfinanzierung gipfelt für England im Produktionsproblem. Wie kann England mit 45 Millionen Einwohnern gleichzeitig etwa 1 Million Tonnen Kriegsschiffe, die auf Stapel liegen, fertigglauben, die geplante gewaltige Verstärkung seiner Luftflotte durchführen, eine Armee von mehreren Millionen Mann aufstellen und ausrüsten und dann noch so viel Waren für den Export produzieren, um den totalen Wirtschaftskrieg gegen Deutschland einerseits zu finanzieren, andererseits auf den internationalen Märkten gegen die Vereinigten Staaten, Japan, Italien usw. erfolgreich zu konkurrieren, was nötig ist, um die nötigen Devisen für seine großen Einkäufe an Rohstoffen und an Kriegsmaterial außerhalb seines Empires und für seinen riesigen Bedarf an Lebensmitteln zu finanzieren? Schon im Weltkrieg, als die finanzielle Stellung Englands viel stärker war als heute und das englische Pfund noch eine unwandlungsfähige Goldwährung darstellte, konnte England dieses Problem nicht lösen und mußte mit Frankreich zusammen riesige Milliardenbeträge in den Vereinigten Staaten pumpen, die später nicht zurückgezahlt wurden. Heute bestehen die Amerikaner auf „Cash and Carry“ und England ist für die Finanzierung des Krieges auf sich und den französischen Bundesgenossen allein angewiesen.

Eine andere Seite des Problems beleuchtet eine Meldung des „News Chronicle“ vom 31. Dezember, derzufolge das britische Schifffahrtsministerium sich mit der Frage beschäftigte, wie man die durch U-Boote hervorgerufenen Schiffsverluste ergänzen solle. Man könne entweder neue Schiffe bauen oder neutrale Schiffe kaufen oder chartern. Das Schifffahrtsministerium sei nicht bereit, so phantastisch hohe Preise zu zahlen, wie sie heute bei Schiffsverkäufen gefordert würden. Die Preise der neutralen Schiffe seien seit Kriegsausbruch bereits um 30 bis 40 v. H. gestiegen. Im Weltkrieg hat England sich schließlich einfach den neutralen Schiffsraum gewaltsam angeeignet. Wird es in seinem gegenwärtigen „Kampf für Anständigkeit in den internationalen Beziehungen“ und „für die Rechte der kleinen Völker“ erneut zu solchen Mitteln seine Zuflucht nehmen, wenn ihm erst das Wasser am Hals steht?

Obwohl der englische König in seiner Weihnachtsansprache die Einigkeit des Empire rühmte, hören die Widersände gegen die englische Kriegspolitik im Empire nicht auf. Der Exekutivauschuß der indischen Kongresspartei hat eine definitive Antwort von der britischen Regierung auf die Frage der indischen Unabhängigkeit gefordert. Eine neue Ungehorsamkeits-Kampagne soll demnächst in Indien beginnen. Der bekannte Führer der indischen Unabhängigkeitsbewegung, Bhandu Nehru, erklärte, es sei ganz klar, warum England sich dem Zusammentritt einer konstitutionellen Versammlung in Indien widersetze; denn mit dem Tode des Zusammentritts dieser Versammlung wäre das Ende der englischen Herrschaft in Indien gekommen, weil das englische Imperium und der indische Nationalismus sich niemals auf einen Kenner bringen ließen. Gandhi hat am 5. Dezember im „News Chronicle“ wiederum recht eindeutige Erklärungen gegen den englischen Imperialismus veröffentlicht und betont, die moralische Unterstützung Indiens könne England nur gewinnen, wenn es ein freies Indien schaffen helfe.

Auch die Stimme des irischen Volkes hat sich in De Valera gemeldet, der am 25. Dezember über die amerikanischen Sender einen Friedensappell veröffentlichte und die Amerikaner aufforderte, Irland in seinem Kampf um die Einberleiung von Ulster zu unterstützen. Auf dem Jahreskongreß seiner Partei machte De Valera den Vorschlag, diejenigen Bewohner Nordirlands sollten auswandern, die englische Staatsangehörige statt irische bleiben wollten. Irland meldet also ähnlich wie Indien seine Forderungen gegen England erneut an. Auch in Südafrika geht der Kampf zwischen den Anhängern des englandhörigen Smuts und denen der südafrikanischen Freiheitsidee weiter, der von Smuts offenbar mit steigender Rücksichtslosigkeit geführt wird, was auf entsprechende Hindernisse schließen läßt.

Hinsichtlich der englischen Außenpolitik ist zu bemerken, daß die große Rede Ciano's vom 16. Dezember in England wenig Freude hervorgerufen hat. Sie wurde nur in strikteren Auszügen in der Presse zugelassen, und die Kritik bemühte sich, in ihr für England positive Seiten zu finden, was nicht recht gelingen wollte. Dafür ließ der bekannte Augur-Politikoff in einem Artikel in der Brüsseler „Metropole“ vom 18. Dezember einige Blicke hinter die Kulissen der englischen Politik im borderen Orient tun, als deren Ziel er deutlich die Sereinziehung des Balkans

und Rußlands in den Krieg bezeichneter, um Deutschland im Osten wirtschaftlich einzukreisen zu können. Ein in Belgrad in englischer Sprache erscheinendes englisches Propagandaorgan trat mit ähnlicher Offenheit für einen Balkanblock auf der Grundlage der früher im Völkerbund so hoch bewerteten „gegenseitigen Beistandsverpflichtungen“ ein. Es war ihm offenbar entgangen, daß die in den letzten Wochen vielfach ventilerten Balkanpaktpläne schon als völlig erledigt anzusehen sind.

Natürlich sind den Engländern auch die panamerikanischen Bestrebungen auf die Schaffung von Sicherheiten gegen das Übergreifen des Krieges auf den amerikanischen Kontinent ein Dorn im Auge, weshalb sie weder die sogenannte amerikanische Sicherheitszone anerkennen wollen noch auf den panamerikanischen Protest wegen des Seegefechts an der La Plata-Mündung reagiert haben. Die Erweiterung des französisch-englisch-deutschen Konfliktes zum Weltkrieg, bei dem die übrige Welt für England bluten und die Rastanien aus dem Feuer holen würde, ist und bleibt eben das Ideal und die Zielsetzung Englands in seinem „Kampf für die christliche Zivilisation“. Der englische Botschafter in Moskau, der die Russen nicht zu diesem englischen Ideal zu bekehren vermochte, wird demnächst zur Wiederherstellung seiner angeblich angegriffenen Gesundheit einen längeren Urlaub antreten. Die Atmosphäre der deutsch-russischen Verständigung ist Sir William Seeds also offenbar nicht bekommen. Einen wenn auch kleinen Trost hierfür wird der Venter der außenpolitischen Geschäfte Englands, Lord Halifax, in dem Schreiben finden, in dem Herr Beneš ihm am 20. Dezember die Zusammenfassung des tschecho-slowakischen Nationalkomitees als Vertretung „der tschecho-slowakischen Völker“ mitteilte. Kein Wunder, daß der Außenminister Englands, das so oft andere Völker für sich hat bluten lassen, dieses Komitee anerkannte, das als seine Hauptaufgabe die Neubildung einer tschecho-slowakischen Armee in Frankreich bezeichnet. Die Kosten für diese Armee wird England nach dem französisch-englischen Währungs- und Finanzabkommen freilich mit Frankreich im Verhältnis 60 zu 40 teilen!

Das mit England verbündete Frankreich erklärt sich auch weiterhin bereit, mit England durch dick und dünn zu gehen. Wenigstens tun dies Regierung und Parlament. Um die Veredlung hierfür nachzuweisen, hat nun auch die französische Regierung in den Kampf um die Schuldfrage dieses Krieges durch ein am 21. Dezember veröffentlichtes Gelbbuch eingegriffen. Wie das englische Blaubuch vermeidet es das französische Gelbbuch, auf die Frage der wirklichen Kriegsbursachen einzugehen, und beschränkt sich auf eine kurze Zeitspanne vor Beginn des Krieges, nämlich auf den Zeitraum von Ende September 1938 bis zum 3. September 1939. Dies geschieht natürlich, um dem Kern der Kriegsschuldfrage, daß es sich nämlich für Frankreich und England um die Aufrechterhaltung und um eine Neuauflage des Versailler Vertrages handelt, aus dem Wege zu gehen. Das französische Gelbbuch hat trotzdem für die Entscheidung der Kriegsschuldfrage eine beträchtliche Bedeutung, denn es stellt klar, daß Frankreich sich konsequent jeder Lösung der durch das Versailler Diktat entstandenen deutsch-polnischen Konfliktstoffe widersetzt hat. Das Gelbbuch unterstreicht besonders eindringlich, daß seit dem Münchener Abkommen eine Verstärkung des französisch-polnischen Bündnisses stattgefunden habe und daß die französischen Staatsmänner dies den Deutschen gegenüber immer wieder betont hätten. Frankreich hat also, während England Polen durch seine Garantieerklärung einen Plankontrakt aussteltete, das seit Jahren sehr abgeschwächte und praktisch absolut gewordene Bündnis mit Polen wieder aktiviert und Polen auf jeden Fall französische Hilfe zugesichert. Dadurch wurde die polnische Regierung dazu veranlaßt, alle deutschen Vermittlungsvorschläge brüst abzulehnen und schließlich den Krieg zu provozieren. Die Verantwortung Frankreichs ergibt sich weiterhin aus dem, was das Gelbbuch über die eigentliche Krisenzeit (August/September 1939) mitteilt. Frankreichs Bemühungen waren darauf gerichtet, polnische Zugeständnisse an Deutschland unmöglich zu machen, Deutschland an der friedlichen Lösung der Ostfragen zu verhindern, ihm den Prestigeerwerb einer solchen friedlichen Lösung nicht zu gönnen und Polen in jeder Weise den Rücken zu steifen. Das französische Gelbbuch bringt also keine Entlastung, sondern eine Belastung Frankreichs im Kampf der geistigen Waffen.

Das französische Parlament hat in den letzten Tagen des Dezember den Staatshaushaltsplan für das Jahr 1940 angenommen. Der ordentliche Haushalt balanciert

mit 80 Milliarden Franken Einnahmen und Ausgaben, d. h. er zeigt, wie der französische Finanzminister zugab, eine Verdoppelung der Haushaltsziffern gegenüber der Zeit vor vier Jahren. Dazu kommt ein außerordentlicher Kriegshaushalt, der Ausgaben in Höhe von 250 Milliarden, davon für das erste Vierteljahr 1940 72 Milliarden vorieht. Diese für den französischen Steuerzahler erschreckenden Ziffern wurden von Ministerpräsident Daladier und Finanzminister Reynaud in ausführlichen Reden über die angeblichen Kriegsurachen und die Kriegsziele Frankreichs sowie durch ernste Mahnungen an den Opfergeist und Patriotismus begründet. Daladier hat außerdem am 24. Dezember eine Weihnachtsansprache an das französische Volk gehalten, die merkwürdig phrasenhaft, sentimental und innerlich schwach war. Bemerkenswert ist, daß er eindringlich vor der „gefährlichen Illusion“ warnte, zu glauben, Deutschland sei schwach, vielmehr unterstrich, man müsse die Kraft Deutschlands fürchten. Ähnliche Töne schlug Reynaud an, der die Frage stellte: Wird unser Wille stärker sein als der des Feindes, wird die Einheit unseres Volkes totaler sein wie die des Feindes? Reynaud mahnte zu Sparsamkeit, Opferinn und Entfagung. Auch unterstrich er, ähnlich wie wir das bei England gesehen haben, die Wichtigkeit der Frage, wie die Devisen für Käufe im Ausland beschafft werden könnten. Dies müsse in erster Linie durch Export geschehen, sodann durch Verminderung des Imports.

So stehen also Frankreich und England vor dem gleichen Problem, durch Arbeitsleistung den Krieg zu finanzieren. Schon nach wenigen Monaten befinden sich die beiden westlichen Plutokratien in einer grundtätzlich nicht besseren Lage als wir, nachdem sie die angebliche Überlegenheit ihres Gold- und Devisenbesitzes zuerst so anspruchsvoll verkündigt haben. Sie werden aber noch einsehen lernen, daß wir ihnen in der Organisation der Wirtschaft und der Arbeit und der Fähigkeit der Ausnutzung der vorhandenen Mittel weit voraus sind. Das hat die Zeitung „Deubre“ am 25. Dezember indirekt schon zugegeben, als sie schrieb, Frankreich bleibe angehtits der autarkischen Gestaltung der deutschen Wirtschaft nichts anderes übrig, als seinerseits die Worte Görings zu beherzigen, daß es wichtiger sei, Kanonen statt Butter zu haben. Und wie ist die westliche Presse, als Göring dieses Wort prägte, darüber hergefallen!

Die Reden Daladiers und Reynauds brachten im übrigen eine Wiederholung der bekannten selbstgerechten Phrasologie, daß Frankreich keineswegs aus nationalem Egoismus handle, sondern ein ideales Ziel verfolge, daß es für die Gerechtigkeit kämpfe und unterdrückte Nationen befreien wolle. Daladier unterstrich andererseits, daß Frankreich materielle und positive Garantien sicherstellen wolle, bevor es die Waffen niederlege, und daß es um die Sicherheit Frankreichs gehe. Welche Garantien und Sicherheiten er im Auge hat, hat Daladier nicht gesagt, aber wir wissen ja längst, daß sein Ziel ein verstärktes Versailler Diktat ist. Die Zeitung „Le Nouvelle“ meinte denn auch, die Rede Daladiers zeige, „daß ein gerechter und starker Friede einschließlich der Bestrafung der Schuldigen durch den Sieg erzielt werden müsse“. Was die Franzosen unter einem starken Frieden verstehen, ist uns geläufig, und die „Bestrafung der Schuldigen“ ist im Teil VII des Versailler Diktates uns schon einmal aufgezwungen worden, ohne daß sie sich freilich durchführen ließ. Aber es kann nichts schaden, wenn man uns von Zeit zu Zeit daran erinnert, wie der Krieg so recht eigentlich gemeint ist, und was uns bevorstünde, wenn unsere Kriegsgegner noch einmal in die Lage kämen, uns zu diktieren.

Einstweilen freilich läßt die Stärke der inneren Front, auf deren Zusammenbruch in Deutschland London und Paris zunächst so eifrig spekuliert hatten, was man dort allmählich aufgibt, in Frankreich selbst weiterhin viel zu wünschen übrig. Die Treibjagd nach Defaitisten und Kommunisten geht eifrig weiter, und die Presse unterstreicht ihre Notwendigkeit beinahe täglich. Immer neue Verhaftungen und Beschlagnahmen von „defaitistischen“ Schriften und Flugblättern werden gemeldet. Das Verbot der kommunistischen Partei und die Unterdrückung der kommunistischen Organisation scheint sich allerdings als ein Fehlschlag zu erweisen. Unter dem Namen Kommunismus scheint sich nachgerade in Frankreich alles zu sammeln, was mit dem Krieg unzufrieden ist und dessen Sinngebung, wie sie von der Regierung verkündet wird, nicht bejahren will.



In außenpolitischer Hinsicht war die Rede Cianos vom 16. Dezember für die Franzosen eine Enttäuschung. Die Presse brachte deshalb nur einen zurechtgemachten Auszug, und in den Leitartikeln zu der Rede hatte der Stifft des Zensors heftig gewirkt. Dem französischen Volk sollte eben die Wahrheit, daß das deutsch-italienische Bündnis von Ciano erneut bekräftigt wurde, nicht zu deutlich nahegerückt werden.

Bezüglich Finnlands wurde amtlich mitgeteilt, daß Daladier im französischen Ministerrat vom 23. Dezember darauf bestanden habe, „zu untersuchen und zu wetteifern, wie man Finnland helfen könne“, und der auswärtige Senatsausschuß hat am 29. Dezember „die positive Hilfe Frankreichs an Finnland im Rahmen der Völkerbundsbeschlüsse gutgeheißen“.

In Italien ist das bedeutendste politische Ereignis der zweiten Dezemberhälfte die Rede des Außenministers Graf Ciano vor der Kammer am 16. Dezember. Ciano gab eine sehr ausführliche historische Darstellung der italienischen Außenpolitik, ihrer Einstellung zu den großen politischen Fragen, ferner eine klare Analyse der Ursachen des gegenwärtigen Krieges und der Stellung Italiens in diesem Kriege. Die Rede war eine scharfe Verurteilung des Versailler Diktates und der ganzen auf ihm aufgebauten Nachkriegspolitik der Westmächte, ein Bekenntnis zum Revisionismus und zur Achsenpolitik. Das uneingeschränkte Fortbestehen des deutsch-italienischen Bündnisses wurde von Ciano besonders eindringlich unterstrichen. Die Rede war in ihrer Ausführlichkeit und ihrem dokumentarischen Einzelaufbau geradezu ein gelbrochenes Weisbuch. Die italienische Regierung hat mit ihr eindeutig und sehr beweiskräftig in den Kampf der geistigen Waffen an der Seite Deutschlands eingegriffen. Cianos Darstellung der Kriegursachen und der Kriegsverantwortlichkeit der französisch-englischen und der polnischen Politik ist eine Parallele und Bestätigung des deutschen Weisbuches „Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges“ und eine schlagkräftige Widerlegung des französischen Gelbbuches sowie des englischen Blaubuches.

Die italienische Presse konnte dementsprechend die warme Zustimmung hervorheben, die die Rede vor allem in Deutschland und auch in den Balkanländern fand, während sie in Paris auf schweigende Ablehnung stieß und in London der Versuch gemacht wurde, ihr wenigstens einige positive Seiten abzugewinnen.

Die Rede Cianos wurde in vielen Artikeln der italienischen Presse kommentiert und so die Politik Italiens verdeutlicht. Besonders hervorzuheben ist eine längere Abhandlung der Zeitschrift „Relazioni Internazionali“ vom 28. Dezember, in der die Politik Mussolinis noch einmal ganz im Sinne der Ciano-Rede dargestellt wurde. Hinsichtlich des Balkans wurde ebenso wie in der Rede Cianos, der die Bildung eines Balkanblocks ausdrücklich abgelehnt hatte, die Aufrechterhaltung des Friedens erneut als Ziel der italienischen Politik erklärt. Eine Schweizer Zeitung, die „Basler Nachrichten“, gab am 26. Dezember eine treffende Analyse der italienischen Mittelmeerpolitik, die notwendigerweise auf Freiheit im Mittelmeer und an dessen Ausgängen und damit gegen die englische Herrschaft im Mittelmeer gerichtet sei.

In einer anderen großen historischen Frage der italienischen Politik verfolgt die faschistische Regierung ebenfalls konsequent ihren Weg in ihrem Verhältnis zum Vatikan, wie es durch die Lateran-Verträge von 1929 gestaltet worden ist. Der Besuch des italienischen Königspaares im Vatikan am 21. Dezember und der Gegenbesuch des Papstes im Quirinal am 28. Dezember brachte dies erneut zum Ausdruck. Die italienische Presse widmete diesem Ereignis besondere Aufmerksamkeit.

Die Weihnachtsansprache des Papstes, der sich für einen dauerhaften und gerechten Frieden einsetzte, wurde in einem bemerkenswerten Aufsatz der „Relazioni Internazionali“ vom 28. Dezember dahin interpretiert, daß sich darin die Elemente eines wahren auf Gerechtigkeit und Menschenliebe begründeten Friedens fänden. Versailles aber sei ein freimaurerischer und puritanischer Friede gewesen, und der Völkerbund habe unter dem Scheine der Humanität die Not der Opfer verborgen. Damit wies die führende außenpolitische Zeitschrift Italiens zugleich die in London und Paris gemachten Versuche zurück, aus der Rede des Papstes eine Stellungnahme zugunsten der Westmächte herauszulesen und sie für die Propaganda Frankreichs und Englands zu mißbrauchen.

Der herzliche Telegrammwechsel, der zu Neujahr zwischen dem Führer und Mussolini stattgefunden hat, darf nicht unerwähnt bleiben. Er hat ganz im

Sinne der Rede Ciano's vom 16. Dezember und der Entschliebung des faschistischen Großrates vom 8. Dezember das Bündnisverhältnis zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland und dem faschistischen Italien kräftig unterstrichen, wie Mussolini in seinem Telegramm es ausdrückte, in dem gemeinsamen Wunsche, „daß unsere beiden Völker — vereint — ihre Ziele erreichen und ihre Zukunft sicherstellen können“.

Die anderen am Kriege nicht beteiligten Staaten Europas, die Schweiz, Belgien, Holland, die nordischen und baltischen Staaten und die Balkanstaaten bemühen sich weiterhin, nicht nur ihre Neutralität aufrechtzuerhalten, sondern auch ihr Wirtschaftsleben, soweit als irgend möglich, vor den Folgen und Einwirkungen des Krieges zu bewahren. Hinsichtlich der Aufrechterhaltung der Neutralität liegt eine ganze Anzahl neuere Erklärungen von Staatsmännern und führenden Zeitungen vor. So erklärte der belgische Außenminister Spaak am 19. Dezember in der Kammer, Belgien ist neutral und will es so lange bleiben, wie seine Unabhängigkeit, die Unversehrtheit seines Gebietes und seiner Lebensinteressen nicht bedroht sein werden. Das belgische Volk steht beinahe einstimmig hinter der Politik der Regierung. Spaak unterstrich ferner die weitgehende Solidarität zwischen Holland und Belgien. In ihren Betrachtungen zum Jahreswechsel gaben die belgischen Blätter ihrer Genugtuung darüber Ausdruck, daß Belgien im gegenwärtigen Kriege seine Neutralität und seine Unabhängigkeit habe bewahren können.

Ähnliche Erklärungen gab es in den nordischen Staaten, und zwar besonders im Hinblick auf den finnisch-russischen Konflikt. Kein Zweifel, daß die öffentliche Meinung der drei nordischen Länder auf Seiten Finnlands steht. Die Regierungen sind sich jedoch der Gefahren für die Neutralität ihrer Länder bewußt, wenn diese Sympathien einen Ausdruck finden oder zu Taten führen, die mit der Neutralität nicht mehr zu vereinen sind. Der dänische Staatsminister Stauning hat am 30. Dezember in der Kopenhagener Zeitung „Extrabladet“ in einer Schilderung der Lage Dänemarks um die Jahreswende als wichtigste Aufgabe im kommenden Jahr bezeichnet die Aufrechterhaltung der Neutralität des Landes, der Produktion und der Beschäftigung, die Fortleitung des Handels mit den Kriegführenden und die Sicherung der für die inländische Erzeugung nötigen Einfuhr. Er unterstrich, wie richtig der Abschluß des Nichtangriffspaktes mit Deutschland gewesen sei, und betonte, daß die Ursachen des Krieges eine Hinterlassenschaft des Versailler Diktats seien. Die dänische Presse hob wiederholt hervor, im finnisch-russischen Konflikt müsse Dänemark auf jeden Fall neutral bleiben. Diese Haltung bestätigte Stauning in einer Rundfunkansprache am 31. Dezember erneut und sagte, Dänemark müsse, schon weil ihm jede effektive Kriegsbereitschaft mangle, neutral bleiben, die Aufgabe der Neutralität würde sichere Aussicht auf Untergang bedeuten. Aus Schweden liegen Meldungen vor, daß von dort Freiwillige sich in größerer Zahl nach Finnland begeben, und daß auch sonst private Hilfe organisiert wird. Führende Zeitungen, wie z. B. „Dagens Nyheter“, erklärten es als das Ziel der schwedischen Politik, die Freiheit des eigenen Landes zu wahren, möglichst ohne in einen Krieg hineingezogen zu werden. Gleichzeitig wolle Schweden Finnland größtmögliche Hilfe leisten, die gegenwärtige Lage spreche jedoch durchaus gegen eine Hilfe mit dem Risiko eines Einbeziehens Schwedens in den Krieg.

Der norwegische Außenminister erklärte am 28. Dezember im Rundfunk, Norwegen könne keine andere Politik als die der Neutralität verfolgen. Das ganze Verteidigungssystem Norwegens sei auf diesen Gedanken aufgebaut. Jede abenteuerliche Politik könnte sich für Norwegen katastrophal auswirken. Ähnliche Erklärungen veröffentlichten der norwegische Ministerpräsident und der Außenminister am 31. Dezember. Beide unterstrichen, daß Norwegen auf der Linie absoluter Neutralität stehe, und wiesen darauf hin, das Mitgefühl für Finnland dürfe nicht in einer Weise zum Ausdruck gebracht werden, die dahin führen könnte, Norwegens Neutralität in Zweifel zu ziehen.

Neben Äußerungen über die Neutralität gehen Klagen und Äußerungen der Besorgnis über die wirtschaftlichen Folgen des Krieges her. Auf sie wies der belgische Außenminister Spaak in seiner Rede in der Kammer am 19. Dezember hin, desgleichen der belgische Wirtschaftsminister Cay am 22. Dezember in der Kammer, der besonders die schlimmen Folgen der britischen Blockademaßnahmen für Belgien

unterstrich. „Wenn die kriegführenden Staaten uns nicht die Möglichkeit lassen, unsere Industrie aufrechtzuerhalten, dann laufen wir ganz einfach die Gefahr, erstickt zu werden“, so rief Sap aus. Der Präsident der Antwerpener Handelskammer erhob auf der Generalversammlung der Kammer am 30. Dezember heftigsten Protest gegen die britisch-französischen Blockademethoden und teilte mit, daß die Zahl der einlaufenden Schiffe im Antwerpener Hafen bereits um 70 v. H. zurückgegangen sei. Aber die Wirklungen der englischen Wirtschaftsblokade auf Holland geben die neuesten Mitteilungen des holländischen Zentralbüros für Statistik Auskunft: Die Nichtzahlen der Rohstoffpreise stiegen von 96,8 auf 138,3, die für Fertigwaren von 101,08 auf 117,9 und die der Großhandelspreise von 99,8 auf 120,3.

Bekanntlich hat es die Presse der kleinen neutralen Staaten vielfach an einer wirklich neutralen Haltung fehlen lassen, so daß die Regierungen zu energischen Mahnungen und auch zu Eingriffen in die „Pressfreiheit“ genötigt waren. Solche sind neuerdings wieder aus Belgien und aus Schweden zu vermelden. Die Notwendigkeit, die Äußerungen der „öffentlichen Meinung“ der neutralen Länder mit der offiziellen Neutralitätspolitik der Regierungen im Einklang zu halten, wurde in Deutschland mehrfach mit Recht unterstrichen und auch die Frage nach dem inneren Wert der Neutralität aufgeworfen, der sicher nicht darin bestehen dürfte, daß die Neutralen gegenüber den völkerrechtswidrigen Kriegsmethoden Englands sich mit schwächlichen Protesten begnügen. Keinesfalls kann von deutscher Seite gebuldet werden, daß die Neutralen in dem Bemühen, dem englischen Druck auszuweichen, die Linie des geringsten Widerstandes darin finden, zum Schaden deutscher Interessen den englischen Forderungen nachzugeben.

Was die baltischen Staaten angeht, so fehlt es nicht an Äußerungen der Genugtuung darüber, durch den Abschluß der Beistandsverträge mit Rußland vor kriegerischem Konflikt bewahrt worden zu sein. Dies hat besonders der Oberbefehlshaber der estnischen Armee, General Laidoner, nach Rückkehr von einem sechstägigen Besuch in Moskau in einer Rundfunkrede am 16. Dezember zum Ausdruck gebracht, in der er die guten Beziehungen zu Sowjetrußland stark unterstrich. Die strikte Neutralität der baltischen Staaten im russisch-finnischen Konflikt wird peinlich gewahrt.

Die Rückfiedlung der Deutschen aus Lettland und Estland ist beendet worden. In beiden Ländern wurde unterstrichen, daß dadurch Reibungsmöglichkeiten mit Deutschland ausgeschaltet worden sind und daß eine weitere günstige Entwicklung der Beziehung zu Deutschland, besonders auch auf wirtschaftlichem Gebiet, erhofft werden könne.

Auf dem Balkan ist allenthalben ein fester Wille zur Aufrechterhaltung der Neutralität und der Wirtschaftsbeziehungen nach allen Seiten festzustellen. Hierüber liegen eine Anzahl Erklärungen der führenden Staatsmänner, so des bulgarischen Ministerpräsidenten Kjosseiwanooff, des früheren ungarischen Ministerpräsidenten Grafen Bethlen, des jugoslawischen Außenministers Cincar-Markowitsch und des rumänischen Außenministers Gafencu, vor. Der türkische Außenminister Saracoglo hat in einem längeren Interview mit einem Vertreter der „Neuen Birscher Zeitung“ vom 21. Dezember sich über die türkische Außenpolitik geäußert und es so dargestellt, als ob die Türkei eine konsequente Friedenspolitik nach allen Seiten betriebe. Die „Deutsche diplomatisch-politische Korrespondenz“ vom 22. Dezember hat demgegenüber darauf hingewiesen, daß die politischen Realitäten anders ausfallen als die Erklärungen des türkischen Außenministers, und daß die türkische Politik durch ihre einseitige Anlehnung an die Westmächte nicht als eine wirkliche Friedenssicherung zu betrachten sei.

Wie wenig die einseitige Haltung der Türkei dieser auf wirtschaftlichem Gebiet nützlich ist, geht aus einer Zuschrift des Sekretärs der britischen Handelskammer in der Türkei, Wilfred la Fontaine, an die „Times“ vom 29. Dezember hervor, der die großen Schäden aufzeigte, die handelspolitisch die Türkei aus der starken rein aus Gründen der türkischen Außenpolitik erfolgten Abschwächung des Handelsverkehrs mit Deutschland erleidet, da England als Abnehmer türkischer Produkte und als Lieferant von Industrie-Erzeugnissen den Platz Deutschlands nicht auszufüllen vermag.

Auf diesem Hintergrund hebt sich um so wirkungsvoller die Entwicklung des deutsch-jugoslawischen Handelsverkehrs ab. Im November 1939 war Deutschland an der jugoslawischen Einfuhr mit 56,40 v. S., an der Ausfuhr mit 42,33 v. S. beteiligt, wozu noch der Anteil des Protektorats Böhmen und Mähren bei der Einfuhr mit 8,14 v. S. und bei der Ausfuhr mit 10,51 v. S. hinzukommt. Demgegenüber steht ein Anteil Englands an der Einfuhr Jugoslawiens von 1,33 v. S. und an der Ausfuhr von 3,89 v. S., während die Ziffern für Frankreich 0,39 v. S. bzw. 0,51 v. S. sind. Entsprechend sind die Ziffern für die ersten elf Monate des Jahres 1939. Sie zeigen, daß die Freundschaft zwischen dem Großdeutschen Reich und Jugoslawien auf sehr gesunden wirtschaftlichen Grundlagen ruht, die zu erschütterten England und Frankreich durch den gegen Deutschland entfesselten völkerrechtswidrigen Wirtschaftskrieg keineswegs vermodert haben. Dasselbe gilt übrigens für die Wirtschaftsbeziehungen Großdeutschlands zu den anderen Balkanstaaten, wofür das schon erwähnte neue Handelsabkommen mit Rumänien ein neuer Beweis ist. Die in Rumänien mehrfach vorgekommenen Sabotageakte, die dem englischen Intelligence Service zur Last gelegt werden und in der Linie der unter englischer Führung im Weltkrieg erfolgten Zerstörung des rumänischen Petroleumgebietes liegen, haben die rumänische Regierung zu Schutzmaßnahmen für ihre lebenswichtigen Industrien und Transporteinrichtungen veranlaßt.

Aus Bulgarien und Ungarn sind noch einige Pressestimmen und Ministererklärungen über die Frage des sogenannten Balkanbundes zu erwähnen, die sich alle gegen die Errichtung eines solchen, die nationalen Interessen, d. h. die Revisionsmöglichkeit der Friedensdiktate beeinträchtigenden Planes wandten. Beide Länder betonen ihre Neutralität, aber zugleich ihren Willen, jeder Verzichtserklärung hinsichtlich der verlorenen Gebiete strikt aus dem Wege zu gehen.

Rußland nimmt im gegenwärtigen Kriege eine besondere Stellung ein. Es nimmt am Kriege nicht teil, befindet sich andererseits in einem lokalen kriegerischen Konflikt mit Finnland, der jedoch weder von Rußland noch von Finnland als offizieller Kriegszustand im völkerrechtlichen Sinne angesehen wird. Die Entwicklung der Beziehungen zu Deutschland und die Auswirkungen des finnisch-russischen Konflikts in der Genfer Liga und bei unseren Kriegsgegnern haben dazu geführt, daß die Beziehungen zwischen Moskau einerseits und London und Paris andererseits gespannte geworden sind, was sich auch darin äußert, daß sowohl der englische wie der französische Botschafter in Moskau sich für längere Zeit auf „Urlaub“ begeben haben. Im Fernen Osten wird zwischen Rußland und Japan an einer Entspannung gearbeitet, die bereits zu einer Verständigung auf nicht unwichtigen Teilgebieten geführt hat.

Das schon erwähnte deutsch-russische Verhältnis entwickelt sich entsprechend dem Buchstaben und Sinn des deutsch-russischen Nichtangriffs- und Freundschaftspaktes weiter. In diesem Sinne wurde der Pakt von der Moskauer Presse in ihren Neujahrsbetrachtungen kommentiert und als die größte Errungenschaft von Stalins Politik bezeichnet. Der Telegrammwechsel zwischen dem Führer und dem Reichsaußenminister und Stalin anlässlich dessen sechzigsten Geburtstag wurde im gleichen Sinne von der russischen Presse herausgehoben. Am 24. Dezember wurde mitgeteilt, daß zwischen der deutschen und russischen Regierung der unmittelbare Eisenbahngüterverkehr zwischen beiden Ländern über die deutsch-sowjetische Interessengrenze wieder aufgenommen und die Ausfuhr von Mineralöl und Getreide nach Deutschland begonnen habe. Am 28. Dezember wurde ein Abkommen über eine regelmäßige Luftverbindung zwischen der Sowjetunion und Deutschland, die am 21. Januar beginnen soll, gemeldet. Am 19. Dezember veranstaltete die Sowjetrussische Gesellschaft zur kulturellen Verbindung mit dem Auslande einen großen Empfang für die Mitglieder der deutschen Botschaft und die deutschen Pressevertreter in Moskau.

Die russischen Verhandlungen mit Japan haben ebenfalls bereits positive Ergebnisse erzielt. Am 31. Dezember wurden Vereinbarungen über die Zahlungen der letzten Rate für die ostchinesische Bahn und die Verlängerung der Fischereikonvention bis Ende 1940 veröffentlicht und deren Bedeutung durch einen offiziellen Kommentar unterstrichen. Am 27. Dezember wurde gemeldet, daß die seit dem 7. Dezember in Tschita in der Mongolei tagende gemischte sowjetisch-mongolisch-japanisch-

mandschurische Grenzkommission eine prinzipielle Übereinkunft über die Neuregelung des Grenzverlaufs zwischen Mandschukuo und der äußeren Mongolei erzielt habe und, wie vorgesehen, den zweiten Teil ihrer Besprechungen am 7. Januar in Chardin beginnen werde. Am 31. Dezember wurde in Moskau ferner mitgeteilt, daß bereits ein Projekt über die Redemarkation der gesamten Grenzlinien zwischen der Sowjetunion und der äußeren Mongolei einerseits und Mandschukuo und Japan andererseits zwischen Molotow und dem japanischen Botschafter in Moskau besprochen worden sei, und daß die Sowjetregierung bereits grundsätzlich dem japanischen Vorschlag der Bildung einer gemischten Kommission für die weiterreichende Frage zugestimmt habe. Wer sich der Grenzkonflikte erinnert, die zwischen Japan und Rußland in den letzten Jahren mehrfach zu scharfen Spannungen und sogar zu nicht unbeträchtlichen kriegerischen Auseinandersetzungen geführt haben, wird die Bedeutung, die eine Gesamtvereinigung der Grenzverhältnisse in den ausgedehnten gegenseitigen Gebieten und Interessenzonen haben würden, hoch einschätzen müssen.

Japan bemüht sich nicht nur um eine Verständigung mit Rußland, sondern auch mit den Vereinigten Staaten und mit England. Mit letzterem scheint eine Verständigung über die Tientsin betreffenden Fragen angebahnt bzw. zum Teil schon erzielt zu sein. Mit den Vereinigten Staaten sind Verhandlungen im Gange, die auf die Erneuerung des am 26. Januar 1939 infolge amerikanischer Kündigung ablaufenden amerikanisch-japanischen Handelsvertrages oder mindestens zur Herbeiführung eines modus vivendi hinielen. Japan ist zu gewissen Zugeständnissen in China bereit. Es hat bereits am 25. Dezember den Berl-Fluß, der seit 17. Dezember 1938 für die fremde Schifffahrt geschlossen war, bis nach Kanton für die internationale Schifffahrt unter gewissen Vorbehalten wieder geöffnet. Japan hat ferner in Aussicht gestellt, eine beschränkte und bedingte Wiederöffnung des Jangtse-Flusses von Nanjing abwärts bis zum Meer zu gestatten. Durch dieses Zugeständnis sollten die Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten über den Handelsvertrag flottgemacht und überhaupt eine Entspannung zwischen den beiden Staaten herbeigeführt werden. Die Japaner betonen, daß sie alle zwischen Amerika und Japan schwebenden Fragen erörtern und regeln wollen, scheinen jedoch über die bisherige Reaktion der Amerikaner auf das japanische Zugeständnis nicht sehr befriedigt zu sein, obwohl Fortschritte bei den Besprechungen gemeldet werden. Offenbar gehen die Absichten Japans hinsichtlich der Neuordnung in China und die der Vereinigten Staaten über ihre Rechte und Interessen in Ostasien noch weit auseinander, was freilich eine Einigung über Einzelfragen keineswegs ausschließen braucht. Die japanische Presse warnte jedoch zum Jahresende davor, hinsichtlich der Vereinigten Staaten und ihrer Haltung optimistisch zu sein. Japan ist, wie auch aus der Neujahrsbotschaft des Außenministers Komura hervorgeht, in erster Linie darauf bedacht, die chinesische Frage in seinem Sinne zu regeln, worunter es besonders die völlige Beseitigung des Einflusses Tschiangkai-scheks versteht. Deshalb sucht es die Verständigung mit Rußland, England und den Vereinigten Staaten. Komura erklärte ferner, die Regierung wolle sich aus dem europäischen Kriege heraushalten, um das Endziel seiner Politik, die Neuordnung in Ostasien, durchzuführen. Die Aktivierung der Kriegführung in Mittel- und Südchina in den letzten Wochen liegt in der Linie dieser Politik.

Die Vereinigten Staaten haben ihrerseits mit Rücksicht auf den europäischen Krieg nicht die Absicht, es mit Japan zu einem Konflikt kommen zu lassen. Sie verfolgen auch ihre panamerikanischen Bestrebungen weiter. Diese haben in der am 24. Dezember veröffentlichten gemeinsamen Note der einundzwanzig auf den panamerikanischen Konferenzen vertretenen amerikanischen Staaten an die kriegführenden Mächte, die einen Protest gegen das Seegefecht an der La Plata-Mündung zum Gegenstand hatten, einen erneuten Ausdruck gefunden. Über eine Stellungnahme der Empfangsmächte dieser Note ist bisher noch nichts bekannt geworden. Dr. S.

# Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges

Nach der im letzten Band veröffentlichten Übersicht über den Inhalt des zweiten deutschen Weißbuchs bringen wir nun die wichtigsten Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges, deren erstes Kapitel auf die Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen eingeht. Die Dokumente Nr. 1 bis 25 behandeln den Kampf gegen das Deutschtum in Polen und gegen Danzig von 1919 bis 1933.

## I. Zur Lage der Deutschen Volksgruppe in Polen

**Nr. 1. Aus dem Memorandum des Britischen Premierministers Lloyd George, 25. März 1919**  
„Einige Erwägungen für die Friedenskonferenz, ehe sie ihre Bedingungen endgültig festsetzt“

(Übersetzung)

... Die Aufrechterhaltung des Friedens wird davon abhängen, daß keine Ursachen zur Zweiflung vorhanden sind, die dauernd den Geist des Patriotismus, der Gerechtigkeit oder des „fair play“ aufstacheln. Unsere Bedingungen dürfen hart, sogar grausam und selbst erbarmungslos sein, um Genugtuung zu erlangen, aber gleichzeitig können sie so gerecht sein, daß das Land, dem sie auferlegt werden, in seinem Herzen fühlen wird, daß es kein Recht zur Klage hat. Aber Ungerechtigkeit und Anmaßung, ausgespielt in der Stunde des Triumphes, werden nie vergessen und vergehen werden.

Aus diesen Gründen bin ich auf das schärfste dagegen, mehr Deutsche, als unerlässlich nötig ist, der deutschen Herrschaft zu entziehen, um sie einer anderen Nation zu unterstellen. Ich kann mir keine härtere Ursache für einen künftigen Krieg vorstellen, als daß das deutsche Volk, das sich zweifellos als eine der kraftvollsten und mächtigsten Rassen der Welt erwiesen hat, rings von einer Anzahl kleiner Staaten umgeben werden soll, von denen viele aus Völkern bestehen, die noch nie vorher eine stabile Regierung aufgestellt haben, aber jeder breite Massen von Deutschen einschließt, die die Vereinigung mit ihrem Heimatland fordern. Der Vorschlag der polnischen Kommission, 2.100.000 Deutsche der Aufsicht eines Volkes von anderer Religion zu unterstellen, das noch niemals im Laufe seiner Geschichte die Fähigkeit zu stabiler Selbstregierung bewiesen hat, muß meiner Beurteilung nach früher oder später zu einem neuen Krieg in Osteuropa führen ...

**Nr. 2. Aus den Bemerkungen der Deutschen Friedensdelegation zu den Friedensbedingungen, 29. Mai 1919\*)**

... Durch die in Artikel 27 und 28 vorgesehene Regelung der territorialen Fragen im Osten werden dem polnischen Staat mehr oder minder große Teile der preußischen Provinzen Ost- und Westpreußen, Pommern, Polen und Schlesien zugeteilt, die nicht von unbestreitbar polnischer Bevölkerung bewohnt werden. Unbekümmert um ethnographische Gesichtspunkte werden zahlreiche deutsche Städte, weite rein deutsche Landstrichen zu Polen geschlagen, nur damit Polen günstige militärische Grenzen gegen Deutschland oder wichtige Eisenbahnknotenpunkte erhält. Unterschiedslos werden Gebiete, die in verschiedenen Jahrhunderten von Polen losgelöst sind oder in denen es überhaupt nie geherrscht hat, jetzt ihm zugesprochen. Die Annahme der vorgeschlagenen Regelung würde deshalb eine Vergewaltigung von großen unbestreitbar deutschen Gebieten bedeuten. Eine solche Regelung würde außerdem den Wilsonschen Grundsätzen widersprechen, daß bei Ordnung der nationalen Fragen vermieden werden soll, „neue Elemente des Zwistes und der Gegnerschaft zu schaffen oder alte derartige Elemente zu verewigen, die wahrscheinlich mit der Zeit den Frieden Europas und somit der Welt stören würden“ ...

\*) Anlage zur Note des Vorsitzenden der Deutschen Friedensdelegation in Versailles an den Präsidenten der Konferenz von Versailles vom 29. Mai 1919.

**Ar. 3. Der Vorsitzende des Obersten Rates der Alliierten und Assoziierten Hauptmächte  
Clemenceau an den Polnischen Ministerpräsidenten Paderewski**

Auszug

(Übersetzung)

Paris, den 24. Juni 1919

Im Namen des Obersten Rates der Alliierten und Assoziierten Hauptmächte habe ich die Ehre, Ihnen hiermit den Text des Vertrages in seiner endgültigen Form mitzuteilen, um dessen Unterzeichnung Polen auf Grund von Artikel 93 des Vertrages mit Deutschland bei Gelegenheit der Bestätigung der Anerkennung Polens als unabhängiger Staat und der zu seinen Gunsten erfolgten Übertragung der Gebiete, welche dem ehemaligen Deutschen Reich angehört und Polen durch den genannten Vertrag zugeteilt werden, erlaubt werden wird.

... Gleichermassen muß ich Ihre Aufmerksamkeit auf die Tatsache lenken, daß die polnische Nation die Wiedererlangung ihrer Unabhängigkeit den Anstrengungen und Opfern der Mächte verdankt, in deren Namen ich mich an Sie wende. Es ist der Entscheidung dieser Mächte zu danken, daß die Wiederherstellung der polnischen Souveränität über die in Frage stehenden Gebiete und die Einbeziehung der Bewohner dieser Gebiete in die polnische Nation im Begriffe sind, verwirklicht zu werden. Um diese Gebiete in voller Sicherheit besitzen zu können, wird Polen in Zukunft weitgehend von der Unterstützung abhängig sein, die die Hilfsmittel dieser Staaten dem Völkerverbund gewährt werden. Hieraus erwächst daher für diese Mächte die Verpflichtung, welcher sie sich nicht entziehen können, in der dauerhaftesten und feierlichsten Form die Garantie gewisser wesentlicher Rechte sicherzustellen, welche den Einwohnern einen notwendigen Schutz geben werden, welches auch immer die Veränderungen sein mögen, die in der inneren Verfassung des polnischen Staates eintreten könnten.

... Um dieser Verpflichtung nachzukommen, ist Artikel 93 in den Friedensvertrag mit Deutschland eingesetzt worden.

... Es ist eine neue Lage, die die Mächte jetzt zu erwägen haben, und die Erfahrung hat gezeigt, daß neue Bestimmungen notwendig sind. Die Gebiete, welche jetzt an Polen und andere Staaten übergehen, umfassen unvermeidlicherweise eine beträchtliche Bevölkerung, welche andere Sprachen spricht und anderen Rassen angehört als das Volk, welchem sie einverleibt wird. Unglücklicherweise sind die Rassen durch lange Jahre bitterer Feindschaft getrennt gewesen. Es ist anzunehmen, daß diese Bevölkerungsteile sich leichter in ihre neue Lage finden werden, wenn sie von Anfang an wissen, daß sie sicher sein können, in wirksamer Weise gegen jedes Risiko einer ungerechten Behandlung oder Unterdrückung geschützt und sichergestellt zu sein. Die bloße Tatsache, zu wissen, daß diese Garantien vorhanden sind, wird hoffentlich die von allen gewünschte Verständigung wirklich erleichtern und in der Tat dazu beitragen, zu verhindern, daß es notwendig wird, sie mit Gewalt aufzuerlegen.

Was die individuellen Bestimmungen des vorliegenden Vertrages betrifft, so garantiert Artikel 2 allen Bewohnern die Grundrechte, die in allen zivilisierten Staaten tatsächlich gewährleistet sind.

Die Bestimmungen 3 bis 6 bezwecken, jeder Person, welche tatsächlich in dem unter die polnische Souveränität kommenden Gebiet wohnt, alle die Privilegien zu sichern, welche dem Mitbürger gebühren. Die Artikel 7 und 8 bestimmen im Einklang mit dem Vorhergehenden, daß kein Unterschied in der Behandlung gemacht werden soll zum Nachteil der polnischen Bürger, welche durch ihre Religion, ihre Sprache oder ihre Rasse von der großen Menge der polnischen Bevölkerung verschieden sind. Wir glauben zu wissen, daß die Polnische Regierung, weit davon entfernt, irgendeinen Einwand gegen den Inhalt dieser Artikel zu erheben, bereits ihrerseits ihre feste Entschlossenheit erklärt hat, die in ihnen zum Ausdruck gebrachten Grundprinzipien zu den Grundlagen ihrer Einrichtungen zu machen.

Die folgenden Artikel haben einen etwas andersartigen Charakter, indem sie gewissen Minderheitsgruppen noch weitere besondere Rechte zugestehen ...

**Ar. 4. Vertrag zwischen den Alliierten und Assoziierten Hauptmächten und Polen,  
Verfaßtes, 28. Juni 1919**

Auszug

(Übersetzung)

Artikel 1. Polen verpflichtet sich, die in den Artikeln 2 bis 8 dieses Kapitels enthaltenen Bestimmungen als Grundgesetze anzuerkennen mit der Wirkung, daß kein Gesetz, keine Verordnung und keine amtliche Handlung im Gegensatz oder Widerspruch zu ihnen stehen und daß kein Gesetz, keine Verordnung und keine amtliche Handlung gegen sie Geltung beanspruchen darf.

Artikel 2. Die Polnische Regierung verpflichtet sich, allen Einwohnern ohne Unterschied der Geburt, Nationalität, Sprache, Rasse oder Religion vollen und ganzen Schutz ihres Lebens und ihrer Freiheit zu gewähren.

Alle Einwohner Polens sollen das Recht auf freie, öffentliche und private Ausübung jedes Bekenntnisses, jeder Religion oder jedes Glaubens haben, deren Betätigung nicht mit der öffentlichen Ordnung und den guten Sitten unvereinbar ist.

Artikel 7. Alle polnischen Staatsangehörigen sind vor dem Gesetz gleich und genießen die gleichen bürgerlichen und politischen Rechte, ohne Unterschied der Rasse, Sprache oder Religion. Der Unterschied der Religion, des Glaubens oder des Bekenntnisses darf keinem polnischen Staatsangehörigen im Genuße der bürgerlichen oder politischen Rechte schaden, insbesondere bei der Zulassung zu öffentlichen Ämtern, Tätigkeiten und Ehrenstellungen oder bei der Ausübung der verschiedenen Berufe und Gewerbe. Es darf keine Bestimmung erlassen werden, die die polnischen Staatsangehörigen im freien Gebrauch irgendeiner Sprache irgendwie beschränkt, weder in ihren privaten oder wirtschaftlichen Beziehungen, noch auf dem Gebiete der Religion, der Presse oder bei Veröffentlichungen jeder Art, noch in öffentlichen Versammlungen. Unbeschadet der Festsetzung einer Staats- und Amtssprache durch die Polnische Regierung müssen den fremdsprachigen polnischen Staatsangehörigen angemessene Erleichterungen für den mündlichen oder schriftlichen Gebrauch ihrer Sprache vor den Gerichten gewährt werden.

Artikel 8. Die polnischen Staatsangehörigen, die einer völkischen, religiösen oder sprachlichen Minderheit angehören, sollen die gleiche Behandlung und die gleichen rechtlichen und tatsächlichen Sicherheiten genießen wie die anderen polnischen Staatsangehörigen. Sie sollen insbesondere das gleiche Recht haben, auf ihre Kosten Wohlfahrts-, religiöse oder soziale Einrichtungen, Schulen und andere Erziehungsanstalten zu errichten, zu leiten und zu beaufsichtigen und in ihnen ihre Sprache frei zu gebrauchen und ihre Religion frei auszuüben.

Artikel 9. Auf dem Gebiete des öffentlichen Unterrichtswesens soll die Polnische Regierung in den Städten und Bezirken, in denen in beträchtlichem Verhältnis fremdsprachige polnische Staatsangehörige wohnen, angemessene Erleichterungen schaffen, um sicherzustellen, daß in den Elementarschulen den Kindern dieser polnischen Staatsangehörigen der Unterricht in ihrer eigenen Sprache erteilt wird. Diese Bestimmung soll nicht ausschließen, daß die Polnische Regierung in diesen Schulen die polnische Sprache zum Pflichtfach macht. In den Städten und Bezirken, in denen in beträchtlichem Verhältnis polnische Staatsangehörige wohnen, die einer völkischen, religiösen oder sprachlichen Minderheit angehören, soll für diese Minderheiten ein gerechter Anteil an dem Genuß und an der Verwendung der Summen sichergestellt werden, die in den staatlichen, kommunalen und anderen Haushaltsplänen für Zwecke der Erziehung, der Religion oder der Wohltätigkeit ausgeworfen werden. Die Bestimmungen dieses Artikels finden nur auf die polnischen Staatsangehörigen deutscher Sprache in den Teilen Polens Anwendung, die am 1. August 1914 deutsches Gebiet waren.

Artikel 12. Polen ist damit einverstanden, daß, insoweit die Bestimmungen der vorstehenden Artikel Personen einer völkischen, religiösen oder sprachlichen Minderheit betreffen, diese Bestimmungen Verpflichtungen von internationalem Interesse begründen und unter die Garantie des Völkerbundes gestellt werden. Sie können nur mit Zustimmung der Mehrheit des Völkerbundes geändert werden. Die Vereinigten Staaten von Amerika, das Britische Reich, Frankreich, Italien und Japan verpflichten sich, keiner Abänderung der bezeichneten Artikel ihre Zustimmung zu verweigern, wenn sie von der Mehrheit des Völkerbundes formgerecht angenommen worden ist. Polen ist damit einverstanden, daß jedes Mitglied des Völkerbundes befugt ist, die Aufmerksamkeit des Rates auf jede Verletzung oder jede Gefahr einer Verletzung irgendeiner dieser Verpflichtungen zu lenken, und daß der Rat befugt ist, alle Maßnahmen zu treffen und alle Weisungen zu geben, die nach Lage des Falles zweckmäßig und wirksam erscheinen. Polen ist ferner damit einverstanden, daß im Falle einer Meinungsverschiedenheit zwischen der Polnischen Regierung und einer jeden Alliierten und Affizierten Hauptmacht oder jeder Macht, die Mitglied des Völkerbundes ist, über die rechtlichen und tatsächlichen Fragen, die diese Artikel betreffen, diese Meinungsverschiedenheit als Streit anzusehen ist, der im Sinne des Artikels 14 der Völkerbundsatzung internationalen Charakter trägt. Die Polnische Regierung ist damit einverstanden, daß jeder Streit dieser Art auf Verlangen des anderen Teils vor den Ständigen Internationalen Gerichtshof gebracht wird. Die Entscheidung des Ständigen Internationalen Gerichtshofes soll endgültig sein und dieselbe Kraft und Wirkung haben wie eine auf Grund des Artikels 13 der Völkerbundsatzung gefällte Entscheidung.

**Nr. 5. Durch den Deutschen Gesandten in Warschau im Polnischen Außenministerium übergebene Aufzeichnung, 20. November 1920**

#### Auszug

... Bisher ist von einer Sammlung und Einreichung des deutscherseits zahlreiche vorliegenden Beschwerdematerials abgesehen worden, weil die Deutsche Regierung der Hoffnung lebte, die infolge der damaligen kriegerischen Ereignisse erregte Stimmung an den beiderseitigen Grenzen würde durch besonnene Haltung der Bevölkerung und der amtlichen Stellen sich allmählich beruhigen. Deswegen ist auch vermieden worden, durch Bekanntmachung besonders belastender Fälle in der Presse die Öffentlichkeit in Deutschland erneut zu erregen.



Kunmehr sieht sich die Deutsche Regierung aber genötigt, angesichts der dauernden amtlichen Schritte der Polnischen Gesandtschaft in Berlin und der meist gleichzeitig erscheinenden Anklündigung solcher Schritte in der polnischen Presse sowie mit Rücksicht auf die hierdurch stark beunruhigte deutsche öffentliche Meinung, aus dem vorliegenden Material einige besonders schwerwiegende Tatsachen zur Kenntnis der Polnischen Regierung zu bringen. Sie bemerkt dabei, daß sie sich bei dem Umfange dieses Materials versagen muß, Einzelfälle anzuführen, daß aber die Unterlagen für die geschilderten Tatsachen auf Wunsch jederzeit zur Verfügung gestellt werden können.

Willkürliche Verhaftungen von Deutschen sind in allen Teilen des abgetretenen Gebietes bis in die allerletzte Zeit vorgekommen. Ritunter wird ein willkürlicher Grund vorgeschützt, der sich nachher als nicht stichhaltig erweist. In einigen Fällen ist den Betroffenen sogar der Grund der Verhaftung überhaupt nicht bekanntgegeben worden. Eine Vernehmung findet häufig erst nach längerer Haft statt.

Verschiedentlich sind solche ohne ersichtlichen Grund verhafteten Deutschen aus ihrer Heimat abtransportiert worden; über ihren Verbleib wurden die Angehörigen nicht unterrichtet, so daß sie keine Nachforschungen anstellen konnten.

Die Behandlung der Inhaftierten läßt oft sehr zu wünschen übrig. Über Unterbringung in Räumen, welche zur Aufnahme von Menschen nicht geeignet erscheinen, sowie über zu enge Belegung dieser Räume, mangelnde Lüftung und Heizung, unzureichende Kost und gänzlich mangelnde Bewegungsfreiheit wird verschiedentlich geklagt. Daß die Verhafteten häufig mit allerlei Gesindel und Verbrechern niedrigster Sorte zusammen eingesperrt werden, verursacht um so stärkere Erregung der öffentlichen Meinung, als es sich in den meisten Fällen um angesehenere Bürger, Beamte, Geistliche und führende Männer des Wirtschaftslebens handelt.

Völlig schußlos bleiben die Gefangenen oft gegenüber Beschimpfungen, Mißhandlungen, Verraubungen und Erpressungen durch das untere Gefängnispersonal oder durch Militärpersonen.

In verschiedenen Fällen hat die Verhaftung und die mit ihr verbundene schlechte Behandlung das Ziel der wirtschaftlichen Verdrängung des Betroffenen erreicht und ihn zum Verkauf seines Besitztums gezwungen gemacht.

Obwohl die Polnische Regierung das feierliche Versprechen abgegeben hatte, die Bevölkerung deutscher Abstammung nicht zum Heeresdienst heranzuziehen, ehe sie nicht allgemein von ihrem Optionsrecht Gebrauch machen konnte, haben in verschiedenen Bezirken Musterungen stattgefunden, in denen die Deutschen, falls sie nicht in das polnische Heer eingereicht werden wollten, zur vorzeitigen Abgabe einer Optionserklärung gezwungen wurden. Hierbei waren die Optanten in zahlreichen Fällen Beschimpfungen und Mißhandlungen ausgesetzt. Verschiedentlich sind Optionsberechtigte in das polnische Heer eingestellt worden, obwohl sie erklärten, für Deutschland optieren zu wollen. In mehreren Bezirken wurden diejenigen, welche für Deutschland optiert hatten, deswegen ausgewiesen. Auch hierbei sind Mißhandlungen und Verraubungen vorgekommen. Derartige Beschränkungen des Optionsrechtes haben sich noch bis in die letzte Zeit wiederholt, obgleich inzwischen Weisungen der Polnischen Regierung zur Abstellung dieses Mißbrauches ergangen sind.

Auf der Durchfahrt durch den Korridor werden selbst in den Durchgangszügen noch immer Reisende wegen angeblicher Äußerungen über den Polnischen Staat oder wegen Unregelmäßigkeiten bei den Fahrplänen aus dem Zuge heraus verhaftet und ohne Grund über Gebühr lange unter unwürdiger Behandlung festgehalten; verschiedentlich sind solche Reisenden beschimpft, mißhandelt und ihrer Habe beraubt worden.

Aber auch den in Polen verbliebenen Deutschen ergeht es vielfach nicht besser. Auch hier liegen zahlreiche Fälle von Beschimpfungen vor. Auf die berechtigten Empfindungen der deutschen Minderheit wird häufig nicht die erforderliche Rücksicht genommen; Denkmäler, die der alteingesessenen Bevölkerung heilig und teuer waren, sind in Thorn und anderen Orten besudelt und beschädigt worden; Deutsche werden unter Drohungen gezwungen, polnische Lieder zu singen; Verhaftete müssen sich bei Revision der Zelle als „Deutsches Schwein“ melden; Leute, die soeben für Deutschland optiert haben, werden gezwungen, Polen hochleben zu lassen; Evangelische müssen an Stelle ihrer Konfession angeben, sie seien „verrukt“. Große Erbitterung hat die körperliche Untersuchung angesehener Frauen und Mädchen in Soldau nach dem Abzuge der Bolschewisten hervorgerufen. Verraubungen und Mißhandlungen von Deutschen sind an der Tagesordnung. Polnische Beamte dulden solche Vergewaltigungen, ohne einzuschreiten.

Verschiedentlich ist die Tatsache, daß die Deutschen um ihres Deutschtums willen verfolgt werden, von amtlichen Organen ganz offen zugestanden worden. So hat der Distriktskommissar in Argonau einem für Deutschland optierenden Landwirt angedroht, daß man seinen in Polen verbliebenden Vater, einen einarmigen Invaliden, nicht lange auf seinem Anwesen belassen werde.

Vom Starosten in Fußig wurde Ende August der verschärfte Belagerungszustand verhängt, weil die dortigen Militärpflichtigen größtenteils für Deutschland optiert hatten. Weiter hatte er verfügt, daß alle ansässigen Deutschen ihre Optionserklärung bis Ende September d. J. abzugeben hätten, widrigenfalls sie der sofortigen militärischen Einziehung unterliegen würden. Die für Deutschland Optierenden mußten binnen 12 Monaten das Land verlassen.

Der Starost von Graetz hat vor kurzem die deutschen Bürger der Stadt in einem Saale versammelt und sie durch Militär mit vorgehaltenem Bajonett zwingen lassen, ein von ihm verfaßtes Telegramm an die Deutsche Regierung zu unterzeichnen, in dem gegen die angebliche Bedrückung polnischer Bürger in Deutschland Stellung genommen wird.

Eine systematische Deutschenfeinde betreibt der Starost von Kulm, indem er in öffentlichen Versammlungen auf dem Marktplatz zu Kulm die Volksmenge gegen die Deutschen aufhetzt. Hierbei hat er unter anderem erklärt, wenn ein Deutscher wage, irgend etwas gegen den Polnischen Staat zu sagen, so solle man ihn mit Stricken binden und ihn durch die Straßen zur Starostei oder aufs Gericht schleifen. Ende August hat er die Reichsdeutschen und diejenigen, welche die Optionserklärung für Deutschland abgegeben hatten, kurzerhand ausgewiesen und sie bei ihrem Abzuge aufs ärgste gepöbeln. Die von ihm angeordneten willkürlichen Verhaftungen haben unter der deutschen Bevölkerung große Beunruhigung und Erbitterung hervorgerufen.

In einer ganzen Reihe von Fällen sind Deutsche von Polen ermordet worden. Manche dieser Verbrechen sind bisher ungeahnt geblieben. In anderen Fällen ist die erbetene Aufklärung bisher nicht erfolgt.

Wo es sich um Erschießungen durch Grenzsoldaten handelt, haben diese in mehreren Fällen die deutsche Grenze überschritten und auf deutschem Boden widerrechtlich von ihrer Waffe Gebrauch gemacht. Um sich der Strafe zu entziehen, haben sie sogar mehrfach die Leiche auf polnisches Gebiet geschafft. Die meisten Fälle lagen so, daß ein Waffengebrauch überhaupt nicht gerechtfertigt war.

Die vorstehende Zusammenstellung erbringt den erdrückenden Beweis dafür, daß der Deutsche in Polen z. B. keineswegs die feierlich zugesagte Gleichberechtigung genießt, daß er vielmehr fast überall geradezu als vogelfrei gilt ...

#### Rr. 6. Rede des volksdeutschen Abgeordneten Spidemann vor dem Polnischen Sejm, 23. Januar 1923 \*)

##### Auszug

„Hoher Sejm! Im Namen der Deutschen Fraktion habe ich die Ehre, folgende Erklärung abzugeben:

... Wir bedauern feststellen zu müssen, daß der Herr Ministerpräsident in seinem Exposé eine Wendung gebraucht hat, die es beinahe so erscheinen läßt, als wenn auch ihn dieses tagaus, tagaus gepöbelte chauvinistische Gift ein klein wenig infiziert hätte. Er hat, wie wir meinen, mit vollem Vorbedacht seine Ausführungen über die völkischen Minderheiten mit der Feststellung eingeleitet: 'Polen ist ein Nationalstaat!' Das ist ein verhängnisvolles Wort. Diese Auffassung hat ja gerade die großen Massen unserer polnischen Mitbürger zu der Schlussfolgerung gelangen lassen: 'Also haben die Fremdstämmigen hier nichts zu suchen, sie sind — was in tausend Varianten immer wiederholt wurde — nur geduldete Gäste. Wollen sie sich als mehr betrachten, so müssen sie aus dem Lande gedrängt werden.' Wir haben lange genug unter dem unerträglichen Zustand gelitten, den solche Argumentation geschaffen hat. Der gesamte Apparat der inneren Verwaltung hat ausgesprochenenmaßen unter der Parole gestanden: 'Kein Mittel ist unberührt zu lassen, die polnischen Bürger deutschen Stammes aus dem Lande zu treiben, das Land zu entdeutschen, zu polonisieren, wie man das so geschmackvoll auszudrücken beliebt. Auch das brutalste Mittel ist zu diesem Zwecke erlaubt. Selbst der gesetzgebende Sejm hat sich nicht scheut, sich bei seiner gesetzgeberischen Arbeit von solchen Gedankengängen leiten zu lassen. Er hat damit in den breitesten Massen das Gefühl für Recht und Unrecht auf das schwerste erschüttert. Wird es gesetzlich sanktioniert, einen Deutschen um seines Volkstums willen aus seinem Eigentum zu enteignen, und das unter Realitäten, die ihn um sein gesamtes Vermögen bringen und die ihn als bettelarmen Flüchtling in die Fremde ziehen lassen, dann kann man es dem Ranne von der Strafe nicht überbellen, wenn auch er das Gefühl für die Unverletzlichkeit des Eigentums verliert. Was wunder, wenn bis weit hinauf in die Oberschichten die Moral auf das schwerste erschüttert ist.

Wir gehen vielleicht nicht so weit, wenn wir gerade in der Klassifizierung der Staatsbürger, die eben zurückgeht auf den irrigen Begriff des Volkstaates, die letzte Wurzel alles Übels auf allen Gebieten des Staatswesens erblicken. Und nicht zuletzt auch die Ursache dafür, daß vielfach das Vertrauen des Auslandes zu unserem Wirtschaftsleben verlorengegangen ist. Es gilt heute — auch in den Zentralinstanzen — als reine Selbstverständlichkeit

\*) Die Rede wurde namens der Deutschen Fraktion im Verlauf der Debatte über eine Regierungserklärung des Polnischen Ministerpräsidenten Sikorski gehalten.

keit, daß die Unternehmungen Deutscher mit ihren Angeboten und Forderungen auscheiden, wenn sie mit polnischen Unternehmungen in Konkurrenz stehen. Wenn es als patriotische Pflicht gilt, den verdienstvollsten und kenntnisreichsten Leitern industrieller Werke den Laufpaß zu geben und in den großen gesellschaftlichen Organisationen die deutschen Teilhaber rücksichtslos auszumergen, wenn jedes, aber auch jedes Mittel willkommen ist, den deutschen Gewerbetreibenden, den deutschen Fabrikherren zur Abgabe seines Unternehmens an einen Polen zu zwingen, mußte da nicht unser gesamtes Wirtschaftsleben aufs schwerste erschüttert werden, mußte da nicht unter den neuen Herren die Produktivität der Betriebe und mit ihr die Steuerkraft zurückgehen, mußte nicht das Vertrauen der langjährigen ausländischen Geschäftsfreunde verlorengehen? ...

Recht wird es nicht sein, alle die Eiterbeulen auszubrennen, die das Gift des nationalen Chauvinismus am Volkstörper hat aufquellen lassen; es wird auch kaum genügen, die äußeren Krankheitserscheinungen zu bekämpfen, wenn nicht gleichzeitig der Krankheits-erregter, das im Dunkeln fortwirkende Gift, beseitigt wird. Darum ist heute die klipp und klare Verantwortung der Frage unabweislich: Ist Polen ein Nationalstaat oder ist es ein Nationalitätenstaat?

Wir hätten vielleicht der Feststellung des Herrn Ministerpräsidenten — Polen ist ein Nationalstaat — nicht eine so entscheidende Bedeutung beigelegt, wenn nicht der Herr Ministerpräsident im unmittelbaren Anschluß an die Feststellung die Sonderrechte der Minderheiten allzu eng dahin umgrenzt hätte, daß sie besagt wären, ihre sprachliche und religiöse Eigenart frei zu pflegen. Da fehlt das Wesentlichste für uns Deutsche in Polen kommt aber kaum die Pflege religiöser Eigenart in Frage, denn wie wir Deutsche einerseits den verschiedenen Religionsgemeinschaften angehören, sind wir auf der anderen Seite allesamt mit unseren polnischen Mitbürgern in den gleichen Religionsgemeinschaften verbunden, in Gemeinschaften, die einen Unterschied der völkischen Zugehörigkeit nicht kennen. Daß es die Episkopate der größten Religionsgemeinschaften mit den von ihnen gelehrten christlichen Lebenswahrheiten für vereinbar halten, die ihnen anvertrauten Deutschen zur Aufgabe ihres Deutschtums zu bestimmen, und daß der nationale Chauvinismus auch in die Armstuden der polnischen Geistlichkeit heider Bekenntnisse und auf die Kanzeln seinen Weg gefunden hat, steht auf einem anderen Blatte.

Ebenso ist die Pflege der deutschen Muttersprache losgelöst von den staatlichen Belangen. Anehört zwar, daß sich polnische Chauvinisten noch immer für besorgt halten, unter Verletzung des Postgeheimnisses ohne jede gesetzliche Ermächtigung unsere Korrespondenz zu öffnen und zu kontrollieren, bebauerlich, daß man es für geboten hält, uns nach wie vor mit Spiegeln und Spionen zu umgeben. Aber sei's! Wir haben nichts zu verheimlichen. Wenn unser Familienleben interessiert, mag ruhig in unsere Interna-Einblick haben. Aber so weit ist wohl bisher noch niemand gegangen, daß er uns im eigenen Heim im Gebrauche der Muttersprache behindern wollte.

Sollte indessen der Herr Ministerpräsident unter dem freien Gebrauch der Muttersprache ein Recht verstehen, das über die Grenzen des Privatlebens hinausreicht, ein Recht, das sich in der Öffentlichkeit auswirkt, so bitten wir, dieses Recht für uns praktisch werden zu lassen.

Aus den Gemeindeförperschaften in den westlichen Wolwodtschaften sind wir fast restlos hinausgedrängt wegen angeblich ungenügender Kenntnis der polnischen Sprache; im ober-schlesischen Sejm ist dieser Tage ein Gesetz zur Annahme gelangt, das den ausschließlichen Gebrauch der polnischen Sprache auch in solchen Gemeindevertretungen vorschreibt, die sich in der Hauptsache aus Deutschen zusammensetzen, und das 6 Monate, nachdem Oberschlesien an Polen gefallen ist, also nach Ablauf einer Periode, in der es beim besten Willen nicht möglich war, die polnische Sprache zu erlernen. Wir stellen nur ungenü Vergleiche mit der Vergangenheit an, aber wir können es nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß in den polnischen Kreisen der ehemaligen Provinz die polnische Sprache neben der deutschen noch drei Menschenalter nach Einberleiung dieser Provinz in den preussischen Staat als Amtssprache zugelassen war. Wir dürfen ferner darauf hinweisen, daß in diesen Tagen der Senat den Gebrauch der Minderheitensprache selbst für die Kommissionsitzungen abgelehnt hat. Mit dem „freien“ Gebrauch der Muttersprache ist es also ein eigen Ding.

Was uns aber der Minderheitenchutzvertrag als höchstes Gut gegeben hat und was für uns die Magna Charta unserer Existenz ist, das ist die Möglichkeit, auch im polnischen Staat an unserem Volkstum festhalten zu dürfen, ohne daß uns deshalb eine differentielle Behandlung zuteil werden darf ...

Wenn uns der Minoritätenchutzvertrag zur Erhaltung und zur Pflege unseres Volkstums besondere Rechte auf kulturellem Gebiete zuerkannt hat, Rechte, die — worauf der Herr Ministerpräsident ja hinwies — auch in unserer Verfassung verankert sind, so sind alle diese Sanktionen papierene Lettern geblieben. Der Minoritätenchutzvertrag datiert vom Jahre 1919, die Verfassung vom Jahre 1921! Entgegen aber den dort feierlich verbrieften Rechten ist in den vergangenen Jahren bis auf den heutigen Tag alles getan worden, die deutsche Schule zu zerschlagen. Sei es, daß die Lokalinstanzen entsprechende Instruktionen der Zentrale in der Hand halten, sei es, daß sie, nationalistisch eingestellt, den Intentionen

ihrer Vorgesetzten am besten zu entsprechen glaubten, wenn sie den offiziellen Weisungen entgegenhandelten: tatsächlich ist der Erfolg ihrer systematischen, zielstrebigen Arbeit, daß das insbesondere in den Westmarken einst so blühende deutsche Schulwesen in Trümmern liegt. Man hat uns unsere Schulgrundstücke, unsere Schulgebäude, die wir und unsere Väter aus eigenen Mitteln aufgebaut hatten, weggenommen; man hat uns immer wieder daran gehindert, andere Gebäude zur Einrichtung von deutschen Privatschulen zu erwerben, man hat die alten deutschen Lehrer dadurch zur Abwanderung veranlaßt, daß man von ihnen in kürzester Frist die Erlernung der polnischen Sprache verlangte — eine Unmöglichkeit für alle die, die in überwiegender oder gar rein deutschen Gemeinden amtierten. Und heute, nachdem wir uns, so gut es gehen wollte, Hilfskräfte für die Unterrichtsverteilung herangebildet haben, bestreitet man ihnen die Lehrbefähigung; den seminarisch vorgebildeten Deutschen aber werden Schwierigkeiten bei der Anstellung gemacht. Endlich sollen vollqualifizierte Lehrpersonen, die deutsche Reichsangehörige sind, auch an deutschen Privatschulen nicht mehr unterrichten dürfen. Dazu kommen die bekannten Nachschichten, die uralte Schulsysteme in einzelne Ortschaften auseinanderreißen, damit die Schülerzahl unter 40 herabgedrückt wird und so der Anspruch auf eine öffentliche Schule wegfällt.

So sieht die Freiheit in der Pflanze unserer kulturellen Eigenart und die Fürsorge des Staates für das deutsche Schulwesen aus!

Wir hoffen, Herr Ministerpräsident, daß es jetzt anders werden wird. Es gehört in der Tat ein eiserner Wesen dazu, hier Wandel zu schaffen! Eine grundlegende Änderung des ganzen Systems! Wenn Starosten, Polizeibeamte und Schulmänner weiter dem Okazistenverein angehören dürfen, einem Verein, der sich als Hochburg nationalistischer Tendenzen die Entdeutschung des Landes zum Ziele gesetzt hat, so ist es ausgeschlossen, daß die andersgerichteten Intentionen des Herrn Ministerpräsidenten ihre Verwirklichung finden ..."

## Mr. 7. Der Deutsche Generalkonsul in Posen an das Auswärtige Amt

### Bericht

Posen, den 12. April 1923

Am 10. d. M. ist Ministerpräsident General Sikorski in Posen eingetroffen und hat im Schloß Wohnung genommen.

Bereits vor der Ankunft Sikorskis wurde der Zweck seiner Reise nach Posen in der hiesigen Presse lebhaft besprochen. Der „Kurjer Pognanski“ bringt die Reise des Ministerpräsidenten mit der Westmarkenpolitik in Zusammenhang. „General Sikorski will“, so schreibt der „Kurjer“, „sich die Sympathien des nationalen Lagers sichern, und zwar dadurch, daß er die Entdeutschung der Westmarken im Sinne der Forderung der Bevölkerung Großpolens und Pommerellens vorzieht.“ Der „Dziennik Pognanski“ erklärt, daß der Aufenthalt des Ministerpräsidenten in Posen vermutlich zur Lösung der brennenden Fragen, unter anderem der Liquidation deutscher Güter, beitragen würde.

Nach den Audienzen fand am Abend im Rathaus ein feierlicher Empfang für den Ministerpräsidenten statt. Er wurde dort von dem Stadtpräsidenten Kotajski mit einer Begrüßungsrede empfangen, in der Kotajski hervorhob, daß die deutsche Gefahr nicht nur an den Grenzen bestehe, sondern auch im Inlande. Sie werde nicht eher beseitigt sein, bis alles deutsche Land in polnische Hände übergegangen sei und der Feind nicht mehr unnötig im eigenen Lande ernährt zu werden brauche. Großpolen könne ferner nicht mehr ertragen, daß als Folge der Politik der Polnischen Regierung auf jeden deutschen Eindringling einige 10 Morgen Land mehr als auf einen polnischen Bürger fielen.

Den Ton, den der Stadtpräsident Kotajski angeschlagen hatte, nahm Sikorski in seiner Antwortrede auf. Die Rede wird in einem Zeitungsabschnitt der „Posener Neuesten Nachrichten“, dessen Inhalt sich mit der durch die polnische Presse erfolgten Wiedergabe deckt, gehoramsam beigelegt. Die Rede hat hier einen starken Eindruck gemacht und auf die deutschen Kreise sehr alarmierend und deprimierend gewirkt. Es erscheint mir dringend erforderlich, daß von deutscher Seite eine Entgegnung erfolgt, damit das hiesige Deutschtum von einer überstürzten Massenabwanderung zurückgehalten wird.

Ganz besonders scharf wird in der Rede die Liquidationsfrage behandelt. Die Regierung werde spätestens binnen eines Jahres die Liquidation deutscher Güter und die Entdeutschung der westlichen Bodenschichten rücksichtslos durchzuführen. — Auffallend ist auch der scharfe Ton, den er gegen die freie Stadt Danzig gebrauchte. „Danzig ist nur eine freie Stadt“, und seine ganze Zukunft hängt von Polen ab. Die Polnische Regierung hat nicht die Absicht, die bisherige Nachgiebigkeit weiterzugeben.“

In der Pressekonferenz hat Sikorski nochmals die Liquidationsfrage eingehend berührt und zugesichert, daß die Regierung für Liquidationen deutscher Güter, die unbezugsfähig durchgeführt werden müßten, materielle Mittel in Form von langfristigen Krediten gewähren würde.

Am 11. d. M. hat General Sikorski Posen wieder verlassen.

Stobbe.

Auszug aus den „Posener Neuesten Nachrichten“ vom 12. April 1923

Bei dem feierlichen Empfang im Rathaus hielt Ministerpräsident Siforski folgende Rede: „... Es liegt im unmittelbaren Interesse der Völkerverständigung, daß dieser historische Prozeß, nach langer Bedrückung durch die Preussische Regierung, dieser Prozeß, den man Entdeutschung der westlichen Polnischschaften nennt, in einem möglichst kurzen und raschen Tempo vollführt werde. Es wurden in dieser Hinsicht übrigens ganz entschuldige Fehler begangen. Solange Polen kein näher bezeichneter Wert war, konnte es sich nicht erlauben, elementare Gerechtigkeit auszumessen, weil jeder Justizakt auf internationalem Boden als Gewalttat gehindert wurde.“

Der Starke hat immer recht, und der Schwache wird als besiegt angesehen, und man schiebt ihn auf den zweiten Plan. Ich stelle fest, daß am Vortage der Aufnahme der Liquidierungsaktion deutscher Güter, die der Herr Stadtpräsident erwähnte, unsere bisherige Nachgiebigkeit und unser Schwanken einer radikalen Änderung unterliegen müssen. Die Regierung, die ich repräsentiere, will, daß diese Angelegenheit innerhalb eines Jahres bestimmt geregelt wird.

Die, welche in der Zeit der Gefahr, in der sich das Vaterland befand, zugunsten eines fremden Staates optiert haben, müssen auch die Konsequenzen dieser Option tragen. Je schneller diese Angelegenheit erledigt wird, desto eher wird auch die für unseren inneren Frieden notwendige Konsolidierung der Verhältnisse eintreten.

Was nun die deutschen Kolonisten, die Entdeutschung der Städte und die Liquidierung der dazu bestimmten Industrieunternehmen betrifft, so betone ich, daß, wer immer und vor der Welt des Mangels an Humanität bezichtigt, nicht im Einklang ist mit der tatsächlichen Lage. Polen war human, ist human, und es ist möglich, daß sogar allzu große Humanität unseren Staat öfters verschiedenen Gefahren ausgesetzt hat ...“

Unmittelbar nach dem Empfang im Rathaus fand im Kabinett des Stadtpräsidenten eine Pressekonferenz statt, an der die Vertreter fast aller Posener Zeitungen teilnahmen. Der Ministerpräsident gab hier mehrere Informationen über den Stand der Liquidierung.

Was die Optanten betrifft, so erklärte General Siforski, daß die Regierung diese Angelegenheit in sehr verwickelterem Zustande übernommen habe. ... Über die Kolonisten äußerte sich der Ministerpräsident, daß die gegenwärtige Politik der schnellen Liquidierung weitergeführt werden wird und daß es im Interesse der Kolonisten selbst liege, die Liquidierung selbst am raschesten durchzuführen. Die Ausweisung von 180 000 Optanten wird das polnische Element in Posen und Pommerellen stärken.

## Nr. 8. Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes an den Polnischen Gesandten

Berlin, den 18. Juli 1923

Herr Gesandter!

Auf die Note vom 16. Juni d. J. Nr. 2630/23\*) beehre ich mich folgendes zu erwidern: Seit dem Zeitpunkt, in welchem einige früher preussische Provinzen an die Polnische Republik übergegangen sind, hat weit über eine halbe Million Deutscher, die zum größten Teil dort seit langem angefaßt waren, dieses Gebiet verlassen. Die Umstände dieser Abwanderung, die für die Betroffenen vielfach Verarmung und Elend mit sich brachte, beweisen, daß sie in der Mehrzahl der Fälle nicht freiwillig vor sich ging. Daß diese Entdeutschung der westlichen Provinzen Polens planmäßig geschieht und ein politisches Ziel bildet, das nicht nur von nationalpolitischen polnischen Parteien, sondern auch von den polnischen Behörden bis zu den höchsten Spitzen hinauf angestrebt und gefördert wird, hat der frühere Ministerpräsident Polens, Siforski, in seiner Rede im Rathaus in Posen am 10. April d. J.\*\*) unzugewandelt ausgesprochen.

Die Haltung der nachgeordneten Behörden in Polen entspricht diesem Grundsatz, und diese Äußerungen von autoritativer Seite verbunden mit dem Vorgehen der unteren Behörden haben in der Tat in Deutschland den Eindruck erwecken müssen, daß die Toleranz der Polnischen Regierung, von der die Note vom 16. Juni spricht, auf die deutsche Minderheit in Polen keine Anwendung findet.

Im übrigen gestattet sich die Deutsche Regierung darauf hinzuweisen, daß das Vorgehen der Polnischen Regierung auch mit den bestehenden Verträgen und den allgemeinen Regeln des Völkerrechts nicht in Einklang steht. Über die Frage der Rechtmäßigkeit des polnischen Vorgehens wird in einer wichtigen Beziehung der Ständige Internationale Gerichtshof im Gange sich demnächst gutachtlich äußern. Mit Bedauern muß aber die Deutsche Regierung

\*) In dieser Note hatte der Polnische Gesandte gegen eine Erklärung protestiert, in der sich der Preussische Ministerpräsident am 9. Juni im Preussischen Landtag gegen die Minderheitenpolitik Polens gewandt hatte.

\*\*) Vgl. Nr. 7.

feststellen, daß polnische Behörden, obwohl seit einer Reihe von Monaten in Dresden Verhandlungen über die Regelung der Staatsangehörigkeitsfragen schweben, fortfahren, auch in solchen Fällen Ausweisungen vorzunehmen und sogar zur Liquidation des Eigentums zu schreiten, in denen strittig ist, ob der Betroffene deutscher oder polnischer Staatsangehöriger ist. Gerade dieses Vorgehen, das auf das Bestreben schließen läßt, auch in ungeklärten Fällen vollendete Tatsachen zu schaffen, nur um jene Entdeutschungsaktion möglichst schnell durchzuführen, dürfte den Herrn Preussischen Ministerpräsidenten zu seinen Ausführungen veranlaßt haben.

Das Auswärtige Amt beehrt sich weiter nachdrücklich der in der Note vom 16. Juni zum Ausdruck gebrachten Auffassung zu widersprechen, als seien die Äußerungen des Herrn Preussischen Ministerpräsidenten der Ausfluß einer „conviction hostile“ oder einer „agressivité évidente“. Wenn in Deutschland an irgendeiner Stelle unfreundliche Stimmen gegen Polen laut waren, so sind sie stets nur die Reaktion auf Kundgebungen und Maßnahmen von polnischer Seite. Das Auswärtige Amt darf in diesem Zusammenhang daran erinnern, daß der Polnische Außenminister, Herr Seyda, in seinem Exposé vor der Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten am 8. Juni, also unmittelbar vor der Rede des Herrn Preussischen Ministerpräsidenten, Ausführungen gegenüber Deutschland gemacht hat, die notwendig einen scharfen Widerhall wecken mußten. Am 19. Juni hat ferner der Polnische Staatspräsident Herr Wojciechowski in Kattowitz eine Rede gehalten, in der die deutsche Kultur als peride und Deutschland als ein Staat hingestellt wird, dem Gewalt über Recht geht. Auf zahlreichen Kundgebungen hervortragender polnischer Politiker in Wort und Schrift, die sogar das Verbleiben Ostpreußens in deutschem Besitz als eine Gefahr für Polen bezeichnen, darf in diesem Zusammenhang ebenfalls kurz hingewiesen werden. In allen diesen Äußerungen kommt tatsächlich ein Geist der Aggressivität und der Feindseligkeit zum Ausdruck, der gelegentlichen deutschen Äußerungen über die Entdeutschungspolitik Polens durchaus nicht innewohnt.

Den verantwortlichen Stellen des Deutschen Reiches liegt daran, die nachbarlichen Beziehungen zu Polen zu regeln und Reibungsflächen zwischen beiden Staaten zu beseitigen. Die parallegehende Selbstwertung in Deutschland und in Polen hat neuerlich wiederum bewiesen, wie eng beide Staaten wirtschaftlich verbunden und wie sehr sie beide an einer Herbeiführung korrekter Verhältnisse interessiert sind. Die Deutsche Regierung benutzt die Gelegenheit festzustellen, daß ihrerseits nichts unternommen ist, was irgendwie der Entwicklung derartiger Beziehungen zwischen den beiden Staaten hinderlich sein könnte. Wenn Zwischenfälle wie der vorliegende trotzdem eintreten, so kann das Auswärtige Amt die Ursache nur in jenen Kundgebungen und Maßnahmen von polnischer Seite finden, die in allen deutschen Kreisen als speziell gegen Deutschland gerichtet empfunden werden müssen.

Genehmigen Sie, usw.

Frz. von Malhan

#### **Art. 9. Rechtsgutachten Nr. 6 des Ständigen Internationalen Gerichtshofs, 10. September 1923** (Übersetzung)

Der Völkerbundsrat hat am 3. Februar 1923 folgenden Beschluß gefaßt:

„Der Völkerbundsrat ist mit gewissen Fragen befaßt worden, die sich auf folgende Tatsachen beziehen:

a) eine Anzahl von Ansiedlern, die ehemals deutsche Reichsangehörige waren und jetzt auf polnischem, früher zu Deutschland gehörigen Gebiet wohnhaft sind, haben insbesondere auf Grund des Artikels 91 des Vertrages von Versailles die polnische Staatsangehörigkeit erworben. Sie besitzen ihre Güter auf Grund von Rentengutsverträgen; obgleich diese Verträge mit der deutschen Ansiedlungskommission vor dem Waffenstillstand vom 11. November 1918 abgeschlossen worden waren, hatte eine Auslassung vor diesem Tage nicht stattgefunden. Die Polnische Regierung betrachtet sich auf Grund des Artikels 256 des Vertrages von Versailles als rechtmäßige Eigentümerin dieser Güter und hält sich für berechtigt, die erwähnten Verträge zu annullieren. Infolgedessen haben die polnischen Behörden gewisse Maßnahmen gegen diese Ansiedler ergriffen, die ihre Verteilung von den Gütern, die sie innehaben, zur Folge haben;

b) die polnischen Behörden wollen Nachtverträge nicht anerkennen, die vor dem 11. November 1918 zwischen der Deutschen Regierung und deutschen Reichsangehörigen, die jetzt polnische Staatsangehörige geworden sind, abgeschlossen worden sind. Es sind dies Nachtverträge über deutsches Staatseigentum, das später auf Grund des Vertrages von Versailles, insbesondere gemäß Artikel 256, auf den Polnischen Staat übergegangen ist.

Der Völkerbundsrat ersucht den Ständigen Internationalen Gerichtshof, ein Rechtsgutachten über folgende Fragen abzugeben:

1. Betreffen die unter a und b bezeichneten Punkte internationale Verpflichtungen der Art, wie sie in dem am 28. Juni 1919 in Versailles unterzeichneten Vertrage zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika, dem Britischen Reich, Frankreich, Italien, Japan

und Polen vorgesehen sind, und gehören sie gemäß diesem Vertrage zur Zuständigkeit des Völkerbundes?

2. Für den Fall, daß die erste Frage bejaht wird, ersucht der Rat den Gerichtshof, ein Rechtsgutachten über die Frage abzugeben, ob das im vorstehenden unter a und b bezeichnete Verhalten der Polnischen Regierung im Einklange mit ihren internationalen Verpflichtungen steht."

... Der Gerichtshof ist der Ansicht:

daß die in a und b des Beschlusses des Völkerbundesrates vom 3. Februar 1923 erwähnten Punkte internationale Verpflichtungen von der Art betreffen, wie sie der am 28. Juni 1919 in Versailles unterzeichnete Vertrag zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika, dem Britischen Reich, Frankreich, Italien, Japan und Polen im Auge hat, und daß diese Punkte zur Zuständigkeit des Völkerbundes gehören, wie sie sich aus diesem Vertrage ergibt, daß die unter a und b des erwähnten Beschlusses bezeichnete Haltung der Polnischen Regierung nicht im Einklange mit ihren internationalen Verpflichtungen steht ...

Lober  
Präsident

A. Hammarströöm  
Sekretär

#### Nr. 10. Der Deutsche Generalkonsul in Wosien an das Auswärtige Amt

##### Bericht

Wosien, den 25. September 1931

Welche Fortschritte die Entdeutschungsmaßnahmen in den letzten Jahren gemacht haben, wird jetzt auch von polnischer Seite mit geradezu zynischer Offenheit zugegeben. Anlaß zu der Erörterung dieser Frage bot für die hiesige Presse eine Veröffentlichung, in der das Problem der deutschen Abwanderung besprochen wird. Es handelt sich um eine Untersuchung des Warschauer Forschungsinstituts für Rationalitätsfragen, erschienen in der "Rationalitätsfragen" betitelten Zeitschrift (Nr. 1, 2 und 3). Die Untersuchungen laufen darauf hinaus, daß bis zu dem Jahre 1931 rund 1 000 000 Deutsche aus Polen abgewandert sind. Wenngleich diese Zahl hinter unseren Schätzungen zurückbleibt, so ist es doch bemerkenswert, daß auch von polnischer Seite eine so hohe Abwanderungsziffer als Erfolg der Entdeutschungspolitik zugegeben wird.

Lütgens

#### Nr. 11. Aussprache im Britischen Oberhaus, 15. Juni 1932

##### Auszug

(Übersetzung)

Lord Noel-Buxton: In letzter Zeit sind auf den Tagungen des Völkerbundesrates wichtige Fragen, die die nationalen Minderheiten betreffen, behandelt worden, vor allem wurde auf der Januartagung, als Lord Cecil die Britische Regierung vertrat, ein Bericht verhandelt, der sich mit der sogenannten Terrorisierung beschäftigte, die im Herbst 1930 in der Ukraine stattgefunden hat. Diese Vorfälle waren der Gegenstand einer von nicht weniger als 65 Mitgliedern des britischen Parlaments unterzeichneten Eingabe, und diese Tatsache unterstreicht das öffentliche Interesse an einer Regierungserklärung über ihre Tätigkeit in der Minderheitenfrage.

Diese Frage bildet einen starken Faktor in den internationalen Beziehungen. In der Debatte darüber im letzten Jahr haben alle drei Sprecher, von denen jeder große Erfahrung auf diesem Gebiet besitzt, ihre Wichtigkeit unterstrichen, und diese Bedeutung ist besonders groß in einer Zeit der Spannungen wie der gegenwärtigen. Sie bildet den Hauptgrund für Reibungen zwischen gewissen Staaten, und wo solche Reibungen in starkem Ausmaß eintreten, muß die Gefahr von Zwischenfällen, die zu einem großen Unglück führen können, in Rechnung gestellt werden. Ein Beispiel hierfür bildet der Fall Danzig. Jeder kennt die Befürchtungen, die mit diesem Fall verknüpft sind. Die deutschen und die französischen Zeitungen waren voll von ihnen, die deutschen prophezeiten eine Besetzung durch die Polen und die französischen prophezeiten einen deutschen Putsch. Lord D'Abernon hat kürzlich die Lage in Danzig beschrieben und von dem Korridor als dem Pulvermagazin Europas gesprochen. Ich selbst habe in Danzig die Schwierigkeiten kennengelernt, die jeden Augenblick zu einem gefährlichen Zwischenfall führen können. Auf der deutschen wie auf der polnischen Seite gibt es Unruhe, und diese hat mehr als einmal zu Zusammenstößen geführt, die den Verlust von Menschenleben nach sich zogen. Erst vor kurzem hat der polnische Kommissar mit seinem Rücktritt gedroht, falls nicht der Kommissar des Völkerbundes polnische Truppen zu Hilfe rufe. Die Verschärfung der Lage, die zu dieser sehr gefährlichen Situation führt, entspringt in der Hauptsache aus der Behandlung der deutschen Bevölkerung auf polnischem Territorium, und die verderblichen Folgen all dieser Umstände haben sogar ihre Rückwirkung auf die Abrüstungskonferenz, weil sich die Grundlage für die Befriedung der Bevölkerung in Gefahr befindet.

Eine andere bedauerliche Folge ist, daß überall die Forderung nach Grenzrevision angesetzt wird und dadurch mehr und mehr die europäischen Staaten in zwei Lager geteilt werden. Auf der einen Seite haben wir Deutschland, Ungarn und Bulgarien und im engen Zusammenhang mit ihnen Italien, auf der andern steht das Lager, in dem sich Polen und die Staaten der Kleinen Entente befinden, und diese beklagenswerte Unruhe kann nur durch eine gerechte Behandlung der Minderheiten befänstigt werden. Die Minderheitenverträge hatten natürlich den Zweck, diese Reibungen zu vermeiden, die die Alliierten sonst als unausweichbar erkannten. Die Schwierigkeiten der Lage waren ungeheurermaßen ernst. Wir hatten zumindest 28 Millionen Angehörige der Minderheiten — einzelne Sachverständige geben die Zahl noch viel höher an — und früher untergeordnete Völker erhielten die Kontrolle über ihre bisherigen Herren, die sehr oft einer höheren Zivilisation angehörten als sie selbst. Nach zwölfjährigem Bestehen dieses Zustandes sollte ein harmonisches Verhältnis leichter erzielt werden können, als es sich in der Tat erwiesen hat. Die Auswanderung ist in der Hauptsache abgeschlossen und ebenso die Agrarreform; die Bevölkerungen sind in einer solchen Weise als selbst anzusehen, daß ein harmonisches Verhältnis erleichtert werden müßte. Die Alliierten sahen indessen voraus, daß fremde Herrschaft genau festgelegte Schutzbestimmungen notwendig machte. Grenzen nach ausgesprochen ethnologischen Linien zu ziehen war unmöglich, und daher konnte politische Einheit nur durch Befestigen der kulturellen Unterschiede erzielt werden. Dementsprechend wurden den neuen auf Veranlassung der Alliierten errichteten Staaten Bedingungen auferlegt.

Die Minderheitenverträge bestimmten, daß erstens Gleichheit vor dem Gesetz bestehen müsse — ein Beispiel hierfür ist das Verbot, in den öffentlichen Anstellungsverhältnissen Unterscheidungen durchzuführen —, zweitens kulturelle Rechte, insbesondere das Recht auf Elementarschulen in der Muttersprache der Minderheit, das Recht auf soziale Einrichtungen und das Recht, vor Gericht die Minderheitensprache zu benutzen. Die Durchführung der Verträge unterlag der besonderen Garantie des Völkerbundes. Die Garantiefolge ist ungeheurermaßen schwierig, aber wir müssen uns die Bestimmungen ins Gedächtnis zurufen, in denen die Garantie niedergelegt war. Die Verträge sagen, daß die Verpflichtungen von internationalem Interesse unter der Garantie des Völkerbundes stehen, und die Garantie wurde vom Völkerbundrat 1920 durch Annahme des Tittoni-Berichtes festgelegt, demzufolge die Garantie besagt, daß der Völkerbund sich vergewissern muß, daß die Bestimmungen für den Schutz der Minderheiten ständig beobachtet werden. Ein Bruch der Sondergarantien dieser Art verstärkt die Gefahr ihrer Nichterfüllung. Die Maßnahmen von Mr. Arthur Henderson als Staatssekretär des Auswärtigen Amtes berechtigten zu Hoffnungen auf Erfüllung der Garantie, was die Gefahr verringerte, und es wäre gut, wenn diese Verringerung weiter anhielte.

Ich möchte einen Vorschlag machen, den, wie ich hoffe, die Regierung Seiner Majestät günstig aufnehmen wird. Nach dem Vorgang des Weißbuches, das kürzlich auf Anregung des Völkerbundes in Verbindung mit den chinesisch-japanischen Ereignissen des letzten Winters veröffentlicht wurde, sollte die Regierung ein Weißbuch herausgeben, das für den Gebrauch des Parlaments das Verfahren, die Machtbefugnisse und die Verantwortlichkeiten der Mitglieder des Völkerbunds im Hinblick auf die Minderheiten sowie die Art der Garantie darlegt, die vom Völkerbund hinsichtlich der Ausführung der Verträge übernommen worden ist. Wie haben diese Verträge bisher gewirkt? Die Tschechoslowakei ist eine einigermaßen glückliche Ausnahme von der im Allgemeinen als bedauerlich zu bezeichnenden Regel. Die andern haben ein schlechtes Zeugnis. Wir sehen dort einen nicht durch Klugheit eingedämmten Nationalismus. Assimilierung durch Zerstörung der Kultur ist an der Tagesordnung. Dies war zwar durch den Völkerbund vorausgesehen, und es sollten Bestimmungen hierfür bestehen, aber der Prozeß geht noch weiter. Die Formen der Unterdrückung sind sich überall ähnlich, wenn sie auch dem Grade nach verschieden sind. Wir haben die Unterdrückung der Schulen, wir haben die Unterdrückung der politischen Rechte, und in einer sonst so melancholisch anmutenden Frage ist für den Humor gesorgt durch die Methoden, mit denen die politischen Rechte unterdrückt werden, nämlich die Absicht, der Bevölkerung die Ausübung des Wahlrechts dadurch unmöglich zu machen, daß man auf die brillante Idee verfallen ist, die Wahlen mit Alfal zu füllen, so daß es unmöglich wird, die Wahlzettel hineinzumwerfen. Regulierungen auf landwirtschaftlichem Gebiet sind ebenfalls dazu benutzt worden, um die Bevölkerung von ungünstig eingestellten Dörfern durch den Erlaß von Verboten wegen Maul- und Klauenseuche daran zu hindern, zur Wahl zu gehen. Verordnungen, die, wie Euzen Lordschaften wissen, auf dem Kontinent oft die Bewegungsfreiheit der Menschen ebenso hindern wie die der Tiere. Es gibt aber auch die einfachere Methode, die Wähler auf dem Wege zur Wahl niederzuschlagen, was ja viel ernster ist und sich, wie bewiesen worden ist, im Falle der Wahlen in Oberschlesien ereignet hat.

Außerdem ist weit verbreitet die ungleichmäßige Behandlung der Minderheiten bei der Berufung auf öffentliche Posten. Ich möchte Euzen Lordschaften zwei oder drei Beispiele aus kürzlich vorgekommenen Fällen unterbreiten.



... Die Alliierten erwarteten große Dinge von Polen, einer Rasse mit einer großen Geschichte, berühmt in Kunst und Wissenschaften, einer Rasse, die den neueren Zivilisationen in ihrer Nachbarschaft ein Beispiel der Weisheit geben sollte und, wie wir hoffen wollen, geben wird. Aber die Politik Polens ist in dieser Hinsicht, wie wir zugeben müssen, bisher dem eigenen Staat abträglich gewesen. Die Frage der deutschen Bevölkerung in Polen ist eine sehr dringende Angelegenheit. Aus dem Korridor und aus Posen sind bereits nicht weniger als 1 Million Deutsche seit der Annexion abgewandert, weil sie die Bedingungen dort unerträglich finden. Die Abhängigkeit jeder Person von der Gunst der örtlichen Behörden für die Erlangung einer öffentlichen Konzession wird benutzt, um große Teile der Bevölkerung loszuwerden. Die Kolonisierung, die heute noch den Beratungsgegenstand des Völkerbundesrates bildet, wird benutzt, um den Minderheiten gegenüber Unterschiede zu machen. In der Schulfrage zeigen sich Zahlen, denen Glauben zu schenken Eueren Lordschaften schwerfallen wird. 45 v. H. der deutschen Kinder in Thorn und Posen sind ihrer Schulen beraubt und in polnische Schulen getrieben worden. In der Gesamtzahl der Schulen ist ein Rückgang von 60 v. H. eingetreten. Das ist eine direkte Verletzung des Artikels im Vertrag mit Polen, der bestimmt:

„Polen wird dafür sorgen, ... daß in den Volksschulen der Kindern Unterricht ... in ihrer eigenen Sprache erteilt wird.“

Ein sehr merkwürdiges und interessantes Beispiel ist jetzt zu meiner Kenntnis gekommen, für dessen Wahrheit ich mich überzeugen kann und das die Behandlung der protestantischen Sonntagsschulen betrifft. Dort hat man ein System, das dem englischen sehr ähnlich zu sein scheint. Die Lehrer sind nicht Berufskräfte, und hier hat ein vorfälliger Angriff auf das ganze System der Sonntagsschulen stattgefunden. Die Polizei brach in diese ein, die Lehrer wurden in einen Raum eingeschlossen, die Kinder, während sich die Lehrer nebenaan hinter Schloß und Riegel befanden, verhört und die Häuser beschlagnahmt. Dies ist Verfolgung gemeiner Art und offensichtlich Teil des Versuchs, den Gebrauch der Sprache so weit zu unterdrücken, wie er nur unterdrückt werden kann durch tatsächliche Verminderung des Ausmaßes, in dem die Bevölkerung ihre Sprache lesen und schreiben lernt. Sie kann die Sprache in ihrem eigenen Haus sprechen, aber es bleibt ein Versuch, die Sprache zu unterdrücken. Noch ernstere Dinge ereignen sich in dem ukrainischen Teil Polens. Die Ukraine scheint von uns weit entfernt zu sein, aber sie geht doch die ganze Welt an, denn sie bedeutet eine für die Interessen des Friedens wichtige Frage. Die Ukrainer sind ein viel größeres Volk, als wir uns zu erinnern gewöhnt sind, 6 Millionen von ihnen leben in Polen, sie bilden, abgesehen von den Briten und Franzosen, die größte Volksgruppe in Kanada, daher sind sie in einem hohen Maß zur britischen Angelegenheit geworden. Im polnischen Ostgalizien wurden vom Ende des Krieges bis 1928 die Volksschulen um zwei Drittel vermindert, nämlich von 2400 auf 745. In den Universitäten, in denen die Ukrainer unter österreichischer Herrschaft 11 Lehrstühle innehaben, besitzen sie jetzt keinen, obwohl ihnen 1922 von der Polnischen Regierung eine eigene Universität versprochen worden war. In dem Teil der polnischen Ukraine, der früher zu Rußland gehörte, in Wolhynien, sind die Bedingungen noch härter. Hier gibt es ein umfangreiches System der Kolonisierung durch frühere Soldaten, und diese Leute — bewaffnet und Ungehelichkeiten nicht abgeneigt — verfolgen ihre Nachbarn in einer äußerst bedauernswerten Weise. Die Genossenschaftsläden, die ein Merkmal der ukrainischen Landwirtschaft sind, werden unterdrückt, und alles dies ist meiner Meinung nach Teil der Politik, die Bauern ununterrichtet und uneinig zu erhalten. In der ganzen Ukraine gibt es überdies das System polizeilicher Ausweisung für jeden, der irgendeine Genehmigung erhalten will, und dies führt zu einem allgemeinen System polizeilicher Verfolgung. Ein ungünstiger Polizeibericht befiehlt natürlich das Schicksal eines Schullehrers, der sich nicht besonderer Gunst erfreut. Wir können in diesem Zusammenhang eine besonders beklagenswerte Tatsache nicht beiseite lassen, nämlich die Folterung von Gefangenen in Gefängnissen und von Verdächtigen, die sich die Ungnade der polnischen Behörden zugezogen haben. Überzeugende Beweise dafür, daß in solchen Fällen mittelalterliche Folter angewandt werden, liegen zu meinem Bedauern vor.

Diese Behauptungen wurden im Völkerbundsrat durch Lord Cecil als Delegierten der Britischen Regierung als das Gemissen der Menschheit erschütternd bezeichnet. Sie sind vom Rat nicht untersucht worden, wie das hätte erfolgen müssen. Der Bericht wurde ohne Untersuchung angenommen. Die Anschuldigungen sind beachtlich für die Frage der Minderheiten, die Gegenstand des Ratsberichts vom Januar war. Diese Terrorisierung war aus dem Ratsbericht genügend bekannt, aber ich möchte Eueren Lordschaften doch an ihre Rat erinnern durch Verlesung der Worte eines ausgezeichneten Rechtsgelehrten, der der Krone in den Kolonien gedient hat, Sir Walter Raper, der folgendes schrieb: „Die Führer des Dorfes wurden umzingelt, in eine Scheune getrieben, entkleidet, niedergehalten und mit dicken Stöcken die zum Dreschen gebraucht werden, geschlagen. Kratzen war es verboten, von den Städten in die Dörfer zu gehen, und Bauern, die den Versuch machten, sich zur Behandlung in die Städte zu begeben, wurden durch die Polizei zur Umkehr gezwungen.“

Nur mit großem Widerstreben kritisiert man einen befreundeten Staat, aber nichts wird, wie die Beratungen im Völkerbundrat gezeigt haben, gewonnen, wenn man den Bruch von Verträgen ignoriert, wenn diese Vertragsbrüche abgestellt werden können. Wir dürfen nicht vergessen, daß Polen ganz besondere Ursache hat, diese Verträge zu beachten, denn die ihm zugestandenen Annektionen wurden ihm unter der Bedingung zugestanden, daß es diesen Gebieten Autonomie gewährt. Diese Bestimmung wurde von der Völkerverkonferenz 1923, in der unser Land ein führendes Glied war, aufgestellt. . . .

Lord Dickinson: Ich hoffe, Sie werden mir erlauben, ein paar Beobachtungen denen hinzuzufügen, die mein Freund Lord Noel-Buxton vorgebracht hat, und ihm gleichzeitig dafür zu danken, daß er die Angelegenheit vor diesem Hause zur Sprache brachte. Vielleicht mag man sich manchmal fragen, warum wir uns berechtigt fühlen, Euere Lordschaften zu bitten, diesem Problem Aufmerksamkeit zu schenken, aber ich glaube, ich kann zwei Tatsachen erwähnen, die meiner Meinung nach sicher die Beanspruchung einiger Minuten Ihrer Zeit mit dieser Sache rechtfertigen. Vor allem ist das Problem eines von erheblichem Umfang — von viel größerem Umfang, als man gewöhnlich glaubt —, denn es gibt in jedem Lande gewisse Minderheiten, manche zahlreicher, manche kleiner. Sie sind natürlich, wie der Name sagt, Minderheiten — sehr oft eine kleine Minderheit —, aber die Gesamtzahl der Personen, die unter den Bedingungen von Minderheitenverträgen leben, ist bedeutend. Ihre Zahl anzugeben, ist schwierig. Es wurden Zahlen wie 20, 30, 40, ja sogar 50 Millionen genannt, je nachdem, ob diejenigen, die die Zahlen angeben, geneigt sind, sie zu verkleinern oder zu vergrößern, aber ich glaube, daß man ungefähr richtig schätzt, wenn man sagt, daß mindestens 80 Millionen Menschen von der richtigen Durchführung der Minderheitenverträge in Europa abhängen, und wenn irgend jemand für die Minderheitenverträge verantwortlich ist, so ist es sicher die Britische Regierung.

In Paris wurde die Frage, wie sich Lord Cecil of Chelwood erinnern wird, in großer Ausführlichkeit erörtert, und es war nicht sehr einfach, überhaupt die Annahme der Minderheitenverträge zu erreichen. Ich war damals nicht anwesend, aber mir ist gesagt worden, daß ohne den Nachdruck, den die Vertreter dieses Landes der Frage gaben, die Minderheitenverträge wohl niemals entstanden wären. Wenn dem so ist, dann scheint mir, daß die Regierung Seiner Majestät und ihre Vertreter in Wenz einen besonderen Teil der Verantwortung dafür tragen, darauf zu achten, daß diese Verträge wirksam gemacht werden.

Ich beabsichtige nicht, mich mit der Frage Polen zu beschäftigen, wie das mein Freund getan hat, erstens, weil ich meinen Bemerkungen lieber eine Bezugnahme auf irgendein bestimmtes Land in dieser Hinsicht vermeiden möchte, und zweitens, weil ich weiß, daß es besonders in Polen und in allen diesen Ländern politische Schwierigkeiten bei der Errichtung ihrer Regierungen gegeben hat, die wir schwer beurteilen können. Dennoch sind wir ziemlich unermittelt vor diese Lage gestellt worden durch die Vorgänge in der Ukraine und die Art und Weise, in der die Minderheit durch die Polnische Regierung und den Völkerbund behandelt worden ist. Mein Interesse an dieser Frage kommt aus der Kriegszeit. Ich habe nicht den Vorzug, den Osten so gut zu kennen wie mein Freund, aber unmittelbar nach dem Kriege besuchte ich diese Länder aus besonderem Interesse für die Minderheiten und für jeden, der zu dieser Zeit dorthin kam, war es offensichtlich, daß hier ein Problem bestand, von dem der Friede Europas und vielleicht der Welt abhängen würde. Von der richtigen Lösung der Beziehungen dieser Minderheiten zu der Bevölkerung, in deren Mitte sie leben, hing, und ich glaube hängt noch heute der zukünftige Frieden Europas ab.

In allen diesen Ländern finden Sie große Gruppen von Menschen, die von ihren Nachbarn in beinahe jeder Hinsicht, ja man kann sagen, überhaupt in jeder Hinsicht, abmeiden. Sie unterscheiden sich in ihrer Sprache, in ihrer Religion, in ihren kulturellen Bedingungen, in ihren Lebensbedingungen, ihrer Geschichte und in jeder Einzelheit von den Menschen, von denen sie umgeben sind, und sie sind, wie Euere Lordschaften sehr wohl wissen, stets die Ursache für einen großen Teil der Schwierigkeiten im Osten Europas gewesen. Der Krieg änderte die Lage in zweierlei Hinsicht. Einerseits befreite er eine große Zahl von Menschen, von denen man sagt, daß sie bisher unter dem Joch fremder Herrscher lebten. Er befreite eine größere Zahl als die, die er andererseits wieder einem solchen Joch nach dem Krieg unterwarf, und insoweit ist der Krieg ein Befreiungskrieg gewesen. Aber auf der anderen Seite unterwarf er viele Millionen Menschen neuen Bindungen, und diese waren in der Regel Menschen, die, wenn sie auch nicht immer ihren Nachbarn überlegen waren, doch sicherlich glauben, von höherem Wert zu sein. Anstatt daß Rumänen den Ungarn, Polen den Deutschen, Tschechen den Österreichern untertan waren, wurden Deutsche, Ungarn und Österreicher andern Staaten unterworfen, und es war ganz klar, daß unter diesen Umständen nichts anderes die Versöhnung in Europa herbeiführen konnte als eine sehr großzügige Ausübung der Rechte der Regierungen über diese Menschen. . . .

Weil diese Minderheiten ihre vertraglichen Rechte besitzen, hat die ganze Frage eine solche Bedeutung gewonnen, und weil sie glaubten, daß ihnen diese Rechte vorenthalten werden, ist in den Minderheiten das Gefühl entstanden, daß sie keine Hilfe von dem internationalen

Organ, dem Völkerbund, erhalten können, daß gerade zu dem Zweck geschaffen worden ist, ihnen Gerechtigkeit zuteil werden zu lassen. Das Ergebnis ist, daß sie Abhilfe und Gerechtigkeit nicht vom Völkerbund, sondern von anderen Stellen erwarten. Sie sehen nicht auf uns, sondern auf Deutschland. Denn die deutschen Vertreter im Völkerbund sind die Vorkämpfer der Minderheiten geworden. Deutschland hat mit dem Entwurf der Minderheitenverträge nichts zu tun. Deutschland selbst erhebt keine Einwendungen gegen die Annahme der Verpflichtungen der Verträge, als es dem Völkerbund beiträgt. Wenn jetzt irgend jemand in der Versammlung oder im Rat eine Frage aufwirft, dann ist es der deutsche Vertreter, der die führende Rolle übernimmt. Es scheint mir ein großer Irrtum unserer Regierung zu sein, daß sie diese Lage hat entstehen lassen. An den Minderheitenrechten war die britische öffentliche Meinung stets interessiert, und ich wäre glücklich, wenn wir feststellen könnten, daß etwas aktivere Schritte von unseren Vertretern in dieser besonderen Richtung unternommen würden ...

Viscount Cecil of Chelwood: Ich bin sicher, daß niemand von Ihnen glauben wird, daß sich mein Freund Lord Dickinson entschuldigen mußte, als er einen so interessanten Bericht über diese sehr wichtige Frage erstattete. Er war gewiß berechtigt zu sagen, daß eine geschichtliche Verbindung zwischen diesem Land und der Minderheitenfrage besteht. Er bezog sich auf die Ereignisse in der Pariser Konferenz. Er hätte noch viel weiter zurückgehen können. Wenn er die Protokolle der Berliner Konferenz durchsieht, die zu dem Berliner Vertrag führten, wird er finden, daß der Britische Außenminister jener Tage zu einem Teil der Autor zusammen mit, ich glaube, dem französischen Außenminister des allgemeinen Vorschlags war, daß, wo immer ein Land durch einen Vertrag eine beträchtliche Gebietsvergrößerung erfährt, diesem Lande auch die Verpflichtung auferlegt werden sollte, seine Minderheiten zu schützen ...

Ganz zweifellos ist diese Frage von sehr großer Bedeutung. Das Minderheitenproblem ist für einen großen Teil der Unruhe verantwortlich, die unglücklicherweise noch immer besteht, besonders in Mitteleuropa. Ich glaube aber auch, es ist nur billig, zu sagen, daß die Frage eine der schwierigsten und delikatesten ist. Ohne jeden Zweifel hat auch jeder Minderheitenstreit, wie Lord Roel-Duxton sagte, zwei Seiten. Auf der einen Seite besteht der Wunsch der Mehrheit des Landes, das Gebiet und die Bevölkerung zu einigen, seine Position zu stärken und im oft mißbrauchten Namen des Patriotismus zu versuchen, alle Opposition gegen diese Einigkeit auszurotten. Auf der andern Seite haben Sie das sehr natürliche Gefühl, das sehr lobenswerte Gefühl, wenn Sie wollen, der Minderheit die ihr eigene, besondere Existenz innerhalb des Staates zu erhalten. Die Minderheit wertet ihre Verbindung mit ihrer alten Nationalität wahrscheinlich sehr hoch, und sie hat den sehr starken sentimentalischen Wunsch — ich gebrauche hier das Wort sentimental nicht in einem herabwürdigenden Sinne —, ihre Stellung zu erhalten. Es ist klar, daß, wenn diese beiden Richtungen zusammenprallen, es sehr große Schwierigkeiten geben muß ...

Lord Roel-Duxton sagte, daß in mancher Hinsicht diese Minderheitenfrage ein Pulvermagazin bedeutet, und ich stimme mit ihm überein. Sie ist angefüllt mit Explosivmaterial. Als Beispiel führte er Danzig an, aber ich glaube, er wird mit mir darin übereinstimmen, daß hier nicht eine typische Minderheitenfrage vorliegt, wenn die Lage dort auch ernste Schwierigkeiten enthält, die die Aufmerksamkeit des Völkerbundes im hohen Maße auf sich gezogen haben. Dort haben Sie einen Staat von überwiegend deutschem Charakter innerhalb eines Landes, das überwiegend polnisch ist, und den Zusammenprall von zwei Nationalitäten, die offenbar stets einander feindselig gesinnt sind, wenn sie zusammentreffen. Meiner Beurteilung nach ist dies nicht ein typischer Minderheitenfall, da er nicht unter die Minderheitenverträge fällt. Es ist ein Fall von zwei anscheinend unversöhnlichen Volksteilen, die durch Anwendung der Verträge in eine bestimmte Zusammenstellung gebracht worden sind ...

In der Minderheitenfrage muß es die erste Aufgabe sein, zu versuchen, die in Frage kommende Regierung zu überzeugen, daß sie sich besser benehmen und Garantien für ein besseres Verhalten geben sollte. Um den Fall Polens und der Ukraine herauszugreifen: Die Verzögerung war, wie ich höre, in diesem Falle durch die Bemühungen hervorgerufen, die die Polnische Regierung zu veranlassen, eine Art von Garantie oder eine Erklärung abzugeben, daß sie ein neues System schaffen wolle, das die Schwierigkeiten beseitigen würde. Das erfordert Zeit. Das Problem besteht nicht darin, eine Maschine oder ein Komitee zusammenzubringen, sondern liegt in der Schwierigkeit, delikate Verhandlungen mit Schnelligkeit zu führen. ...

Der Staatssekretär für Krieg (Viscount Halifax): ... Was die Ukrainer betrifft, so ist die ganze Frage der Stellung dieser Minderheit in diesem Jahr vor den Völkerbund gekommen als Ergebnis der sogenannten Befriedung der polnisch-ukrainischen Provinzen im Jahre 1920. Eingaben gegen die Handlungen der polnischen Behörden in dieser Angelegenheit wurden im letzten Jahr durch ein Dreier-Komitee erörtert, dessen britisches Mitglied Lord Cecil war. Dieses Komitee kam zu dem Schluß, daß ein *prima facie*-Fall der Verletzung der Minderheitenverträge durch die Polnische Regierung vorläge.

Der Bericht über diese Frage wurde dem Völkerbundsrat am 30. Januar d. J. durch Herrn Sato, Mitglied der Japanischen Delegation, vorgelegt. Dieser Bericht gab der Ansicht Ausdruck, daß die polnischen Behörden zu ihrem Vorgehen in hohem Maße provoziert worden seien, daß sie nicht die Absicht hatten, eine systematische antiukrainische Politik zu verfolgen und daß sie in Zukunft eine versöhnliche Haltung annehmen und sich bemühen würden, mit den verantwortlichen Elementen unter den Ukrainern für die Besserung der Lage in den ukrainischen Provinzen zusammenzuarbeiten.

Man wird sich ferner erinnern, daß bei der Beratung des Berichtes im Völkerbundsrat Lord Cecil, der für die Britische Regierung sprach, die Aufmerksamkeit seiner Kollegen auf die äußerst bedauerliche Natur einiger der in dem erwähnten Bericht erwähnten Vorfälle lenkte, erklärte, daß von Herrn Sato ausgesprochene Bedauern darüber zu teilen, daß die Polnische Regierung wegen ungeschuldbigen Opfern der durch ihre Beamten begangenen Mißbräuche keine Entschädigung zugestanden habe, und der Hoffnung Ausdruck gab, daß die Polnische Regierung energische Maßnahmen zur Versöhnung und Befriedung ergreifen würde. Er drückte auch sein Bedauern darüber aus, daß Anschuldigungen über die Mißhandlungen ukrainischer Gefangener, die in den Eingaben enthalten waren, nicht untersucht und zum Gegenstand eines Berichtes gemacht werden sollten und wies darauf hin, daß, wie die Dinge jetzt lägen, diejenigen, die die Anschuldigungen erhoben hätten, sagen könnten, daß ihre Beschuldigungen von der Körperschaft, an die sie sich gewendet hätten, weder zurückgewiesen noch untersucht worden seien. ...

Was den Fall der Deutschen in Posen und im Korridor betrifft, den der edle Lord erwähnt hat, so ist die Lage die, daß bis vor kurzem diese Eingaben in der Hauptsache aus Klagen einzelner Mitglieder der Minderheit bestanden, die darüber Klage führten, wegen ihres Volkstums in Fragen wie der Enteignung oder Beschränkung ihres Eigentums unter dem Agrarreformgesetz oder der Gewährung oder Zurückziehung von Erleichterungen auf dem Gebiete der Erziehung, von Alkoholverkaufslizenzen und ähnlichem benachteiligt zu werden. In den meisten dieser Fälle war es nicht möglich, auf Grund der zugänglichen Unterlagen die Behauptung der Polnischen Regierung in Frage zu stellen, daß die Handlungen ihrer Behörden durch rein praktische Ermägungen hervorgerufen worden seien, wie dem übermäßigen Verhältnis des Großgrundbesitzes in einem gewissen Gebiet oder der übergroßen Zahl von Alkoholkonzessionen in einer bestimmten Stadt, und daß sie nicht eine Beeinträchtigung irgendwelcher durch die Minderheitenverträge gewährten Rechte bedeuteten. Immerhin liegen dem Völkerbundsrat verschiedene Eingaben vor, die sich mit der Frage der Diskriminierung als Gesamtproblem befassen und Vergleichsstatistiken enthalten, die eine ungleichmäßige Behandlung von Personen deutschen und polnischen Volkstums in großen Gebieten nachweisen sollen. Solche Statistiken erfordern sehr sorgjame Untersuchungen, die gegenwärtig vorgenommen werden, und ehe nicht die Ergebnisse dieser Prüfung vorliegen, wird es für die Regierung Seiner Majestät natürlich unmöglich sein, eine Erklärung über die Frage abzugeben. ...

Wir sind dankbar für alle nur möglichen Anregungen, die uns helfen würden, eine befriedigendere Erfüllung der durch diese Minderheitenverträge übernommenen Verpflichtungen herbeizuführen. Wir sind uns aber auch bewußt, daß die Frage, wie die Durchführung derartiger Verpflichtungen erzwungen werden kann, notwendigerweise eine sehr delikate ist. Das ganze Problem jeder Art von Zwangsmaßnahmen enthält offenkundig zahllose Schwierigkeiten, und ein erfolgloser Versuch, die Beachtung derartiger Verträge zu erzwingen, oder ein erfolgloser Versuch, sich für die Sache einer Minderheit einzusetzen, könnte der Sache der Minderheit selbst leicht mehr Schaden zufügen als die ruhigere und weniger Aufsehen erregende Methode, auf die in Frage kommenden Regierungen Einfluß auszuüben. Trotz aller Wünsche, diese Verträge dem Buchstaben und dem Geist nach voll beobachtet zu sehen, ist Seiner Majestät Regierung genötigt, zu bekennen, daß, wie die Dinge im Augenblick stehen, sie nicht sieht, daß sie selbst mehr tun könnte, als sie in der Vergangenheit zu tun versucht hat. ...

## **Nr. 12. Der Deutsche Generalkonsul in Posen an das Auswärtige Amt**

**Bericht**

**Posen, den 2. März 1933**

Wieder hat die Agrarreform in diesem Jahr dem Volkstum wertvollen Boden entzogen und der deutschen Minderheit mit erbarmungsloser Härte vor Augen geführt, daß sie sich hier einem hartnäckigen und planmäßigen Angriff gegenübersehen, der letzten Endes ihre Vernichtung und Verdrängung zum Ziel hat.

Dieser Angriff wird in zwei Richtungen geführt:

1. Wegen die wirtschaftliche Existenzbasis.
2. Wegen den kulturellen Befizstand.

Der doppelte Druck, der auf diese Weise ausgeübt wird, soll die Minderheit allmählich feilsch zermürben und ihre Widerstandskraft brechen.

Insichtlich des gegen die deutsche Existenzbasis geführten Kampfes steht die Verdrängung von Grund und Boden im Vordergrund. Etwa 70 bis 80 v. H. der deutschen Bevölkerung lebt direkt oder indirekt von der Landwirtschaft. Die Zerschlagung des deutschen Grundbesitzes trifft daher nicht nur den Eigentümer allein, sondern gleichzeitig eine ganze Reihe von Einzelexistenzen, die von ihm abhängig oder auf ihn angewiesen sind. Man kann somit ermessen, was der in den letzten 14 Jahren eingetretene Verlust von Grund und Boden für die Gesamtheit der deutschen Minderheit bedeutet.

Der deutsche Bodenverlust seit 1919 setzt sich folgendermaßen zusammen:

a) unmittelbare Liquidation .....	153 100 ha
b) mittelbare Liquidation .....	159 287 "
c) Annulation .....	58 700 "
d) Folgen der allgemeinen Rechtsunsicherheit .....	50 000 "
e) Wiederkaufverordnung .....	72 718 "
f) Agrarreform .....	52 480 "
	<hr/>
	646 265 ha

Der Verlust in knapp 14 Jahren beträgt also weit über  $\frac{1}{3}$  Million ha. Dazu kommen noch rund 200 000 ha staatlichen Besitzes und rund 300 000 ha Forstbesitz. Auch dieser Verlust bedeutet eine Schwächung des Deutschtums im Hinblick auf die große Anzahl deutscher Arbeiter und Angestellter, die dort ihr Brot verdienen.

Mit gleicher Zielrichtung richtet sich der polnische Angriff auch auf allen anderen Gebieten gegen die Existenzgrundlagen der Minderheit. Entlassungen von Arbeitern, die sich zum Deutschtum bekennen, haben einen erschreckenden Umfang angenommen. Langjährige Angestellte werden pensionslos oder mit geringen Abfindungen aus ihren Arbeitsplätzen verdrängt. Deutsche Handwerker und Gewerbetreibende werden hofstrotziert. Ärzte verlieren ihre Kassenpraxis, Apotheker werden enteignet, Schankkonzessionen entzogen. Überall sind nicht sachliche Motive maßgebend, sondern einzig und allein die Tatsache, daß es sich um deutsche Menschen handelt, die an ihrem Volkstum festhalten wollen.

Nicht besser sieht es auf dem kulturellen Gebiet aus. Hier wird mit besonderer Zähigkeit gegen die deutschen Unterrichtsbetriebe vorgegangen. Im Jahre 1924 waren von den mehreren tausend deutschen Schulen in Polen und Kommerellen 557 Unterrichtsbetriebe übriggeblieben. Von diesen 557 sind bis zum Jahre 1932 noch weitere 335 geschlossen worden, so daß jetzt nur noch 222 Schulbetriebe vorhanden sind, die von deutschen Kindern besucht werden. Aber auch von diesen kann nur etwa  $\frac{1}{3}$  als wirkliche Minderheitsschule bezeichnet werden, weil der Unterricht vielfach von Lehrern erteilt wird, die der deutschen Sprache nicht ausreichend mächtig sind. Im übrigen muß ein nicht unwesentlicher Teil der Unterrichtsstunden in polnischer Sprache erteilt werden, so daß bei allen Minderheitsschulen der deutsche Charakter stark durchbrochen ist.

Die deutschen Vereine, Verbände und sonstigen kulturellen Organisationen sehen sich dauernd Drangsalierungen ausgesetzt.

So fühlt sich die Minderheit von allen Seiten bedrängt. Auch die Atmosphäre des Hasses, der die Deutschen ausgesetzt sind, hat in keiner Weise nachgelassen und führt immer wieder zu Mißhandlungen und Verfolgungen.

Unter diesem wirtschaftlichen und seelischen Druck, der nun schon seit 14 Jahren anhält, hat ein sehr großer Teil der deutschen Bevölkerung, der mit 70 v. H. sicherlich nicht zu hoch geschätzt ist, die alte Heimat verlassen. Es ist im Hinblick auf die geschilderten Umstände nur allzu verständlich, wenn der Abwanderungsdrang auch heute noch anhält. Täglich erhält das Generalkonsulat Anträge von Minderheitsangehörigen, die den Wunsch haben, nach dem Reich zu übersiedeln. Recht erheblich scheint auch gerade neuerdings die Abwanderung durch illegale Grenzüberschreitung zu sein. Die deutsche Minderheit erleidet hierdurch in ihrem Bestande weitere schwere Verluste.

Rütgens

## II. Zum Vorgehen Polens in Danzig

### Nr. 13. Aus den Bemerkungen der Deutschen Friedensdelegation zu den Friedensbedingungen, 29. Mai 1919

... Insbesondere steht die in den Artikeln 100 bis 108 verlangte Preisgabe der rein deutschen Hansestadt Danzig und ihrer ebenfalls rein deutschen Umgebung in schroffem Gegensatz zu allen in den Erklärungen des Prääsidenten Wilson gegebenen Zusicherungen. Danzig wies nach der Zählung vom 1. Dezember 1910 eine verschwindende polnisch sprechende Minderheit von 3,5 v. H. auf, der Kreis Danziger Niederung 1 v. H., der Kreis Marienburg 3 v. H., auch der Kreis Danziger Höhe hatte nur 11 v. H. Selbst die Polen bestreiten nicht ernstlich, daß Danzig stets deutschen Charakter gehabt hat. Der Versuch, Danzig zu einer freien Stadt zu machen, sein Verkehrswesen und die Vertretung seiner Rechte nach außen dem polnischen Staat auszuliefern, würde zu heftigem Widerstand und zu einem dauernden Kriegszustand im Osten führen. Dabei sind die wirtschaftlichen Maßnahmen so getroffen, daß für Danzig jeder Verkehr mit Deutschland aufs äußerste erschwert wird —

offenbar zu dem Zweck, dieses rein deutsche Gebiet im Laufe der Zeit durch wirtschaftlichen Druck zu polonisieren. Die Deutsche Regierung muß darum die beabsichtigte nationale Vergewaltigung Danzigs ablehnen und die Forderung erheben, Danzig und Umgegend beim Deutschen Reich zu belassen. ...

#### Nr. 15. Entscheidung des Völkerbundskommissars in Danzig, 2. Februar 1925 Auszug

... Meine Entscheidung in diesem Fall lautet folgendermaßen:

a) Der Post-, Telegraphen- und Telephondienst, zu dessen Einrichtung die Polnische Regierung auf Grund der Artikel 29 und 30 des Vertrages von Paris berechtigt ist, bedeutet ein Postamt im Hafen von Danzig. Dieses Postamt ist dasjenige, das der polnischen Postverwaltung auf dem Hebeliusplatz zugeteilt worden ist.

b) Der durch diesen Postdienst von dem Gebiet der Freien Stadt nach Polen und umgekehrt bewirkte Verkehr muß von den unter a) erwähnten Gebäuden nach der einen oder mehreren auf polnischem Gebiete gewählten Stellen gehen, und keine postalischen, telegraphischen oder telephonischen Sendungen oder Mitteilungen oder sonstiges darf auf diesem Wege angenommen oder ausgegeben werden, außer in der unter a) erwähnten Stelle. Die Ausdrücke „angenommen“ (received) und „ausgegeben“ (delivered) bedeuten Annahme oder Ausgabe durch irgendwelche dabei angewendeten Mittel und haben mit deutschen posttechnischen Ausdrücken nichts zu tun.

c) Der Gebrauch von Briefkästen außerhalb der Grenzen des unter a) erwähnten Gebäudes oder der Gebäude und ein Einsammlungs- und Bestelldienst durch Briefträger in irgendeinem Teile des Gebietes der Freien Stadt ist unzulässig und widerspricht der Entscheidung vom 25. 6. 1922.

d) Das unter a) erwähnte Postamt ist nicht dazu bestimmt, sich mit allen Briefen zu befassen, die an irgendeiner Stelle im Danziger Gebiet nach Polen oder dem Auslande von polnischen Staatsangehörigen oder anderen Einwohnern der Freien Stadt Danzig aufgegeben worden sind. Es ist vielmehr dazu bestimmt, den im Danziger Gebiet rechtmäßig errichteten polnischen Behörden zu ermöglichen, bei diesem Postamt und keiner anderen Stelle sonst Postsendungen zusammenzustellen und sie von dort unmittelbar nach Polen oder dem Auslande zu befördern, und sich des weiteren mit durchgehenden Postsendungen aus Polen über den Hafen von Danzig nach Überseeländern und umgekehrt zu befassen.

e) Die Ziffern 1 und 2 des Abkommens vom 19. 4. 1923 über die Siedlungsstelle und das Abkommen vom 29. August 1924 über die Umschlagstelle für Überseesendungen im Hafen bleiben von dieser Entscheidung unberührt.

R. S. Mac Donnell

#### Nr. 16. Gutachten eines vom Völkerbundsrat eingesetzten Juristenausschusses Auszug

(Übersetzung)

Genf, den 19. Februar 1925

Am 12. Dezember 1922 gab der Hohe Kommissar auf Grund des Artikels 39 des Vertrages vom 9. November 1920 zwischen Danzig und Polen folgende Entscheidung ab:

„Polen hat kein Recht, auf Danziger Gebiet eine Eisenbahndirektion einzurichten, die sich mit der Verwaltung anderer Eisenbahnen als der auf dem Gebiet der Freien Stadt Danzig ...“

... Der Vertrag von Versailles gab Polen in bezug auf Danzig gewisse Rechte, die den Zweck in sich schlossen, Polen einen freien Zugang zum Meer zu sichern. Da die Zuerkennung dieser Rechte an Polen eine Abweichung von den herkömmlichen Regeln des Völkerrechts hinsichtlich der Beziehungen zwischen Staaten bedeutet, war es nötig, ihnen eine vertragmäßige Grundlage zu geben. Man hat dieses in dem Vertrag von Versailles und den darauffolgenden Entscheidungen und Abkommen berücksichtigt.

Polen hält die Meinung aufrecht, daß in den außergewöhnlichen Rechten, die ihm zuerkannt waren, das Recht auf eine Eisenbahnverwaltung auf Danziger Gebiet mit eingeschlossen war. Unter dieser Verwaltung sollten nicht nur die Danziger Eisenbahnen, die Polens Leitung anvertraut waren, sondern auch polnische Eisenbahnen außerhalb des Danziger Gebietes stehen. Beansprucht wird also, den Sitz eines Teils der Landesverwaltung auf fremdem Boden einzurichten, und wenn wir das Vorhandensein eines außergewöhnlichen Rechts anerkennen, so muß der Beweis zu liefern sein, daß es vertragsmäßig begründet ist. Der Juristenausschuß hat alle diesbezüglichen Schriften sorgfältig geprüft, hat aber keine Bestimmungen gefunden, die Polen folgerungsweise oder ausdrücklich ermächtigt, die Danziger Direktion mit der Verwaltung und dem Betriebe von Eisenbahnlinien auf polnischem Gebiete zu betrauen ...

... Jegendeine andere Verfügung, die Polen unterstützen könnte, hat der Juristenausschuß in den in Kraft befindlichen Verträgen, Entscheidungen und Abkommen nicht finden können.

Unter diesen Umständen ist er der Meinung, daß die Entscheidung des Hohen Kommissars vom 12. Dezember 1922 mit den Verträgen, Entscheidungen und Abkommen, die in Wirksamkeit sind, übereinstimmt.

von Ehinga  
E. Ribante  
A. Riquille

#### Nr. 17. Aufzeichnung eines Beamten der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes

Berlin, den 8. Februar 1932

Der Polnische Gesandte, der mich heute aus anderem Anlaß aufsuchte, ist von mir auf die unerhöhten Vorgänge bei der Fehnjahresfeier der polnischen Studentenvereinigung „Bratnia Pomoc“ in Danzig aufmerksam gemacht worden. Ich habe ihn insbesondere darauf hingewiesen, daß die Ansprache des amtlichen polnischen Vertreters in Danzig, Herru Lalicki, in der von der Rückgabe Danzigs an das polnische Vaterland die Rede ist, sowie die Erklärung des polnischen Obersten Landau: „hoffentlich möchten bald von Danzigs Rathaus polnische Fahnen wehen“, kaum geeignet wären, die Beunruhigung zu beseitigen, in der sich Danzigs Bevölkerung seit längerer Zeit wieder befindet.

Der Polnische Gesandte wick aus, indem er behauptete, ihm sei nichts über diesen Vorfall bekannt, und fügte hinzu, daß er bei seiner persönlichen Bekanntschaft mit dem Rat Lalicki, der ein durchaus besonnener Mensch sei, sich derartige Erklärungen kaum vorstellen könne. Er würde seinerseits bemüht sein, die Angelegenheit aufzuklären.

Roedel

#### Nr. 18. Der Deutsche Generalkonsul in Danzig an das Auswärtige Amt Bericht

Danzig, den 12. Januar 1933

Auf Einladung der polnischen Kriegervereine und der Organisation für die polnische militärische Vorbereitung in Danzig, deren Komitee nach einer Notiz der „Gazeta Gdaniska“ aus folgenden Vereinen besteht: Verein der Krieger, Flakwache Danzig, Sportclub „Gedania“, Ruderclub, Sportclub „Orzel“, unter dessen Namen sich der Verein „Strzelec“ (Schütze) verbirgt, Verband der Legionäre, Verband der Reserveoffiziere und Verband der Unteroffiziere der Reserve, hat am 5. d. M. im Wertspeisehaus in Danzig eine Feier der „Soldaten-Oblate“ stattgefunden, bei der von den Rednern wiederum in unverantwortlicher Weise gegen Deutschland und Danzig gehetzt worden ist und offen die Eiberleibung Danzigs in Polen in kurzer Zeit vorhergesagt wurde.

Nach dem Bericht eines absolut zuverlässigen Vertrauensmannes verdient die Rede des polnischen Geistlichen und Religionslehrers am hiesigen polnischen Gymnasium, Ragorski, besondere Beachtung, da sie die größten Beschimpfungen gegen Deutschland und Danzig enthält. Während der Rat Zielskiwicz, der Vertreter des Ministers Papée, die Versammlungsteilnehmer nur zur Einigkeit mahnte, brauchte der Vertreter des Marineabteilaments, Kommandore Kosianowski, wiederum äußerst scharfe Worte gegen Danzig und hob dabei die Verdienste des Ministers Papée hervor, der ständig darauf bedacht sei, die Warschauer Regierung in ihrem Kampfe um Danzig aufzurütteln. Auch der Direktor der hiesigen polnischen Eisenbahnbezirksdirektion Dobrzynski gebrauchte in seiner Ansprache recht kriegerische Worte.

Diese neue polnische Provokation hat hier naturgemäß Aufsehen erregt. Die hiesige Presse hat daher Veranlassung genommen, die breite Öffentlichkeit ausführlich über die Veranstaltung zu unterrichten und diese einmal auf das verantwortungslose Treiben der polnischen militärischen Organisationen auf Danziger Gebiet, die sich in letzter Zeit wiederum lebhaft zu rühren begannen, aufmerksam zu machen. Der Religionslehrer Ragorski hat zwar in einem Artikel erklärt, daß der veröffentlichte Wortlaut seiner Rede eine grobe Fälschung sei; der Aufforderung, der hiesigen Presse eine möglichst wortgetreue Übersetzung seiner Rede zur Verfügung zu stellen, ist er jedoch bisher nicht nachgegeben.

von Thermann

#### Nr. 19. Der Deutsche Generalkonsul in Danzig an das Auswärtige Amt

Bericht

Danzig, den 24. Februar 1933

In der Anlage beehre ich mich, Abschrift eines Vermerks zu überreichen, der im Senat über die Danzig-polnischen Wirtschaftsbeziehungen, insbesondere die neuen polnischen Kontrollmaßnahmen angefertigt worden ist.

In Vertretung  
Roester

## Anlage

Seit den Vorverhandlungen zum Versailler Vertrag bis heute hat Polen Danzig gegenüber seine Politik mit der größten Konsequenz durchgeführt. Nachdem es ihm nicht gelungen ist, durch den Vertrag von Versailles, durch den Pariser Vertrag und auch durch das Warschauer Abkommen die Kolonialisierung Danzigs zu erreichen, hat es daselbe Ziel unter dem Druck wirtschaftlicher Maßnahmen verfolgt.

Der Druck gegen Danzig verstärkte sich besonders im Jahre 1925, als der deutsch-polnische Zoll- und Wirtschaftskrieg einsetzte. Es wurde immer mehr versucht, es von seiner wirtschaftlichen und Kulturgemeinschaft mit dem Deutschen Reich abzutrennen und insbesondere den Bezug deutscher Waren nach Danzig, die die freie Stadt Danzig auf dem Wege von Kontingenten und auf dem Wege des Veredelungsverkehrs beziehen konnte, zu unterbinden.

Im Jahre 1929 nahm der Kampf Polens gegen Danzig bereits Formen an, die die Existenz der Freien Stadt in ihrer wirtschaftlichen und politischen Selbständigkeit gefährdeten. Von Jahr zu Jahr verstärkte sich dieser Kampf und hat zur Zeit seinen Höhepunkt erreicht. Wenn in der ersten Zeit nach der Abtrennung Danzigs vom Deutschen Reich Polen versuchte, Danzig dadurch zu erdroffeln, daß es die Lieferung von Lebensmitteln aus Polen nach Danzig sperrte, so ging es später dazu über, den Warenverkehr des Danziger Handels und der Danziger Industrie nach Polen zu unterbinden.

Es benutzte hierzu im wesentlichen zwei Vorwände, und zwar:

1. den Danziger Veredelungsverkehr, der nach der Behauptung Polens in unzulässiger Weise von der Danziger Zollverwaltung geduldet wurde, und

2. die Kontingente, die Danzig aus dem Deutschen Reich und aus dem übrigen Ausland bezieht, wobei Polen behauptet, diese Kontingente flößen in großen Mengen nach Polen ab, obgleich sie nur für Danzig bestimmt seien, und indem es weiter behauptet, daß Kontingentwaren, auch wenn sie bearbeitet oder verarbeitet seien (nationalisiert), nicht nach Polen hineinkommen dürften.

Mit diesen Fragen hat sich auf Grund von Danziger und polnischen Anträgen im Mai 1932 und im November 1932 der Völkerbundsrat beschäftigt und in den wesentlichsten Punkten dem Standpunkt der Danziger Regierung Rechnung getragen. Insbesondere hat der Völkerbund erklärt, daß Polen Waren, die aus dem Veredelungsverkehr stammen, nach Polen hineinlassen müsse, solange der schwebende Streit in dieser Angelegenheit nicht abgeschlossen sei.

Weiterhin hat der Völkerbundsrat bestimmt, daß Danziger Kontingentwaren, die in genügendem Umfange be- oder verarbeitet worden sind, als Danziger Waren angesehen werden müssen und daher freien Verkehr in dem gesamten Danzig-polnischen Zollgebiet genießen.

Die Polnische Regierung hat sich um diese Entscheidungen des Völkerbundsrats nicht gekümmert und in den letzten Monaten ein System eingeführt, das nach der Ansicht der Danziger Regierung den bestehenden Verträgen widerspricht.

Obgleich auf Grund des Art. 215 des Warschauer Abkommens der Warenverkehr zwischen Danzig und Polen mit ganz bestimmten Ausnahmen frei ist, verlangt jetzt Polen von jeder Ware, unabhängig davon, ob es sich um Kontingentwaren, um Danziger oder sogar um polnische Waren handelt, die Abstempelung der Fakturen durch polnische Behörden in Danzig, d. h. Polen verlangt eine Einfuhrgenehmigung für sämtliche Waren, die aus Danzig nach Polen gehen sollen. Die Einfuhrgenehmigung oder die Abstempelung der Fakturen wird davon abhängig gemacht, daß sich die betreffenden Industrie- oder Geschäftsbetriebe einer Kontrolle durch polnische Beamte in weitgehendstem Umfange unterwerfen. Aber damit nicht genug, Polen verlangt von den Firmen, die sich schon tatsächlich solcher Kontrolle unter dem Zwange der Verhältnisse unterworfen haben, daß sie nur Waren beziehen, die wiederum von Firmen stammen, die sich ebenfalls von polnischen Beamten kontrollieren lassen. Weiterhin schreibt die Polnische Regierung den Danziger kontrollierten Firmen vor, von welchen Firmen sie in Danzig kaufen dürfen, und verweist sie in unzähligen Fällen auf den Einlauf von Waren aus Polen, obgleich die gleichen und bessere Waren in der Freien Stadt Danzig zu haben sind. In letzter Zeit werden an die Firmen auch dahin gehende Forderungen gestellt, daß sie in einem gewissen Umfange polnische Arbeitnehmer einstellen müssen, da sie sonst Polen gegenüber als illegal gelten und mit dem Abzug ihrer Waren nach Polen nicht rechnen könnten.

Wenn die Regierung der Freien Stadt dieses System weiterhin duldet und Polen mit seinen Forderungen in der bisherigen Weise fortschreitet, so ist klar ersichtlich, daß die gesamte Danziger Wirtschaft in wenigen Monaten unter polnischer Kontrolle steht, unter der Kontrolle polnischer Beamter und unter der Kontrolle polnischer Konkurrenten, und der Handelsplionage wird dadurch Tür und Tor geöffnet. Es ist die Zeit abzusehen, wo Polen von den Firmen verlangt, daß sie entsprechend ihres Absatzes nach Polen polnische Arbeitnehmer beschäftigen müssen, wenn sie ihr Leben in Danzig noch fristen wollen.

Der Hohe Kommissar und der Völkerbundsrat stehen solchen Maßnahmen Polens machtlos gegenüber.



Berlin, den 2. März 1933

Innerhalb der letzten 10 Jahre hat sich Polen folgende besonders schwerwiegende eigenmächtige Eingriffe in die Hoheitsrechte Danzigs zuzulassen kommen lassen:

1. Nichtzulassung eines Danziger Delegierten zur Berner Eisenbahnkonferenz (Entscheidung des Völkerbundskommissars vom 8. Januar 1924),
2. einseitige Regelung der Ausstellung von Pässen für Danziger Staatsangehörige (Entscheidung des Völkerbundskommissars vom 28. Januar 1924),
3. Verhinderung der Teilnahme einer Danziger Delegation am Stockholmer Weltpostkongreß (Entscheidung des Völkerbundskommissars vom 10. November 1924),
4. eigenmächtige Einrichtung eines polnischen Postdienstes in Danzig (Entscheidung des Völkerbundskommissars vom 2. Februar 1925),
5. Entsendung polnischer Marinepatrouillen an Land ohne Genehmigung der Danziger Regierung (Bericht des Völkerbundskommissars vom 15. August 1931),
6. eigenmächtige Erlassung des Finanzstrafgesetzes vom 21. April 1932 (vom Völkerbundsrat behandelt in seiner Sitzung vom 10. Mai 1932),
7. Anordnungen zur Verhinderung des von Danzig geübten passiven Veredelungsverkehrs (als „action directe“ gekennzeichnet in der Entscheidung des Völkerbundskommissars vom 29. März 1932),
8. eigenmächtige Einführung der polnischen Währung bei der polnischen Staatsbahn (Schreiben des Völkerbundskommissars an den Generalsekretär des Völkerbunds vom 4. November 1932).

von Vices

**Nr. 21. Schreiben des Völkerbundskommissars in Danzig an den Generalsekretär des Völkerbundes**

(Übersetzung)

Danzig, den 7. März 1933

Am 6. März morgens teilte mir der Diplomatische Vertreter der Republik Polen in Danzig, Herr Minister Papée, mit, daß die Polnische Regierung in Anbetracht der Sachlage, die durch die vom Senat kürzlich in der Frage der Wafenpolizei eingenommene Haltung geschaffen sei, und in Anbetracht der nach Ansicht der Polnischen Regierung bestehenden Gefahr eines Handstreichs auf die polnische Munitionsniederlage auf der Westerplatte seitens gewisser Elemente in Danzig beschlossen hätte, vorläufig die Wache der polnischen Munitionsniederlage auf der Westerplatte zu verstärken. Herr Papée hat hinzugefügt, daß diese Wachmannschaften nicht aus den Mauern der Westerplatte hinausgehen würden und daß sie ausschließlich mit der Aufgabe betraut seien, die der polnischen Wachabteilung durch den Ratsbeschluß vom 9. Dezember 1925 anvertraut sei.

Ich habe die Aufmerksamkeit des Herrn Ministers Papée auf die geltenden Bestimmungen und besonders auf das Danzig-polnische Abkommen vom 22. Juni 1921 und auf den Bericht gelenkt, der dem Räte des Völkerbundes am 9. Dezember 1925 unterbreitet wurde, sowie auf die Erklärungen, die von dem Vertreter Polens bei dieser Gelegenheit abgegeben wurden. Es geht klar aus diesen Bestimmungen hervor, daß der Bestand der Wache auf der Westerplatte nur verstärkt werden darf, wenn die Polnische Regierung ein dahingehendes Ersuchen an den Hohen Kommissar gerichtet hat und dieser die erforderliche Zustimmung gegeben hat.

Ich habe Herrn Minister Papée erklärt, daß ich unter diesen Umständen gegen den Beschluß, den die Polnische Regierung gefaßt habe, ohne sich vorher an den Hohen Kommissar zu wenden, Einspruch erheben und ihn erheben müßte, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um die geschaffene Sachlage richtigzustellen.

Eine Stunde später richtete der Senat der Freien Stadt Danzig an mich ein Schreiben, in dem er mir mitteilte, daß der Senat festgestellt habe, daß die polnische Wache auf der Westerplatte um mehr als 100 Leute verstärkt worden sei, die mit Maschinengewehren und anderen Waffen ausgerüstet und am gleichen Tage mit dem Dampfer „Wilja“ angekommen seien. Der Senat hat mich gebeten, ihm mitzuteilen, ob diese Verstärkung mit Genehmigung des Hohen Kommissars erfolgte und, beziehendensfalls, aus welchen Gründen. Ich habe dem Präsidenten des Senats geantwortet, daß ich keine Erlaubnis hierzu gegeben hätte, und ich habe den Diplomatischen Vertreter Polens unter Übermittlung einer Abschrift des Schreibens des Senats gebeten, wenn die in dem Schreiben des Senats enthaltenen Nachrichten richtig seien, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, damit die fraglichen Truppen von der Westerplatte unverzüglich zurückgezogen würden, da diese Verstärkung der Truppen erfolgt sei, ohne daß die Polnische Regierung vorher ein dahingehendes Ersuchen an den Hohen Kommissar gerichtet habe und ohne daß dieser die erforderliche Erlaubnis gegeben habe.

Am Abend hat mich dann der Senat gebeten, auf Grund von Artikel 39 des Pariser Vertrages zu entscheiden, daß die Polnische Regierung verpflichtet ist, unverzüglich die sich

auf die Verträge gründende Rechtslage wiederherzustellen und die Wache auf der Westerplatte auf die festgesetzte Stärke zu vermindern. Der Senat hat mich des Weiteren gebeten, die erforderlichen Maßnahmen zu der Feststellung zu treffen, daß die Verstärkung der Truppen auf der Westerplatte ohne Genehmigung des Hohen Kommissars eine „action directe“ bedeutet.

Bei Übermittlung dieses Antrages an Minister Papée habe ich die Hoffnung ausgedrückt, daß die Antwort, die ich von ihm auf mein Schreiben vom Tag vorher erwartete, den Antrag des Senats gegenstandslos machen würde.

Da ich von der Polnischen Regierung nicht die Zusicherung erhalten habe, daß die fraglichen Truppen unzugänglich zurückgezogen werden, und in Anbetracht des Ernstes der gegenwärtigen Lage sehe ich mich unter Bezugnahme auf den Ratsbeschluss vom 13. März 1926, durch den der Rat sich grundsätzlich vorbehalten hat, selbst in den Fragen einer „action directe“ zu entscheiden, gezwungen, Sie zu bitten, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, daß die Frage der „action directe“, die mit dem Antrag des Senats vom 6. März 1933 gestellt wurde, baldmöglichst auf die Tagesordnung einer Sitzung des Rats gesetzt wird.

Um das Verfahren zu vereinfachen und auf diese Weise dem Rat die Prüfung der Frage zu erleichtern, erlaube ich mir, dem Räte auch die Frage zu unterbreiten, die den Gegenstand der Ziffer 1 des Antrages des Senats vom 6. März 1933 bildet, indem ich von dem Rechte Gebrauch mache, das mir Artikel 30 des Pariser Vertrages verleiht, die Fragen, die mir auf Grund dieses Artikels zur Entscheidung unterbreitet wurden, an den Rat zu verweisen.

Gelmer Hoising

## Nr. 22. Der Deutsche Generalkonsul in Danzig an das Auswärtige Amt

### Bericht

Danzig, den 8. März 1933

Trotz der peinlichen Erfahrungen, die die Polnische Regierung in den letzten Monaten in den Fällen gemacht hat, in denen sie durch offenen Rechtsbruch und durch Hinwegsetzung über die Verträge und Entscheidungen der Völkerbundsinstanzen in Danzig vorzugehen versuchte, wie in dem Falle des unangemeldeten Einlaufens des Zerstörers „Wicher“ in den Danziger Hafen und in der Anordnung über die Einführung polnischer Währung auf den Danziger Eisenbahnen, hat die Polnische Regierung einen neuen Rechtsbruch dadurch begangen, daß sie ohne Genehmigung des Hohen Kommissars die Besatzung der Westerplatte um etwa 100 Mann bewaffnete Soldaten verstärkte.

Was zunächst die Rechtslage betrifft, so ist in der zwischen Danzig und Polen am 22. Juni 1921 abgeschlossenen Vereinbarung festgelegt, daß der Hohe Kommissar das Recht hat, über die Stärke der polnischen Wachmannschaften für die Bewachung polnischer Kriegsmaterials im Danziger Hafen auf dem laufenden gehalten zu werden, wobei ausdrücklich betont wird, daß die Stärke der Besatzung im Einvernehmen zwischen dem Hohen Kommissar und der Polnischen Regierung festgelegt wird (vgl. „Danziger Staats- und Völkerrecht“, Stille 1927, S. 610). Diese Vereinbarung ist dem Völkerbundsrat in seiner Sitzung vom 23. Juni 1923 zur Kenntnis gebracht worden und erneut durch den Beschluß des Völkerbundsrats vom 9. Dezember 1925, durch den auch die Stärke der Besatzung auf 2 Offiziere, 20 Unteroffiziere und 68 Mann festgelegt wurde, bestätigt worden (vgl. „Danziger Staats- und Völkerrecht“, S. 651). Damals hatte auch der Vertreter der Polnischen Regierung durch seine Erklärung, die Polnische Regierung behalte sich das Recht vor, dem Rat ein Ersuchen um Verstärkung des Bestandes der Wachmannschaft zu unterbreiten, wenn die Umstände es erfordern, selbst anerkannt, daß Polen berechtigt ist, ohne Genehmigung der Völkerbundsinstanzen eine solche Verstärkung vorzunehmen.

Aus der Vorgeschichte dieser neuesten Aktion der Polnischen Regierung ist hervorzuheben, daß am 4. d. M. der hiesige Polnische Diplomatische Vertreter zunächst mündlich, dann schriftlich bei dem Hohen Kommissar angefragt hat, ob er das Vorgehen Danzigs in der Frage der Hafenspolizei als „action directe“ ansehe. Der Hohe Kommissar hatte damals eine Antwort verweigert mit der Begründung, er sei Richter und könne daher eine solche Frage nicht ohne Antrag entscheiden, auch sei für eine Entscheidung über die Frage der „action directe“ der Rat zuständig.

Am Morgen des 5. März teilte Herr Papée dem Hohen Kommissar mit, daß die Polnische Regierung beabsichtige, die Garnison auf der Westerplatte zu verstärken. Auf die Einwendung Hoising's, daß die Stärke der Besatzung eine bestimmte Zahl nicht übersteigen dürfe, erklärte Herr Papée, daß Polen nach den Verträgen berechtigt sei, die Besatzung im Falle einer Gefahr zu verstärken. Eine solche Gefahr läge jetzt vor, da die Polnische Regierung in Erfahrung gebracht hätte, daß ein militärischer „Sturm“ auf die Westerplatte beabsichtigt sei. Beweise konnte Herr Papée nicht erbringen, so daß der Hohe Kommissar von vornherein Widerspruch gegen jede Verstärkung der Besatzung auf der Westerplatte erhob. Tatsächlich sind die Behauptungen von Herrn Papée vollkommen aus der Luft gegriffen.

Trotz dieses Widerspruchs des Herrn Rosting erklärte Herr Papée am Morgen des 6. März ihm gegenüber, daß die Polnische Regierung beschloßen hätte, die Besatzung auf der Westerplatte zu verstärken. Rosting erhob sofort Widerspruch gegen diesen Beschluß der Polnischen Regierung. Daraufhin versuchte Herr Papée einzulenzen. Er machte den Vorschlag, daß man das polnische Versäumnis dadurch gutmachen könnte, daß Rosting die frühere Besprechung als Antrag auf Genehmigung der Verstärkung ansehen, diesen ablehnen, aber die vorübergehende Verstärkung der Besatzung stillschweigend dulden sollte. Erfreulicherweise hat Rosting dieses Angebot sofort abgelehnt.

Inzwischen hatte der Senat durch Pressemeldungen aus Warschau erfahren, daß 100 Mann polnischer Polizei aus Warschau nach Danzig in Marsch gesetzt worden seien, angeblich um die Besatzung der Westerplatte zu verstärken. Außerdem war der polnische Munitions- und Truppentransportdampfer „Wilja“ von Gdingen kommend in das Munitionsbeden der Westerplatte eingelaufen, auf dem sich, wie der Polizeipräsident aus sicherer Quelle erfahren hatte, 100 Mann Polizei und 11 Maschinengewehre befanden. Daraufhin hat sich der Senat an den Hohen Kommissar gemandt und unter Darstellung des Sachverhalts diesen um Auskunft gebeten, ob er die Verstärkung genehmigt habe, was dieser umgehend verneinte.

Da der Hohe Kommissar im Verlauf seiner weiteren Bemühungen von der Polnischen Regierung nicht die erbetene Zusicherung erhielt, daß die fraglichen Truppen unzugänglich zurückgezogen werden, hat er in Anbetracht des Ernstes der gegenwärtigen Lage den Generalsekretär des Völkerbundes gebeten, die Frage auf die Tagesordnung einer außerordentlichen Sitzung des Rats im Laufe dieser Woche zu setzen.

Das Vorgehen Polens hat natürlich in Danzig sehr starke Erbitterung hervorgerufen. Infolgedessen hatte der Senat auf Anregung von Herrn Rosting vorsorglich einen Teil der Einwohnerwehr einberufen, um zu verhindern, daß unbesonnene Elemente sich zu Beschädigungen von polnischen Gebäuden, Briefkästen usw. und zu Angriffen auf polnische Personen hintreiben lassen könnten.

von Thermann

#### Nr. 23. Der Deutsche Generalkonsul in Danzig an das Auswärtige Amt Bericht

Danzig, den 15. März 1933

Das Verbleiben des Munitionstransportdampfers „Wilja“ in dem Munitionsbeden auf der Westerplatte nimmt durch das Verhalten der polnischen Behörden eine Entwicklung, die man nur noch als grotesk bezeichnen kann. Wie bereits gemeldet, hatte Polen das Nichtauslaufen der „Wilja“ mit der Angabe zu erklären versucht, daß das Schiff Maschinenschaden hätte. Zugleich wurde mitgeteilt, daß das Schiff nunmehr mit Schlepperhilfe den Danziger Hafen verlassen würde. Nachdem dies aber auch nach weiteren 72 Stunden nicht geschehen war, hat der Senat erneut Protest gegen die Verletzungen des Abkommens über die Westerplatte erhoben. Inzwischen teilte der hiesige Polnische Diplomatische Vertreter dem Senat mit, daß der Maschinenschaden auf der „Wilja“ behoben sei, daß aber die „Wilja“ noch verbleiben müßte, da ein schon vorher angekündigter Kriegsmaterialtransport von Dirschau kommend auf den Dampfer geladen werden sollte. Hierauf hat der Senat wiederum Protest dagegen erhoben, daß das Schiff im Munitionsbeden der Westerplatte von Polen zurückgehalten wird, ohne daß eine genaue Angabe über einen bevorstehenden Munitionstransport gemacht werden konnte. Der Senat bittet daher erneut, daß die „Wilja“ unzugänglich das Beden verläßt.

Bemerkenswert ist noch, weil darin der unerhörte Mißbrauch der Westerplatte durch Polen offen in Erscheinung tritt, daß der Kriegsmaterialtransport, der am Montag aufkam und mit dessen Durchfuhr über die Westerplatte das Einlaufen der „Wilja“ begründet worden war, am 11. d. M. durch einen Schlepper vom Munitionsbeden abgeholt, von diesem auf die Seebegefahren, dort auf das polnische Schiff „Eisak“ umgeladen und nach dem Ausland transportiert worden ist.

Das ganze Vorgehen Polens bezweckt natürlich nur, unter irgendeinem Vorwand bis auf weiteres die „Wilja“, auf der die Verstärkung der Besatzung der Westerplatte untergebracht ist, im Munitionsbeden liegenzulassen.

Die einzige Genugtuung, die sich aus dem Verhalten Polens ergibt, ist die, daß jetzt die Polnische Regierung selbst die Unhaltbarkeit des in Verbindung mit dem Munitionstransport über Danzig geschaffenen Systems der ganzen Welt vor Augen führt.

von Thermann

#### Nr. 24. Der Deutsche Gesandte in Warschau an das Auswärtige Amt Bericht

Warschau, den 11. März 1933

In der Frage der Westerplatte habe ich in den letzten Tagen Gelegenheit gehabt, mit den hiesigen Vertretern der wichtigsten Ratsmächte zu sprechen, und habe im Hinblick auf deren eventuelle Berichterstattung mich bemüht, teilweise vorhandene irrige Auffassungen richtigzustellen.

Übereinstimmend wird dieser neue Gewaltcoup als „echter Bed“ angesehen, abson dieses Mal — wohl im Gegensatz zu dem Fall „Bisher“ — auch der Marschall Piłsudski vorher sein Placet gegeben zu haben scheint. Als Zweck des Unternehmens wird in erster Linie die Regelung der Polizeifrage angesehen. Die polnische Behauptung von einer Gefährdung der Weierplatte hat anscheinend bisher nicht viel Glauben gefunden. Wenn weiter vielfach gesagt wird, daß Bed mit seinem Vorgehen offenbar eine Antwort auf die deutschen Wahlen habe geben wollen, so mag es richtig sein, daß auch dieser Gedanke mitgespielt hat. Ich möchte aber eher glauben, daß als beabsichtigte Nebenwirkung der Wunsch im Vordergrund gestanden hat, den Vertretern des Revisionsgedankens in Europa ein Warnungszeichen zu geben.

Ich habe unter den hiesigen Diplomaten kaum einen gefunden, der nicht mit mehr oder weniger scharfen Worten die polnische Handlungsweise kritisiert bzw. verurteilt hätte. Andererseits ist in den Unterhaltungen zuweilen auch darauf hingewiesen worden, daß man nicht recht verstehen könne, warum der Danziger Senat gerade jetzt das Arrangement bezüglich der Hafenspolizei aufgekündigt habe. Diese Vorwürfe, denen ich unter Verwendung der Berichte des Generalkonsulats Danzig entgegengetreten bin, wurden besonders stark hervorgehoben von Seiten des Englischen Botschafters, dessen Urteil mit Rücksicht auf die Rolle Englands als Berichterstatter in dieser Angelegenheit besonders wichtig erscheint, der aber leider in deutsch-polnischen bzw. Danzig-polnischen Angelegenheiten meistens eine starke Voreingenommenheit zeigt.

Was die Frage anbetrifft, ob etwa dem polnischen Vorgehen ein protokollarischer Charakter zukommt, mit dem Ziel, Zwischenfälle hervorzurufen, oder falls accomplis zu schaffen, so herrscht in hiesigen diplomatischen Kreisen die Ansicht vor, daß derartige Absichten nicht vorliegen. Zur Begründung wird meistens angeführt, daß Polen kein Interesse daran habe, Situationen herbeizuführen, die zwangsläufig die Frage der deutschen Ostgrenzen aufwerfen müssen. Selbst wenn man diese Auffassung für zutreffend ansehen wollte, wird man jedenfalls sagen müssen, daß demjenigen, der mit dem Feuer spielt, zum mindesten der Vorwurf eines dolus eventualis nicht erpart werden kann.

von Rolffe

#### Nr. 25. Aufzeichnung eines Beamten der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes

Berlin, den 3. Mai 1933

Die ständig wachsende Konkurrenz des polnischen Nachbarhafens Gdingen mit dem Danziger Hafen hat die Regierung der Freien Stadt schon im Mai 1930 genötigt, sich an den Hohen Kommissar zu wenden, um die Verpflichtungen Polens über die Frage der vollen Ausnutzung des Danziger Hafens zu klären.

Eine Denkschrift des Senats in dieser Sache vom 9. Mai 1930 wird mit den folgenden grundsätzlichen Ausführungen eingeleitet:

„Danzig war in der Zeit vor dem Kriege das Ideal eines in der Einfuhr und Ausfuhr ausgeglichenen Hafens mit dem Verkehr hochwertiger Güter, deren Umschlag wie Handel in der Hand des Danziger Kaufmanns lagen. Die Hafeneinrichtungen Danzigs waren in langen Jahren gleichmäßigen Verkehrs diesem Güterumschlag angepaßt und auf ihn eingearbeitet und konnten ihn mühelos bewältigen. Diese harmonische Einheit zwischen Danziger Hafen und Danziger Handel ist durch die Auswirkung der Nachkriegszeit zerstört worden. Bei der Mehrzahl der Umschlaggüter des Danziger Hafens hat der Danziger Eigenhandel seine führende Stellung verloren. Der Danziger Hafen ist vom Handelshafen zum Speiditionshafen herabgesunken. Die zahlenmäßige Vierverfachung seines Warenverkehrs beruht auf einer außerordentlichen Zunahme des Verkehrs geringwertiger Massengüter, insbesondere der Kohlenausfuhr, deren Wert 1927 bei einer Menge der Hälfte des Gesamtwarenumschlages nur 8 v. H. des Gesamtwertes des Ausfuhrverkehrs über den Danziger Hafen betrug. Geringwertiger Massengüterverkehr, deren Handel sich außerhalb Danzigs vollzieht, deren Umschlag kostspielige ortsferne Neueinrichtungen des Hafens bedingt haben und deren für gewisse mit der Speidition und Schifffahrt zusammenhängende Wirtschaftszweige bestehender Nutzen in keiner Weise die Schädigungen der Ausschaltung des Danziger Hafens auf vielen Gebieten des Warenverkehrs auszugleichen vermag, sind die Kennzeichen des Wirtschaftslebens Danzigs in der Nachkriegszeit.“

Diese für Danzig in der Nachkriegszeit erwachsenden Nachteile sind in der letzten Zeit katastrophal verschärft worden, und es sind für den Danziger Handel und das gesamte Wirtschaftsleben schwere Depressionen eingetreten, deren Rückwirkung auf die Grundlagen des Danziger Staates gefährdend sind. Die Ursachen hierzu sind nach Auffassung der Regierung der Freien Stadt Danzig darin zu erblicken, daß ein großer Teil des polnischen Handels von dem Wege über Danzig abgelenkt wird, da Polen die nach Danzig führenden Eisenbahnen und Wasserwege nicht in genügendem Maße ausbaut, da es den Ausbau des Danziger Hafens unzureichend fördert und da Polen unmittelbar neben Danzig einen eigenen Hafen in Gdingen erbaut und den Verkehr dieses Hafens in Gdingen mit allen Mitteln unter Quantifizierung des in Danzig geschaffenen freien Zuganges zum Meere fördert.“

In der Zwischenzeit hat die zielbewußt fortgeführte polnische Wirtschaftspolitik zu einem weiteren erschreckenden Rückgang der Umsätze des Danziger Hafens geführt, wie aus folgender Aufstellung zu ersehen ist:

Es betrug in Danzig in Tonnen

	die Einfuhr	Ausfuhr	insgesamt
1929 .....	1 792 951	6 786 699	8 559 650
1930 .....	1 090 631	7 122 462	8 213 093
1931 .....	754 800	7 576 205	8 330 505
1932 .....	428 103	5 047 949	5 476 052

Demgegenüber sind die Umschlagzahlen des Obinger Hafens von besonderem Interesse:  
Es betrug in Obingen in Tonnen

	die Einfuhr	Ausfuhr	insgesamt
1926 .....	179	413 826	414 005
1927 .....	6 702	889 439	896 141
1928 .....	192 711	1 767 058	1 959 769
1929 .....	329 644	2 492 858	2 822 502
1930 .....	504 117	3 121 631	3 625 748
1931 .....	558 549	4 741 565	5 300 114
1932 .....	432 887	4 761 400	5 194 287

Ein Vergleich der angeführten Zahlen ergibt einwandfrei, daß die von Polen mit allen Mitteln betriebene Begünstigung Obingens mit dem fortschreitenden Niedergang des Danziger Hafens Hand in Hand geht.

von Bierseß

# Die Verwaltung

---

Aus den Verwaltungsmaßnahmen in der zweiten Dezemberhälfte hebt sich die Verordnung über die Fortführung des Reichsarbeitsdienstes für die männliche Jugend während des Krieges besonders heraus. Wie der Einsatz des Reichsarbeitsdienstes im polnischen Feldzug bewies, kamen mit dem Ausbruch des Krieges zu den bisherigen vielfältigen Aufgaben des Reichsarbeitsdienstes eine Reihe von neuen, für die Landesverteidigung überaus wichtigen Aufgaben hinzu. Der Ministerrat für die Reichsverteidigung nahm nunmehr durch eine Verordnung vom 20. Dezember (RGBl. I, S. 2465) die notwendige Anpassung der bisherigen Bestimmungen über den Reichsarbeitsdienst für die männliche Jugend an die neuen Aufgaben vor.

Das Reichsarbeitsdienstgesetz in der Fassung vom 9. September 1939 wurde danach in mehreren Punkten abgeändert. Vordringliche Aufgaben des Reichsarbeitsdienstes während des Krieges sind Arbeiten im Interesse der Kriegsführung. Anforderungen des Chefs des Oberkommandos der Wehrmacht auf Arbeitseinsatz im Interesse der Kriegführung haben den Vorrang vor allen anderen Einsatzanforderungen. Für die männlichen Angehörigen des Reichsarbeitsdienstes gilt das Recht des Reichsarbeitsdienstes. Für die Dauer des Einsatzes im Rahmen der Wehrmacht können durch den Chef des Oberkommandos der Wehrmacht im Einvernehmen mit dem Reichsarbeitsführer die für Soldaten geltenden gesetzlichen Vorschriften zur Anwendung kommen, soweit die Art des Einsatzes es bedingt. Die Erfüllung der Reichsarbeitsdienstpflicht bildet auch im Kriege grundsätzlich die Voraussetzung für die Einziehung zum Wehrdienst für den Geburtsjahrgang 1920 und die jüngeren Geburtsjahrgänge. Ausnahmen, die durch die Forderungen der Kriegführung und der Kriegswirtschaft geboten sind, bestimmt das Oberkommando der Wehrmacht im Einvernehmen mit dem Reichsarbeitsführer und, soweit es sich um Forderungen der Kriegswirtschaft handelt, mit dem Generalbevollmächtigten für die Wirtschaft. Die Dienstzeit im Reichsarbeitsdienst beträgt sechs Monate. Eine Verkürzung der Dienstzeit bestimmt das Oberkommando der Wehrmacht, wenn der Ersatzbedarf der Wehrmacht dies erfordert. Für einen vom Reichsarbeitsführer festzusetzenden Sonderfall der Kopfstärke kann zur Einsparung von Reichsarbeitsdienstführern der unteren Laufbahn bei freiwilliger Verpflichtung die Dienstzeit bis zu 12 Monaten verlängert werden, falls nicht die Wehrmacht diese Längerdienenden des Reichsarbeitsdienstes vorzeitig benötigt. Die in der Wehrmacht als Soldaten befindlichen neuzeitlich ausgebildeten Reichsarbeitsdienstführer stehen weiterhin der Wehrmacht zur Verfügung. Von den übrigen unter 35 Jahre alten Reichsarbeitsdienstführern kann jeweils ein Teil im Einvernehmen mit dem Reichsarbeitsführer zur kämpfenden Truppe oder zur Ausbildung eingezogen werden. Von dem gesamten Führerbestand des Reichsarbeitsdienstes können jeweils 40 v. H. in der Wehrmacht als Soldaten verwendet werden. Die Unterstellung sämtlicher in der Wehrmacht eingesetzten Reichsarbeitsdienstgliederungen unter den Reichsarbeitsführer bleibt bestehen. Bei Einsatz im Rahmen der Wehrmacht werden die Reichsarbeitsdienstgliederungen den militärischen Dienststellen, denen sie zugeteilt sind, unterstellt, soweit es die Durchführung der übertragenen Aufgaben für Zwecke des Arbeitseinsatzes erfordert.

Auf dem Gebiet der Verwaltungsvereinfachung ist ein Runderlaß des Reichsinnenministers vom 21. Dezember (MinBl. R. Z. Nr. 52, S. 2553) zu erwähnen, der ein in einem Runderlaß des Reichswirtschaftsministers vom 16. Dezember ver-

ordnetes vereinfachtes Verfahren zur Prüfung und Rechnungslegung der Sparkassen zur Kenntnis bringt. Trotz der Verfahrensvereinfachung werden die alljährliche Prüfung des Jahresabschlusses, die unvermutete Prüfung und die Depotprüfung beibehalten. Der mit den Prüfungen verfolgte Zweck, den Aufsichtsbehörden den erforderlichen Einblick in die geschäftlichen Verhältnisse der Sparkasse zu geben, wird nicht geändert.

Für den Verwaltungsaufbau in den befreiten Ostgauen bildete die durch Verordnung des Reichsinnenministers vom 21. Dezember (RStBl. I, S. 2467) erfolgte Einführung der Deutschen Gemeindeordnung eine weitere wichtige Etappe. Vom 1. Januar 1940 an gilt danach die Deutsche Gemeindeordnung in sämtlichen Gemeinden der ehemaligen Freien Stadt Danzig, ferner in den Stadtfreien des Reichsgaues Danzig-Westpreußen und Posen sowie der in die Provinzen Schlesien und Ostpreußen eingegliederten Gebietsteile. Als Stadtkreise gelten außer Danzig und Zoppot die Städte Bromberg, Gnesen, Göttenhafen, Graudenz, Hohensalza, Kalisch, Kattowitz, Königshütte, Leslau, Lodsch, Posen, Sosnowitz und Thorn. In den übrigen Gemeinden der eingegliederten Ostgebiete gilt das Recht der Deutschen Gemeindeordnung erst von dem Zeitpunkt an, in dem es den einzelnen Gemeinden durch den Reichstatthalter (Oberpräsidenten) verliehen wird.

Die Verordnung enthält weiterhin Bestimmungen über die Übergangszeit, und zwar zunächst für die Gemeinden der ehemals Freien Stadt Danzig, für die Stadtkreise der beiden neuen Reichsgaue und der nach Schlesien und Ostpreußen eingegliederten Gebietsteile, ferner für die Gemeinden, denen später das Recht der Deutschen Gemeindeordnung verliehen wird. Grundsätzlich führen alle diese Gemeinden die staatlichen Aufgaben, die ihnen bisher zur Erfüllung nach Anweisung übertragen worden sind (die sogenannten Auftragsangelegenheiten), nach den hierüber geltenden Vorschriften weiter. Bürger der Gemeinde sind die Reichsbürger im Sinne des bisherigen Rechts und die Volksdeutschen, die nach dem Reichsbürgergesetz Reichsbürger werden, wenn sie die übrigen Voraussetzungen des Paragraphen 19 der Deutschen Gemeindeordnung erfüllen (Vollendung des 25. Lebensjahres, mindestens einjähriger Wohnsitz in der Gemeinde, Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte). Soweit bisher Gemeindevertretungen, Gemeinderäte, Ausschüsse und Kommissionen zu beschließen, Entscheidungen oder Wahlen zuständig waren, tritt an ihre Stelle der Bürgermeister. Die Bürgermeister und Beigeordneten selbst sind bis zum 1. April 1940 neu zu berufen, ebenso die Gemeinderäte und Beiräte. Für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. März 1940 ist in jeder Gemeinde ein Zwischenhaushaltsplan aufzustellen, der der Genehmigung der Aufsichtsbehörde bedarf. Gleichzeitig mit der Deutschen Gemeindeordnung tritt eine Reihe von Ausführungsverordnungen in Kraft, so die Rücklageverordnung von 1936, die Gemeinde-Haushaltsverordnung von 1937, die Verordnung über das Rassen- und Rechnungswesen der Gemeinden von 1938, die Eigenbetriebsverordnung von 1938 und die Verordnung über gemeindefreie Grundstücke und Gutsbezirke von 1938.

Für die Gemeinden, denen das Recht der Deutschen Gemeindeordnung nicht verliehen worden ist, trifft die Verordnung des Reichsministers des Innern besondere Bestimmungen. Sie werden durch Amtskommissare verwaltet, die vom Reichstatthalter (Oberpräsidenten) oder der von ihm ermächtigten Behörde entweder für einzelne Gemeinden oder für mehrere Gemeinden gemeinsam berufen werden. Der Amtskommissar und die ihm beigegebenen Hilfskräfte werden von dem Landkreis ernannt oder angestellt, zu dem der Amtsbezirk gehört; er kann hauptamtlich oder ehrenamtlich — in diesem Falle auf sechs Jahre — ernannt werden. Amtsbezirke, die nur aus einer Gemeinde bestehen, haben die Stellung einer Körperschaft des öffentlichen Rechts; in ihnen führt der Amtskommissar die gesamte Verwaltung, soweit sie nicht anderen Behörden ausdrücklich zugewiesen ist, nach den bestehenden Vorschriften und den Weisungen der vorgesetzten Behörden. In Amtsbezirken, die aus mehreren Gemeinden bestehen, haben nur die zum Amtsbezirk gehörigen Gemeinden die Stellung von Körperschaften des öffentlichen Rechts. Die Verwaltung wird für diese Gemeinden gemeinsam durch den Amtskommissar geführt, es wird auch für alle Gemeinden des Amtsbezirks ein gemeinsamer Haushaltsplan aufgestellt. Zu seiner Unterstützung in örtlichen Angelegenheiten kann der Amtskommissar Ortsvorsteher bestellen. Wird einer Gemeinde, die bisher zu einem Amts-

bezirk gehörte, das Recht der Deutschen Gemeindeordnung verliehen, so scheidet sie im Bereich der ihr zustehenden Selbstverwaltung aus der Verwaltung des Amtskommissars aus.

Das Recht der Vertragsversicherung wurde durch eine gemeinsame Verordnung der Generalbevollmächtigten für die Reichsverwaltung und für die Wirtschaft vom 19. Dezember (RGBl. I, S. 2443) mit Zustimmung des Oberkommandos der Wehrmacht vereinheitlicht. Für die Ostmark und den Reichsgau Sudetenland wurden Sondervorschriften erlassen.

Dr. R.





# Die Sozialpolitik

Von

Dr. Karstedt, Ministerialrat im Reichsarbeitsministerium

In der nachstehenden Tabelle ist der Versuch unternommen, die nach den neuesten Meldungen vorliegenden Zahlen an Arbeitslosen in einigen wichtigen Ländern Europas zu der letztgemeldeten Zahl der Erwerbspersonen überhaupt in Verbindung zu setzen:

Land	Zahl der Erwerbspersonen	Zahl der Arbeitslosen im Januar 1933	Neueste Arbeitslosenziffer	Auf je 100 Erwerbspersonen entfallen zur Zeit Arbeitslose
Deutschland . . . . .	37,6 Millionen	6 013 612	126 000 (Nov. 1939)	0,3
Belgien . . . . .	3,75 "	207 136	210 000 (Dez. 1939)	5,6
Dänemark . . . . .	1,6 "	187 284	118 000 (Nov. 1939)	7,4
Frankreich . . . . .	21,6 "	352 001	325 000 (Nov. 1939)	1,5
Großbritannien (ohne Nordirland) .	21,1 "	2 903 065	1 402 588 (Nov. 1939)	6,6
Niederlande . . . . .	3,2 "	398 641	234 000 (Okt. 1939)	7,3
Norwegen . . . . .	1,2 "	40 642	29 275 (Nov. 1939)	2,4
Schweden . . . . .	2,9 "	155 977	85 912 (Okt. 1939)	2,9

Ohne daß man die Ergebnisse der vorstehenden Tabelle zu überschätzen braucht, wird man doch zu der Überzeugung kommen müssen, daß die für Deutschland sich ergebende günstige Stellung der Ausdruck nicht zufälliger Dinge, sondern das Ergebnis einer seit 1933 selbst unter Einsatz revolutionärer Methoden erzielten systematischen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist. In diesem Zusammenhang mag daran erinnert werden, daß noch kürzlich eine englische Labourzeitung allen Ernstes behauptete, Deutschland verfüge über eine Arbeitslosenziffer von mehr als einer Million!

Insgesamt verlief die Berichtszeit für Deutschland auf dem sozialpolitischen Gebiet sehr ruhig. Eine der bedeutendsten Erscheinungen war die durch den Reichsfinanzminister unter dem 18. Dezember 1939 erlassene Bestimmung, wonach der Mehrarbeitslohn nicht dem Kriegszuschlag zur Einkommensteuer unterliegt und ebenso für die Frage außer Ansatz bleibt, ob die Freigrenzen beim Kriegszuschlag zur Einkommensteuer überschritten werden.

Angeichts der Bedeutung, die das Weihnachtsfest für den deutschen Menschen hat, verdient die Verordnung des Ministerrats für die Reichsverteidigung vom 16. Dezember 1939 (RGBl. I, S. 2425) über die Gewährung von Weihnachtsgeldern im öffentlichen Dienst und an Soldaten der Wehrmacht Er-

wöhnung. Zahlreiche Deutsche, in deren Kreisen bis dahin Weihnachtsgratifikationen unbekannt waren, haben danach für jedes kinderzuschlagberechtigte Kind eine Weihnachtsumwendung von 8 RM erhalten.

Ein Ausdruck der Verpflichtung und zugleich der Erkenntnis, welche Bedeutung der Erhaltung der deutschen Arbeitskraft zukommt, einer Erkenntnis, die in Deutschland befanntlich längst ihren Niederschlag in der Sozialversicherung erhalten hat, ist ein Beschluß der Deutschen Arbeitsfront, die im Laufe des Jahres 1940 100 000 deutsche Arbeiter, deren Leistungsfähigkeit durch besonders starken Arbeitseinsatz beeinträchtigt worden ist, auf Kosten der Organisation 3 Wochen zur Erholung und Wiederherstellung ihrer Arbeitskraft verschicken will. Bereits im Januar 1940 soll mit den ersten Verschickungen begonnen werden.

Bevor auf die Verhältnisse im Ausland eingegangen wird, mag auf eine Untersuchung des Statistischen Reichsamts hingewiesen werden, die dieses über die Rohstoffpreise in den Kriegsjahren 1914 und 1939 angestellt und im ersten Dezemberheft der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ veröffentlicht hat. Das Bild der Preisbewegung ist seit Ende August 1939 zum Teil wesentlich anders gewesen als 1914. Weil im Ausland das sozialpolitische Geschehen wesentlich von der Seite der Warenpreise her beeinflusst worden ist, mag deshalb kurz auf die Dinge eingegangen werden. Insgesamt ergibt sich, daß die Kriegshaufte der Weltmarktpreise im Jahre 1939 bisher den Anstieg von 1914 bei weitem übertroffen hat. Setzt man den Index der Großhandelspreise für das erste Halbjahr 1939 auf 100 an, so ergab sich für Deutschland für den November ein Index von 100,8, für Großbritannien bereits von 124,9, für Schweden von 190,5 und für Dänemark von 125,7. Im einzelnen entwickelten sich die Weltmarktpreise, berechnet auf Grund der Preise im November überwiegend an amerikanischen Märkten, für November 1939 auf 123,5 für Weizen (1. Halbjahr = 100), für Zucker auf 115,1, für Baumwolle auf 111,0, für Zute auf 128,5, für Kautschuk auf 130,4, für Kupfer auf 129,9 und für Zink auf 143,3. Unter 100 lag der Index bei Butter mit 94,6, bei Speck mit 90,9 und bei Schmalz mit 99,7.

Wenn auch vielleicht die raschen Steigerungen ebensosehr auf einer gewissen Schockwirkung beruhen, wie beispielsweise der gewaltige Niedergang des Außenhandels Englands in den ersten zwei Kriegsmonaten, so steht es doch jetzt schon außer jedem Zweifel, daß die Bemühungen der englischen Regierung, nach Möglichkeit das Preisniveau zu halten, bisher völlig vergeblich gewesen sind. Am 1. Januar 1940 tritt das Gesetz gegen Preissteigerungen (Prices of Goods Act) in Kraft. Soweit bisher bekannt, verwendet es als Grundlage für die Warenpreise, die in dieses Gesetz aufgenommen worden sind, den Preisstand vom 21. August 1939. Preisüberwachungsausschüsse werden zur Durchführung dieses Gesetzes zur Zeit überall eingesetzt.

Wie sehr die Preissteigerungen in England die öffentliche Meinung beschäftigen, geht aus einem Vorstoß hervor, den der englische Gewerkschaftler Bevin kürzlich namens der Labour-Partei gegen den Schatzkanzler unternommen hat. Bevin warnt davor, die steigenden Lebenshaltungskosten in den Lohnfragen unberücksichtigt zu lassen und verwahrt die Arbeiterschaft weiter gegen eine laut gewordene Auffassung, die Lohn erhöhungen aus dem Grunde ablehnen will, weil sie geeignet sein sollen, eine Inflation herauszubekommen. Bevin vertritt weiterhin die Auffassung, bisher hätten die wohlhabenderen Schichten auch trotz der Erhöhung der Einkommensteuer keine Opfer gebracht, die denen der Arbeiterschaft annähernd gleichkämen, aus dem einfachen Grunde, weil sie die steuerlichen Erhöhungen bis auf den letzten Pfennig ihren Gesehungskosten zuschlugen, also mit anderen Worten die Steuer auf die Arbeiter abwälzten. Weitgehend scheint diese Warnung durch die Tatsache beeinflusst zu sein, daß der bekannte Wirtschaftspolitiker Keynes vor einigen Wochen ein Zwangsparitätssystem für Lohn- und Gehaltsempfänger propagiert hat, das imstande sein soll, die auf 400 Millionen Pfund Sterling jährlich berechneten Ersparnisse der Kriegsfinanzierung zuzuführen. Nachdem es einige Zeit lang ruhig um den Plan geworden war, ist er neuerdings von dem Präsidenten der Nationalen Sparvereinigung aufgegriffen worden. Am 20. Dezember 1939 hat dieser eine Preisserklärung abgegeben, in der er sagte, es könnten von den Sparern für die Kriegsfinanzierung jährlich 400 Millionen Pfund Sterling aufgebracht werden. „Ich befürchte“, fuhr er fort, „daß der Schatzkanzler das Zwangsparitäten verfügen

muß, wenn das gegenwärtige System keinen Erfolg hat.“ (Es darf in diesem Zusammenhang daran erinnert werden, daß die schon wiederholt von der englischen Regierung angekündigte Kriegsanleihe bisher nicht aufgelegt worden ist, obgleich man wenigstens für den November oder Dezember mit der Auflegung eines Teiles einer solchen Anleihe gerechnet hatte.)

Solche Ankündigungen im Zusammenhang mit offenbar weiter fortschreitenden Erhöhungen der Lebenshaltungskosten haben die soziale Unruhe in England auch im Dezember nicht aufhören lassen, zumal ein immerhin nicht unbedeutender Teil der britischen Arbeiterschaft nicht ohne Lohnaufbesserungen geblieben ist und die inzwischen eingetretenen Lohnaufbesserungen von den Verteuerungen für die Gegenstände des täglichen Bedarfs überflügelt wurden. Nicht einmal die Frage der Erhöhung der Altersrenten ist weitergekommen, weil das Schatzamt offenbar die Erhöhung der Renten von einer gleichzeitigen Heraussetzung der Prämien für die Altersversicherung abhängig machen will, dem sich wiederum die Gewerkschaften widersetzen. Offenbar rechnet man mit dem Zustandekommen eines Kompromisses, der eine ähnlich geringe Erhöhung für die Altersrentner bringt wie die kürzlich erfolgte Verbesserung der Arbeitslosenunterstützungen.

Abgesehen davon, daß der englische Außenhandel aus Gründen, auf die hier nicht eingegangen zu werden braucht, seit Kriegsausbruch schwere Rückschläge erlitten hat, scheint auch die Evakuierung vor allem Londons schwere Folgen gehabt zu haben. Zwar hat in der letzten Zeit ein starker Rückzug der evakuierten Personen nach London eingesetzt, und die Presse begrüßt diesen Rückzug fast überwiegend, weil man hier von einer Wiederbelebung des Wirtschaftslebens in London erwartet. Die amtlichen Stellen verhalten sich demgegenüber abwartend und verhindern nach wie vor besonders die Rückkehr der evakuierten Schulkinder nach London, während umgekehrt erneut wieder weitere Beamte aus London entfernt worden sind.

Die Schwerfälligkeit des englischen Verwaltungsapparates macht sich auch auf anderen Gebieten geltend. So bringt die „Daily Mail“ am 19. Dezember 1939 ein kennzeichnendes Beispiel aus der englischen Kriegswirtschaft. Die Regierung beabsichtigt danach, die Stadt Coventry bei Birmingham zu einem Rüstungszentrum zu machen. Mit Beginn des Jahres 1940 sollen 35 000 Arbeiter in Coventry eintreffen. Das würde mit den Familienangehörigen einen Zuwachs der etwa 140 000 Einwohner zählenden Stadt um 100 000 bedeuten. Als die Stadt nun Häuser für die Neuanfömmlinge bauen wollte, versagte die Regierung hierzu die Genehmigung, so daß Coventry zwar bald Rüstungsfabriken und in Kürze auch die Arbeiter haben wird, aber keinerlei Möglichkeit, diese Leute unterzubringen. Als Kuriosum sei erwähnt, daß offenbar Pläne geschwebt haben, um britische Arbeitslose nach Frankreich zu schicken. Der Generalsekretär des britischen Gewerkschaftskongresses hat gegen diesen Plan, der offenbar als Versuchsballon aufgelassen war, allerdings schärfsten Einspruch erhoben.

Das Evakuiertenproblem beschäftigt nach wie vor auch Frankreich, wo die Verwaltung seiner noch immer nicht Herr geworden ist.

Recht unangenehme Warnzeichen hat Belgien erlebt, wo an dem in Belgien nicht als Feiertag begangenen 2. Weihnachtsfeiertag 45 000 Bergarbeiter wegen Einführung der 48-Stunden-Woche für drei Tage in den Streik getreten sind. Die belgische Steinkohlenförderung belief sich im Oktober auf 2513 000 Tonnen gegen 2526 000 Tonnen im gleichen Monat des Vorjahres. Die Vorräte betragen Ende Oktober 1,64 Millionen Tonnen gegenüber 1,92 Millionen Tonnen im Vormonat. Eine ganz besondere Bedeutung hat, wie bereits früher erwähnt wurde, der Steinkohlenbergbau Belgiens zur Zeit für Frankreich, weil diesem in erheblichem Maße die englischen und deutschen Einfuhren fehlen. Es ist immerhin kennzeichnend, daß die Verlängerung der Arbeitszeit von 45 auf 48 Stunden, die eine Erhöhung der Produktion um monatlich rund 100 000 Tonnen bringen sollte, nicht an sich der Streikgrund war, sondern mehr formale Fragen, weil die Arbeiterschaft die Zusage haben wollte, daß die Verlängerung der Arbeitszeit nur für die Kriegsdauer einzutreten habe. Inwieweit politische Hintergründe bei dem Streik mitspielen, ist nicht erkennbar. Der Streik ging allerdings von einem Bezirk aus, der als besonders radikal bekannt ist.

In der Schweiz hat der Bundesrat am 15. Dezember 1939 einen Beschluß über die Bildung von besonderen Arbeitsabteilungen für die Landesverteidigung gefaßt. Danach sind Arbeitslose im Alter von 19 bis 60 Jahren, die auf dem Arbeitsamt gemeldet sind und für die Ausführung von körperlicher Arbeit in Betracht kommen, verpflichtet, ihre Arbeitskraft für die Durchführung von militärischen Werken zur Verfügung zu stellen. Sie unterstehen in allen Teilen der militärischen Gesetzgebung und werden vom Heer versorgt und besoldet.

Zu den Ländern, die nach deutschem Muster eine Dienstpflicht eingeführt haben, ist neuerdings auch Schweden getreten. In der Berichtszeit hat der schwedische Reichstag ein Gesetz angenommen, auf Grund dessen schwedische Staatsbürger in gewissen Grenzen zu bestimmten Arbeiten zwangsweise herangezogen werden können.

Schweden hat im übrigen eine vorbeugende Maßnahme insofern getroffen, als zwischen der schwedischen Arbeitgeberschaft und dem Zentralverband der Gewerkschaften am 12. Dezember 1939 ein Arbeitsfriedensabkommen geschlossen worden ist. Dadurch wird in Form eines Lohnabkommens für ein Jahr grundsätzlich festgestellt, daß der Reallohn der schwedischen Arbeiter während der Dauer des Krieges grundsätzlich stabil bleiben soll. Der Lohn soll in drei Monatsperioden dem Lebenshaltungsindeks folgen in der Weise, daß die Erhöhungen  $\frac{1}{4}$  der Indexsteigerungen erreichen. In Schweden sieht man in diesem neuen Abkommen einen Fortschritt im Sinne möglicher Stabilisierung von Löhnen und Preisen, und die Vereinbarung ist um so bemerkenswerter, als bisher in Schweden beide Parteien dem Indexlohngedanken ablehnend gegenüberstanden.

---

# Die Wirtschaft

---

Am Ende des vierten Kriegsmonats, das mit dem Jahreswechsel zusammenfiel, konnte das deutsche Volk eine Bilanz seines gesamten Wirtschaftslebens ziehen, die ebenso wie die auf allen übrigen Gebieten des politischen Lebens geeignet war, sein Vertrauen und seine Siegeszuversicht im weitesten Maße zu rechtfertigen. Die bisherigen Ergebnisse der deutschen Kriegswirtschaft bestätigten den Vorsprung, den sich das Reich nach der Machtübernahme des Nationalsozialismus in einer sechs-jährigen, mit großer Tatkraft und gläubigem Idealismus erfüllten Aufbauarbeit erkämpft hatte. Zum Beginn des neuen Jahres konnte diese Beweiskraft in Anbetracht des uns aufzuzwingenden Kampfes um Sein oder Nichtsein nur von dem unbändigen Willen erfüllt sein, diesen Vorsprung nicht nur zu halten, sondern ihn zu vergrößern und damit die Voraussetzungen für den Sieg zu schaffen.

Neben der Sicherung der zur Kriegführung bestimmten Mittel und der Ernährung kam es der deutschen Wirtschaftsführung besonders darauf an, den Außenhandel mit den von der englischen Blockade nicht zu treffenden befreundeten und neutralen Staaten aufrechtzuerhalten und, soweit möglich, zu erhöhen. Wenn es in der zweiten Dezieemberhälfte nun gelang, mit Schweden, Dänemark, Holland, Lettland und Rumänien zu einem Abluß zu kommen, so ist dies als ein hoher Beweis der Wichtigkeit und der Zweckmäßigkeit des bereits im Frieden bewährten und aufgebauten Außenhandels mit diesen Ländern anzusehen. Die wechselseitigen Ergänzungsmöglichkeiten, die schon vor dem Kriege der Ausgangspunkt eines gesunden Waren-austausches waren, erwiesen sich nun als ein großer Vorteil. Dieser deutsche Außenhandelserfolg, der somit natürlich begründet ist, steht in einem deutlichen Gegensatz zu den bisher gescheiterten englischen Bemühungen, die Verhandlungen mit mehreren neutralen Staaten zu einem Abluß zu bringen. Die Neutralen haben dabei bisher wenig Neigung gezeigt, den so plötzlich auftretenden englischen Kauf- und Verkaufswünschen, die nur auf eine Schädigung Deutschlands auf den neutralen Märkten hinausgehen, zu entsprechen, da sich ja auf dieser Basis keineswegs dauerhafte Wirtschaftsbeziehungen entwickeln können. Der auf natürlichen Interessen beruhende und von Deutschland erfolgreich entwickelte Gegenseitigkeitsverkehr garantiert den Neutralen eine Beständigkeit der Wirtschaftsbeziehungen und sichert andererseits dem deutschen Außenhandel einen reibungslosen Ablauf seiner Geschäfte in dem mit den verschiedenen Staaten vereinbarten Zeitabchnitten.

Die bedeutendste der am 21. Dezember in Bukarest abgeschlossenen deutsch-rumänischen Wirtschaftsvereinbarungen bezieht sich auf das Umrechnungsverhältnis zwischen Reichsmark und Lei, das ab 1. Januar 1940 im Verrechnungsverkehr 49 Lei für eine Reichsmark beim Verkauf und 50 Lei für eine Reichsmark beim Einkauf gegenüber bisher 41 Lei betragen wird. Diese Regelung bedeutet gegenüber dem bisherigen Zustand eine wesentliche Verbesserung unserer Bezugsmöglichkeiten aus Rumänien. Auch die zu Weihnachten in Belgrad vorgelehene Erhöhung des Umrechnungskurses für Reichsmark in Dinar von 14,30 auf 14,80 ist ebenso wie die Bukarester Vereinbarung als ein besonderes Zeichen des Vertrauens in die Festigkeit der deutschen Währung und, angesichts der verzweifelten Bemühungen Englands und Frankreichs zur Zurückdrängung des deutschen Geschäfts auf dem Balkan, auch als Beweis für die Stetigkeit der deutschen Handelsbeziehungen zum Südosten Europas anzusehen. Gegenüber den in den letzten Wochen von London dauernd verbreiteten Nachrichten über die Ausichtslosigkeit einer neuen deutschen Wirtschaftsvereinbarung mit Rumänien muß der befriedigende Abluß als eine für England besonders starke Enttäuschung bezeichnet werden.

Die jugoslawischen Außenhandelszahlen für den Monat November führen ebenfalls einen überaus deutlichen Beweis gegen die britisch-französischen Verdrängungsversuche. Deutschland war danach im November 1939 zu 56,4 v. H. an der jugoslawischen Ein- und zu 42,3 v. H. an der jugoslawischen Ausfuhr beteiligt. Das Protektorat Böhmen und Mähren stand mit einem Anteil von 6,14 v. H. an der Ein- und mit 10,51 v. H. an der jugoslawischen Ausfuhr an dritter Stelle hinter Italien, während England in der Einfuhr Jugoslawiens an neunter und Frankreich sogar an 15. Stelle und England in der Ausfuhr an 7. und Frankreich an 16. Stelle lag.

Mit Holland wurde am 21. Dezember das Verrechnungsabkommen verlängert; im Warenverkehr wurden die Zahlungswertgrenzen für das erste Vierteljahr 1940 festgesetzt.

Die ebenfalls am 21. Dezember mit Lettland getroffenen Vereinbarungen lassen auch für das kommende Jahr eine Steigerung des Warenumsatzes erwarten.

Das deutsch-dänische Abkommen über den Warenverkehr im Jahre 1940, das im November in Kopenhagen vereinbart worden war, wurde am 22. Dezember in Berlin unterzeichnet. Am gleichen Tage wurden die Verhandlungen mit Schweden über die Verlängerung des Privatschuldensabkommens und über die Gestaltung des beiderseitigen Warenverkehrs im Jahre 1940 erfolgreich abgeschlossen.

Das deutsch-chilenische Handelsabkommen wurde am 30. Dezember zu unveränderten Bedingungen bis zum 31. Dezember 1940 verlängert.

Der estnische Wirtschaftsminister Sepp weilte vom 18. bis 22. Dezember in Berlin und wurde im Verlaufe seines Besuches von Reichswirtschaftsminister Funk zu einer längeren Aussprache empfangen. In den weiteren zahlreichen Besprechungen mit den zuständigen Stellen des Auswärtigen Amtes und des Reichswirtschaftsministeriums wurden sowohl die mit der Umsiedlung der Volksdeutschen aus Estland nach dem Reich zusammenhängenden Wirtschaftspragen wie auch allgemein die Fragen des Wirtschaftsverkehrs zwischen den beiden Ländern eingehend erörtert.

Von besonderer Bedeutung für die deutschen Außenhandelsbeziehungen waren naturgemäß die weiteren Abmachungen mit der Sowjetunion und die Ankunft der deutschen Wirtschaftsabordnung unter Führung von Botschafter Dr. Ritter und Gesandten Dr. Schnurre in Moskau, wo sie am 19. Dezember eintraf.

Am 26. Dezember wurde die Wiederaufnahme des unmittelbaren Eisenbahngüterverkehrs zwischen Deutschland und der Sowjetunion über die deutsch-sowjetischen Interessengrenze aufgenommen. Auf Grund der Verhandlungen wurden für den Verkehr folgende Grenzübergänge geöffnet: Augustowo, Prostken, Malkin, Siemiatycze, Brest-Litowsk, Nataruffa, Brzemesl, Neuzagor und nach Fertigstellung einer beschädigten Brücke auch der Übergang Jagodzin. Gleichzeitig trat ein direkter deutsch-sowjetischer Gütertarif in Kraft, der für die einzelnen Austauschwaren Spezialtarife vorsieht. Weiterhin enthält das Abkommen Vorkehrungen wegen der Umladung der Waren an den Übergangsbahnhöfen, die wegen der verschiedenen Spurweite des beiderseitigen Eisenbahnnetzes unvermeidlich sind.

Die Verhandlungen über den planmäßigen Luftverkehr zwischen Berlin und Moskau zwischen Vertretern der Deutschen Luft Hansa und der Hauptverwaltung der Aeroflot kamen ebenfalls am 26. Dezember zum Abschluß. Der planmäßige Luftverkehr zwischen den beiden Hauptstädten soll nach Zustimmung der beteiligten Regierungen am 21. Januar 1940 aufgenommen werden; ab 8. Januar 1940 sollen Verlußflüge auf dieser Strecke durchgeführt werden.

Die an vielen Einzelheiten zu erkennende Feststellung, daß der Krieg der deutschen Wirtschaft keine Erbschütterung brachte, wurde durch einen Bericht des Statistischen Reichsamts im ersten Dezemberheft von „Wirtschaft und Statistik“ erhärtet, das sich insbesondere mit den Auswirkungen an der Börse befaßt. In diesem Bericht heißt es:

„Die bereits in den Monaten vor Kriegsausbruch beobachtete annähernde Stabilität aller Wertpapierkurse ist durch die Umstellung auf die Kriegswirtschaft kaum berührt worden. Der Kursrückgang bei den festverzinslichen Wertpapieren hielt sich in engen Grenzen und beschränkte sich hauptsächlich auf Wertpapiere mit geringer Marktpflege, auf die Anleihen der Länder und Gemeinden und die Industrieobligationen. Dagegen sind die Kurse der Pfandbriefe, die neben den Reichs-

anleihen den größten Teil des Rentenmarktes einnehmen, von den Emissionsinstituten fast restlos stabil gehalten worden. Dadurch ist der Gesamtdurchschnitt aller 4½prozentigen Rentenpapiere von 98,96 v. S., dem höchsten Stand von Mitte August, nur auf 98,86 v. S. am 1. Oktober, den niedrigsten Stand nach Kriegsausbruch, gesunken. Der Kursrückgang beschränkte sich somit auf 0,1 v. S. Kursprozent. Aber seit Oktober hat die Ansammlung von Geldreserven weitgehend Anlage in Wertpapieren gesucht. Anfänglich wandte sich dieser neue Anlagebedarf in erster Linie den Rentenwerten zu. In Pfandbriefen und Kommunalobligationen war die Nachfrage zeitweilig so stark, daß die Institute größere Beträge am Markt abziehen konnten. Die öffentlich-rechtlichen Institute haben hierbei die Kurse ihrer Emissionspapiere heraufgesetzt, so daß sie seit Anfang November höher liegen als die von den Hypothekenbanken geregelten Kurse. Bei den Anleihen der Länder und Gemeinden sind die Kurse, die infolge geringerer Marktpflege stärker schwanken, mehr gestiegen. Die Anleihe-Ablösungsschuld des Reichs stieg von 131,50 zu Anfang September bis auf 137,25 am 28. November. Auch die Reichs-Kredit-Gesellschaft stellt fest, daß sich der Übergang auf die Kriegswirtschaft an den Börsen völlig reibungslos vollzog. Umsahmäßig standen die beiden ersten Kriegsmomate im Zeichen einer verständlichen Zurückhaltung. Der Kursindex für Aktien ging dabei nur leicht zurück, von 101,6 im August auf 100,6 im Oktober. Im dritten Kriegsmonat setzte sich aber im Zusammenhang mit der wachsenden Verflüssigung am Geldmarkt ein steigendes Anlageinteresse an den Effektenmärkten durch. Demgemäß erhöhten sich sowohl die Kurse der Rentenwerte als auch die Aktien. Der amtliche Index der Aktienwerte stieg von 100,4 Mitte Oktober stetig auf 105,66 in der zweiten Dezemberwoche 1939. Bemerkenswert ist, daß die Dividendenentwicklung bisher ihre Aufwärtsbewegung fortgesetzt hat. Berücksichtigt man die in den letzten Monaten veröffentlichten Bilanzabschlüsse der Aktiengesellschaften, die zur Jahresmitte bilanzieren, deren letzte volle Geschäftsperiode also noch vor Kriegsausbruch beendet war, so zeigt sich, daß von 37 Gesellschaften mit diesem Bilanztermin 9 Gesellschaften ihre Dividenden erhöhten und nur eine Gesellschaft eine Senkung vornahm; die übrigen 27 blieben bei ihrem vorjährigen Dividendenfuß."

Von besonderer Bedeutung war die Mitte Dezember erfolgte Übertragung der Leitung der Reichsstelle für Kohle an den Beauftragten für die Leistungssteigerung im Bergbau, Paul Walter. Um der steigenden Bedeutung der Kohlenversorgung gerecht werden zu können, wurde somit die Organisation der Kohlenwirtschaft wesentlich vereinfacht. Der Reichskohlenrat und das Amt des Reichskohlenkommissars wurden aufgelöst, ihre Aufgaben gingen teils unmittelbar auf den Reichswirtschaftsminister, teils auf die Reichsstelle für Kohle über. Damit sind die Voraussetzungen geschaffen, auf dem Gebiet der Kohlenwirtschaft den vielfältigen neuen Aufgaben gerecht werden zu können, was bei einer Beibehaltung einer teilweise schon aus der Zeit des Weltkrieges stammenden Organisation schwierig geworden wäre.

Um eine einheitliche Lenkung der Herstellung und Produktionssteigerung von Erzeugnissen des Maschinen- und Apparatebaues und ihrer Verteilung sicherzustellen, wurde der Reichswirtschaftsminister durch eine Verordnung vom 11. Dezember (RWB. I, S. 2411) ermächtigt, die notwendigen Maßnahmen zur Verjüngung aller dringenden Vorhaben der öffentlichen Bedarfsträger mit den Erzeugnissen des Maschinen- und Apparatebaues zu treffen. Durch eine Durchführungsverordnung vom 20. Dezember (RWB. I, S. 2498) übertrug der Reichswirtschaftsminister diese Befugnisse, soweit sie sich auf die Herstellung und Verteilung neuer Maschinen und Apparate beziehen, auf den Bevollmächtigten für die Maschinenproduktion. Der Bevollmächtigte für die Maschinenproduktion, der für diese Aufgaben ausschließlich zuständig ist, bedient sich zur Durchführung seiner Aufgaben ausschließlich der Geschäftsstelle der Wirtschaftsgruppe Maschinenbau.

Die Reform auf dem Gebiete des Versicherungswesens wurde durch die Errichtung eines Reichsversicherungsausschusses (RVAz. Nr. 305 v. 30. 12. 39) weitergeführt. Der Reichsversicherungsausschuß hat die Aufgabe, den Reichswirtschaftsminister und das Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung in grundsätzlichen Fragen des Versicherungswesens zu beraten. Vorsitzender des Ausschusses, dem insbesondere führende Persönlichkeiten des privaten und öffentlich-rechtlichen Versiche-

rungswesens angehören, ist Gauleiter und Oberpräsident Staatsrat Schwede-Coburg, seine Stellvertreter sind Reichsminister a. D. Dr. Kurt Schmitt und Generaldirektor Hans Goebbels. Gleichzeitig hat sich die Notwendigkeit ergeben, die Organisation des gewerblichen Versicherungswesens zu vereinfachen. An Stelle der bisherigen 5 Wirtschaftsgruppen mit 14 Fach- und Fachuntergruppen in der Reichsgruppe Versicherungen sind unter Wegfall dieser Fach- und Fachuntergruppen sieben Wirtschaftsgruppen und eine Kriegsarbeitersgemeinschaft Transportversicherung, die die Stellung einer Wirtschaftsgruppe hat, gebildet worden. Lediglich die Fachgruppe Versicherungsgeneralagenten, die unmittelbar der Reichsgruppe untersteht, ist bestehen geblieben.

Der Güterverkehr mit Kraftfahrzeugen erfuhr durch eine Mitte Dezember veröffentlichte und am 6. Dezember erlassene Verordnung des Ministerrats für die Reichsverteidigung (RWB. I, S. 2410) eine neue Regelung. Danach sind die während des Krieges in der Heimat vorhandenen Lastkraftfahrzeuge in erster Linie für die Bedienung des notwendigsten Orts- und Nachbarortsverkehrs bestimmt. Um die Durchführung des Güterverkehrs mit Kraftfahrzeugen in diesem beschränkten Umfang sicherzustellen, dürfen bis auf weiteres nur solche Beförderungen ausgeführt werden, welche aus kriegswichtigen Gründen die Mittelbehörden anordnen oder genehmigen, bei denen der Reichsverkehrsminister Bevollmächtigte für den Nahverkehr bestellt hat. Weiterhin wurde der Reichsverkehrsminister ermächtigt, unabhängig vom Güterfernverkehrsgezet bei Beförderungen für fremde Rechnung Beförderungsentgelte und Beförderungsbedingungen festzusetzen. Weitere Einzelheiten über diese am 1. Januar 1940 in Kraft getretene Neuordnung werden die zu erwartenden Durchführungsbestimmungen enthalten.

Die von Deutschland zur Abwehr der englischen Blockade durchgeführten Gegenmaßnahmen machen sich in steigendem Maße durch immer neue Schwierigkeiten in England selbst bemerkbar. Besonders empfindlich wurde bereits die britische Ausfuhr getroffen, die nach englischen Angaben in den ersten drei Kriegsmonaten um 32 v. S. gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres gesunken ist. Diese Außenhandels-schrumpfung ist in Warenmengen jedoch erheblich stärker anzusehen, da die englischen Angaben sich auf die inzwischen stark abgekunkene Pfundwährung beziehen. Immer wieder sind auch in der zweiten Dezemberhälfte Eingeständnisse von spürbaren Mangelercheinungen in der englischen Wirtschaft durch eigene Presse- und Rundfunfnachrichten festzustellen. Die Wirtschaftsverhandlungen Englands mit den Neutralen gestalten sich weiterhin schwierig, da Großbritannien seiner schwachen Devisenlage wegen nur noch lebensnotwendigste Einfuhren aufnehmen und gleichzeitig auch seine Ausfuhren kaum noch zur Hälfte aufrechterhalten kann. Die Abwertung der englischen Währung und die dadurch im Handelsverkehr entstandenen Preisschwierigkeiten erweisen sich ebenfalls als unüberwindbare Hemmnisse für zufriedenstellende britische Handelsabmachungen mit den Neutralen.

Das völkerrechtswidrige Verhalten wurde weiterhin durch die Ergänzung der bisherigen „Schwarzen Listen“ durch sogenannte „Graue Listen“ beridärlt. In diesen Ergänzungslisten, die bei allen britischen Konsulaten und auch auf den britischen Seekontrollstationen in Gebrauch sind, hat man alle jene neutralen Firmen der ganzen Welt eingetragen, die den Engländern wegen ihres deutschen Charakters oder wegen ihrer personellen oder kapitalmäßigen Beziehungen zu Deutschland verdächtig erscheinen. Die Gefahr der Beschlagnahme von Lieferungen derartiger Firmen bedirnten mehrere schwerste Schädigungen des neutralen Handels, der in einen Zustand völliger Unsicherheit gebracht wird. Einen gleichen Eingriff in die Souveränität der Neutralen bedeutet der in einem Brief des englischen Botschaften in Uruguay vertretene Gedanke, daß ein teures Verlaufen von seiten Englands und ein billiges Kaufen die einzige Art sei, die Kriegskosten einzukassieren. Dieses Eingeständnis, den Krieg auf Kosten anderer zu führen, wird wie üblich mit der heuchlerischen Phrasen bemäntelt, daß dies ein Beitrag zur gemeinsamen Verteidigung der Sache der Demokratien sei.

Die Schwierigkeiten der überseeischen Zufuhr kamen besonders in der Ende Dezember erfolgten Ankündigung der Rationierung von Butter und Speck zum Ausdruck. Vom 8. Januar 1940 ab soll die Zuteilung von Butter und Speck je 11 Gramm in der Woche betragen.



Ebenso wie in England macht sich die schwierige Lage besonders in den zunehmenden Defiziten im Staatshaushalt auch in Frankreich bemerkbar. Finanzminister Reynaud forderte deshalb im Senat weitere Steuererhöhungen, die im Gegensatz zu früheren Äußerungen mit der besonderen Schwierigkeit der zu lösenden Aufgaben begründet wurde. Der sonst so häufig gezeigte Optimismus, das Reich in kurzer Zeit niederringen zu können, ist restlos aufgegeben worden.

Die Wirtschaftsverhandlungen Frankreichs mit neutralen Ländern kamen ebenfalls nicht vorwärts. Der mit Jugoslawien am 18. Dezember erreichte Abschluß wird für beide Teile wenig befriedigend sein. Nur 70 v. H. der jugoslawischen Ausfuhr werden danach zur Deckung des Zinsendienstes der früher von Frankreich nach Jugoslawien gegebenen Anleihen und nur 30 v. H. für die Abdeckung der Verpflichtungen aus der jugoslawischen Einfuhr aus Frankreich verwertet werden. Die Vereinbarung ist im übrigen ein neuer unwiderleglicher Beweis für die Tatsache, daß ein natürlicher Handelsverkehr zwischen diesen beiden Ländern unmöglich ist.

Dr. R.



010196



Gedruckt in der Buchdruckerei  
H. Seydel & Cie. G. m. b. H.,  
Berlin SW 61